



Landtag von Baden-Württemberg

42. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 27. März 2003 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Schluss: 17:59 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2807	b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Der Investor bei B.TV und seine persönlichen und sachlichen Voraussetzungen nach dem Landesmediengesetz – Drucksache 13/1850	2855
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Wintruff	2807	Abg. Birgit Kipfer SPD	2855, 2866
1. Regierungserklärung – Verantwortung fördern – Qualität entwickeln – Bildung und Erziehung stärken! – und Aussprache	2807	Abg. Pauli CDU	2857, 2867
Ministerin Dr. Annette Schavan	2807, 2837	Abg. Theurer FDP/DVP	2858, 2867
Abg. Zeller SPD	2816, 2840	Abg. Walter GRÜNE	2859, 2868
Abg. Wacker CDU	2826	Minster Dr. Christoph Palmer	2861, 2869
Abg. Kleinmann FDP/DVP	2829	Beschluss	2870
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	2832	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 13/1883	2870
Abg. Kretschmann GRÜNE	2836	Minster Dr. Döring	2870
2. Aktuelle Debatte – Maßnahmen gegen den drohenden Lehrstellenmangel in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	2844	Abg. Dr. Birk CDU	2872
Abg. Hofer FDP/DVP	2845, 2853	Abg. Schmiedel SPD	2873
Abg. Dr. Monika Stolz CDU	2846	Abg. Hofer FDP/DVP	2875
Abg. Schmiedel SPD	2847, 2854	Abg. Dr. Witzel GRÜNE	2877
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2848, 2855	Beschluss	2880
Minster Dr. Döring	2849	5. Fragestunde – Drucksache 13/1906	
3. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Die Situation des privaten Fernsehsenders B.TV und seine Perspektiven im Rahmen der baden-württembergischen Medienpolitik – Drucksache 13/1244		5.1 Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Tourismuswerbung im Ausland	2842
		Abg. Gustav-Adolf Haas SPD	2842
		Minster Dr. Döring	2842

5.2 Mündliche Anfrage des Abg. Nikolaos Sakelariou SPD – Finanzbehörden „in der Fläche“	2843	9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu den Anträgen der Landesregierung vom 17. und 18. März 2003 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/1891, 13/1892, 13/1912	2891
Schriftliche Antwort des Finanzministeriums	2843	Beschluss	2891
5.3 Mündliche Anfrage des Abg. Christoph Bayer SPD – Verkehrsgerechter Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt	2844	10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 5. März 2003 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Mitteilung der EU-Kommission „Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens“ – Drucksachen 13/1861, 13/1865	2891
Abg. Bayer SPD	2844	Beschluss	2891
Staatssekretär Mappus	2844	11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 24. Februar 2003 – Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 33. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) – Drucksachen 13/1837, 13/1876	2891
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes (KomWG) und des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS) – Drucksache 13/1803	2880	Beschluss	2891
Abg. Birzele SPD	2880	12. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1864, 13/1899, 13/1900, 13/1901, 13/1902	2891
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU	2881	Beschluss	2891
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	2882	13. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1855	2891
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	2883	Beschluss	2891
Minster Dr. Schäuble	2884	Nächste Sitzung	2891
Abg. Rita Haller-Haid SPD	2885		
Beschluss	2887		
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Amtszeit der Gemeinderäte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart – Drucksache 13/1894	2887		
Beschluss	2887		
8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Filmakademiegesetzes – Drucksache 13/1893	2887		
Beschluss	2887		
Minister Dr. Christoph Palmer (zu Protokoll)	2887		
Abg. Reichardt CDU (zu Protokoll)	2889		
Abg. Inge Utzt SPD (zu Protokoll)	2889		
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE (zu Protokoll)	2890		

Protokoll

über die 42. Sitzung vom 27. März 2003

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 42. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Maurer und Gaßmann erteilt.

Krank gemeldet sind Frau Abg. Weckenmann sowie die Herren Abg. Dr. Glück, Fleischer und Rüeck.

Dienstlich verhindert sind Herr Ministerpräsident Teufel, Frau Ministerin Werwig-Hertneck, Herr Minister Strattmann, Herr Minister Köberle und Herr Staatssekretär Rückert.

Meine Damen und Herren, heute hat Herr Kollege Wintruff Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, Herr Wintruff, sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Verantwortung fördern – Qualität entwickeln – Bildung und Erziehung stärken! – und Aussprache

Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit eines Landes und der Motor für kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind Bildung, Ausbildung und Erziehung. Darüber gibt es einen internationalen Konsens. Deshalb ist die Bildungspolitik in vielen Ländern derzeit Reformpolitik. Es gilt der Grundsatz: Selbstzufriedenheit und Stillstand in der Bildung bedeuten über kurz oder lang Rückschritt.

Wer reformiert, braucht einen pädagogischen Grundimpuls. Dieser Grundimpuls ist in Baden-Württemberg ein ganzheitliches Bildungsverständnis, das Bildung nicht nur aufgrund von Messbarem definiert. Persönlichkeitsstärkung, musisch-ästhetische Erziehung, die Einübung von Verantwortung und die Gestaltung von Freiheit durch Orientierung gehören dazu.

Wer reformiert, braucht Maßstäbe, von denen her sich ein roter Faden für das Reformprojekt knüpfen lässt. Unsere

Maßstäbe heißen: Verantwortung auf allen Ebenen fördern, Qualität entwickeln. Die Weichenstellungen der baden-württembergischen Bildungspolitik der vergangenen Jahre sind diesen Maßstäben verpflichtet.

Wenn ich sage, Bildung ist nicht schon das, was sich messen lässt, so bleibt doch auch richtig, dass es Voraussetzungen für den Erfolg von Bildungsprozessen gibt, für die die internationale empirische Bildungsforschung Instrumente entwickelt hat, die uns Informationen über Erfolg und Misserfolg im Zugang zur Bildung geben. Das ist das Thema der uns bislang vorliegenden internationalen Vergleichsstudien.

Aufgrund eines Beschlusses der Kultusministerkonferenz 1997 in Konstanz beteiligen sich die Länder in Deutschland seither und in den kommenden Jahren an zahlreichen internationalen Vergleichsstudien, die alle allgemein bildenden Schulen betreffen. Bildungspolitik erhält damit in einem wichtigen Segment, bezogen auf grundlegende Kulturtechniken und soziokulturelle Bedingungen der Bildung, ein empirisches Fundament. Ich halte das für einen Fortschritt in der Bildungspolitik, der vor allem der Vergleichbarkeit im Zugang zur Bildung dient.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Chancen, die damit verbunden sind, werden allerdings gefährdet, wenn mit festgestellten Schwächen jeweils der Eindruck erweckt wird, als müsse die Schule neu erfunden werden. Deshalb sage ich ganz deutlich: Wer Qualitätsentwicklung will, muss damit Schluss machen, so zu tun, als müssten wir die Schule neu erfinden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Art der öffentlichen Diskussion hat auch zu tun mit der Praxis der Veröffentlichung von Daten, der Deutung von gleichen Daten aus dem Jahr 2000 in drei Etappen. Für Baden-Württemberg sind diese drei Schritte der Differenzierung der gleichen Daten mit sehr verschiedenen Botschaften verbunden, und bislang liegen uns immer noch nicht alle Deutungen und Analysen vor.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Das birgt die Gefahr virtueller Debatten und muss verbessert werden. Das gehört in das Gespräch zwischen Politik und Wissenschaft, denn internationale Vergleichsstudien werden nicht für akademische Oberseminare gemacht. Sie

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

werden gemacht, um politische Konsequenzen zu ziehen, um zu Handlungskonzepten zu kommen. Deshalb kann uns nicht jedes halbe Jahr eine neue Botschaft verkündet werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dabei sage ich ausdrücklich: Das Schlechtreden schulischer Arbeit ist ebenso schädlich wie die Schönfärberei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Carli SPD: Allerdings!)

Beide sind keine guten Begleiter schulischer Reformprozesse, in denen wir mittendrin stecken. Die Lehrerinnen und Lehrer an baden-württembergischen Schulen können von uns erwarten, dass wir ihre Bemühungen in den Reformprozessen auch positiv wahrnehmen und Fortschritte und Stärken öffentlich genauso benennen, wie wir uns intensiv mit den Schwachstellen beschäftigen. Ich bin dankbar dafür, dass in unserem Land viele Lehrerinnen und Lehrer mit hohem Engagement und ausgewiesener pädagogischer Kompetenz arbeiten. Für beides danke ich ihnen sehr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die nationalen und internationalen empirischen Studien – bereits ab dem 8. April werden weitere Studien vorgelegt – werden die bildungspolitischen Reformprozesse in Deutschland prägen. Sie werden uns aber nur auf die richtigen Fahrten bringen, wenn wir sie nutzen für die wesentlichen Fragen dieses Reformprozesses. Diese wesentlichen Fragen beziehen sich erstens auf eine Stärkung des frühen Lernens und damit verbundene gute Verbindungen zwischen dem vorschulischen Bereich und der Grundschule,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ganz wichtig!)

zweitens auf verbesserte Lernstrategien, die Bildungsinhalte ebenso betreffen wie methodische und didaktische Fragen, drittens auf die Frage nach der Gerechtigkeit beim Zugang zur Bildung und viertens auf verbesserte Wege der Integration angesichts der Tatsache, dass wir in Deutschland einen hohen Prozentsatz von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben.

Wer immer, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Studien nutzen will, um in Deutschland die gleichen Debatten zu führen, die wir vor 30 Jahren schon einmal geführt haben, der läuft Gefahr, von diesen wesentlichen Fragen abzulenken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was meine ich, wenn ich die Auswertung der gleichen Daten in drei Etappen kritisiere? Im Dezember 2001 wurde Deutschland ein Platz im letzten Drittel – Rang 21 unter 31 teilnehmenden Staaten – bescheinigt. Der PISA-Schock saß tief, und das pauschale Urteil über unsere Schulen war verheerend.

PISA E – die zweite Auswertung – differenzierte im Juni 2002 diese Aussage: Baden-Württemberg liegt unter 16 Bundesländern auf Platz 2. Der Kommentar der Opposition

war: „Zweiter in der Regionalliga; Spitze in der Regionalliga ist nicht Spitze.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und wenn es so wäre, hätten Sie sogar Recht gehabt.

(Abg. Wintruff SPD: Wir haben immer Recht!)

Der dritte Teil – der vertiefende Länderbericht – zeigt bei der Betrachtung von Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund: Die mittleren Leistungswerte in unserem Land entsprechen in allen drei Kompetenzbereichen denen in internationalen Spitzenländern wie zum Beispiel Kanada, Finnland und Australien. Damit verbunden ist die zweite Botschaft: Jugendliche mit Migrationshintergrund – das sind unter den 15-Jährigen in Baden-Württemberg 28,6 % – werden erfolgreich gefördert. Ich erinnere an unsere großen Sorgen, die wir zum Beispiel im Zusammenhang mit den Aussiedlerfamilien gehabt haben. Ich nenne Städte wie Lahr, ich nenne Stichworte wie „Brückenlehrer“. Die Tatsache, dass wir damals mit hohen Investitionen beantwortet haben, auch mit unkonventionellen Lösungen, hat sich bewährt. Professor Baumert, der Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, sagte am 8. März 2003 in der „Süddeutschen Zeitung“:

Die Länder, die wie Bayern und Baden-Württemberg insgesamt erfolgreich sind, integrieren auch ausländische Schüler am besten.

Das ist ein gutes Zeugnis für unsere Schulen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Solche Differenzierungen in der Deutung der Daten, wie sie nicht die Politik, sondern das Max-Planck-Institut vorgenommen hat, dienen der Suche nach geeigneten bildungspolitischen Konzepten. Deshalb ist es mir unverständlich, dass man solche Differenzierungen als unseriös abtut. Sie eignen sich weder für Schuldzuweisungen, noch eignen sie sich zur Beruhigung. Auch wenn wir so differenzieren, bleiben Schwachstellen in allen Ländern in Deutschland, um die wir uns kümmern müssen. Ich sage aber auch: Wer solche Differenzierungen ignoriert, weil ihm gute Nachrichten nicht ins politische Konzept passen, der legt falsche Fahrten in der bildungspolitischen Diskussion.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

PISA E und der vertiefende Länderbericht für Deutschland zeigen ein dramatisches Nord-Süd-Gefälle mit Unterschieden bis zu zwei Schuljahren. Das ist das Ergebnis von 30 Jahren Bildungspolitik. Deshalb sage ich so eindringlich: Jetzt darf nicht rückwärts gewandt die gleiche Debatte wie vor 30 Jahren geführt werden. Das gilt sowohl im Hinblick auf die sechsjährige Grundschule wie auch im Hinblick auf die damals eingerichteten Gesamtschulen, die in Deutschland erwiesenermaßen nicht zu den Ergebnissen geführt haben, die erreicht werden sollten –

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

weder bei den Kompetenzbereichen noch im Blick auf die Frage nach der Gerechtigkeit beim Zugang zur Bildung.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Deshalb heißt es interessanterweise im vertiefenden Länderbericht auch, dass die quantitative Entwicklung der vergangenen Jahre nicht automatisch zu qualitativen Verbesserungen geführt hat, sondern jetzt Fragen nach der Qualität des Unterrichts, nach der Wirksamkeit von Lernstrategien und den Prozessen einer inneren Schulentwicklung eine neue Phase der qualitativen Entwicklung unseres Bildungswesens eröffnen müssen. Genau mittendrin in dieser qualitativen Phase sind wir in Baden-Württemberg.

Deshalb werden wir unsere Bildungspolitik an der differenzierten Analyse orientieren, die für uns interessante Ergebnisse zeigt:

Erstens: Wenn die mittleren Leistungswerte der 15-jährigen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund in allen drei Kompetenzbereichen ein Niveau aufweisen, wie es in den internationalen Spitzenländern besteht, dann darf nicht generell die Unterrichtskultur infrage gestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Das ist vielmehr ein Hinweis darauf, dass viele unserer Schulen im mittleren Leistungssegment bereits heute ein international erfolgreiches und vergleichbares Leistungsniveau erreichen.

Zweitens: Die mittleren Leistungswerte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in Baden-Württemberg ein breites Leistungsspektrum haben, ein zu breites Leistungsspektrum, vor allem bezogen auf den Anteil der Jugendlichen im unteren Leistungssegment. In diesem Bereich sind Korrekturen notwendig, weil das genau die Jugendlichen sind, die zum Beispiel bei der Suche nach einer Lehrstelle Probleme haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Also gibt es die doch!)

Die Korrektur muss ansetzen bei mehr Differenzierung der Lernprozesse und Fördermaßnahmen quer durch alle Schularten.

Drittens: Es gibt in Deutschland soziale Disparitäten im Zugang zur Bildung. Auch das – das sage ich ausdrücklich – ist eine Schwachstelle in allen Bundesländern. Da ist der Gedanke infrage gestellt, wonach Begabung und nicht die Herkunft über die Schullaufbahn entscheidet. Das ist ein Gerechtigkeitsproblem. Aber richtig ist auch, meine Damen und Herren: Die sozialen Disparitäten beim Zugang zum Gymnasium sind in Baden-Württemberg so gering wie nirgendwo in Deutschland. Das ist ein erster wichtiger Schritt bei der Gerechtigkeitsfrage.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Viertens: Die Entkoppelung von Bildungsgang und Bildungsabschluss ist eine der zentralen Modernisierungsstrategien. In keinem Land in Deutschland ist die Entkoppelung so gelungen wie in Baden-Württemberg. Das hat nach Überzeugung des Max-Planck-Instituts mit der Modernität unserer Hauptschulen und der Durchlässigkeit zwischen

den Schulformen zu tun. Professor Baumert sagt in diesem Zusammenhang:

Eine der bedeutendsten bildungspolitischen Entscheidungen in Deutschland ist die Einführung des beruflichen Gymnasiums in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Das ist Jahrzehnte her und war eine der entscheidenden Modernisierungsstrategien überhaupt.

Die Länderstudie stellt fest, dass ein Drittel der 15-jährigen Realschüler auf Gymnasialniveau lernen. Das korrespondiert mit den 10 % Absolventen aus Realschulen, die an einem beruflichen Gymnasium Abitur machen.

Das freiwillige zehnte Schuljahr an der Hauptschule ermöglicht darüber hinaus den mittleren Bildungsabschluss, der wiederum ein wichtiges Instrument zur Modernisierung im Sinne der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen bedeutet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Baden-Württemberg wird mit der Auswertung der Daten in dieser dritten Phase bescheinigt, dass die Entscheidung nach Klasse 4 für den Besuch einer weiterführenden Schule die Entscheidung für ein bestimmtes Schul- und Lernkonzept ist, nicht aber schon die Entscheidung für einen Bildungsabschluss. Das ist der zentrale Satz in dieser Studie für die Frage nach Modernisierung im Sinne der Schaffung von mehr Gerechtigkeit. Wir entscheiden nach Klasse 4 nicht über den Schulabschluss – wir entscheiden über ein Lern- und Schulkonzept, das mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen verbunden sein kann.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann
FDP/DVP)

Das heißt auch: Wenn ein Fünftel der Schüler mit Gymnasialempfehlung in Baden-Württemberg die Realschule besucht, ist das keine Schwäche des Systems, sondern Ausdruck der Akzeptanz eines Lernkonzepts, das den Weg zum Abitur nicht verschließt, sondern für ein Drittel unserer Realschüler auf überzeugende Weise den Weg in das berufliche Gymnasium öffnet. Wir werden bereits in Kürze einen Vergleich beruflicher und allgemein bildender Gymnasien vorlegen, der die Vergleichbarkeit der mittleren Leistungswerte in beiden Gymnasialformen bestätigt. Auch das ist ein wichtiger Schritt, eine Art Evaluation der beiden Gymnasialformen, die wir haben.

Fünftens: Baden-Württemberg hat im nationalen wie übrigens auch im internationalen Vergleich mit 28,6 % einen überdurchschnittlichen Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das stellt hohe Anforderungen im Blick auf Integration an unseren Schulen. Die bisherigen Fördermaßnahmen erweisen sich als erfolgreich. In diesem Bereich gilt aber ganz besonders: Stillstand bedeutet über kurz oder lang Rückschritt. Richtig ist aber auch die Feststellung, dass die hohen Investitionen – es sind annähernd

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

40 Millionen € im Jahr – gerade in diese Fördermaßnahmen schon jetzt beträchtliche Erfolge zeigen. Wenn ich an manche Debatte und Sorge der letzten Jahre denke, kann ich mit gutem Recht sagen, dass wir bei der Integration ein erhebliches Stück vorangekommen sind.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann
FDP/DVP)

Sechstens: In Baden-Württemberg sind die Zahl der Klassenwiederholungen und die Zahl der so genannten Rückläufer besonders gering. Das ist ein Zeichen dafür, dass erstens die Schullaufbahnentscheidungen richtig liegen und zweitens die Vielfalt der Lernkonzepte erfolgreich wirkt. Zum Beispiel ist die wichtige individuelle Persönlichkeitsförderung gerade in unseren Hauptschulen schon ein ganz großes Stück vorangekommen.

Siebtens: Der vertiefende Länderbericht zeigt einen engen Zusammenhang zwischen sozialen Kompetenzen und schulischen Leistungen. So gering wie in keinem anderen Bundesland ist in Baden-Württemberg die Neigung zu Aggression bei Schülerinnen und Schülern ausgeprägt. Wenn es um die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung geht, sind Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg überdurchschnittlich aktiv.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser
FDP/DVP)

Wer in dieser Weise aktiv ist, zeigt, so der Länderbericht, auch deutlich bessere schulische Leistungen. Das heißt, wer über Bildung in Deutschland nachdenkt, darf sich nicht nur um die Entwicklung unserer Schulen bemühen: Andere Lernorte und Lebenswelten unserer Jugendlichen sind ebenso bedeutsam, zum Beispiel die Jugendbildung, die Jugendlichen verlässliche Gemeinschaftsstrukturen anbietet, in denen sie wichtige Kompetenzen erwerben.

Achtens: Die vertiefende Länderstudie beschäftigt sich mit der Leistungsbewertung und stellt unterschiedliche Noten bei gleicher Leistung fest. Am wenigsten lassen sich die Noten an hessischen Gesamtschulen bei vergleichbaren Leistungen gegeneinander abgrenzen. Die Notenvergabe ist hier in starkem Maße von der tatsächlichen Leistung abgekoppelt. Die Studie belegt, dass in Baden-Württemberg die Noten innerhalb der Schularten sehr viel eindeutiger nach Leistungen differenzieren. Am besten gelingt das in unseren Realschulen. Auch das ist eine gute Botschaft für unsere Schulen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann
FDP/DVP)

Es gibt also einen engen Zusammenhang zwischen der Notengerechtigkeit und der Standardsicherung über zentrale Klassenarbeiten und zentrale Abschlussprüfungen. Das ist auch der Grund dafür, dass in der Kultusministerkonferenz generell über standardsichernde Maßnahmen nachgedacht wird und Länder, die bislang keine zentrale Abschlussprüfungen haben, jetzt solche einführen. Ich nenne nur Berlin, Brandenburg und Niedersachsen, wo diese schon in der letzten Legislaturperiode eingeführt worden sind.

Neuntens: In keinem Land in Deutschland ist die Zufriedenheit der Eltern mit der Schule so hoch wie in Baden-Württemberg. Auch das ist ein gutes Zeichen für die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, der vertiefende Länderbericht zeigt für Deutschland, dass sowohl integrative Systeme als auch gegliederte Systeme Nachfolgeprobleme haben. Die Leistungsfähigkeit sowohl im Blick auf Kompetenzen als auch im Blick auf die Gerechtigkeitsfrage beim Zugang zur Bildung entscheidet sich wesentlich daran, ob die jeweiligen Nachfolgeprobleme gelöst werden.

Baden-Württemberg hat in den vergangenen 30 Jahren konsequent an der Durchlässigkeit des gegliederten Schulwesens gearbeitet und damit einen Modernisierungsschub erreicht, der bereits heute zu besseren Ergebnissen führt, als sie diejenigen erreicht haben, die ihre Nachfolgeprobleme bei integrativen Systemen nicht konsequent bearbeitet haben.

Ich sage nicht, dass wir mit diesen Ergebnissen schon zufrieden sind. Aber die Eindeutigkeit beim Vergleich in Deutschland ist unübersehbar. Deshalb hat Jürgen Baumert gesagt: Baden-Württemberg ist das modernste Bildungsland in Deutschland, weil es diese Nachfolgeprobleme seit 30 Jahren aktiv angeht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann
FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!
Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die internationalen Vergleichsstudien im Bereich der allgemein bildenden Schulen dürfen nicht dazu führen, die berufliche Bildung aus dem Blick zu verlieren. Zwei Drittel eines Jahrgangs gehen den Weg der beruflichen Bildung. Die Vielfalt der Bildungsangebote in der beruflichen Bildung stellt ein flexibles, gleichsam atmendes System dar, das sich den schnellen Veränderungen in der Wirtschaft dynamisch anpasst. Es bietet jungen Menschen, die nach der allgemein bildenden Schule nicht in eine duale Berufsausbildung gehen können oder wollen, ein zielführendes Bildungsangebot von hoher Qualität an.

Das Kernstück der beruflichen Bildung ist die duale Bildung und die damit verbundene Partnerschaft zwischen Schule und Betrieb. Wir können seit vielen, vielen Jahren beobachten: Die beruflichen Schulen leisten wie keine andere Institution in unserem Land einen entscheidenden Beitrag zur beruflichen und sozialen Integration vor allem der schwächeren Jugendlichen – zum Beispiel im Berufsvorbereitungsjahr, aber auch in den Berufsfachschulen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb haben wir in Baden-Württemberg europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Das hat unmittelbar mit der Art der beruflichen Bildung in unserem Land zu tun.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Ber-
roth FDP/DVP)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Berufliche Schulen sorgen dafür, dass Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt im Blick auf Ausbildungsplätze ausgeglichen werden. Das heißt zum Beispiel, dass in diesem Schuljahr 80 000 Schülerinnen und Schüler vollzeitschulische berufliche Bildungsgänge belegen. Ich sage aber auch: Diese große Kraft, die unsere beruflichen Vollzeitschulen entwickelt haben, darf nicht zu einem schleichenden Abbau der Ausbildungsplätze führen. Das sage ich vor allem im Blick auf den kommenden Herbst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage es auch im Blick auf die kommenden Jahre. Denn das sind Jahre mit hohen Schulabgängerzahlen. Wir brauchen in den kommenden Jahren nicht nur so viele Ausbildungsplätze wie heute, sondern wir müssen die Zahl der Ausbildungsplätze in den kommenden Jahren deutlich steigern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wohl wahr!)

Dazu bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen für unsere Betriebe. Der Ausbildungsmarkt ist ein hoch sensibler Indikator für die aktuelle Konjunktur und die Stimmung in der Wirtschaft. Die Ausbildungsplätze sind immer die ersten Opfer einer fehlerhaften Wirtschaftspolitik, wie wir sie derzeit in Berlin erleben.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

In einer solchen Situation bedarf es wirtschaftspolitischer Impulse und nicht Drohungen gegenüber unseren Betrieben. Deshalb lehnen wir die vom Bundeskanzler angedrohte Ausbildungszwangsabgabe strikt ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir arbeiten an der weiteren Entwicklung von Kooperation. Wir wollen nicht, dass von Berlin aus der Eindruck erweckt wird, Berufsbildungspolitik könne man gegen die Betriebe in Deutschland machen. Wir schaffen es nur mit den Betrieben und mit besseren Bedingungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Zwei Akzente im beruflichen Bildungswesen sind für unser Reformprojekt zentral bedeutsam. Zahlreiche Maßnahmen zur Begleitung und Förderung schwächerer Jugendlicher nenne ich nur stichwortartig: der Ausbau der Kooperationsklassen Hauptschule/Berufsvorbereitungsjahr, der Ausbau des Praxiszugs Hauptschule, die Unterstützung an der Nahtstelle zwischen allgemein bildender Schule und Berufsvorbereitungsjahr, die Erprobung von Teilqualifikationen im Berufsvorbereitungsjahr in Zusammenarbeit mit der IHK Region Stuttgart.

Diese genannten Entwicklungen und vieles im Bereich der generellen inneren Schulentwicklung im beruflichen Bildungswesen sind der Tatsache geschuldet, dass wir uns den schwächeren Schülerinnen und Schülern ganz besonders verpflichtet fühlen. Es darf im Bildungswesen keine Modernisierungsverlierer geben.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir wollen das Projekt „Jugendberufshelfer“ fortsetzen. Das Landesarbeitsamt hat uns mitgeteilt, übrigens auch aufgrund von Entwicklungen in Berlin, dass es seinen Förderanteil nicht weiterführen könne. Das sind Entwicklungen von außen, die wichtige Entwicklungen in unserem Land behindern. Das halte ich nicht für richtig. Wir werden uns darum bemühen, dass dieses Projekt weitergeführt werden kann.

In diesem Zusammenhang bin ich dafür dankbar, dass die ursprünglich geplante starke Kürzung der Mittel für Schulsozialarbeit in Teilen zurückgenommen werden konnte und die bisherigen Projekte fortgesetzt werden. Das ist wichtig.

(Abg. Drexler SPD: In Teilen!)

– Ja, wenn Sie sagen: „in Teilen“, fügen Sie doch gleich hinzu, dass es überhaupt kein Bundesland gibt, das in dieser Weise Schulsozialarbeit mit eigenen finanziellen Mitteln fördert. Da ist Baden-Württemberg das einzige Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig! – Abg. Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Ein zweiter Bereich, der von zentraler Bedeutung für die Innovationskraft ist, ist das Projekt zur Stärkung der Eigenständigkeit beruflicher Schulen. Unsere beruflichen Schulen sind das Flaggschiff auf dem Weg zur Selbstständigkeit der Schulen. Das bezieht sich auf alle Bereiche der systematischen Schulentwicklung. Das bezieht sich auf Budgetierungsregelungen im Fortbildungsbereich, es bezieht sich auf Qualitätsmanagement, auf Lehrereinstellung, auf Leitbildentwicklung. STEBS hat gezeigt, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Eigenverantwortung und Qualität gibt oder, anders gesagt, dass die Förderung von Selbstständigkeit bei gleichzeitiger Standardsicherung zu Qualität führt. Ich danke den beteiligten Schulen sehr dafür, dass sie sich diesem Prozess stellen, der anstrengend ist, der mit vielen Veränderungen verbunden ist, der aber zu einer höheren Qualität im Bereich der beruflichen Bildung führen wird.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Verantwortung fördern, Qualität entwickeln, Bildung und Erziehung stärken, das heißt, quer durch alle Bereiche Altersstufen, die für bestimmte Formen des Lernens besonders geeignet sind, besser zu nutzen. Lange vor PISA waren für uns das Zeitfenster vor der Schule und die Elementarerziehung von großer Bedeutung. Dass Kinder schon vor Schuleintritt begeisterungsfähig, wissbegierig und bildungshungrig sind, musste uns nicht erst PISA zeigen. Aber PISA und die Hirnforschung haben es uns wieder ins Bewusstsein gerufen – und das ist gut so –, dass wir Kinder nicht unentwegt in ihrer Begeisterungsfähigkeit, etwas zu lernen, unterschätzen dürfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Bildungskongress in Ulm im vergangenen Jahr, der für das große Reformprojekt wesentliche Impulse gesetzt hat,

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

hat uns deutlich gemacht, wie wichtig die Ergebnisse der Hirnforschung für die Weiterentwicklung unseres Bildungswesens sind. Hier ist Kooperation zwischen den medizinischen Fakultäten und den Pädagogen notwendig. Deshalb prüfen wir zurzeit auf Vorschlag von Herrn Professor Spitzer in Ulm die Einrichtung eines interdisziplinären Instituts an der medizinischen Fakultät der Universität Ulm, das sich mit speziellen Fragen des Lernens und der Entwicklung von Lernstrategien aus der Perspektive der Hirnforschung beschäftigt. Das ist ein ganz konkretes Beispiel aus der konzentrierten Arbeit in unserem Bildungsrat, zu dem Professor Spitzer gehört: neue Wege diskutieren und dann auch eine neue Interdisziplinarität schaffen, wenn es um Lernen, um Lernstrategien und um die Förderung von Kindern geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Soziales Lernen, ästhetische Erziehung, Sprechen und Sprache oder Erfahrungen mit Natur und Technik gehören in Baden-Württemberg seit langem zum Curriculum für den Lebensraum Kindergarten. Wir haben also eine gute Grundlage, auf der wir aufbauen können. Deshalb muss ich sagen, wenn ich an die gestrige Diskussion über das Kindergarten-gesetz denke: Es kann doch überhaupt keine Rede davon sein, dass wir in diesem Bereich in Baden-Württemberg am Punkt null beginnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Wer Kindergärten in unserem Land kennt, weiß, dass es ein gutes Fundament gibt, auf dem wir jetzt aufbauen können.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Im neuen Kindergarten-gesetz wird die Sprachförderung einen Schwerpunkt bilden. Hierzu gibt es ein Projekt der Landesstiftung. Außerdem wird in einer interministeriellen Arbeitsgruppe ein ganzheitliches Sprachförderkonzept erarbeitet. Dieses Konzept wiederum ist verbunden mit einer Ausbildungsreform für die Erzieherinnen und Erzieher mit neuen zentralen Bausteinen gerade in diesem Bereich.

Seit 30 Jahren haben wir Erfahrungen in der Kooperation zwischen Kindergärten und Grundschulen. Mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“ sind wichtige Kooperationswege erprobt worden. 77 Kooperationsbeauftragte für den Bereich Kindergarten/Grundschule sind im Einsatz. Vertreter anderer Länder kommen zu uns und lassen sich bei uns über diese bisherigen Ansätze beraten.

Jetzt stehen wir vor einer ganz wesentlichen Weichenstellung. Wer mit denjenigen spricht, die in diesen Bereichen tätig sind – zum Beispiel mit dem Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik in Bayern, Herrn Professor Fthenakis –, der weiß, dass wir das alles jetzt in einem Gesamtkonzept bündeln müssen. Deshalb freue ich mich sehr, dass Bayern, Hessen und Baden-Württemberg ihre bisherigen Entwicklungen im vorschulischen Bereich in den kommenden Jahren bündeln und in einem Erziehungs- und Bildungsplan für den Kindergarten weiterführen werden. Das ist ein wichtiger Beginn einer neuen Phase, in die die bisherigen Erfahrungen in der Kooperation zwischen Grundschule und Kindergarten einfließen werden. Das soll ein Bildungs- und Erziehungsplan für den Kindergarten nicht nur

in einem Bundesland, sondern in starker Kooperation mehrerer Bundesländer sein, sodass wir damit zugleich auch eine neue Entwicklung in Deutschland anstoßen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Ergebnisse bisheriger Bemühungen kennen Sie. Die Quote der vorzeitigen Einschulungen ist auf 8,4 % gestiegen. Die Zurückstellungsquote ist halbiert worden. Sie liegt jetzt bei 6,2 %. Es ist also nicht nur etwas geschehen, sondern das, was geschehen ist, hat zu ganz konkreten Veränderungen geführt.

Das Gleiche gilt für besonders begabte Kinder in der Grundschule. Ihnen werden mittlerweile – das ist ein ganz wichtiger Punkt und ein ganz wichtiges Segment – im Bildungswesen verschiedenste Möglichkeiten angeboten, um in frühen Jahren gefördert zu werden.

Meine Damen und Herren, gerade im Grundschulbereich gilt in besonderer Weise: Wir brauchen eine Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Familie. Der Bildungskongress in Ulm hat uns deutlich vor Augen geführt: Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Sie beginnt auch nicht erst im Kindergarten.

(Abg. Wacker CDU: Zu Hause!)

Bildung beginnt – das ist der kürzeste Satz – zu Hause. Deshalb ist Elternbildung wichtig, deshalb ist Familienbildung wichtig. Deshalb brauchen wir keinen Weg, wie wir erklären, dass alle Kinder möglichst früh vom Staat betreut werden, sondern Unterstützung von Eltern, Eltern- und Familienbildung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Alle Arbeiten an den Bildungsstandards für die Grundschule sowie die Einführung der Fremdsprache ab Klasse 1 mit zwei zusätzlichen Stunden in der Stundentafel sind konkrete Schritte, die wir zur Stärkung von Sprachkompetenz und damit zur Stärkung des Schlüssels für schulischen Erfolg beschlossen haben.

Ich nenne das Programm „bewegungsfreundliche Grundschule“. 250 Grundschulen beteiligen sich daran. Das ist ein Konzept, das weit über die dritte Schulstunde im Fach Sport hinausgeht. Es ist ein Konzept, das ich mir künftig für jede Grundschule in Baden-Württemberg vorstelle. Das ist ein wesentlicher Aspekt für die Entwicklung von Kindern.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, gut ein Drittel der Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg besuchen die Hauptschule. Wer immer sich daran beteiligt, diese Schulart infrage zu stellen, gefährdet den bislang so erfolgreichen Modernisierungsprozess unserer Hauptschulen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Lernwelten, Lebenssituation und Lernvoraussetzungen der Hauptschülerinnen und Hauptschüler sind unterschiedlich.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Deshalb unterscheiden sich all unsere Hauptschulen stark voneinander. Es gibt nicht das einheitliche Konzept für alle. Der Modernisierungsprozess ist ein Prozess zunehmender pädagogischer Spielräume zur Gestaltung von Verschiedenheit, auch Verschiedenheit in den Lernvoraussetzungen.

Der „Runde Tisch Hauptschule“ mit vielen Partnern – Landeswohlfahrtsverband, Unternehmen, Kammern, Industrie- und Handelskammertag genauso wie Handwerkstag – hat ein großartiges Reformkonzept IMPULSE Hauptschule entwickelt, das bundesweit auf Anerkennung und Auszeichnung gestoßen ist. Ich halte es für wichtig, dass das Konzept IMPULSE Hauptschule in all seinen Elementen flächendeckend fortgeführt und durchgesetzt werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in den ersten Wochen und Monaten der Diskussion über die PISA-Studie bestand Konsens zwischen allen Ländern – übrigens auch zwischen dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und allen Ländern – darüber, dass die Antwort auf die PISA-Studie nicht Debatten über Schulstrukturen in Deutschland sein sollten. Dieser Konsens droht verloren zu gehen durch die Forderung von SPD und GEW nach einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen.

(Zustimmung der Abg. Heiderose Berroth FDP/
DVP)

Das gefährdet nicht allein den Modernisierungsprozess bei der Schularten. Dieser Vorschlag ist auch mit gravierenden Konsequenzen für Schulstandorte in den Flächenländern verbunden. Hier gibt es Erfahrungen in Deutschland. Sachsen und Thüringen haben bereits diese Mittelschule. Um ein pädagogisch sinnvolles und differenziertes Konzept an solchen Schulen umzusetzen, bedarf es einer gewissen Schulgröße. In Sachsen liegt die Mindestgröße für eine Mittelschule

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: 240!)

bei 240 Schülern. Schulen, die kleiner sind, werden geschlossen. Es ist unübersehbar, dass Schulschließungen in den neuen Bundesländern auch und wesentlich mit dem dramatischen Rückgang der Schülerzahlen um etwa 50 % zu tun haben; das ist die Hauptursache. Aber möge sich jeder für seinen Wahlkreis einmal vorstellen, was es bedeutete, wenn jede Schule geschlossen würde, die weniger als 240 Schüler hat. Dann hätten wir in Baden-Württemberg eine völlig andere strukturpolitische Situation als bislang.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Gutachten bescheinigen uns eine gleichmäßige Entwicklung aller Regionen unseres Landes. Das hat mit Infrastruktur zu tun, die nicht auf Konzentration, sondern auf ortsnahe Versorgung ausgerichtet ist.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Die Schule in der kleinen Gemeinde hat für diese Gemeinde eine hohe Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Sie betrifft die Kultur, die Weiterbildung, die Jugendarbeit, die Vereine. Wer in einer solchen Situation für die Mittelschule eintritt – man kann es ja einmal versuchen –, sollte auch so ehrlich sein, über die entsprechenden Konsequenzen zu reden. Er verlässt unseren Konsens in Baden-Württemberg über eine wohnortnahe Schulversorgung. Deshalb sage ich Ihnen: Die Landesregierung wird sich auch in Zukunft um diesen Konsens bemühen und bleibt bei der Überzeugung, dass eine wohnortnahe Schulversorgung nicht nur eine bildungspolitische, sondern auch eine strukturpolitische Entscheidung von hoher Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit aller Regionen in Baden-Württemberg ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Natürlich werden auch wir in Zeiten rückläufiger Schülerzahlen nicht jeden Schulstandort halten können. Wer aber über Strukturveränderungen Schulschließungen in größerem Umfang provoziert, verändert die Strukturen in unserem Land, und begründungspflichtig sind die, die verändern wollen, und nicht diejenigen, die an der wohnortnahen Schulversorgung festhalten werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr schön!)

Meine Damen und Herren, PISA stellt den Realschulen des Landes ein hervorragendes Zeugnis aus. Es ist die anerkannteste und beliebteste Schulart, die Schulart, die in unserem Land eine kontinuierliche Entwicklung genommen hat. Sie gewährleistet immer wieder die richtige Balance zwischen Fortschritt und Tradition, zwischen allgemeiner Bildung und berufsorientierten Bildungsmodulen. Neue Fächerverbünde, wichtige Hilfestellungen bei Lebensplanung und beruflicher Orientierung, Stärkung ihrer Eigenständigkeit und ihrer unmittelbaren Verantwortung vor Ort, das sind Merkmale der Realschule, das ist ein Grund dafür, dass viele Eltern, obgleich ihre Kinder eine Gymnasialempfehlung haben, den Weg über die Realschule wählen, weil diese Schulart über ein modernes, ein zukunftsfestes pädagogisches Konzept verfügt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Ministerrat wird in Kürze das Konzept für die generelle Einführung des achtjährigen Gymnasiums ab dem Schuljahr 2004/05 verabschieden. Das ist Teil der Koalitionsvereinbarung und geschieht im Geleitzug mit anderen Ländern. Thüringen und Sachsen haben seit langem Erfahrungen damit, das Saarland hat bereits umgestellt, Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt werden in absehbarer Zeit folgen. Eine Verschiebung dieser Umstellung auf das Jahr 2007, wie von der SPD gefordert, lehnen wir ab.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Von einer überhasteten Reform kann überhaupt keine Rede sein, zumal wir in Baden-Württemberg bereits langjährige Erfahrungen mit entsprechenden achtjährigen gymnasialen Bildungsgängen haben. Die Reform wird seit Beginn der Legislaturperiode vorbereitet.

Der Zeitpunkt der Umstellung korrespondiert mit Bildungsstandards und der Kontingenzstundentafel. Es ist ein Konzept, bei dem es nicht allein um ein Schuljahr weniger geht,

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

sondern um die Profilierung der pädagogischen Verfassung unseres Gymnasiums. Das halte ich für wichtig, und das halte ich für notwendig mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler. Es kann nicht sein, dass in Deutschland mit durchschnittlich 19,5 Jahren Abitur gemacht wird. Wir brauchen auch hier eine internationale Vergleichbarkeit. Schüler müssen überall in Deutschland die Chance haben, ab dem Zeitpunkt der Volljährigkeit ihr Abitur zu machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Der Ministerrat wird darüber hinaus in Kürze auch die Einrichtung eines Hochbegabtgymnasiums mit Internat in Schwäbisch Gmünd verabschieden. Das ist ein weiterer wichtiger Impuls in einem seit 1985 bestehenden sehr differenzierten Konzept der Begabtenförderung mit Arbeitsgemeinschaften, Seminaren in der unterrichtsfreien Zeit, Kooperationen von Schulen und Hochschulen bis hin zum Schülerforschungszentrum in Saulgau.

Ich sage ganz deutlich – auch das gehört zu den Leitlinien unserer Bildungspolitik –: Benachteiligtenförderung und Begabtenförderung sind keine Alternativen, sondern die zwei Seiten der einen Medaille.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich bringt jede Veränderung für Schülerinnen und Schüler Unsicherheit. Das war übrigens bei der Einführung des Kurssystems Mitte der Siebzigerjahre nicht anders. Damals haben 30 000 Schüler auf dem Schlossplatz gegen dieses Kurssystem protestiert. Ich kann verstehen, dass Schülerinnen und Schüler verunsichert sind, ich kann aber nicht verstehen, wenn Lehrer und Eltern zu dieser Verunsicherung massiv beitragen.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es für ein Unding – und ich werde dem auch nachgehen –, wenn Oberstufenberater, also Mitglieder eines Lehrerkollegiums, die für die Beratung von Schülerinnen und Schülern zuständig sind, erklären, sie seien zur Beratung nicht in der Lage und die Schülerinnen und Schüler sollten sich bitte an die Ministerin wenden, die diesen Kladderatsch eingeführt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei
der SPD)

Das ist nicht mein Verständnis von Pflichterfüllung derer, die einen Auftrag in der Schule haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine Damen und Herren, zu den Besonderheiten baden-württembergischer Bildungspolitik gehört die Sonderpädagogik. In keinem Land in Deutschland ist ein so hoher Standard erreicht und sind damit verbundene Investitionen möglich. Für die Sonderschule gilt in besonderer Weise der pädagogische Grundsatz, dass Schulen nicht Orte der Analyse von Defiziten, sondern vielmehr Orte der Wahrnehmung von individuellen Möglichkeiten und Räume des Respekts vor Kindern und Jugendlichen in ihrer Unterschiedlichkeit sein müssen.

Der sonderpädagogische Bereich zeichnet sich in besonderer Weise dadurch aus, dass es eine Vielfalt der Lernwege gibt, eine Vielfalt der Lernorte, viele Partner, interdisziplinäre Arbeit sowie frühe und rechtzeitige sonderpädagogische Förderung. Das ist in meinen Augen das pädagogische Handlungsfeld, das für alle Pädagogen wichtig ist. Ich wünsche mir, wir könnten irgendwann erreichen, dass alle, die ein Lehramt studieren, auch Erfahrungen im Bereich der Sonderpädagogik machen können.

Meine Damen und Herren, die Sonderpädagogik in Baden-Württemberg ist so weit ausgeprägt und ausdifferenziert, dass es gelingt, die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen quer durch alle Schularten zu beschulen. Das halte ich für einen wichtigen Fortschritt. Ich sage aber angesichts der vielen Debatten, die wir in diesem Hause über Kooperation und Integration gehabt haben: Es ist wichtig, dass wir die Wege der Kooperation und die sonderpädagogische Forschung weiterentwickeln, weil das die Voraussetzung für Integration ist. Beides gehört zur Sonderpädagogik. Sonderpädagogische Forschung und Formen der Kooperation befördern Integration, aber behindern sie nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, alle diese Reformschritte zusammengefasst bedeuten die tiefstgreifende Bildungsreform in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten. Größere Selbstständigkeit der einzelnen Schule vor Ort und die damit verbundene Stärkung von Verantwortung sind dabei ebenso bedeutsam wie die Weiterentwicklung von Vergleichbarkeit und Standardsicherung als anerkannte Qualitätsfaktoren. Beides sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir konzentrieren uns auf beides; das sind die beiden großen Punkte – wie in einer Ellipse – unseres Reformprojekts. Neben der Verantwortung für individuelle Schulentwicklung unmittelbar vor Ort mit entsprechenden pädagogischen Freiräumen ist ein ganz wichtiger Punkt, dass es immer mehr schulscharfe Lehrereinstellungen gibt. Ich wünsche mir, wir würden irgendwann dazu kommen, die Mehrzahl der Stellen schulscharf und unmittelbar vor Ort besetzen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg.
Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Wacker
CDU: Sehr gut!)

Bildungsstandards, Kontingenztafeln: Das alles schafft neue pädagogische Spielräume. Neue pädagogische Spielräume – auch das sagen uns alle internationalen Untersuchungen – führen nur dann zum Ziel, wenn sie mit Maßnahmen der Standardsicherung verbunden sind. Und sie führen nur dann zum Ziel, meine Damen und Herren, wenn sie mit einer Stärkung von Erziehung verbunden sind.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Erziehung ist eine der großen Kulturleistungen einer Gesellschaft. Erziehung gehört wesentlich zu dem, was eine Gesellschaft trägt, prägt und zusammenhält. Erziehung ist Teil des Generationenvertrags, und deshalb gehört zu der großen Bildungsreform, in der wir stehen: viel zu tun, um Erziehung als eine große Kulturleistung in dieser Gesellschaft zu stärken, und nichts zu tun, was das Auseinander-

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

fallen des Generationenvertrags in diesem Bereich befördert.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört dann auch – das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt; Hartmut von Hentig hat uns schon vor vielen Jahren darauf aufmerksam gemacht –: Wir müssen dafür sorgen, dass wir unser ganzheitliches Verständnis von Bildung wirklich ernst nehmen. Wir dürfen Jugendliche nicht nur kenntnisreich und erfahrungsarm, mit viel Wissen, aber wenig Orientierung aus der Schule entlassen, sondern wir müssen uns in allem, was wir jetzt bei den Bildungsstandards tun, immer wieder vor Augen führen: Entscheidend ist, dass sie Orientierung erfahren, dass sie verlässliche Gemeinschaftsstrukturen erfahren,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

dass sie bindungsfähig werden, dass Kenntnis und Erfahrung, Einsicht und Orientierung zusammenkommen. Erst dann haben wir den Anspruch von wirklich stabiler und persönlichkeitsstärkender Bildung erreicht.

Für mich gehört dazu ganz wesentlich all das, was wir im Bereich der Schülermentoren getan haben – in Zusammenarbeit mit vielen Vereinen und Verbänden und in Zusammenarbeit mit der Jugendbildung. Hier sind wichtige Akzente gesetzt, die dazu beitragen sollen, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen werden. Kinder und Jugendliche brauchen nicht immer mehr pädagogische Betreuung; sie brauchen Räume, in denen sie Verantwortung einüben können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Tragende Säule einer großen Bildungsreform ist natürlich die Förderung der pädagogischen Professionalität unserer Lehrkräfte. Das betrifft Lehrerbildung wie Lehrerfortbildung, das betrifft die Unterstützungssysteme für Evaluation.

Im Netzwerk der pädagogischen Unterstützungssysteme wird künftig das Landesinstitut für Erziehung und Unterricht die Rolle eines Kompetenzzentrums wahrnehmen. Künftige Evaluationsteams stehen in engem Zusammenhang mit diesem Landesinstitut. Die Weiterentwicklung der Schulverwaltung ist wesentlich geprägt von diesen neuen Aufgaben der Evaluation.

Meine Damen und Herren, im Blick auf die gestrige Diskussion sage ich: Ob diese Aufgaben in dieser oder jener Organisationsform wahrgenommen werden, ist für die Aufgabenstellung völlig egal. Wer immer also gestern geschrieben oder gesagt hat, das Konzept des Kultusministeriums zur Weiterentwicklung der Schulverwaltung sei damit ad acta gelegt, der irrt. Das Konzept der Aufgaben- und Funktionsbestimmung – diese gehört zur Organisationsentwicklung – steht und wird durchgeführt. Die Vorbereitungen dafür sind getroffen. Das ist ein wichtiger Teil der Umsteuerung unseres Bildungswesens.

Meine Damen und Herren, zwei Drittel aller Fortbildung der Lehrkräfte geschieht in der unterrichtsfreien Zeit. Auch das sage ich angesichts mancher Briefe, die ich bekomme.

Wir sollten auch einmal positiv wahrnehmen, dass in den letzten Jahren ungewöhnlich viele Aktivitäten in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden und unsere großen Lehrerfortbildungsakademien jetzt eigentlich die Zentren für Multiplikatoren-schulung sind. Im Übrigen erfolgt Lehrerfortbildung immer stärker in unseren Schulen. Auch das ist ein wichtiger Schritt zur Selbstständigkeit der Schule.

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das die Pädagogischen Hochschulen beibehalten hat.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Diejenigen, die länger im Landtag sind, werden sich auch hier an manche Debatte erinnern. Andere Länder wären froh, sie hätten diesen Ort der Lehrerbildung in der Wissenschaftsgesellschaft erhalten, weil es der Ort ist, der für eine praxisnahe Lehrerbildung steht und diese in den letzten Jahrzehnten überzeugend geleistet hat.

(Beifall bei der CDU)

Das Kultusministerium geht jetzt gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium noch einen Schritt weiter. Nach der Einführung eines Praxissemesters für diejenigen, die im Lehramt für Gymnasien und berufliche Schulen arbeiten, werden wir im nächsten Schritt Zentren für Lehrerbildung an unseren Universitäten einrichten. Diese Zentren können einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, dass Lehrerbildung als eine der zentralen Aufgaben der Universitäten verstärkt wahrgenommen wird und die Ausbildungsangebote der Universitäten mehr als bisher an den Bedürfnissen der Lehramtsstudierenden ausgerichtet werden.

Ich bin dem Kollegen Frankenberg sehr dankbar für diesen Konsens. Ich bin ihm dankbar dafür, dass wir beide uns einig sind: Wo Lehrerbildung draufsteht, muss Lehrerbildung drin sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Eine Universität, die dazu keine Lust hat, kann künftig auch keine Lehrerbildung mehr betreiben.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Jawohl!)

Deshalb sind die Zentren für Lehrerbildung wichtig für die Profilierung unserer Universitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schließlich ist auch die Weiterentwicklung der Lehrbildungsseminare zu didaktischen Zentren ein wichtiger Schritt der Verknüpfung von Lehrerbildung und didaktischer Entwicklung.

Meine Damen und Herren, andere Lebenswelten in der Überzeugung, dass Schule nur ein Lernort ist. Ich sage es wirklich nur in Kürze und in Stichworten: die Jugendbildung, die Jugendgemeinderäte, regionale Jugendfonds, Jugendagenturen. Das alles sind Stichworte dafür, dass unsere Schule wichtige Partner aus dem Bereich der Jugendarbeit und der Jugendbildung gefunden hat. Das ist der Grund dafür, dass der Anteil der Jugendlichen in Baden-Württemberg, die ehrenamtlich engagiert sind, hoch ist. Das ist auch

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

der Grund dafür, dass diese Jugendlichen eine Chance haben, Kompetenzen zu erwerben, die ihnen in der Schule helfen. Deshalb danke ich dem breiten Spektrum der vielen Jugendvereine und -verbände, denjenigen, die in den Jugendagenturen, in den Jugendgemeinderäten tätig sind, sehr für diese wichtige Arbeit zur Begleitung von Kindern und Jugendlichen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deren Arbeit übrigens gilt es zu beachten, wenn wir über die Einrichtung von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen sprechen. Unbestritten ist – und das hat lange vor PISA bei uns begonnen –, dass wir Ganztagschulen und Ganztagsangebote schaffen. Wir haben uns für die Priorität der Hauptschulen in sozialen Brennpunkten entschieden. Ich sage deutlich: Das wird auch in den kommenden Jahren so sein.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Das ist der Schwerpunkt. Da ist noch manch anderes vielleicht möglich, aber diesen Schwerpunkt, diese Priorität dürfen wir im Hinblick auf die Schwächsten des Systems nicht aus dem Blick verlieren. Ich sage auch: Wer immer heute sagt, irgendwo in Deutschland könne flächendeckend die Ganztagschule eingerichtet werden, handelt völlig realitätsfremd im Blick auf die finanzielle Lage der Städte, Gemeinden und Länder.

(Beifall bei der CDU)

Die Verhandlungen mit dem Bund über das 4-Milliarden-Programm gestalten sich äußerst schwierig. Zeitgleich findet heute wieder ein Gespräch statt. Der Konsens ist noch nicht gefunden. Wenn die Bundesbildungsministerin im Deutschen Bundestag erklärt, mit diesem 4-Milliarden-Programm des Bundes seien für Städte, Gemeinden und die Länder keine nachhaltigen finanziellen Konsequenzen verbunden, dann, meine Damen und Herren, ist das schlichtweg Realitätsverweigerung.

(Beifall bei der CDU)

Wir bauen Ganztagsangebote und Ganztagschulen bedarfsorientiert weiter aus.

(Zuruf von der SPD: Wo?)

Wir genehmigen in diesem Monat 47 neue Ganztagschulen für Baden-Württemberg. Auf einen Schlag 47! Es ist, glaube ich, sogar mancher von Ihnen davon betroffen, der das in seinem Wahlkreis wollte.

(Zuruf von der SPD: War auch Zeit! – Abg. Seimetz CDU: Wintruff, klatschen! – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Christine Rudolf: Warum sind Sie so sauer?)

Das ist ein Fortschritt. Aber – das sage ich auch ganz deutlich, dazu stehe ich – wir versprechen nicht mehr, als wir halten können. Und wir versprechen nur, was unsere Städte und Gemeinden und das Land aufgrund der dramatischen finanziellen Lage der nächsten Jahre finanzieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Alles andere sind Wunderkerzen, die unseren Kindern und Jugendlichen überhaupt nicht helfen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

All das, was wir getan haben, haben wir in finanziell dramatischen Zeiten der öffentlichen Haushalte getan. Das gilt für die Städte und Gemeinden, das gilt für uns. Klamme Kassen haben in Baden-Württemberg nicht zum Stillstand in der Bildungspolitik geführt, sondern zu einer Prioritätensetzung für Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung mit 41,6 % Anteil am Landeshaushalt. Kein Land in Deutschland investiert so viel in Bildung wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb auch Dank an die beiden Regierungsfractionen und an die Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung, für die diese Prioritätensetzung nicht immer leicht zu verkraften ist.

(Abg. Drexler SPD: Gar nichts Neues!)

Ich halte das für das zentrale Zeichen nicht nur an die junge Generation, sondern auch an unsere Unternehmen, an die vielen in unserer Gesellschaft in Baden-Württemberg, die an der Zukunftsfähigkeit des Landes arbeiten. Ich werbe bei den Fraktionen der Opposition für Konsens, wo immer er möglich ist. Ich lade Sie ein, mit uns gemeinsam die tiefstreichende Bildungsreform des Landes Baden-Württemberg seit Jahrzehnten mitzutragen.

(Abg. Drexler SPD: Wo denn?)

Ich bitte Sie aber auch, mich nicht immer davon überzeugen zu wollen, dass wir uns vorrangig mit Strukturdebatten und Schlagworten beschäftigen sollten, weil wir uns mit den wesentlichen Fragen beschäftigen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Richtig! Mit Strukturreformen!)

Lassen Sie uns, wo immer das möglich ist, gemeinsame Wege gehen, um Bildung und Erziehung in Baden-Württemberg zu stärken.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: In der Aussprache über die Regierungserklärung erteile ich Herrn Abg. Zeller das Wort.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Schavan, erst im November letzten Jahres kam von Ihnen bei einem Vortrag an der Universität Heidelberg das Eingeständnis: „Wir sind alle PISA-geschädigt.“ Heute liefern Sie hier eine Jubelarie auf das baden-württembergische Schulsystem ab, sodass man meinen könnte, Baden-Württemberg hätte bei der PISA-Studie sogar noch besser als das Land auf Platz 1 abgeschnitten. Wie immer waren Ihre Ausführungen weitgehend

(Zeller)

frei von Selbstkritik. Aber ich sage Ihnen: Etwas anderes war von Ihnen in dieser Regierungserklärung auch gar nicht zu erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Was Sie hier und heute erklärt haben, übertrifft alles bisher Gehörte: alles bestens, alles prima im Lande. Sagen wir wieder einmal: Weiter so! Im Grunde war nichts Neues dabei.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist der Beginn einer neuen Rede!)

Ihre Interpretationen der PISA-Studie und anderer Erhebungen will ich aber auf keinen Fall so stehen lassen.

(Abg. Capezzuto SPD: Nein!)

Angesichts des – ich sage das trotzdem – bestenfalls mittelmäßigen Abschneidens unseres Landes in den internationalen Studien stellt sich nach Ihren Ausführungen die Frage –

(Zurufe der Abg. Alfred Haas und Wieser CDU)

diese Frage stellt sich wirklich –: Wo leben Sie eigentlich? In welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Es gibt nur eine Welt! Das andere ist der Himmel!)

Wie viele PISA-Berichte und Studien müssen eigentlich noch veröffentlicht werden, bis auch Sie verstehen, dass in Baden-Württemberg mitnichten alles in bester Ordnung ist?

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Unsere Kinder und Jugendlichen sind ja nicht dümmer als die Kinder in Finnland, in Kanada oder in Schweden.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Und dennoch schneiden sie bei diesen internationalen Studien schlechter ab.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Alle, bis auf Sie, sind sich offenbar darüber einig: Wir haben im Bildungsbereich dringenden Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wenn ich aber Ihre Ausführungen hier verfolge, finde ich dafür nur zwei Erklärungsmöglichkeiten: Entweder haben Sie noch gar nicht realisiert, was die PISA-Ergebnisse wirklich bedeuten, oder aber Sie versuchen, uns hier im besten Wissen um die prekäre Situation einen lahmen Gaul als ein Rennpferd zu verkaufen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, ich weiß gar nicht, welche Variante für unser Land schlimmer ist: eine Kultusministerin, die so fern der Realität ist, dass sie die

PISA-Ergebnisse als Auszeichnung für unser Land versteht, oder eine, die zwar die Alarmzeichen versteht,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

sie aber wissenschaftlich fehlinterpretiert.

Egal, welche Erklärung zutrifft, klar ist: Wir Abgeordnete sind dagegen, dass der Landtag dafür herhalten muss, dass Sie, Frau Schavan, vom Staatsministerium aus auf die Bühne geschickt werden, um Ihren eigenen Leuten mit einer Regierungserklärung zu demonstrieren, dass Sie auch eine Regierungserklärung vorlesen können.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha! – Lebhaftige Zu- und Gegenrufe von der CDU und der SPD, u. a. Abg. Hauk CDU: Das ist doch dermaßen billig! – Weiterer Zuruf von der CDU: Billig und blöd!)

Wenn Ihre Regierungserklärung heute eine Bewerbung für die Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten gewesen sein soll, dann steht spätestens seit heute fest, dass Sie für diesen Posten nicht infrage kommen.

(Beifall bei der SPD – Lebhaftige Zu- und Gegenrufe von der CDU und der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Nur weiter so! Herr Zeller, Sie aber auch nicht!)

Noch etwas vorneweg: Wir freuen uns mit allen Baden-Württembergern über alle, die hervorragende Leistungen bringen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Seimetz CDU: Das ist etwas Neues: Der Zeller kann sich freuen!)

Und hören Sie doch bitte endlich auf, so zu tun, als sei die SPD gegen Leistung.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Im Gegenteil, wir freuen uns über Spitzenergebnisse, aber eben über echte Spitzenergebnisse und nicht über angebliche Bestleistungen, die mithilfe irgendwelcher Rechentricks zustande kommen.

(Abg. Seimetz CDU: Das ist zumindest mal ein Fortschritt: Zeller kann sich freuen!)

Bildung ist die Voraussetzung für die individuelle Entwicklung eines jeden und einer jeden Einzelnen. Bildung ist immer noch die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, unentbehrlich für die Demokratie, den Wettbewerb, die Wettbewerbsfähigkeit und die Weiterentwicklung unseres Landes. Bildung ist wichtig für unsere Gesellschaft insgesamt.

Frau Schavan, es geht nicht, von Woche zu Woche Mittelmäßiges besserzureden und am Ende dazu überzugehen, mittelmäßige Ergebnisse zu Spitzenleistungen zu erklären. Für Ihre Gabe, alles nur rosarot zu sehen und schönzureden, gibt es an den Schulen im Lande –

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

(Zeller)

da sollten Sie sich einmal umhören – schon einen eigenen Ausdruck – so weit ist es gekommen –: Bei Lehrerinnen und Lehrern sowie bei Schulleiterinnen und Schulleitern, ja sogar in Ihrem eigenen Hause, in Ihrem Ministerium spricht man inzwischen von „Schavanismus“ –

(Heiterkeit bei der SPD)

Schavanismus als der Kunst, alles schönzureden, Schavanismus als dem Betreiben von Politik ohne Dialog mit Kennern aus der Praxis und dem Durchpeitschen von Maßnahmen gegen die Meinung der Betroffenen, Schavanismus als der Kunst, ein Pilotprojekt nach dem anderen vorzustellen, ohne wirklich etwas zu bewegen, Schavanismus als dem Synonym für die Verbreitung von heißer Luft und Worthülsen, ohne wirklich etwas voranzubringen,

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Schavanismus auch als der Verweigerung einer Kooperation mit dem Bund in der Bundespolitik, Schavanismus als der Kunst, über ein Jahr lang über PISA zu lamentieren, ohne irgendeinen guten Vorschlag in die Tat umzusetzen.

Meine Damen und Herren, schon fast anderthalb Jahre sind seit der ersten PISA-Veröffentlichung ins Land gezogen.

(Zurufe der Abg. Rech und Alfred Haas CDU)

Viele tolle Sonntagsreden haben Sie gehalten, Frau Schavan, zum Teil noch als Schattenministerin des gescheiterten Kanzlerkandidaten Stoiber, heute nun im Rahmen der Diadochenkämpfe um die Nachfolge im Amt des Ministerpräsidenten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sagen Sie einmal etwas zur Sache!)

Frau Schavan, Sie sprechen hier von einer tief greifenden Bildungsreform in Baden-Württemberg. Das hört sich gigantisch an.

(Abg. Röhm CDU: Inhalte! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Sie sind der Ableger von Schavanismus!)

Diese angekündigte tiefstgreifende Bildungsreform in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten ist aber eine reine Luftnummer.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Sie sind hier die Luftnummer!)

Sie nehmen ja selbst den größten und wichtigsten Bereich, nämlich die Schulstruktur, von jeder Veränderung aus. Betont wird von Ihnen heute wieder einmal, welche entscheidende Rolle der Qualität des Unterrichts zukommt. Wer will dies bestreiten? Frau Schavan, ich denke, Sie stimmen mit mir darin überein:

(Abg. Alfred Haas CDU: Auf keinen Fall!)

Voraussetzung für mehr Unterrichtsqualität sind auch motivierende Lehrerinnen und Lehrer, vom Unterricht überzeugte Schülerinnen und Schüler

(Abg. Alfred Haas CDU: Die haben wir Gott sei Dank!)

und Eltern, die sich gerne einbringen. Wer will dies bezweifeln?

Kommen wir also zur Frage:

(Zuruf von der CDU: Zum Schluss!)

Was haben Sie in den letzten anderthalb Jahren seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie in Baden-Württemberg getan, um für mehr Motivation bei Schulleitungen, Lehrkräften und Eltern sowie Schülerinnen und Schülern zu sorgen?

(Abg. Alfred Haas CDU: Viel, und viel schon vorher!)

Der Unterrichtsausfall ist nach wie vor immens hoch. Die Klagen von Eltern und Lehrern darüber reißen nicht ab. Die Schulleitungen in Baden-Württemberg stehen unter Druck wie nie zuvor; sie müssen viel Energie für die Gewährleistung der Unterrichtsversorgung aufbringen, weil sie vom Ministerium bei der Ausstattung mit Personal kurz gehalten werden. Gleichzeitig weisen die Eltern völlig zu Recht darauf hin, dass Unterricht ausfällt. Dafür werden sie von Ihnen kritisiert. Pädagogik bleibt unter diesen Umständen dabei weitgehend auf der Strecke.

In der Haushaltsstrukturkommission werden Pläne ausgearbeitet – Sie haben hier ja gerade eine tolle Nummer abgegeben –, wie möglichst ohne größeres öffentliches Aufsehen kleine Hauptschulen geschlossen werden können. Hier stellen Sie sich aber als die Retterin der Hauptschulen hin. Das ist ein völliger Widerspruch zu Ihrem Prüfauftrag.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, an den Gymnasien ist die Stimmung nach Ihrer missglückten und überhastet eingeführten Oberstufenreform praktisch am Nullpunkt angelangt.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Den Abgeordneten wird in Stellungnahmen zu Anträgen versichert, die Einführung der neuen Oberstufe sei ruhig und reibungslos verlaufen.

(Abg. Röhm CDU: So ist es!)

– Herr Röhm, dass Sie beide Augen und beide Ohren zuhalten, ist mir auch klar.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Ungeachtet dessen gehen Tausende von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, denen Sie den Mund verbieten wollen, sowie Schülerinnen und Schüler auf die Straße und protestieren gegen Ihre Politik. Der Presse präsentieren Sie eine Erhebung, wonach alles in bester Ordnung sei, mit dem Hinweis, der Landeselternbeirat und dessen Vorsitzende, Frau Plicker, hätten erst für die Wogen der Empörung gesorgt. Das muss man sich einmal vorstellen: Ein Landeselternbeirat wird an den Pranger gestellt, und es wird gesagt: Ihr seid die eigentlichen Schuldigen.

(Zurufe von der SPD: Unglaublich!)

(Zeller)

Ganz abgesehen davon ist der Landeselternbeirat kein Abnickorgan Ihrer Politik, sondern eine Interessenvertretung der Elternschaft im Land und artikuliert deswegen zu Recht die Sorgen und Nöte aus der Elternschaft. Jetzt wollen Sie auch noch im Hauruckverfahren das achtjährige Gymnasium einführen, obwohl der Landeselternbeirat, die GEW, der Philologenverband, Schulleiterinnen und Schulleiter und zahlreiche Bürgermeister davon abraten.

(Zuruf von der CDU: Alle Bedenkenträger dieses Landes!)

Frau Schavan, ich prophezeie Ihnen, dass es im Jahr 2004 dank Ihrer Politik zu einem Chaos an den Gymnasien kommen wird.

(Abg. Rech CDU: Das hätten Sie gern!)

Wenn Sie hier schon über die angeblich so hohe Zufriedenheit der Eltern mit der Schulverwaltung sprechen, darf ich Ihnen entgegenhalten: Laut PISA-Studie sind fast die Hälfte aller Schulleitungen in Baden-Württemberg der Ansicht, dass das Lernen und der Schulerfolg von 15-Jährigen unter dem Mangel an Lehrern und dem fachfremden Einsatz von Lehrkräften an der Schule leiden. In keinem anderen Bundesland, meine Damen und Herren, ist die Unzufriedenheit der Schulleitungen mit der Unterrichtsversorgung so groß wie in Baden-Württemberg. Das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Hinzu kommt, dass Sie daran offenbar gar nichts ändern wollen. Sie beabsichtigen nicht, daran etwas zu ändern. Besser wird die Situation nach den neuesten Aussagen der Regierungskoalition in der nächsten Zeit sicher nicht. Von Ihrem Wahlkampfversprechen, in der laufenden Legislaturperiode 5 500 Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, verabschieden Sie sich scheinbar. Anfang März ließen Sie den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Oettinger, verkünden, man müsse von dem Versprechen, 5 500 neue Lehrstellen zu schaffen, vorsichtig abrücken.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha! Jetzt!)

Stichwort Evaluation: Wir finden es gut, dass Sie für eine Hand voll Schulen – in Ihrem Wahlkreis wohlgerneht – zusammen mit Arbeitgeberpräsident Hundt Pilotprojekte für eine Evaluation von Unterricht durchführen. Doch alle fragen sich: Was ist mit den anderen 4 500 Schulen in unserem Land? Da passiert nämlich nichts oder nur sehr wenig.

(Abg. Seimetz CDU: Die können das selber machen!)

Den engagierten Lehrkräften, die seit vielen Jahrzehnten an den Schulen im Land unterrichten und nun zwischen 55 und 59 Jahre alt sind, haben Sie mit einem Federstrich eine Stunde mehr Unterricht aufgebürdet, weil Sie an der Bildung sparen wollen. Jetzt kommt noch eine Deputatserhöhung für Lehrer an den beruflichen Schulen und den Gymnasien hinzu. Das ist Ihre Politik und Ihre Motivation von Lehrkräften.

(Abg. Capezzuto SPD: Unchristlich!)

380 junge Lehrkräfte, die viel frischen Schwung in unsere Schulen gebracht hätten, müssen nun weiter auf die Übernahme in den Schuldienst warten. Im Rahmen Ihrer jetzigen Aktion werden durch die Streichung von Krankheitsstellvertretungen weitere junge Lehrkräfte betroffen sein.

Darüber hinaus hat Herr Teufel als ebenfalls sehr „motivierendes“ Moment und als eine Maßnahme eben jene Deputatserhöhung angekündigt. Ich bin gespannt, mit welcher Diffamierung Sie hier die Lehrkräfte in die Ecke stellen wollen.

Frau Schavan, wenn das Ihre Konsequenz aus der PISA-Studie ist, dann ist diese Konsequenz erbärmlich. Genau so wird es an unseren Schulen und in der Bevölkerung gesehen und wahrgenommen – zu Recht, meine ich. Alle hier aufgezählten Maßnahmen, meine Damen und Herren, bringen Frust und nicht Motivation an unsere Schulen

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

und strafen alle ab, die sich in der Bildungspolitik im Land sehr engagieren. Ich sage: Das ist Schavanismus pur, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Kein Wunder, dass angesichts der langen Liste fataler Fehlentscheidungen noch ganz andere Begriffe zur Kommentierung aufkommen und – jetzt hören Sie, Herr Seimetz, einmal gut zu –

(Abg. Seimetz CDU: Jämmerliche Jammerrede ist das!)

als Synonym für Schavanismus verwandt werden. Der Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, VBE, Rudolf Karg, den Sie, denke ich, auch kennen –

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie sind das schlechteste Beispiel für unsere Schüler! – Gegenrufe von der SPD, u. a. Abg. Capezzuto: Das war wieder eine persönliche Erklärung! – Abg. Drexler SPD: Eine persönliche Beleidigung!)

– Das war ein typischer Haas-Kommentar. Ich sage Ihnen, Herr Seimetz: Herr Karg und nicht die GEW, wohlgerneht, wie Sie möglicherweise gleich vermutet hätten, nannte in einer Pressemitteilung – erst vorgestern – die Politik von Frau Schavan – ich zitiere – „eine Liste an Grausamkeiten“. Ich füge hinzu – vielleicht sogar noch treffender –: Die Bildungspolitik im Land wird von Herrn Karg als eine „Kammer des Schreckens“ beschrieben.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: „Schavanismus“!)

Selbst den Ihnen sonst eher wohlgesonnenen Philologenverband haben Sie mit dieser Politik vergrätzt.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, PISA und viele andere Studien wie etwa die UNICEF-Studie oder die Studie der Stadt Mannheim über die Kenntnisse von ABC-

(Zeller)

Schützen bei der Einschulung haben die Finger deutlich in die Wunden des baden-württembergischen Bildungssystems gelegt und den Handlungsbedarf aufgezeigt.

In vielen Fachgremien, in Kollegien, in der Elternschaft sowie in zahllosen Publikationen und Zeitungsartikeln wurde darüber in einem Maß berichtet, wie es in der Bildungspolitik selten der Fall war, ja wie es das eigentlich noch nie gegeben hat. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen ist derzeit so groß wie noch nie. Ich will die brisantesten Problempunkte noch einmal benennen und dabei aufzeigen, wie wir zu einer Verbesserung kommen können. Womöglich wird Ihnen dann klar, welche Kluft sich zwischen den Befunden und unseren Vorschlägen auf der einen Seite und Ihrer Politik auf der anderen Seite auftut.

Es ist eine pädagogische Binsenweisheit, dass Kinder in den frühen Jahren leichter und besser lernen. Deshalb müssen wir früh investieren statt spät reparieren. Das war übrigens das Motto des McKinsey-Kongresses, an dem auch Sie teilgenommen haben. Warum setzen Sie also diese Erkenntnis nicht um?

Zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst einmal eine Aussage von Ihnen, Herr Kleinmann, interessant. Sie haben am 19. Februar 2003 in diesem Saal gesagt und frank und frei eingestanden:

Ich meine auch, dass uns die PISA-Studie in der Tat gezeigt hat, dass Deutschland und auch Baden-Württemberg im Bereich des frühen, rechtzeitigen Lernens, also im Primar- und Elementarbereich, Nachholbedarf haben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig! Da widerspreche ich nicht!)

Herr Kleinmann, man möchte oder könnte Sie eigentlich für dieses Eingeständnis loben. Allerdings ist es mit dem Erkennen des Problems nicht getan. Sie müssen die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Die haben Sie nicht gezogen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Schavan, schön, dass Sie jetzt auch darauf kommen, sich auf die Elementarbildung konzentrieren und sich dieser annehmen zu wollen. Mit Verlaub, aber Ihre Ausführungen dazu klingen fast so, als hätten Sie sie teilweise unserem bildungspolitischen Positionspapier entnommen. Es ist schon erstaunlich, Frau Schavan, wie lange es in Ihrem Ministerium gedauert hat, bis die Erkenntnis, dass Erziehung und Bildung im Elementarbereich mehr Gewicht beigemessen werden muss, von unten nach oben durchgesickert ist.

Die SPD-Landtagsfraktion hat schon lange gefordert, Kindergärten viel mehr als Bildungseinrichtungen zu verstehen. Wir haben hier einen Entwurf zum Kindertagesstättengesetz eingereicht, und zwar zu einem Zeitpunkt, als Sie noch überlegten, wie mit den PISA-Ergebnissen umzugehen ist. Wir haben deutlich gemacht, dass für uns genau der Elementarbereich, der Kindergartenbereich einer der zentralen Bereiche ist, bei dem wir einen riesigen Nachholbedarf haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, jedes dritte Kind beherrscht nach einer Studie der Stadt Mannheim bei der Einschulung die deutsche Sprache nicht in dem Maß, dass es dem Unterricht folgen kann, und die PISA-Studie hat das im Kern bestätigt. Allein schon dies ist ja ein Alarmzeichen. Das müsste uns doch hier alle auf den Plan rufen. Wir müssen dringend handeln. Wenn jedes dritte Kind in der ersten Klasse nicht versteht, worum es im Unterricht geht, dann ist dies doch mehr als bedenklich.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, haben deshalb vorgeschlagen, für alle Kinder im Alter von fünf Jahren eine verbindliche Sprachstandsdiagnose einzuführen. Alle Kinder, bei denen Bedarf festgestellt wird, sollen verpflichtend eine individuelle Förderung vor und während der Grundschulzeit erhalten. Das, meine Damen und Herren, wäre die richtige, logische Konsequenz aus diesem brisanten und beschämenden Befund.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus haben wir vorgeschlagen, den Grundschulen mehr Ressourcen zu geben. Kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung und vor allem auch mehr Ganztagschulen für den Grundschulbereich, das wäre richtig, auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Und was tut die Landesregierung? Frau Schavan, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie hier im Plenum wiederholt hätten, was Sie beim Redaktionsgespräch beim „Mannheimer Morgen“ gesagt haben. Nach der Ausgabe vom 15. Februar haben Sie nämlich gesagt: „Wir haben das Thema Sprache unterschätzt.“ Wenigstens in Mannheim ein klein wenig Selbstkritik. Doch was macht die Landesregierung? Sie ist zur Selbstkritik nicht fähig. Sie lässt hin und her diskutieren über Sprachförderung: ja, nein, wie und ob. Das Ganze geht nun schon über ein Jahr. Man spielt den Ball und die Verantwortung zwischen den einzelnen Ministerien hin und her, überlegt, ob die Landesstiftung nicht irgendetwas machen könnte. Sie zögert, zaudert, und ein Jahrgang nach dem anderen kommt in die Schule, wobei ein Drittel der Kinder gar nicht kapieren, wovon im Unterricht die Rede ist.

Das ist die Situation bei Ihnen hier im Lande.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Das Wichtigste wäre doch, schnell zu handeln und Sprachstandsdiagnosen verpflichtend für alle Kinder einzuführen. Ein Angebot, Kinder auf freiwilliger Basis an einer Sprachstandsdiagnose teilnehmen zu lassen, wie Sie es wollen, reicht bei weitem nicht. Ich sage Ihnen auch, warum: Wenn Sprachstandsdiagnosen ein freiwilliges Angebot sind, dann werden diejenigen Eltern, die aus dem Bildungsbürgertum kommen und deren Kinder ohnehin lesen, schreiben und rechnen können, sie zu dieser Sprachstandsdiagnose schicken, und diejenigen Eltern, deren Kinder eine Sprachförderung brauchen, werden wahrscheinlich darauf verzichten, weil sie die Bedeutung des Erlernens von Sprache und der Lesekompetenz nicht erkannt haben. Deswegen ist es wich-

(Zeller)

tig, diese Sprachstandsdiagnosen verpflichtend einzuführen und nicht, wie Sie es wollen, nur auf freiwilligen Wegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Alter von 15 Jahren beherrscht laut PISA-Ergänzungsstudie fast jeder Fünfte in Baden-Württemberg die deutsche Sprache nicht in dem Maße, dass einfache Texte verstanden werden. Mindestens genauso schlimm ist, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer oftmals nicht erkennen, welche Schülerinnen und Schüler starke Defizite beim Lesen haben. Die Diagnosefähigkeit unserer Lehrkräfte ist viel zu schlecht ausgebildet. Das haben Sie, Frau Schavan, auch schon erkannt. Zumindest haben Sie in Ihrem Bundestagswahlkampf in einem rechtzeitig veröffentlichten Buch darauf hingewiesen, dass eine Reform der Lehrerbildung überfällig ist. Auf konkrete Vorschläge Ihrerseits warten wir.

(Abg. Schmiedel SPD: Ja!)

Die Öffentlichkeit wartet ebenfalls

(Abg. Schmiedel SPD: Ja!)

bis heute vergebens. So stellt Ihnen beispielsweise Professor Ulrich Herrmann von der Universität Ulm in Sachen Reform der Lehrerbildung folgendes Urteil aus – ich darf aus einem Vortrag, den er am 14. März, also vor noch gar nicht so langer Zeit, in der Evangelischen Akademie in Loccum gehalten hat, zitieren –:

Baden-Württemberg verkündet im Jahre 2001 mit einer neuen Studien- und Prüfungsordnung für Gymnasiallehrer den Einstieg in eine neue Lehrerbildung. Der Ansatz ist ganz löblich. Und was sind die realen Konsequenzen aus der Umsetzung? Null.

Das schreibt Herr Herrmann.

Es werden Mogelpackungen in die Welt gesetzt und so genannte Reformen inszeniert, wo es in Wirklichkeit an Geld und an Personal mangelt.

Das ist die Aussage von Herrn Herrmann.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Lehrerinnen und Lehrer brauchen in der Ausbildung mehr Bezug zur Praxis. Sie müssen endlich davon abkommen, Schülerinnen und Schülern bei schlechten Noten zu sagen, dass sie an der falschen Schule sind. Sie müssen lernen, mit verschiedenen Schülerinnen und Schülern sowie deren unterschiedlichen Interessen und Begabungen umzugehen. Jetzt zitiere ich Ihnen Herrn Professor Baumert, den Sie ja so hoch verehren, aus der jüngsten PISA-Veröffentlichung:

Der Umgang mit Heterogenität scheint Lehrkräften also bereits bei einer quantitativ noch moderaten mehrsprachigen Zusammensetzung der Schülerschaft Schwierigkeiten zu bereiten.

Wir haben hier das Prinzip „Wer nicht mitkommt, muss in die andere Schule“, anstatt das Prinzip einzuführen, Kinder, die Lernschwierigkeiten haben, besser zu fördern, damit sie mehr Möglichkeiten und bessere Chancen und Bedingungen haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Jetzt will ich noch etwas zu Ihrem Lieblingsthema Bildungsstandards sagen. Auch hier kann man sich bei Ihren Ausführungen nur verwundert die Augen reiben. Seit Monaten tun Sie so, als seien Bildungsstandards das A und O des erfolgreichen Arbeitens bei PISA. Wir haben überhaupt nichts gegen die Einführung von Bildungsstandards, im Gegenteil. Wichtig ist, dass wir dabei nicht totes Wissen abfragen, das gerade einmal für die nächste Klassenarbeit reicht, sondern den Erwerb dauerhaften Wissens, mit dessen Hilfe junge Leute in konkreten Lebenssituationen Probleme lösen können, als Ziel setzen.

Geben Sie den Schulen doch einmal folgende Aufgabe: Die Klassenarbeit wird nicht unmittelbar nach der Behandlung des Stoffes geschrieben, sondern zehn oder zwölf Wochen später. Dann werden Sie merken, was unsere Unterrichtsarbeit wert ist und wie hier Bildung erfolgt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Ganz genau!)

Wenn Bildungsstandards zur Diagnose anstatt zu zusätzlicher Testeritis und zu weiteren Selektionen von Schülerinnen und Schülern führen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: „Testeritis“! So ein Wort!)

dann, sage ich Ihnen, sind wir dabei, vor allem deswegen, weil Baden-Württemberg in Sachen Bildungsstandards den anderen Ländern weit hinterherhinkt und nicht vorneweg marschiert, wie Sie uns das immer zu suggerieren versuchen. Das ist Expertenmeinung, meine Damen und Herren.

Wenn wir über Bildungsstandards reden, dann sollte dies unweigerlich mit mehr Autonomie und Profilbildung für unsere Schulen im Land verbunden sein. Von echter Autonomie ist bei Ihnen allerdings nie die Rede. Denn wenn Sie über Bildungsstandards reden, geht die Autonomie nur so weit, wie sie Ihnen gerade in den Kram passt. Die Durchsetzung von Bildungsstandards ohne wirklich entscheidende Autonomie bedeutet aber, dass die Gängelung nur verlängert oder sogar verschärft wird.

Ich darf an dieser Stelle Herrn Professor Udo Rauin von der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd zitieren, der letzten Freitag hier im Landtag genau an dieser Stelle dem Kultusministerium und damit Ihnen, Frau Schavan, in Sachen Bildungsstandards „mangelnde Professionalität“ und „unzureichende Systematik“ vorwarf.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Sie, Frau Schavan, arbeiten nämlich an schulartspezifischen Standards und nicht an einheitlichen schulübergreifenden Standards, wie es eigentlich nach all dem, was wir aus PISA-Veröffentlichungen wissen, notwendig wäre. Die Ursache für Ihren falschen Ansatz bei den Bildungsstandards liegt in Ihrer Fehlannahme, die baden-württembergische Schulstruktur sei durch PISA bestätigt worden.

(Abg. Wacker CDU: Natürlich!)

(Zeller)

Frau Schavan, das ist mitnichten der Fall. Die Durchlässigkeit des baden-württembergischen Schulsystems, von der Sie immer in den höchsten Tönen reden

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

und gerade eben auch wieder vorgeschwärmt haben, funktioniert erstens fast ausnahmslos – da müssen Sie sich einmal an den Schulen erkundigen – nur von oben nach unten,

(Widerspruch des Abg. Wacker CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist doch eine Behauptung! Das glaubst du doch selber nicht!)

das heißt, wer ins Gymnasium nicht hineinpasst, kommt in die Realschule, wer in der Realschule nicht mitkommt, kommt in die Hauptschule, und nur ganz selten ist der umgekehrte Weg möglich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dass man so etwas behaupten kann! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Da brauchen Sie doch bloß die Zahlen anzugucken! Schauen Sie doch die Zahlen an!)

Kein Wunder, dass auch dieses baden-württembergische Schulsystem als „Fahrstuhleffekt mit Einbahnverkehr“ bezeichnet wird.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Peinlich!)

Zweitens: Ausgerechnet jener Teil unseres Schulsystems, dem wir laut Professor Baumert eine gewisse Durchlässigkeit verdanken, nämlich die beruflichen Gymnasien, wird von Ihnen sträflich vernachlässigt. Nicht nur dass Unterricht ausfällt, vielmehr haben Sie auch die Bildung weiterer Klassen faktisch gedeckelt und lassen keine weiteren Klassen zu,

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Eine Sauerei! – Zuruf des Abg. Rau CDU)

sodass Realschülerinnen und -schüler keine Chance haben, diesen Weg zu gehen.

(Abg. Röhm CDU: Die haben doch die doppelte Chance!)

Noch etwas: Wenn Sie hier das Loblied auf die beruflichen Schulen anstimmen, warum bestrafen Sie jetzt die Lehrkräfte an den beruflichen Schulen mit einer Deputatserhöhung?

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ich könnte Ihnen vorlesen, was uns hierzu die Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen sagen.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Es ist nicht so, dass es sich hier um Leute handelt, die nichts zu tun haben.

(Abg. Drexler SPD: Im Gegenteil!)

Die müssen jeden Tag die Gesetze lesen, die müssen jeden Tag auf dem neuesten Stand sein, damit unsere jungen

Menschen befähigt werden, an den beruflichen Schulen die Leistungen zu erbringen,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

die wir von ihnen erwarten. Und Sie gehen her und hauen einfach eine Stunde drauf und sagen: Das ist meine Antwort auf diese Situation.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Schulsystem ist extrem ungerecht. In keinem vergleichbaren Land bestimmt die soziale Herkunft so stark die Bildungschancen.

(Zuruf des Abg. Rau CDU)

Kinder aus so genannten bildungsfernen Elternhäusern sind laut PISA- und laut UNICEF-Studie deutlich benachteiligt, auch in Baden-Württemberg. Das gilt – ich sage Ihnen das nochmals – auch für unser Land. Unser gegliedertes Schulwesen ist anderen Systemen nicht überlegen, wie Sie das ständig von sich geben. Integrative Schulsysteme in anderen Ländern zeigen, wie gleichzeitig breite Bildungsbeteiligung und ein höheres Bildungsniveau realisiert werden können. Länder, bei denen gemeinsames Lernen an vorderster Stelle steht, die nicht schon nach der vierten Klasse auswählen, erzielen weitaus bessere Ergebnisse.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das ist der zentrale Befund der PISA-Studie.

(Abg. Alfred Haas CDU: Der Mann kann nicht lesen!)

Wie Sie allerdings daraus ableiten, dass sich die Frage der Schulstruktur nicht stellt, ist mir und auch den Mitgliedern des PISA-Konsortiums schleierhaft.

Bei einem Streitgespräch, das am 5. Dezember in der Wochenzeitung „Die Zeit“ abgedruckt wurde, entgegnete Ihnen Herr Schleicher:

Ich bezweifle, dass Deutschland langfristig sein größtes Problem – den überragenden Einfluss der Herkunft eines Schülers auf seine Leistungen – im gegliederten System lösen kann.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aha!)

Das ist ein Wort, Frau Schavan. Ich kann es, wenn Sie wollen, gern wiederholen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmiedel: Ja! Noch einmal!)

Ich kann aber auch gern neueste PISA-Veröffentlichungen heranziehen. Denn ein Drittel der Realschüler in Baden-Württemberg bringt beispielsweise in Mathematik bessere Leistungen als Gymnasiasten im unteren Leistungsbereich. Das selektierende Schulsystem in Baden-Württemberg und vor allem die frühe Trennung unserer Kinder nach Klasse 4 werden durch diesen Forschungsbefund ad absurdum geführt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD)

(Zeller)

Gern zitiere ich auch noch einmal Professor Baumert. Er sagt,

dass die in PISA nachgewiesene, im internationalen Vergleich ungewöhnlich große Leistungsstreuung am Ende der Vollzeitschulpflicht zu einem nicht unerheblichen Teil in der Sekundarstufe I institutionell erzeugt oder zumindest verstärkt wird.

Das ist nichts anderes als eine herbe Kritik am gegliederten Schulwesen.

Die richtige Konsequenz daraus lautet – und auch dazu möchte ich das PISA-Konsortium zitieren –:

Es spricht vieles dafür, institutionelle Differenzierungen im Interesse besserer Förderbedingungen für Kinder und Jugendliche und einer Verringerung sozialer Segregation eher zurückzunehmen und sie nicht weiter voranzutreiben.

Ich sage Ihnen: Finnland, Schweden und Kanada machen uns vor, wie man zu besseren Leistungen kommt: bei einem integrativen Schulsystem.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir müssen nicht nur den Unterricht verbessern, wir müssen auch die Schulstruktur verändern. Wir müssen das Selektionsprinzip verwerfen und durch ein System der individuellen Förderung ersetzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Förderung! Richtig!)

Ganz konkret heißt das: Wir müssen endlich aufhören, unsere Kinder nach Klasse 4 zu trennen. Denn in Klasse 4 besteht ein hoher Entscheidungsdruck. Er entsteht zum Teil schon in der dritten Klasse; den gibt es ja nicht erst in der vierten Klasse. Diesen Druck müssen wir nehmen.

Wir schlagen deshalb vor, die Kinder in Baden-Württemberg mindestens sechs Jahre lang gemeinsam lernen zu lassen.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Zeller, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Gurr-Hirsch?

Abg. Zeller SPD: Am Ende der Rede.

(Unruhe – Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU, u. a. der Abg. Dr. Inge Gräßle)

Auch wenn Sie, meine Damen und Herren, es nicht glauben wollen: Das ist das, was PISA-konform ausgesagt wird.

Frau Schavan, wenn Sie hier schon eine gute Zusammenarbeit Ihres Hauses mit dem Baden-Württembergischen Handwerkstag ansprechen, dann frage ich Sie, warum Sie denn die zentrale Forderung des Baden-Württembergischen Handwerkstags nicht zur Kenntnis nehmen, weniger zu selektieren und unsere Kinder viel länger zusammenarbeiten zu lassen.

(Abg. Drexler SPD: Richtig! – Zurufe von der SPD: So ist es!)

Der Baden-Württembergische Handwerkstag hat nämlich unseren Vorstoß gelobt.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Der Verband Bildung und Erziehung hat ihn als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnet.

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

Auch in anderen Bundesländern werden allmählich Überlegungen angestellt, unserem Vorschlag zu folgen.

Von PISA bestätigt wurde auch unser Vorschlag, im Anschluss an eine sechsjährige Grundschule die Differenzierung nach Schularten abzumildern. Unser Konzept sieht vor, neben den Gymnasien Regionalschulen als Zusammenschluss von Realschulen und Hauptschulen einzuführen. Das hilft entgegen Ihren Aussagen nicht nur, die sechsjährige Grundschule zu stärken und damit Schulstandorte zu stärken, sondern dadurch werden auch schwächere Jahrgänge eindeutig unterstützt.

Von wirklichen PISA-Spitzenreitern lernen heißt, längere gemeinsame Lernzeiten für Schülerinnen und Schüler einzuführen. Das ist eine, vielleicht sogar die zentrale Forderung der Bildungsstudien neueren Datums.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dazu gehört auch, dass wir in Baden-Württemberg mehr Ganztagschulen brauchen. Die jüngste PISA-Studie hat deutlich gezeigt, dass Kinder, deren Mütter zu Hause sind, nicht zwangsläufig bessere Leistungen erzielen als Kinder von Müttern, die berufstätig sind. Das heißt, Mütter, die arbeiten gehen, sind mitnichten Rabenmütter, die ihre Kinder im Stich lassen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wer sagt denn dies?)

Das Gegenteil ist der Fall. Die PISA-Studie räumt endlich auf mit dem überkommenen Familienbild der CDU, das immer noch so aussieht: Der Mann geht arbeiten, und die Frau bleibt zu Hause am Herd und bei den Kindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: So ein Blödsinn!)

Wir brauchen auch in Baden-Württemberg ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Klassenkampf!)

Das ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch für die individuelle Förderung, für das selbstständige Lernen von Lernschwächeren und Leistungsstärkeren gleichermaßen wichtig. Die rot-grüne Bundesregierung hat ein 4-Milliarden-€-Investitionsprogramm aufgelegt, mit dem allein Baden-Württemberg für den Ausbau und Aufbau von Ganztagschulen mehr als eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung steht. Ganz nebenbei sage ich Ihnen: Das wäre übrigens auch ein hervorragendes Konjunkturprogramm für unsere Wirtschaft und unsere Handwerksbetriebe im Land.

(Zeller)

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Wacker CDU: Oje!)

Allein die Unterschrift der Landesregierung von Baden-Württemberg fehlt auf dem vorliegenden Entwurf der Verwaltungsvereinbarung noch. Und das, obwohl die FDP/DVP laufend tönt, wir benötigten mehr Ganztagschulen im Land. Man kann sogar auf Ihrer Internetseite, Herr Kleinmann, nachlesen – „PISA lesen und verstehen“ heißt diese Seite –, dass Sie für mehr Ganztagschulen sind und dass wir mehr Ganztagschulen brauchen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sie haben nicht eine einzige geschaffen, als Sie angetreten sind! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD – Weitere Zurufe)

Wissen Sie, Herr Kleinmann, es ist halt immer peinlich, wenn Sie entlarvt werden und wenn das, was Sie hier sagen, nicht mit dem übereinstimmt, was Sie wirklich tun. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sie sind ein Sprücheklopfer! Pfarrer können nicht alles!)

Frau Schavan, das würde Sie doch, ehrlich gesagt, aus einem Dilemma befreien: dem Dilemma, dass Sie aus ideologischen Gründen eigentlich nur an so genannten Brennpunkthauptschulen Ganztagschulen einrichten wollen. Gerade eben haben Sie wieder von 40 weiteren Schulen gesprochen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: 70, nicht 40!)

– Bei 4 500 Schulen, Herr Kleinmann! Das ist doch keine Zahl. Deswegen brauchen wir in unserem Lande –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sie haben doch in vier Regierungsjahren nicht eine einzige geschaffen!)

und das ist auch das Angebot der Bundesregierung – 1 000 zusätzliche Ganztagschulen. Dann können wir von einem flächendeckenden Angebot sprechen – vorher nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der Bundesverband der Arbeitgeber fordert ein flächendeckendes Angebot von 20 %. Wenn Sie schon uns nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens dem Arbeitgeberverband.

Meine Damen und Herren, wenn wir hier über längere gemeinsame Lernzeiten sprechen und mehr individuelle Förderung wollen, dann gehört für die SPD-Landtagsfraktion dazu auch, dass wir Kinder mit besonderen Lernschwierigkeiten fördern.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

PISA hat gezeigt, dass behinderte Kinder, die an allgemein bildenden Schulen integriert sind, tatsächlich hervorragende Leistungen bringen. Schauen Sie sich einmal in Finnland um. Schauen Sie sich einmal an, wie dort die Kinder gefördert werden. Und schauen Sie sich an, wie erfolgreich unsere Schulversuche waren, die wir zu Zeiten der großen Koalition durchgeführt haben.

Sie aber gehen, wenn es von Eltern oder Schulen Anträge auf Einführung solcher integrativer Systeme gibt, den Weg, diese Anträge in der Regel abzulehnen. Es gibt im ganzen Land gerade einmal zehn oder zwölf derartige Schulen. Das ist beschämend; das ist bei weitem nicht ausreichend.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Das muss man sich vorstellen!)

Jetzt sage ich noch etwas, Frau Schavan, wenn Sie hier in Ihrer Rede schon die Hochbegabten als Kronzeugen für Ihre doch so ausgezeichnete Bildungspolitik anführen: Das geplante Hochbegabtgymnasium in Schwäbisch Gmünd ist nun also Ihr idealer Beitrag für Ihre ach so ausgezeichnete Förderung von Hochbegabten.

(Abg. Röhm CDU: Ein weiterer Beitrag!)

Die Situation von Eltern hoch begabter Kinder im Lande lässt sich aber nicht nur an einem einzigen Prestigeobjekt festmachen, Frau Schavan.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Diese Eltern schütteln über Ihre Politik und über Ihr Projekt in Schwäbisch Gmünd nur den Kopf.

(Abg. Schmiedel SPD: Heftig!)

Während Sie nämlich am Hochbegabtgymnasium herum-machen, haben Sie die Hochbegabtenberatungsstelle an der Universität Ulm für Rat suchende Eltern schließen lassen.

(Abg. Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Still und heimlich wollten Sie das tun, und das, obwohl die Nachfrage riesengroß war.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Der bisherige Leiter dieser Einrichtung, Professor Albert Ziegler, sagte gegenüber der Presse:

Weder Wissenschafts- noch Kultusministerium konnten Geld lockermachen. Ich denke, das ist für immer dahin.

Das ist das Ergebnis Ihrer Hochbegabtenpolitik.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Immerhin kommen täglich Hilfe suchende Eltern, denen ab- gesagt werden muss. Sie bleiben nun ohne Beratung, weil Sie auch in Ihrem Hause keine Ansprechperson haben.

Und noch etwas: Sie wissen, dass es einen Landesverband für Hochbegabte in Baden-Württemberg gibt. Dieser hat inter- essanterweise auch zu Ihren Plänen des Hochbegabten- gymnasiums in Schwäbisch Gmünd Stellung genommen. Ich zitiere hier aus einer Pressemitteilung des Landesver- bands Hochbegabung Baden-Württemberg. Wörtlich schreibt die Vorsitzende Theresa Müller in der gefetteten Über- schrift: „Wir wollen kein Internat für hoch begabte Kinder“. Das ist eine klare und eindeutige Aussage und eigentlich eine Ohrfeige für Ihre Hochbegabtenpolitik.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Eine Absage! – Zuruf des Abg. Röhm CDU)

(Zeller)

Meine Damen und Herren, ein ganz wichtiger Befund der PISA-Studie muss hier unbedingt noch angesprochen werden, nämlich die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Dieser Befund, der besagt, dass diese Integration nur unzureichend gelingt, ist in der Tat erschreckend,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Da ist überhaupt keine rote Linie drin! Das ist ein Sammelsurium, das ist unglaublich! Parlament von Timbuktu!)

vor allem auch deswegen erschreckend, weil er zu allerhand Fehlinterpretationen führt.

Wozu dies führen kann, hat uns der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg vor einigen Tagen vorbildlich und pressewirksam gezeigt. Er hat vorgeschlagen, in Zukunft Ausländerquoten an Kindergärten und Schulen einzuführen und überall dort, wo die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund diese Höchstquote übersteigt, die Kinder und Jugendlichen in Bussen durch die Lande zu karren und an anderen Schulen unterzubringen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist ja unmöglich!)

Das war Ihr Vorschlag.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Mit jeder Minute wird es peinlicher!)

Diesen Vorschlag des stellvertretenden Ministerpräsidenten halte ich wirklich für den Gipfel und einen Höhepunkt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Herr Kleinmann soll nachher etwas dazu sagen!)

Frau Schavan, ich fordere Sie auf, diesen Menschen nach Herkunft diskriminierenden Vorstoß des stellvertretenden Ministerpräsidenten unseres Landes entschieden zurückzuweisen, und ich fordere Sie auf, Ihren Kabinettskollegen Döring über die Folgen einer solchen Maßnahme aufzuklären. Und meine Bitte an Herrn Döring, der ja selbst Gymnasiallehrer ist: Erst denken, dann schwätzen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Auch Ihr Hinweis, Frau Schavan, Baden-Württemberg schneide bei PISA hervorragend ab, wenn wir Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund herausrechnen, ist – mit Verlaub – völlig daneben

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Wo leben Sie eigentlich, Herr Zeller? Bestimmt nicht in Baden-Württemberg! Das ist unglaublich!)

und vielleicht sogar der beste Beweis dafür, dass Sie bei Ihrer Argumentation unredlich sind. Zunächst einmal halte ich es grundsätzlich für sehr bedenklich, einen Teil unserer Bevölkerung einfach herauszustreichen und dann zu sagen: Ohne die wären wir besser. Dann auch noch den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch die Hintertür das schlechte Abschneiden unseres Landes in die Schuhe zu schieben ist schlichtweg unverantwortlich.

(Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Immer wieder rechnen Sie vor, dass Baden-Württemberg im Lesen nur einen Punkt hinter Australien liege und bei den Naturwissenschaften nur einen Punkt hinter Kanada, wenn man bei den baden-württembergischen Kindern Bilanz ziehen würde und die Migrationskinder herausrechnen würde. Frau Schavan, begreifen Sie doch endlich die hier lebenden Kinder und Jugendlichen als eine Einheit – mit oder ohne Migrationshintergrund. In Kanada oder Schweden käme niemand auf die Idee, die Kinder einfach herauszurechnen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da kämen die gar nicht rein, weil es eine Quote gibt! – Abg. Wacker CDU: Sie wollen die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen! Das ist das Problem!)

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Ministerin, angesichts all dieser Befunde und der Kluft, die sich zu Ihrer konkreten Politik hier auftut, und dessen, was Sie auch in der Regierungserklärung gesagt haben, fordere ich Sie auf:

Erstens: Stellen Sie sich endlich der notwendigen Debatte auch um Schulstrukturen in Baden-Württemberg, und klammern Sie die wichtige Frage der Schulstruktur nicht weiter aus. Denn guter Unterricht hat etwas mit Schulstrukturen zu tun, wie Professor Baumert auch Ihnen gegenüber in Berlin bestätigt hat.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Klare Gedankenstrukturierung fehlt bei Ihnen!)

Zweitens: Akzeptieren Sie endlich, dass das selektierende Schulsystem in Baden-Württemberg einem integrativen System nicht überlegen ist.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Stimmen Sie mit uns für längere gemeinsame Lernzeiten und damit für die sechsjährige Grundschule, für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen, für eine Zusammenlegung von Real- und Hauptschulen, und führen Sie endlich verbindliche Sprachstandsdiagnosen ein, mit deren Hilfe wir ein System der individuellen Förderung aufbauen.

Und drittens: Reformieren Sie mit uns die Lehrerbildung, und geben Sie den Schulen endlich echte Selbstständigkeit.

Wenn Sie mit uns diesen Weg gehen, bin ich überzeugt, dass wir bei den kommenden internationalen Studien zu einem besseren Ergebnis kommen und zu den Spitzenreitern zählen werden.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Präsident Straub: Herr Abg. Zeller, wollen Sie noch zwei Nachfragen zulassen? –

(Unruhe bei der SPD – Zuruf von der CDU: Der redet noch mal eine halbe Stunde!)

Dann darf ich Frau Kollegin Gurr-Hirsch bitten.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Kollege Zeller, ich möchte Sie fragen, ob Sie Ihren Blick von der sechsjährigen Grundschule immer nur auf die Gesamtschule und die SPD-Sicht der Dinge ausweiten oder ob Ihnen auch bekannt ist, dass der Vorsitzende des Gesamtschulverbands, Ulrich Schreyer, von einer Studie des Max-Planck-Instituts berichtet, wonach Untersuchungen bei 14 000 Berliner Gymnasiasten ergeben haben, dass Gesamtschulabsolventen, die eine gemeinsame sechsjährige Grundschulzeit hinter sich brachten, eineinhalb Jahre Rückstand in Mathematik und Englisch hatten.

(Abg. Drexler SPD: Gesamtschule? – Abg. Christine Rudolf SPD: Was hat das mit Gesamtschule zu tun? Nichts!)

– Herr Zeller hat eine sechsjährige Grundschule vorgeschlagen. Die ist in der Gesamtschule durchgezogen worden. Darüber gibt es Erfahrungen.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Wir haben doch keine Gesamtschule vorgeschlagen! Das hat doch mit Gesamtschule nichts zu tun!)

Abg. Zeller SPD: Schauen Sie, Frau Kollegin, Sie haben sich mehrmals verplappert. Ich habe in meiner Rede kein einziges Mal den Begriff Gesamtschule gebraucht.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Ich sage Ihnen eines: Ich kenne natürlich die Diskussion um die Gesamtschule. Frau Schavan ist ja auch darauf eingegangen. Das Gesamtschulkonzept, so wie wir es in Deutschland, in verschiedenen Bundesländern, vorgefunden haben, konnte letztendlich deswegen nicht erfolgreich sein, weil es sich zum einen neben dem gegliederten Schulwesen behaupten musste

(Lachen bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Aufhören! Schnell aufhören! – Abg. Dr. Lasotta CDU: Herr Zeller, es wird immer peinlicher! Sie haben über eine Dreiviertelstunde geredet! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Er redet aber besser als Sie! Sie stottern nur!)

und weil zum anderen diese Schulen zu Mammutschulen aufgebläht wurden.

Schauen Sie, Herr Röhm, wie Finnland die Umstellung des Schulwesens vorgenommen hat: Da wurde nicht nebenher ein anderes System beibehalten, sondern man hat einen Schnitt gemacht. Und dieser radikale Schnitt in Finnland und in Schweden ist letzten Endes mit dafür verantwortlich, dass dort heute diese Spitzenleistungen erzielt werden.

Präsident Straub: Herr Abg. Kleinmann?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hat sich erledigt! – Zuruf von der SPD: Das ist keine Fragestunde!)

Frau Gurr-Hirsch.

(Zuruf von der SPD: Hat sich erledigt! Setzen!)

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ich muss fragen, ob es in Deutschland Ergebnisse nach sechsjähriger Grund-

schulzeit gibt, die Sie ermutigen, diese sechsjährige gemeinsame Grundschulzeit immer wieder zu fordern.

(Zuruf von der SPD: Bayern zum Teil!)

Abg. Zeller SPD: Ich empfehle Ihnen einfach mal, sich mit dem Thema etwas intensiver zu beschäftigen. Ich empfehle Ihnen, Fachliteratur dazu zu lesen und Experten dazu zu hören. Ich empfehle Ihnen auch, Eltern dazu zu hören. Sie werden dann erleben, dass wir große Zustimmung auf breiter Front erfahren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Kein Schavanismus!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wacker.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommt der „Wackerismus“!)

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Kultusministerin, Frau Dr. Annette Schavan, hat ausdrücklich die Opposition aufgefordert, gemeinsam um einen Konsens zu ringen. Das war ein Angebot an alle Fraktionen hier im Haus, aber Sie, Herr Zeller, sind leider in die ideologische bildungspolitische Debatte der Siebzigerjahre zurückgefallen.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch des Abg. Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, das finde ich außerordentlich schade, weil all Ihre bildungspolitischen Thesen, die Sie hier verbreitet haben, in ideologischen Aufsätzen von angeblichen, mutmaßlichen Bildungsexperten der Siebzigerjahre zu finden sind. Nichts Neues, aber auch gar nichts Neues an Konzepten haben Sie uns unterbreitet.

(Beifall bei der CDU)

Bildungspolitik ist ein herausragender Schwerpunkt der Landesregierung in dieser Legislaturperiode. Dies unterstreicht – das möchte ich bewusst an den Anfang meiner Rede stellen – die hervorragende Arbeit unserer Kultusministerin und ihrer gesamten Kultusverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unterstrichen wird diese Tatsache noch dadurch, dass die Reformen nicht erst seit PISA begonnen haben, sondern dass lange vor PISA wichtige Reformen in unserem Land in die Wege geleitet wurden.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dies ist mit einer großen Kraftanstrengung verbunden. Deswegen dankt die CDU-Fraktion der gesamten Amtsspitze, den Experten im Kultusministerium und allen vor Ort eingebundenen Beteiligten.

Dies ist verbunden mit vielen finanzpolitischen Anstrengungen, die wir in den vergangenen Jahren unternommen und die sich von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr niedergeschlagen haben. Dies ist beispielsweise dadurch dokumentiert, dass wir von Jahr zu Jahr mindestens 50 bis 100 Millionen € mehr im Bildungshaushalt, allein im Haushalt für

(Wacker)

Schule, Jugend und Sport, veranschlagt haben. Dies ist auch mit der Tatsache verbunden, dass wir allein seit dem Jahr 2001 3 000 neue Lehrerstellen zusätzlich geschaffen haben. Das ist ein finanzpolitisches Dokument für den Schwerpunkt unserer Bildungspolitik in dieser Legislaturperiode.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wirklich an der Zeit – und ich versuche, noch einmal ausdrücklich darauf hinzuweisen; vielleicht gelingt es mir ein Stück weit –, an Sie zu appellieren, die ideologischen Grabenkämpfe zu beenden.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich kann Ihnen einige Zitate aus der PISA-Studie nicht vorhalten.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Ihre Aussagen, lieber Herr Zeller, waren keine Angaben aus authentischen Quellen, sondern lediglich Fehlinterpretationen.

(Beifall bei der CDU)

Ich mache das an einigen Beispielen deutlich.

Nach Veröffentlichung der internationalen PISA-Studie hat Professor Baumert auf Vortragsveranstaltungen mehrfach gesagt, dass sich die Ergebnisse der internationalen PISA-Studie nicht für eine Strukturdebatte eignen. Nach Veröffentlichung des Ländervergleichs, der PISA-E-Studie, hat Professor Baumert noch einmal in dieser Frage Position bezogen und ausdrücklich gesagt, dass man mit einem gegliederten Schulsystem auch Exzellenz in der Qualität erreichen könne. Dennoch haben Sie den Versuch unternommen, nach Veröffentlichung des Ländervergleichs – beispielsweise auf Ihrer Pressekonferenz am 21. Januar dieses Jahres – die Einführung eines zweigliedrigen Schulsystems unter Maßgabe einer sechsjährigen Grundschule zu fordern.

Meine Damen und Herren, das ist keine Gesamtschule in der ursprünglichen Definition.

(Abg. Fischer SPD: Das haben wir auch nicht gesagt!)

– Nein, aber ich glaube, Herr Fischer, dass ich Sie jetzt präzise wiedergegeben habe.

(Abg. Wintruff SPD: Ja!)

Aber, meine Damen und Herren, in dem Moment, in dem Sie eine einheitliche Sekundarschule I schaffen wollen, haben Sie einheitliche Gesamtschulstrukturen, nur unter Ausnahme des gymnasialen Bildungsgangs. Dies lässt sich nicht ohne weiteres mit dem dreigliedrigen Schulsystem vergleichen.

(Abg. Wintruff SPD: Zweigliedrig ist nicht dreigliedrig! Oder?)

Insofern müssen Sie sich in diesem Zusammenhang den Vergleich mit der Gesamtschule schon gefallen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Kollege Zeller sagte beispielsweise in derselben Pressekonferenz:

Eine frühe Auslese ist ein Modell der Vergangenheit.

(Abg. Wintruff SPD: Das sagen alle! – Abg. Zeller SPD: Schauen Sie doch einmal nach Frankreich!)

Dazu sage ich: Gerade der differenzierte Ländervergleich hat bewiesen, dass die Differenziertheit in Baden-Württemberg im Grunde ein Modell erfolgreicher Schulpolitik,

(Beifall bei der CDU)

Ihre Aussage aber eine alte ideologische These der Siebzigerjahre ist.

(Abg. Alfred Haas CDU: Herr Zeller kann nicht lesen!)

Sie haben noch einmal die Chance, daraus zu lernen. Deswegen kann ich es mir nicht verkneifen, nochmals einige zentrale Befunde aus dem differenzierten Ländervergleich, nämlich der dritten PISA-Studie – dreimal haben wir die Fakten auf den Tisch gelegt bekommen –, zu unterbreiten.

Wir haben uns zu Recht die Mühe gemacht, zwischen Kindern aus Familien ohne Migrationshintergrund und solchen mit Migrationshintergrund zu differenzieren. Die PISA-Studie hat auch von Anfang an Wert darauf gelegt, sowohl den einen Bereich als auch den anderen differenziert zu untersuchen. Insofern ist es legitim, auch einen Vergleich dieser Gruppen vorzunehmen.

Jetzt noch einmal die Fakten: Im Bereich der Lesekompetenz bei Kindern ohne Migrationshintergrund haben die geprüften 15-Jährigen in Baden-Württemberg den Mittelwert von 530 Punkten erreicht. Das ist innerhalb Deutschlands Rang 2. In Australien erreichten die getesteten Kinder 531 Punkte – international Rang 4 –, in Kanada erreichten sie 538 Punkte, und in Deutschland liegt der Mittelwert bei 512 Punkten.

Meine Damen und Herren, das ist doch der Beweis dafür, dass wir in Baden-Württemberg einen internationalen Spitzenwert erzielt haben. Wenn Sie hier das Gegenteil behaupten, reden Sie damit die Leistungen dieser Kinder in diesem Zusammenhang schlecht, und das ist unfair.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wintruff SPD: Man kann doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen! Die einen filtert man heraus, und dann vergleicht man!)

Diese Beispiele könnte ich jetzt im Bereich der getesteten Kompetenzen Mathematik und Naturwissenschaften fortsetzen.

Lieber Herr Kollege Wintruff, da Sie heute Geburtstag haben, gestehe ich Ihnen zu, auch unqualifizierte Zwischenrufe zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Kinder mit Migrationshintergrund haben im nationalen Vergleich ebenfalls sehr gute Leistungen erzielt, obwohl wir hier nach wie vor einen besonderen Förderbedarf sehen. In diesem Zusammenhang gilt es verschiedene Maßnahmen zu erwähnen.

(Wacker)

Fazit: Es reicht nicht mehr aus, blind auf das dreigliedrige Schulsystem zu verweisen. Wir müssen es weiterentwickeln, weiterqualifizieren; aber aufgrund der vorhandenen Fakten besteht überhaupt keine Veranlassung, in der Strukturdebatte weiter zu nörgeln. Deswegen kann ich Sie nur bitten: Lösen Sie sich aus den Fesseln der GEW und steigen Sie in eine gute konstruktive Diskussion um die Weiterentwicklung unseres Schulsystems ein.

(Beifall bei der CDU)

Zum beruflichen Schulwesen kann ich Ihnen wiederum ein Zitat von Professor Baumert nicht verschweigen: „Baden-Württemberg ist ein Musterbeispiel eines modernen Schulsystems im Zusammenhang mit dem beruflichen Schulsystem.“ Warum bringen Sie nicht auch einmal ein solches Zitat? Das gehört doch auch zur Wahrheit. Solche Zitate rücken das Bild zurecht, das Sie in einer Schiefelage darzustellen versuchen.

Ich möchte noch folgenden Gesichtspunkt aufführen: In den vergangenen Monaten hatten wir die interessante Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, dass bei unseren Berufsschulen ein starker Zuwachs an Schülern der Vollzeitschulen erfolgte – beispielsweise haben wir im vergangenen Schuljahr gegenüber dem vorigen Schuljahr eine Zunahme um 6 000 Vollzeitschüler –, während wir bei den Teilzeitschulen eine Abnahme um 3 200 Schülern zu verzeichnen hatten. In den nächsten Jahren ist gerade bei den Berufsschulen nach wie vor mit einem weiteren Anwachsen der Schülerzahlen zu rechnen.

Meine Damen und Herren, es fällt auf, dass das Ausbildungsplatzangebot rückläufig ist. Dies hängt natürlich mit der wirtschaftspolitischen Entwicklung in unserem Lande zusammen. Unsere Berufsschulen haben nämlich unter den verfehlten Entscheidungen in der Bundespolitik im Bereich des Arbeitsmarktes zu leiden. Sie müssen dies ausbaden. Deshalb kann es doch nicht sein, dass die Belastungen, die wir dadurch zusätzlich aufgebürdet bekommen, in die Verantwortung des Landes geschoben werden. Das ist ungerrecht und geht schlicht und einfach an der Sache vorbei.

Was tut die Bundesregierung? Sie kürzt bei den Förderlehrgängen, bei der Arbeitsverwaltung, was letztlich auch auf die Berufsschulen Auswirkungen hat. Jugendliche, die solche Maßnahmen nicht mehr nutzen können, müssen dann in die Vollzeitschulen. Dies geht zulasten unserer Deputate. Sie wollen die Ausbildungsplatzabgabe einführen. Dazu hat die Frau Ministerin schon deutliche Sätze gesprochen. Sie ist Unsinn. Sämtliche Experten haben das mittlerweile belegt. Die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe bedeutet mehr Bürokratie und führt letztlich zu weniger Bereitschaft der Betriebe, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Berufsschulen sind hinsichtlich der Eigenständigkeit vorbildlich. Das Modell STEBS ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen. Wir wollen diesen Weg konsequent fortsetzen, auch bei anderen Schularten. Ziel ist es, allen Schulen immer mehr organisatorische Eigenständigkeit zu vermitteln. Die CDU-Fraktion fördert und begleitet den Prozess sehr wohlwollend, den Schulen immer mehr schulbe-

zogene Einstellungsverfahren zu ermöglichen. Wir fördern den Prozess, den Schulen – zunächst als Pilotprojekte, später aber auch ausgedehnt – eigenständige Budgets zuzuweisen, innerhalb deren sie auch eigenständige Personalentscheidungen fällen können. Wir fördern den Prozess, die Führungspersönlichkeiten an den Schulen zu stärken; denn wenn die Schulen mehr Eigenständigkeit bekommen, bedeutet das auch, dass die Schulleiter in stärkerem Maße ihre Führungsaufgaben erledigen müssen. Wir wollen die Schulleiter stärken. Die CDU-Fraktion will modellhaft den Schulassistenten als Verwaltungsfachkraft neben dem Schulleiter positionieren und dies an größeren Schulen zur Unterstützung der Schulleitung erproben. Wir wollen mehr Flexibilisierung beim Personalmanagement.

(Abg. Zeller SPD: Deswegen wehren Sie sich gegen das Stellenausschreibungsverfahren!)

Insofern bleibt nur, die Personalräte einschließlich des Hauptpersonalrats aufzurufen, eine konstruktive Rolle einzunehmen und diese Wege konstruktiv zu begleiten, anstatt anhand von Einzelfragen zu versuchen, zeitliche Verzögerungen herbeizuführen. Auch die Personalräte sind dazu aufgerufen, diesen Prozess konstruktiv mitzugestalten.

Meine Damen und Herren, bei der Schulverwaltung wollen wir die Beratung vor Ort in stärkerem Maße fördern. Denn Schulen sind in Zukunft darauf angewiesen, nicht nur selbst Evaluation zu betreiben. Die Komponente der Fremdevaluation beginnt immer wichtiger zu werden.

Mit unserer Strukturreform wollen wir Verwaltungsaufgaben auf die mittlere Ebene verlagern, sodass letztlich auf der unteren Ebene die Personalhoheit im Bereich des Personalmanagements – vor allem an den Grund- und Hauptschulen – bleibt, damit im Personalbereich nach wie vor schnelle Entscheidungen vor Ort gefällt werden können.

Das hat nichts mit der Frage zu tun, ob die Schulumtsebene in die Landratsämter eingegliedert wird. Hierbei handelt es sich nun um eine Verlagerung des Dienstsitzes, aber die Beweglichkeit und die Schnelligkeit können auch bei einer solchen Verwaltungsreform durchaus aufrechterhalten werden. Das schadet unserem Ziel nicht, sondern ist ihm im Grunde dahin gehend förderlich, dass wir sozusagen die Taskforce vor Ort im Bereich der Lehrerversorgung aufrechterhalten.

Nun zum Thema der so genannten Schwachen. Kinder mit Migrationshintergrund erfahren in Baden-Württemberg eine gute Förderung.

(Abg. Wintruff SPD: Welche?)

Das geht auch aus den Ergebnissen des differenzierten Ländervergleichs hervor. Als Beispiel dafür, dass wir mit diesen Reformen den Handlungsansatz schon lange vor PISA erkannt haben, lässt sich aufführen, dass im vorschulischen Bereich schon seit einigen Jahren jährlich 1 000 Projekte gefördert werden. Damit fließen insgesamt 1,3 Millionen € in die vorschulische Sprachenhilfe ein. Das heißt, Sprachförderung wird bereits auf freiwilliger Basis betrieben. Hierbei betreten wir also nicht völliges Neuland.

Das Gleiche gilt im Bereich der Vorbereitungsklassen. Es kann einfach nicht geleugnet werden, dass wir seit vielen

(Wacker)

Jahren Förder- und Vorbereitungsklassen angemessen und bedarfsorientiert fördern. In diesem Bereich gab es keine Kürzungen und wird es in Zukunft auch keine geben.

Meine Damen und Herren, ich möchte auf einen Bereich kommen, der für die CDU-Fraktion wichtig ist, nämlich die Privatschulen. Privatschulen mit ihrer vielfältigen Struktur in Baden-Württemberg entlasten das staatliche Schulsystem vielerorts. Sie verdienen eine angemessene Finanzierung durch das Land. Aus diesem Grunde haben wir in den vergangenen beiden Jahren mit unserem Koalitionspartner, der FDP/DVP-Fraktion, eine Arbeitsgruppe installiert, in der wir gemeinsam mit den Privatschulverbänden in vielen guten Gesprächen und in einem guten, persönlichen und konstruktiven Arbeitsklima ein Berechnungsmodell erarbeitet haben.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Dies wird dazu führen, dass wir ab dem nächsten Jahr auch eine angemessene Anhebung der Förderung vor allem im beruflichen Bereich vornehmen, damit auch diese Ergebnisse für unsere Privatschulen Früchte tragen.

In der Rede des Kollegen Zeller ist einiges dargestellt worden, was schlicht und einfach nicht den Tatsachen entspricht. Deswegen möchte ich jetzt zumindest klarlegen, dass Ihre Behauptung nicht zutrifft, in unserem beruflichen Schulwesen, beispielsweise im Bereich der beruflichen Gymnasien und der Berufskollegs, bestünde eine Deckelung. Das ist schlicht und einfach nicht wahr.

(Abg. Wintruff SPD: Aber selbstverständlich!)

Hören Sie bitte damit auf, hier Unwahrheiten zu verbreiten.

Ich darf Ihnen folgende Tatsachen belegen. Wir hatten zu Beginn des Schuljahrs 1999/2000 insgesamt 478 Klassen an den beruflichen Gymnasien. Diese Anzahl stieg bis zum Beginn des laufenden Schuljahrs 2002/03 kontinuierlich auf 512 an. Das heißt, wir haben an den beruflichen Gymnasien von Jahr zu Jahr einen moderaten Anstieg der Zahl der Klassen. Das ist eine Tatsache. Bitte hören Sie auf, hier von einer Deckelung zu sprechen, die tatsächlich nicht besteht.

Das Gleiche gilt auch im Bereich der Berufskollegs. Auch hier ist von Jahr zu Jahr nachweislich eine Steigerung zu verzeichnen. Auch dies gehört zur Wahrheit.

(Abg. Wintruff SPD: Es gibt 30 flexible Klassen, Herr Wacker! Die gibt es schon immer!)

Meine Damen und Herren, Sie sprechen davon, im Bereich der Grundschule sei überhaupt kein Schwerpunkt zu erkennen, und sprechen auch das Thema Schulwechsel an. Es ist eigentlich kaum der Mühe wert, darauf einzugehen. Sie versuchen hier, zu belehren. Es gibt aber Studien, die das Landesinstitut für Erziehung und Unterricht vor einigen Jahren angestellt hat, wonach gerade die Grundschulempfehlung eine hohe Trefferquote aufweist, die zwischen 97 und 99 % liegt, wonach wir, auch im Ländervergleich, die geringste Quote an Sitzenbleibern haben und wonach wir eine extrem geringe Quote an Schulwechslern von oben nach unten haben.

Zu dem, was Sie uns zu suggerieren versuchen, muss ich sagen: Sie betreiben hier reine Schwarzmalerei mit dem Ziel – schlicht und einfach –, das dreigliedrige Schulsystem schlechtzureden. Das ist einfach nicht gerechtfertigt. Die Durchlässigkeit wurde immer wieder durch die PISA-Studie, und zwar gerade durch den differenzierten Länderbericht, als gutes Beispiel dokumentiert. Im Grundschulbereich stellen wir allein für die Fremdsprache 1 600 neue, zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung. Wir haben auch die Stundentafel, beginnend ab Klasse 1, um zwei Stunden erweitert. Damit haben wir im Ländervergleich einen guten Platz. Wenn wir die Reformmaßnahmen einbeziehen, gilt das auch für die Kooperationsmaßnahmen im frühkindlichen Bereich. Deshalb muss man sagen: Dies dokumentiert, dass die Grundschule in der Tat ein besonderer Schwerpunkt der Bildungspolitik im Land Baden-Württemberg ist.

Meine Damen und Herren, Fazit zum guten Schluss: Ich glaube, dass wir in Baden-Württemberg nicht erst seit 2001, sondern schon in den Jahren zuvor eine gute Bildungspolitik hatten, dass wir Innovationen anstoßen und dass wir mit unseren Reformen auf einem guten und richtigen Weg sind. Wir allein könnten dies nicht bewältigen, sondern wir brauchen die Partner vor Ort. Darum werben wir. Die CDU-Fraktion begleitet diesen Kurs konstruktiv und unterstützend, und wir glauben, dass wir uns auch hier auf einem sehr guten Weg befinden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Kollege Wacker hat die Privatschulen und die Novellierung des Privatschulgesetzes angesprochen. Wir freuen uns, dass hierzu eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zustande kam, der auch Vertreter der Schulen in privater Trägerschaft sowie je ein Vertreter des Kultusministeriums und des Finanzministeriums angehörten, die am vergangenen Dienstag ihre abschließende Sitzung hatte, sodass wir nun auf die Novellierung des Privatschulgesetzes zugehen können, die sukzessive in dieser Legislaturperiode stattfinden soll. Dies entspricht einer uralten Forderung der FDP/DVP, und wir freuen uns, dass es nun gelungen ist, vor allem auch, was die Finanzierung der Privatschulen betrifft, zu einem Durchbruch zu kommen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweitens: Von allen Rednern und insbesondere natürlich auch von unserer Ministerin wurde die Sprachförderung angesprochen. In der Tat, Herr Zeller, bin ich zusammen mit meiner Fraktion der Meinung, dass die Sprachförderung nicht erst in der Grundschule, sondern bereits vorher, also im Elementarbereich, einsetzen muss. Wir sind auch der Meinung, dass Sprachstandsdiagnosen notwendig sind, weil sie die Voraussetzung dafür sind, um die Kinder, die der Sprachförderung bedürfen, zu erkennen und nach Möglichkeit vollständig zu erfassen. Das sind, wie wir wissen, übrigens auch deutsche Kinder, um das noch einmal klar zu betonen.

(Kleinmann)

Der Diagnose muss dann – das ist der dritte Punkt diesbezüglich – auch die Förderung folgen. Darum und nicht etwa um irgendwelche Aussonderungen geht es. Übrigens, das Wort „Selektion“ – das sage ich Ihnen als Pfarrer – ist historisch so schrecklich belegt, dass man es eigentlich nicht verwenden sollte.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist ein gängiger Begriff in der Wissenschaft! Was soll denn das? – Abg. Zeller SPD: Wir sind hier nicht in der Theologie!)

– Ich sage das, um Sie ein bisschen sensibel hinsichtlich Ihrer zu Wortwahl machen.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir die Sprachstandsdiagnosen, die im Elementarbereich erfolgen sollen, nicht etwa erst nach dem fünften Geburtstag vornehmen sollten, sondern so früh wie möglich, das heißt aus meiner Sicht möglichst nach dem vierten Geburtstag, sprich im fünften Lebensjahr, um noch genügend Zeit zu haben, entsprechende Fördermaßnahmen durchzuführen.

Meine Damen und Herren, zum dreigliedrigen Schulsystem. Ich weiß nicht – gerade wenn man feststellt, dass man im Elementarbereich anfangen muss, wenn man die Sprache fördern und gestalten will –, warum man an dem dreigliedrigen Schulsystem nicht festhalten sollte, sondern meint, man müsste die Hauptschulen und die Realschulen zu so genannten Mittelschulen zusammenlegen. Ich bin – das gebe ich gerne zu – ein Fan der Realschule, nicht weil ich da unterrichtet habe – das habe ich auch am Gymnasium –, sondern weil ich gerade als Vertreter des ländlichen Raums die Realschule als die Chance für viele Mädchen und Jungen sehe, einen mittleren Abschluss zu machen, der ihnen dann die Möglichkeit gibt, einen entsprechenden Beruf zu ergreifen. Ich denke an die Kauffrau, den Kaufmann, Bankangestellte usw. Deshalb halte ich fest, dass wir auch künftig zwischen Hauptschulen und Realschulen unterscheiden müssen.

Im Übrigen ist es ja kein Gewinn für die Kinder, wenn man egalisiert. Wenn man schon die Vierjährigen auf ihre Sprachkompetenz untersuchen und sie dann gezielt fördern muss, dann muss man auch diejenigen, die praktisch begabt sind, sowie diejenigen, die mehr theoretisch begabt sind, gezielt fördern. Je mehr ein solches System gegliedert ist, desto mehr gehe ich auf das Individuum, auf den einzelnen Schüler und die einzelne Schülerin ein. Alles andere ist eine Egalisierung, die überhaupt nichts bringt.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch blanke Theorie!
– Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist doch alles falsch! –
Abg. Zeller SPD: Völlig falsch!)

Meine Damen und Herren, auf den Praxisbezug der Hauptschule hat die Frau Ministerin hingewiesen. Ich komme deshalb gleich zu den Berufsschulen und zum dualen System. Das duale System hier in unserem Lande ist weltweit einmalig, meine Damen und Herren. Es ist deshalb sinnvoll – Herr Zeller, Herr Wacker und auch die Frau Ministerin haben darauf hingewiesen –, weil es eine Zusammenarbeit zwischen Handwerk und Industrie einerseits und Schule und Staat andererseits bietet. Nur in dieser Kooperation kann das Ganze praxisorientiert und sinnvoll für die Schülerinnen und Schüler sowie für die Auszubildenden gelingen.

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt betrifft die Schulsozialarbeit. Ich möchte doch noch einmal in aller Deutlichkeit – so, wie die Frau Ministerin das auch gesagt hat – darauf hinweisen: Wir hatten vor kurzem ein Treffen der bildungspolitischen Sprecher aller Landtagsfraktionen. Ich habe das Thema Schulsozialarbeit auf die Tagesordnung setzen lassen und mit großem Erstaunen festgestellt: In keinem einzigen Land außer Baden-Württemberg gibt es vom Land geförderte Schulsozialarbeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wacker CDU: So ist es! Kommunale Aufgabe!)

Das muss man hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen. Ich will nicht behaupten, dass es nicht vielleicht die eine oder andere Kommune gibt, die das macht. Auch bei uns in Baden-Württemberg gab es schon Kommunen, die sich dies „geleistet“ haben.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Deswegen muss man sie nicht zusammenstreichen, wenn man sie hat!)

– Mein lieber Herr Kollege,

(Abg. Wintruff SPD: Caroli!)

ich habe es schon gestern gesagt, aber da waren Sie wahrscheinlich nicht im Saal: Wir hatten 3,4 Millionen € eingestellt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber 1 Million € gekürzt!)

– Langsam, langsam! – Im letzten Jahr hatten wir 2,1 Millionen € eingestellt. Wir haben jetzt für das Jahr 2003 um 1 Million € gekürzt. Das heißt, wir sind von 3,4 Millionen € auf 2,4 Millionen € zurückgegangen. Das bedeutet, wir haben im Haushalt 2003 genau 0,3 Millionen € mehr als 2002, obwohl wir einen Haushalt mit hohem Sparzwang haben. Trotzdem haben wir noch 0,3 Millionen € mehr für die Schulsozialarbeit eingestellt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

Das heißt im Klartext – das sei auch an alle Kommunen draußen gesagt, die ja Schulträger sind –: Alle bisher bestehenden Stellen können erhalten bleiben und fortgeführt werden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Aber der Bedarf ist viel höher! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Wenn Sie einmal sehen, wie Kollege Wacker und ich in der Jugendquotekommission darum gerungen haben, dass wir diese Schulsozialarbeit installieren konnten, und wie wir jetzt darum gerungen haben, sie auch zu erhalten, dann ist das unter dem Strich ein ganz hervorragendes Ergebnis.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: Jawohl! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Meine Damen und Herren, ein nächster Punkt sind die Reformen. Dazu kann man sagen: In der letzten und in dieser Legislaturperiode sind das zunächst einmal die Grundschulfremdsprache, die verlässliche Grundschule, der „Schulan-

(Kleinmann)

fang auf neuen Wegen“, die Schulsozialarbeit – die habe ich schon erwähnt – und ein stärkerer Praxisbezug bei der Hauptschule. Ferner zählt dazu das achtjährige Gymnasium – das war ja auch schon immer eine Forderung der FDP/DVP –, das ich für eine wirklich gelungene Einrichtung halte. Im Grunde genommen gibt es eigentlich niemanden, der das ernsthaft kritisierte. Man kann vielleicht kritisieren, dass man den Übergang so schnell gemacht hat. Aber grundsätzlich ist das achtjährige Gymnasium eine sinnvolle Lösung.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Denn wir können es uns nicht leisten, dass man 13 Jahre in die Schule geht, anschließend noch fünf bis sechs Jahre studiert und irgendwann mit 30 Jahren dann in die Arbeitswelt „hineinkommt“. Darüber sind wir uns aber generell einig.

Ich füge hinzu: Auch die Oberstufenreform war notwendig, weil wir gemerkt haben: In den Leistungsfächern und Leistungskursen wurden wirklich tolle Ergebnisse erzielt. Aber dann gab es die anderen Bereiche, die Grundkurse. Da ist oft reine Dünnbrettbohrerei betrieben worden. Deshalb haben wir gesagt, wegen der Grundkurse – nicht wegen der Leistungskurse – gestalteten wir die Oberstufe anders und führten diese Oberstufenreform mit fünf mal vier zentralen Fächern und daneben noch den Nebenfächern ein.

Dann kommt das Thema Ganztagschule. Herr Zeller, ich weiß nicht, warum Sie das immer wieder erwähnen. Von 1992 bis 1996 hat doch die SPD hier mitregiert. 1992 gab es 70 Ganztagschulen, und 1996, als Sie abgetreten sind, gab es immer noch 70 Ganztagschulen. Wir sind 1996 angetreten. Bereits im Jahr 2000 waren es 110 Ganztagschulen, und inzwischen sind es über 140 Ganztagschulen. Das ist doch mehr als das Doppelte.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Sie haben nichts hinbekommen, und wir haben das hinbekommen. Aber Sie sagen, wir machten nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wacker CDU: Sehr gut! Jawohl! Das war ein Volltreffer!)

Ich kann nur sagen: Manchmal muss man sich über PISA nicht wundern.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wintruff SPD: Trotzdem zu wenig! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zweifelsohne ist eine Fortsetzung unserer Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wichtig. Darin sind wir uns sicherlich einig. Ich setze sehr auf die Supervision. Bei der gestrigen Generaldebatte über die Verwaltungserneuerung ist angeklungen, dass man – die Schulämter will man ja nun bei den Landratsämtern ansiedeln usw. – gerade deshalb auf die Schulämter nicht gänzlich verzichten kann, weil auf die Fort- und Weiterbildung nach wie vor ein großes Augenmerk gelegt werden muss. Dem stimme ich zu, wobei ich, wie gesagt, die Supervision für besser halte. Das heißt, dass der eine oder andere Lehrer sich dafür ausbilden lässt und dann in die Schulen geht und man versucht, gegenseitig Anregungen zu geben, sprich Punkte zu benennen, bei denen

man meint, dass hier der Unterricht nicht so qualifiziert gestaltet worden ist. Sehr häufig kommt bei dieser Supervision heraus – wir Pfarrer haben das ja auch –, dass jemand gerade dort, wo er meint, dass er relativ schlecht ist, von anderen als gut beurteilt wird.

Weiterer Punkt: Autonomie der Schulen. Ich bin der Meinung, wir brauchen unter den Schulen mehr Wettbewerb, mehr Leistungsanreize. Wir brauchen deshalb eine größere Selbstständigkeit der Schulen. Wir haben diesen Weg ja jetzt schon beschritten. Es gehört auch zu den Reformen dieser Regierung, dass man schulscharf Stellen ausschreiben kann. Herr Kollege Röhm, Sie haben das ja an den Gymnasien schon praktiziert. Das muss natürlich noch weiter gehen. Denn die Lehrer vor Ort wissen am ehesten, wer in ihren Lehrkörper hineinpasst, wie dieser Lehrkörper entsprechend ergänzt werden muss, wenn jemand ausscheidet, und welche Profile am geeignetsten für ihre Schule sind. Deshalb fordern wir Liberale ganz dezidiert mehr Selbstständigkeit für die Schulen bis unter Umständen hin zu der möglichen Auflösung der Schulämter und der Oberschulämter. In den Niederlanden ist das ja bereits praktiziert worden.

Meine Damen und Herren, ich möchte in aller Klarheit und Deutlichkeit sagen, dass PISA gerade uns in Baden-Württemberg bescheinigt, dass die soziale Herkunft hier ein geringes Problem ist. Wer aus einfachen sozialen Verhältnissen kommt, hat bei uns im Vergleich mit allen anderen Bundesländern die größten Bildungschancen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

– Das heißt nicht, dass man nicht noch etwas verbessern kann; das ist schon klar. Wissen Sie: Das ist im Grunde wie bei einer Annäherung an die Y-Achse: Sie kommen nie ganz an die Achse. Sie nähern sich asymptotisch, aber Sie erreichen sie nie, und Sie können das letzte Quäntchen Abstand nicht beseitigen. Tatsache ist aber, dass wir diesbezüglich am besten sind. Punkt 1.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Punkt 2: Tatsache ist auch, dass man dies noch verbessern und dass man hier weitermachen muss. Geben Sie hier sinnvolle Anregungen. Wir sind für gute Ideen dankbar.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Im Übrigen ist der Kollege Wacker der Inbegriff dessen, dass es auch einer, der auf der Hauptschule war, schafft, anschließend ein Studium zu absolvieren. Das zeigt genau die Durchlässigkeit unseres Systems. Ansonsten hätte er es gar nicht geschafft.

(Zurufe der Abg. Dr. Caroli und Wintruff SPD)

Oder: Unser Kollege Professor Dr. Weller hat als Hauptschüler mit einer Lehre anschließend zum Doktor rer. pol. bei Schiller in Hamburg promoviert und ist später Professor an der Fachhochschule für Technik geworden. Meine Damen und Herren, wo gibt es denn noch eine solche Durchlässigkeit? Das zeigt, dass wir ein gutes, ein liberales System haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

(Kleinmann)

Ich bin auf dieses System stolz und möchte zusammen mit der CDU und unserer Kultusministerin, der ich herzlich für Ihre Rede danke, in dieser Art und Weise weiterarbeiten. Fahren wir in dieser fruchtbaren Weise fort!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP und Abg. Wacker CDU: Sehr gut! – Minister Dr. Christoph Palmer: Bravo! – Abg. Alfred Haas CDU: Herr Kleinmann, das Beispiel müssen Sie Herrn Zeller einmal schriftlich geben! Aber der kann es ja nicht lesen! Er kann es nicht erfassen! Das ist das Problem!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme jetzt wieder auf den Ausgangspunkt der heutigen Debatte, auf die Regierungserklärung unserer Frau Kultusministerin, zurück und stelle als Erstes die Frage: Was war die Botschaft Ihrer heutigen Rede, Frau Ministerin?

(Abg. Schmiedel SPD: Gute Frage!)

Vielleicht sollte die Botschaft sein, dass hier in Baden-Württemberg alles in Ordnung sei

(Abg. Alfred Haas CDU: Ach Gott im Himmel!)

und die richtigen Maßnahmen bereits eingeleitet seien. Mir kam es eher wie eine Bilanz Ihrer Arbeit vor. Mir kam es ein bisschen vor, als wollten Sie nachweisen, dass Sie Ihre Hausaufgaben in den acht Jahren Ihrer Regierungszeit abgeleistet haben,

(Abg. Wacker CDU: Das gehört doch auch dazu!)

bevor Sie sich vielleicht neuen Aufgaben oder Herausforderungen zuwenden können. Das ist aber freilich nur reine Spekulation.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Alfred Haas CDU: Das spricht gegen das, was der Zeller gesagt hat!)

In Ihrer Rede kommt deshalb, meine ich, auch zu kurz, vor welchen großen Herausforderungen unser Bildungswesen jetzt steht. Es ist meine feste Überzeugung, dass es nicht genügt, dieses lediglich weiter zu optimieren, sondern dass es grundlegend reformiert werden muss.

An dieser Stelle möchte ich ganz kurz auch noch auf Ihre Interpretation der PISA-Ergebnisse eingehen. Sie sagen, dass die Leistungen der baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler vergleichbar mit denen der Spitzenländer Kanada, Schweden und Australien seien, wenn man die Migrantenkinder herausrechne. Ich betone wieder: Das ist unseriös.

(Abg. Wintruff SPD: Ja!)

Denn gerade Kanada, Australien und Schweden sind klassische Einwanderungsländer mit hohen Migrantenanteilen,

(Abg. Wintruff SPD: Ja!)

und deshalb darf man die Migranten nicht herausrechnen und sagen: Wenn wir die nicht hätten, dann stünden wir besser da.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wintruff SPD: Sehr gut!)

Wir wissen auch, dass in diesen Ländern der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die lediglich das unterste Leistungsniveau erreichen, wesentlich geringer ist als in Baden-Württemberg, wo dieser Anteil bei 20 % liegt.

Meine Damen und Herren, wir sehen, dass der Schlüssel zum Erfolg in den Spitzenländern der PISA-Studie vor allem damit begründet ist, dass die Schulen dort selbstständig sind, dass es dort eine differenzierte Lernkultur gibt, dass auf Selektion verzichtet wird und dass dort klare und einheitliche Bildungsstandards definiert sind, deren Erreichen allerdings immer bewertet und evaluiert wird.

Auch wenn dies ein großer Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik in Deutschland, aber auch in Baden-Württemberg wäre, weil wir wegkommen müssen von einer Top-down-Steuerung unseres Bildungswesens, müssen wir diesen Weg trotzdem beschreiten, wenn wir die kreativen Kräfte der Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg stärker zur Entfaltung bringen wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Schulentwicklung von unten, Frau Kultusministerin Schavan, kann nicht am grünen Tisch des Kultusministeriums gemacht werden, sondern nur von den Betroffenen vor Ort, von den Lehrerinnen und Lehrern mit Unterstützung der Eltern, die in diese Erziehungspartnerschaft aktiv eingebunden werden müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig, Frau Kollegin!)

In diesem Zusammenhang begrüße ich das Angebot des Landeselternbeirats, dass sich die Eltern stärker in die Schulen und auch in den Unterricht einbringen wollen. Ich halte dieses Angebot für hervorragend, wenn wir in der Fläche zu einem Ausbau von Ganztagsangeboten in Baden-Württemberg kommen wollen.

(Abg. Röhm CDU: Richtig! Ein Angebot!)

Mit „flächendeckend“, meine Damen und Herren, meine ich allerdings nicht 4 100 Ganztagschulen, nämlich alle Schulen in Baden-Württemberg – es ist klar, Frau Ministerin, dass dies gar nicht zu leisten ist –, sondern Ganztagschulen an allen Schularten, und hier blockieren Sie. Natürlich ist es richtig, zuerst die Schulen, an denen die Schüler einen besonders großen Förderbedarf haben, zu Ganztagschulen auszubauen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Aber der Ausbau darf sich nicht darauf beschränken. Wir sind der Meinung, dass in den nächsten Jahren für alle Kinder – egal, welche Schulart sie besuchen – in erreichbarer Nähe ein Ganztagsangebot geschaffen werden muss.

(Beifall bei den Grünen)

(Renate Rastätter)

Dabei können, wie gesagt, auch die Eltern eine Rolle spielen.

Im Sinne einer konstruktiven, einer positiven Erziehungspartnerschaft von Eltern und Schule muss allerdings auch, Frau Kultusministerin Schavan, konstruktive Kritik der Eltern ausgehalten werden und muss in einen Dialog mit den Eltern eingetreten werden.

Ich halte das Abkanzeln von Eltern, die Kritik äußern, wie Sie das jetzt im Zusammenhang mit der neuen Oberstufe gemacht haben,

(Abg. Wacker CDU: Wenn auch die Eltern sachlich bleiben!)

für schädlich bei der Stärkung und Verbesserung der Erziehungspartnerschaft von Schule und Eltern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wacker CDU: Dann sollen die Eltern aber auch sachlich bleiben!)

– Das sind die Elternbeiräte – Sie können vor Ort gehen –, flächendeckend an den Gymnasien in ganz Baden-Württemberg. Es handelt sich nicht nur um einzelne Funktionäre.

(Abg. Schmiedel SPD: Und Lehrer und Schüler!)

Frau Kultusministerin Schavan, Sie betonen den Stellenwert der Durchlässigkeit des baden-württembergischen Bildungswesens. Sie sagen deshalb, eine Wiederauflage der vor 30 Jahren geführten Strukturdebatte sei nicht nur überflüssig, sondern schädlich und würde uns bei den notwendigen Veränderungen blockieren.

(Abg. Wacker CDU: Richtig! – Abg. Rau CDU: Sehr richtig!)

Entscheidend sei – so sagen Sie – die Entkoppelung des Bildungsgangs vom Bildungsabschluss und die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Gerade aber die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zerstören Sie ansatzweise, wenn Sie die jetzige Konzeption des achtjährigen Gymnasiums durchführen. Indem dort nämlich in der Unterstufe gekürzt und verdichtet wird, ist nicht einmal mehr eine Orientierungsstufe vorhanden, das heißt, das Gymnasium wird völlig von den anderen beiden Schularten abgekoppelt.

Bis jetzt war es unser Grundkonsens, dass in Baden-Württemberg zumindest die Orientierungsstufe noch eine Orientierung in andere Schulformen möglich macht – gerade weil wir eine so frühe Selektion haben.

(Beifall bei den Grünen)

Wir Grünen fordern deshalb, dass Sie die Konzeption des achtjährigen Bildungsgangs ändern. Wir fordern, dass die Verkürzung in der Mittelstufe stattfindet, nämlich in den Jahrgangsstufen 9 bis 11, wie es übrigens auch schon die Kultusministerkonferenz vor Jahren gefordert hat.

Ich stimme Ihnen darin zu, Frau Schavan, dass das berufliche Schulwesen – insbesondere die beruflichen Gymnasien – einen guten Beitrag zur Durchlässigkeit leistet und dass das berufliche Schulwesen einen wichtigen Beitrag dazu leistet, schwächere Schülerinnen und Schüler zu fördern

und ihnen wichtige Fähigkeiten zu vermitteln, die sie vorher nicht erlernt haben.

(Abg. Röhm CDU: Richtig!)

Wenn das berufliche Gymnasium aber die hohe Bedeutung hat, weil dort insbesondere Schüler und Schülerinnen der Realschule das Abitur erreichen können, dann müssen die beruflichen Gymnasien und die allgemein bildenden Gymnasien aber auch gleiche Lernbedingungen bekommen.

Meine Fraktion hat in den Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht. Die Stellungnahme dazu hat gezeigt, dass die durchschnittliche Klassengröße an allgemein bildenden Gymnasien im Schuljahr 2001 in der elften Klasse 23 Schüler beträgt, an den beruflichen Gymnasien aber 28,9. Die durchschnittliche Kursgröße liegt an allgemein bildenden Gymnasien bei 17,2, an beruflichen Gymnasien bei 19,5 Schülern. In den Leistungskursen sind es durchschnittlich 13,7 und an beruflichen Gymnasien 18,3 Schüler. Gerade an den beruflichen Gymnasien darf es keine schlechteren Lernbedingungen für Schüler und Schülerinnen geben, wenn wir bei ihnen die gleiche Erfolgsquote beim Abitur erreichen wollen wie bei den allgemein bildenden Gymnasien.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Käppeler SPD)

Das gehört dazu, damit es kein Lippenbekenntnis bleibt, wenn Sie sagen, dass berufliche Bildung und allgemeine Bildung gleichwertig sein müssen.

Meine Damen und Herren, auch wenn Baden-Württemberg im deutschen Ländervergleich eine Spitzenposition bei den Schülerleistungen einnimmt, so gibt es aber bei uns – das sagen alle PISA-Experten; das sagt auch Herr Baumert – die gleichen Problemlagen wie in anderen Bundesländern. Diese sind: soziale Selektion, hohe Risikogruppe – wenn gleich auch geringer als in anderen Bundesländern –, eine wenig differenzierte Lernkultur und vor allem zu geringe Investitionen im Vorschulbereich und ein großer Nachholbedarf bei der frühkindlichen Bildung. Um diese Problemlage konsequent anzugehen, konzentrieren wir Grünen uns auf zwei zentrale Reformziele.

Erstens: Stärkung der frühen Bildung und Erziehung, weil in den frühen Jahren die entscheidenden Grundlagen für die Lernentwicklung der Kinder geschaffen werden.

Es ist schon erstaunlich, Frau Kultusministerin Schavan, wie wenig Sie in Ihrer Regierungserklärung zum Kindergarten gesagt haben. Ein freiwilliger Sprachtest für Kinder, ein Sprachkurs für Fünfjährige – das ist alles, was Ihnen dazu einfällt. Ich sage: Am allerwichtigsten ist es, endlich die Erzieherinnenausbildung auf ein europäisches Niveau zu bringen, eine Fortbildungsoffensive für Erzieherinnen zu starten, unter anderem im Bereich der interkulturellen Kompetenz, in der ganzheitlichen Sprachförderung von Anfang an und in der Diagnosefähigkeit. Wir fordern von Ihnen deshalb einen Bildungs- und Erziehungsplan für Kindertageseinrichtungen, in dem die Bildungsziele verlässlich definiert werden und in dem die Rolle der Sprachförderung genau beschrieben wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Renate Rastätter)

Natürlich hat das meine Kollegin Brigitte Lösch schon gestern bei der zweiten Lesung des Kindergartengesetzes gesagt, aber es kann hier überhaupt nicht oft genug gesagt werden,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wir wollen es noch einmal hören!)

wenn wir das Gebot der Chancengleichheit von Kindern wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Auch die Grundschule muss gestärkt werden. Sie wissen, dass das ein Lieblingsthema von mir ist. Ich habe den „Schulanfang auf neuen Wegen“, insbesondere die altersgemischten Klassen, von Anfang an unterstützt, ebenso die Einführung der Grundschulfremdsprache ab Klasse 1. Aber wir Grünen fordern auch, endlich die volle Halbtagsgrundschule ohne Elterngebühren einzuführen, wir fordern ganztägige Angebote. Es gibt in Baden-Württemberg von 2 500 Grundschulen nur vier, die als Ganztagschulen ausgebaut sind. Gerade mit dem Blick auf Chancengleichheit muss hier gehandelt werden.

(Beifall bei den Grünen)

Dringend notwendig ist auch die Einbeziehung von Erzieherinnen und Sonderpädagogen für eine verbesserte Förderung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen – unter anderem bei der Sprachentwicklung –, mit Teilleistungsschwächen und auch für die Integration von behinderten Kindern in die allgemeinen Schulen. Gerade die Grundschule, die ja als eine Schule für alle Kinder der Gesellschaft konzipiert ist, muss zu einer echten Schule für alle Kinder werden – ohne Aussonderung von Kindern. Deshalb dürfen unserer Meinung nach Lehrerstunden aus der Grundschule nicht herausgenommen werden, wenn in den nächsten Jahren die Schülerzahlen an der Grundschule zurückgehen.

Das zweite große Ziel, für das wir Grünen hier in Baden-Württemberg bildungspolitisch stehen, ist die Qualitätsentwicklung durch selbstständige Schulen. Wir Grünen sind der festen Überzeugung, dass die Schule der Zivilgesellschaft die selbstständige und demokratische Schule ist. Eine Schule, die Schülern Bildungsziele wie Mündigkeit, die Fähigkeit, selbstständig zu lernen und das Leben zu gestalten, vermitteln soll und die Schüler heranbildet, die Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen können, muss auch selbst mündig, selbstständig und demokratisch sein.

(Beifall bei den Grünen)

Wir setzen dabei auf die Mitsprache von Schülern und Schülerinnen, wir setzen auf professionell ausgebildete, engagierte Lehrkräfte, die sich als Experten für Lehren und Lernen als Gestalter ihrer Schule sehen, und wir setzen auf die aktive Mitarbeit von Eltern.

Aber, Frau Kultusministerin, die selbstständige Schule ist natürlich keine Schule der Beliebigkeit, sondern auch die selbstständige Schule bleibt in staatlicher Verantwortung.

(Abg. Röhm CDU: Richtig!)

Bildungsstandards, allerdings schulartübergreifend, müssen gesetzt werden. Schulen müssen sich selbst evaluieren und müssen sich einer externen Evaluierung unterziehen.

(Abg. Wacker CDU: Da sind wir nicht weit auseinander!)

Aber wir verlangen folgende Freiräume für die Schulen – ich nenne Ihnen diese Freiräume, die Sie bis jetzt noch nicht gewähren wollen –: Freiräume bei der Personalentwicklung. Heute gibt es bereits die schulscharfe Ausschreibung. Mittlerweile können, glaube ich, ein Drittel oder ein Viertel der Stellen ausgeschrieben werden. Es gibt keinen Grund, dies zu beschränken. Wir verlangen, dass die Schulen ihre Lehrer grundsätzlich selbst einstellen können. Wir wollen, dass die Schulen ein Fortbildungsbudget erhalten und damit eigene Fortbildungsmittel zur Verfügung haben. Dann können die Schulen nämlich echte Teams bilden, die auch zu ihrem Schulprofil passen. Dann können sie Leute einstellen, die bereit sind, aktiv an diesem Schulprofil mitzuarbeiten.

Zur Personalentwicklung sind aber auch neue Arbeitszeitmodelle für Lehrer und Lehrerinnen notwendig. Ich halte es wirklich für haarsträubend, Frau Kultusministerin Schavan, dass erneut an der Stellschraube „Deputatsstunden“ für die Arbeitszeit von Lehrern gedreht wird. Die reine Arbeitszeitberechnung in Deputatsstunden ist absolut veraltet und behindert Schulentwicklung, neue Unterrichtsformen, ganztägig geöffnete Schulen. Wir müssen uns davon verabschieden und zu neuen, gerechten Arbeitszeitmodellen für Lehrer kommen, und die werden auch zu Steigerungen der Effizienz des Lehrereinsatzes führen. Aber immer wieder nur an der Stellschraube „Deputatsstunden“ zu drehen – einmal eine Stunde erlassen in guten Zeiten, dann wieder eine Stunde erhöhen –, das zermürbt, das demotiviert. Das ist keine gute Methode, um bei der Lehrerarbeitszeit voranzukommen.

(Beifall bei den Grünen)

Die Schulen müssen auch zur strukturellen Weiterentwicklung Freiräume bekommen. Frau Schavan, natürlich stimme ich Ihnen zu, dass die Durchlässigkeit ein wichtiges Prinzip eines Schulwesens ist. Aber bestimmte Probleme können bei einer frühen Selektion nicht gelöst werden. Das ist das Problem des hohen Selektionsdrucks auf die Grundschule. Wenn Sie an die Grundschule gehen – machen Sie das doch einfach einmal; reden Sie mit Eltern, Lehrern und Lehrerinnen, und reden Sie mit Schulleitern und Schulleiterinnen –, sehen Sie: Dieser Selektionsdruck belastet die eigenständige Arbeit der Grundschule enorm und schürt Ängste bei Eltern und Kindern. Und was Sie auch nicht lösen können, ist das Problem, dass es eine soziale Selektion ist, die so früh stattfindet. Ich kann Ihnen das mit einer einzigen Zahl beweisen. Von den Migrantenkindern, also ausländischen Kindern, gehen 64,5 % nach der Grundschule in die Hauptschule und nur 8 % ins Gymnasium. Das heißt, es wird nach kultureller, nach sozialer Herkunft selektiert und nicht nach Begabungen. Auch die Überlappungen zwischen den Schularten, wie sie sich durch PISA III gezeigt haben, machen deutlich, dass bei dieser frühen Selektion homogene Gruppen gar nicht erreicht werden können. Das können Sie nicht lösen.

(Renate Rastätter)

Frau Schavan, ich bin natürlich realistisch genug, von Ihnen nicht zu erwarten, dass Sie entsprechend den Wünschen des Baden-Württembergischen Handwerktags in Baden-Württemberg eine neunjährige Basisschule einführen. Aber ich kann von Ihnen erwarten, dass Sie bei größerer Selbstständigkeit von Schulen eine Öffnung zulassen, dass Sie längere gemeinsame Schulzeiten zulassen, dass Sie an allen Schulen, die das machen wollen, heterogene Zusammensetzungen der Schülerschaft zulassen. Warum kann sich zum Beispiel ein Gymnasium nicht öffnen und auch den Bildungsgang Hauptschule oder den Bildungsgang Realschule anbieten? Warum kann nicht eine Hauptschule – wie das in Amtzell der Fall ist – auch den Bildungsgang Realschule anbieten? Warum können sich Schulen nicht so verändern?

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das gibt es doch! – Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Warum wird die neue Sekundarstufe Tübingen, die ein integratives Modell entwickelt hat, in dem alle Schüler und Schülerinnen gefördert und alle Abschlüsse angeboten werden, also auch der Übergang ins allgemein bildende Gymnasium, nicht genehmigt? Warum darf in Karlsruhe eine Grundschule, die bereits heute eine fünfte und eine sechste Klasse hat, nämlich Klassen für Kinder mit Lese- und Rechtschreibschwäche, die zwei Klassen nicht führen, sondern müssen diese an einer Hauptschule geführt werden, mit der diese Grundschule überhaupt nichts zu tun hat? Selbst die Lehrerstunden müssen dort verrechnet werden. Warum wird das nicht genehmigt? Weil vielleicht sonst jemand meinen könnte, es könnte sich um eine sechsjährige Grundschule handeln.

Dazu meine ich: Hier wird das gegliederte Bildungswesen zum Dogma und behindert eine Schulentwicklung, die auch stärker auf Heterogenität eingeht und als Perspektive eine nicht selektive Schule hat, wofür wir Grünen eintreten.

(Beifall bei den Grünen)

Selbstständige Schulen – und auch das genehmigen Sie nicht – müssen auch die Genehmigung bekommen, neue Formen der Leistungserbringung und der Leistungsmessung durchzuführen. Die Entwicklung von Lernkonzepten mit individueller Förderung, die jedem Kind seine eigene Lerngeschwindigkeit und seinen individuellen Lernzuwachs zubilligt, erfordert auch neue Formen von Leistungsrückmeldungen, nämlich solche, die ermutigend sind und die Kinder stärken. Ich nenne hier Berichtszeugnisse oder Portfolios. Hier gibt es schon sehr gute Beispiele, die in anderen Ländern bereits Stand der Technik sind.

Am wichtigsten ist es aber, dass Kinder frühzeitig lernen, sich selbst einzuschätzen und ihre eigenen Lernerfolge oder auch Schwächen zu bewerten. Erst dann können sie nämlich Verantwortung für die eigene Lernentwicklung übernehmen. Wir fordern deshalb als ersten Schritt eine Grundschule ohne Ziffernoten.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir Grünen fördern auch deshalb in Baden-Württemberg Schulen in freier Trägerschaft, weil sie uns zeigen, wie man Schulen selbstständig führt,

wie eine Schule in eigener Verantwortung für Qualität steht und innovativ ist. Wir werden Sie daran erinnern, dass Schulen in freier Trägerschaft auch finanziell entsprechend unterstützt werden müssen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dürfen Sie! Jawohl!
Ich bitte darum!)

Ich komme allmählich zum Schluss, denn ich kann selbstverständlich nicht auf alle Details der gesamten Bildungspolitik eingehen.

(Abg. Wacker CDU: Am besten, Sie gehen nicht auf Herrn Zeller ein! Das ist vergebliche Liebesmüh!)

Es war ja heute sicher auch nicht die letzte Bildungsdebatte.

(Unruhe)

Frau Kultusministerin Schavan, Sie hätten schon sehr lange die Möglichkeit gehabt, den Schulen mehr Selbstständigkeit zu geben und damit auch gleichzeitig die Schulverwaltung einer Aufgabenkritik zu unterziehen – mit dem Ziel, die Aufgaben zu begrenzen, Kompetenzen nach unten zu verlagern und von der unsinnigen Dreistufigkeit der Schulverwaltung wegzukommen. Sie haben das nicht getan. Sie haben damit eine Chance verpasst. Denn jetzt hat Ministerpräsident Teufel eigenmächtig gehandelt und angekündigt, die Schulverwaltung, bei der eine unsinnige Mehrstufigkeit besteht, in die vorhandenen Verwaltungsstrukturen einzugliedern. Jetzt besteht nicht mehr die Chance, eine einheitliche Behörde zu schaffen und damit entscheidende Impulse für die Schulentwicklung zu geben. Sie hätten diese Möglichkeit gehabt, haben diese Chance aber vertan. Das muss ich Ihnen jetzt leider vorhalten.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Wir Grünen – das sage ich jetzt abschließend – wissen sehr wohl:

(Unruhe)

Wenn wir eine selbstständige Schule propagieren, müssen wir auch den Lehrern und Lehrerinnen einiges abverlangen. Für manche ist es auch bequem, unmündig zu sein. Oder anders formuliert: Freiheit ist immer auch anstrengend.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wenn wir aber Länder wie Holland oder Schweden anschauen, stellen wir fest, dass dort, wo Schulen selbstständig sind, viel mehr Verantwortung für die Qualität der Schulen übernommen wird.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Lehrer und Lehrerinnen haben dort auch ein höheres Ansehen in der Gesellschaft.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Aber auch ein kleiner Gehalt! Aber immerhin! Sie verdienen weniger!)

Ein höheres Ansehen von Lehrern und Lehrerinnen stärkt auch den Stellenwert von Bildung in der Gesellschaft.

(Renate Rastätter)

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Wacker
CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Und wenn der Stellenwert von Bildung in der Gesellschaft gestärkt wird – da sage ich, das ist Konsens, das wollen wir in diesem Hause alle –,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

haben wir auch bessere Chancen, mehr Ressourcen für die Bildung zu verlangen. Gleichzeitig akzeptiert die Gesellschaft auch, dass wir in anderen Bereichen härtere Einschnitte vornehmen müssen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
CDU sowie des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Kultusministerin Schavan, ich habe in der gestrigen Debatte zum Irak-Konflikt Folgendes behauptet: Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass das Kultusministerium in Erwägung zieht, gegen Schülerinnen und Schüler, die für den Frieden demonstrieren, Sanktionen zu erlassen. Diese Behauptung kann ich so nicht aufrechterhalten und nehme sie mit Bedauern zurück.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich muss zugeben, dass ich das schlecht recherchiert habe und sich diese Aussage in Wirklichkeit auf ein Verhalten des Oberschulamts Stuttgart bezog, das allerdings eine nachgeordnete Behörde ist, für die Sie auch Verantwortung haben. Jedenfalls kann ich den Vorwurf in dieser Form nicht aufrechterhalten. Da ich der Ansicht bin, dass wir genügend Differenzen haben, brauchen wir ja nicht irgendwelche noch zu erfinden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wieser CDU: Das
ist doch ein feiner Mann!)

Frau Ministerin, Sie haben jetzt zur Verfügung gestellt, was Ihr Haus zu dieser Frage gesagt hat. Dies ist für die heutige Debatte sehr aufschlussreich. Dazu gibt es drei Erklärungen, in denen Ihr Haus Verschiedenes sagt. Einmal heißt es: Das Kultusministerium erwartet, dass solche Aufforderungen zur Demonstration unterbleiben, dass dafür Sorge getragen wird, dass die Demonstrationen nicht in der Unterrichtszeit stattfinden. Weiter heißt es, dass die Dienstpflicht es Lehrerinnen und Lehrern verbietet, während ihrer Dienstzeit an solchen Demonstrationen teilzunehmen. Dann sagen Sie noch – das ist natürlich sehr interpretationsfähig –, das Kultusministerium bittet die Schulleitungen außerdem darum, bei Schulpflichtverletzung ebenfalls in geeigneter Weise zu reagieren.

Dann gibt es noch einen sehr interessanten Chat, in dem Sie mit Schülern auch über diese Frage diskutieren. Einen Abschnitt daraus halte ich für sehr interessant. Auf eine Schülereinlassung „Ich möchte gegen den Irak-Krieg demonstrieren, wie viele meiner Klassenkameraden auch. Wird die Schule am Donnerstag oder wann auch immer ausfallen?“

antworten Sie: „Nein, die Schule wird nicht ausfallen. Demonstrationen sollten nach dem Unterricht stattfinden. Ansonsten wird es viel Unterrichtsausfall geben. Das finde ich nicht in Ordnung.“ Pepe antwortet: „Warum nur in der unterrichtsfreien Zeit? Der Krieg ist doch kein Freizeitthema.“

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Oh!)

Wenn ich dies lese und auf die heutige Debatte beziehe, dann muss ich fragen: Mit welchem Geist führen Sie eigentlich eine Schulreform? Der Krieg im Irak ist ein Thema, das die ganze Welt und die Nation aufrührt. Fragen kommen auf, ob und wie man da demonstriert, nach der Schule oder während der Unterrichtszeit. In der Schulleitung sitzen erfahrene Pädagogen. Ich muss dazu sagen: Wenn eine Schule nicht selbstständig entscheiden kann, ohne dass in irgendeiner Weise von oben kommentiert und reglementiert wird – wo doch an den Schulen erfahrene Pädagogen sind, die das Schulgesetz und ihre Aufgaben kennen, die in einem solchen Fall mit Schülern und Eltern diskutieren –, wenn man es den Schulen nicht zutraut, ein solches Problem selbst zu regeln, dann hat man kein Vertrauen in Schulen und Lehrerschaft, dass sie die wesentlichen Fragen, die sich an einer Schule stellen, selbstständig beantworten.

Sie haben vorhin in Ihrer Regierungserklärung von Einsicht und Erfahrung, ganzheitlicher Auffassung von Bildung gesprochen. Wenn es jetzt bei der Frage von Krieg und Frieden exemplarisch darum geht – Man muss darüber diskutieren, aber man muss auch einmal seine Emotionen zeigen. Der Diskussion um Frieden müssen ja überhaupt erst der Wille und die Emotion dafür vorausgehen.

Ich sage das alles nur deshalb: Wenn man nicht einmal glaubt, dass die Schulen ohne die Aufsicht von oben ein solches Problem selbstständig und verantwortlich lösen können, dann, finde ich, hat man kein Vertrauen in die einzelne Schule. Das ist im Kern unsere Kritik. Eine selbstständige Schule setzt natürlich voraus, dass man Vertrauen in die Akteure vor Ort hat.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben dieses Vertrauen. Darum sagt, glaube ich, die Auseinandersetzung über eine solche Frage schon sehr viel darüber aus, mit welchem Geist und welchem Ziel man eine Reform macht. Dafür war das ein gutes Beispiel.

Aber bei aller Interpretation enthebt das nicht davon, dass man keine Vorwürfe machen sollte, die nicht korrekt sind. Das tut mir Leid.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Herr Kollege! Sie
sind ein anständiger Mann!)

Ich werde mich wirklich bemühen, in Zukunft genauer zu recherchieren und keine falschen Vorhaltungen zu machen. Ich bitte da noch einmal um Entschuldigung.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wieser CDU: Sehr
gut! – Abg. Fischer SPD: Davon kann der Haas et-
was lernen!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe zunächst kurz auf den Beitrag von Herrn Kretschmann ein und bedanke mich für die Richtigstellung. Ich sage zu dem Kommentar: Ich teile Ihre Meinung. Die Entscheidung, ob Unterricht offiziell ausfällt, um Schülerinnen und Schülern die Teilnahme an einer Demonstration, gleich welcher Art, zu ermöglichen, ist Sache der Schule.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! Dazu habe ich nie den Minister gebraucht!)

– Ja, es hat ja alles seinen Hintergrund.

Eltern haben aber im Ministerium angerufen und darüber geklagt, dass am Vorabend bei einem Elternabend die Eltern aufgefordert worden seien – die Eltern! –, Entschuldigungen für ihre Kinder zu schreiben,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist ein Witz!)

damit sie auf Wunsch der Schule an einer Demonstration teilnehmen können. Sie werden verstehen, dass es die Aufgabe und die Pflicht eines Kultusministeriums ist,

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

bei solchen Nachfragen von mehreren Eltern zu sagen: Das Kultusministerium ordnet die Teilnahme an Demonstrationen nicht an. Das gehört auch zum Thema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Renate Rastätter GRÜNE – Abg. Schmiedel SPD: Das wäre ja noch schöner! – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Zweitens: Das Kultusministerium erklärt auch nicht, dass Unterricht ausfallen soll. Demonstration, das Bekenntnis zum Frieden, die Ablehnung von Krieg und alle damit verbundenen Gefühle sind keine Frage der Tageszeit. Das habe ich in dem Chat übrigens auch gesagt.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Das ist am Nachmittag genauso wie am Vormittag möglich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Drittens: Nachdem Sie jetzt schon aus dem Chat vorlesen: Kurz vor oder nach dieser Stelle habe ich auf die Frage eines Schülers „Wollen Sie jetzt etwas tun, oder wer tut etwas?“ geschrieben: Das ist eine Frage der Spielregeln vor Ort.

Jetzt kommt etwas, wovon ich eigentlich geglaubt habe, darüber würde in diesem Haus Konsens bestehen. Das hat nämlich etwas mit pädagogischer Autorität zu tun.

(Beifall des Abg. Wieser CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ich habe gesagt: Wenn Spielregeln vor Ort vereinbart sind, wenn die Spielregel heißt: „Unterricht findet statt“, dann finde ich, dass diese Spielregeln einzuhalten sind und dass nicht eine Kultusministerin, ein Landtagsabgeordneter, ein

Fraktionsvorsitzender, ein DGB-Vorsitzender oder wer auch immer mit öffentlichen Äußerungen die Autorität und die Verantwortung der Schule vor Ort zerstören darf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Deshalb rate ich uns: Halten wir uns im Sinne der Stärkung von Verantwortung vor Ort aus dieser Diskussion heraus. Auch jedem von uns steht es übrigens frei, an diesen Demonstrationen teilzunehmen,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

wie es bei Friedensgebeten und vielem anderen auch der Fall ist.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zur Diskussionsrunde über die Regierungserklärung. Ich mache es sehr kurz, weil mich, lieber Herr Zeller, heute zugegebenermaßen eine gewisse Fassungslosigkeit ereilt hat,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Warum denn?)

als ich Sie gehört habe.

(Abg. Drexler SPD: Er war aber auch fassungslos!)

Mit dieser Rede haben Sie sich in Wirklichkeit aus dem bildungspolitischen Gespräch in Deutschland verabschiedet.

(Abg. Wacker CDU: So ist es! – Anhaltender Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich halte das für bedauerlich, weil dieses bildungspolitische Gespräch mitten in einer tief greifenden Bildungsreform Engagement und Leidenschaft für Konzepte benötigt

(Zurufe von der SPD – Große Unruhe bei der SPD)

und nicht eine 40-minütige Rede, die unter dem Thema stand: Nichts Neues unter der Sonne der SPD.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: Was für eine Sonne? – Zurufe von der SPD – Anhaltende große Unruhe bei der SPD)

Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen wir jetzt eigentlich über bildungspolitische Vorstellungen der SPD? Was wissen wir jetzt nach dieser Rede? Wir wissen: kein Wort zu konzeptionellen Ansätzen, kein Wort zu Zentren der Lehrerbildung, kein Wort über Praxissemester, kein Wort über die Arbeit der Pädagogischen Hochschulen,

(Zurufe von der SPD – Abg. Wieser CDU: Jetzt sind sie aufgewacht!)

kein Wort über die Neuerungen in der Lehrerbildung, kein Wort zur Schulverwaltung, kein Wort zur beruflichen Bildung – die wird schon einmal ganz außen vor gelassen –, kein Wort zu Konsequenzen für Standorte durch Einrichtung von Mittelschulen – nein, kein Wort. Das Lieblingsthema Ihrer Rede war: Annette Schavan und der „Schavanismus“.

(Abg. Wieser CDU: Die lieben dich alle!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Ich danke sehr dafür. Das ist eine unglaubliche Fixierung. Sie scheinen, lieber Herr Zeller, ein Problem mit mir zu haben, und das ist gut so.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wacker CDU: Einmal auf den Punkt gebracht!)

Ich verspreche Ihnen:

(Abg. Drexler SPD: Nicht versprechen!)

Dieses Problem wird Ihnen noch lange erhalten bleiben.

(Beifall bei der CDU – Anhaltende Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wo Sie sich mit bildungspolitischen Themen beschäftigen, kommt eine Sammlung von Halbwahrheiten und Realitätsverweigerung. Sie sprechen davon, die Politik differenziere unseriöserweise zwischen Kindern mit und Kindern ohne Migrationshintergrund.

(Abg. Drexler SPD: Die Mittagspause ist tot!)

Sie wissen, dass das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in seiner Studie dies tut. Die Passagen in meiner Regierungserklärung waren völlig eindeutig. Ich bin nicht für Ausländerquoten, wie es sie in Australien und in Kanada übrigens gibt, und zwar mit ganz klaren Selektionsmechanismen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Ich bin nicht der Meinung, dass es Schuldzuweisungen geben darf. Ich habe nicht gesagt, dass wir ohne Jugendliche ausländischer Herkunft besser abgeschnitten hätten. Sie hätten gerne, dass ich das alles sage. Ich sage es nicht.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben es gesagt!)

Ich habe es nicht gesagt. Ich halte das alles für falsch. Aber derjenige wird nicht zu besserer Integration kommen, der einfach die Differenzierungen des Max-Planck-Instituts außen vor lässt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Deshalb haben Sie auch in diesem Punkt heute Abschied von der Integrationspolitik genommen, die in Deutschland dringend notwendig ist.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Halbwahrheiten und Unwahrheiten gehört zweitens auch der Satz, dass es in Baden-Württemberg nur Durchlässigkeit von oben nach unten gebe. Lang und breit ist in den PISA-Studien beschrieben – und da habe ich es gesagt –

(Große Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Entschuldigen Sie, Frau Ministerin.

Meine Damen und Herren, ich bitte doch um mehr Ruhe.

Bitte schön, Frau Ministerin, fahren Sie fort.

(Abg. Drexler SPD: Dann soll sie nicht so schreien! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Man muss im parlamentarischen Meinungskampf auch andere Meinungen anhören können, ohne jeweils sofort zu explodieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Lang und breit steht in der PISA-Studie und steht in meiner Rede: Ein Drittel aller Abiturienten in Baden-Württemberg kommt von Haupt- und von Realschulen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Das ist eine Bewegung von unten nach oben, wie sie kein SPD-regiertes Land in Deutschland erreicht hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In Deutschland gilt die Regel: Wo die SPD regiert, gibt es weniger Abiturienten, ob das Niedersachsen oder ob das Nordrhein-Westfalen ist.

(Abg. Bebber SPD: Schreien Sie doch nicht so!)

Den höchsten Abiturientenanteil überhaupt – durch dieses Drittel – hat Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Aber nicht von Hauptschulen! Lächerlich! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber nicht von einer Hauptschule! Das ist einfach falsch, schlichtweg falsch!)

So weit zur Frage der Durchlässigkeit.

Sie sprechen – auch das gehört zu den Halbwahrheiten – vom Sparen in der Bildung. Auch hier unterliegen Sie einem Realitätsverlust. 41,6 % des Landeshaushalts für Bildung und Wissenschaft sind ein Anteil, auf den kein SPD-regiertes Land kommt – nicht ein einziges, liebe Frau Bregenzer.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Oh ja, oh ja! Schavan'sche Märchenstunde!)

Deshalb gilt auch in dieser Frage in Deutschland die Regel: Je länger die SPD irgendwo regiert, desto weniger Geld gibt es für Bildung. Keine müde Mark für Schulsozialarbeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Zeit für eine Märchenstunde ist abends, nicht mittags! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich könnte das jetzt beliebig fortsetzen.

(Abg. Drexler SPD: Zum Krieg haben Sie noch nichts gesagt!)

Wer bildungspolitische Debatten mit Halbwahrheiten und mit Unwahrheiten führt, nur damit das politische Konzept so stehen bleiben kann,

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Drexler SPD: Lächerlich! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

wie es seit 30 Jahren ist,

(Abg. Drexler SPD: Sie waren doch gar nicht im Landtag vor 30 Jahren! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU)

der führt genau den Weg vor, auf dem Selbstzufriedenheit und Stillstand zum Rückschritt führen. Das kann man im Moment in einigen Regionen in Deutschland sehr schön beobachten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie haben ein unglaubliches Selbstverständnis! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Dann, Herr Zeller, muss ich auch sagen: Da fragt eine Abgeordnete Sie etwas – übrigens eine, die von ihrem beruflichen Leben her aus der Schule kommt –

(Abg. Drexler SPD: Jeder ist aus der Schule!)

und spricht Sie auf eine Untersuchung an. Eine so maßlos arrogante Antwort, wie Sie sie Frau Gurr-Hirsch eben gegeben haben,

(Abg. Schmid SPD: Das sagt die Richtige!)

habe ich in bildungspolitischen Debatten in diesem Haus selten gehört.

(Abg. Schmid SPD: Wer ist hier arrogant?)

Sie wissen genau oder müssten genau wissen, was Frau Gurr-Hirsch gemeint hat. Gestern hat es in der „Welt“ gestanden. Sie hat nicht über eine Gesamtschuluntersuchung gesprochen.

(Abg. Schmid SPD: Wer ist hier arrogant? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Der Schmid!)

Sie hat nicht über eine Geschichte mit sechsjähriger Grundschule gesprochen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Eine Frau, die landesweit als arrogant bekannt ist! Das ist unglaublich! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Sie hat über eine Untersuchung des Max-Planck-Instituts an Berliner Schulen gesprochen: Klassenstufe 7, Vergleich der sechsjährigen Grundschule mit vierjähriger Grundschule in anderen Regionen in den Fächern Englisch und Mathematik.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Diese Untersuchung hat eindeutige Unterschiede von bis zu anderthalb Schuljahren ergeben.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Welche Regionen meinen Sie? – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Das war das, wonach Frau Gurr-Hirsch Sie gefragt hat. Und dann gaben Sie ihr zur Antwort: „Beschäftigen Sie sich jetzt erst einmal mit der Sache, bevor Sie weiterreden.“

(Abg. Zeller SPD: Richtig!)

Das halte ich für einen bemerkenswerten Stil.

(Abg. Drexler SPD: Das sagen Sie doch ständig! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist das, was er von Ihnen gelernt hat! – Abg. Seimetz CDU: Zeller-Antwort!)

Und dies, zumal in meiner Regierungserklärung über Seiten hinweg beschrieben ist, dass im internationalen Vergleich sowohl integrative Systeme als auch gegliederte Systeme ihre Nachfolgeprobleme haben.

(Abg. Schmid SPD: Offensichtlich war die Regierungserklärung so schlecht, dass Sie sie noch einmal vorlesen müssen!)

Meine Damen und Herren, es gibt Länder mit integrativen Systemen, die am Ende der OECD-Skala liegen, und es gibt Länder, die an der Spitze liegen. Genauso ist es bei gegliederten Systemen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Na also!)

– Was heißt denn „Na also“? Nach den Regeln der Logik, wenn beide Systeme einmal oben und einmal unten stehen,

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Carla Bregenzer – Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

heißt das, dass man mit den Nachfolgeproblemen von beiden Systemen zurechtkommen muss. Ich habe mich mit den Nachfolgeproblemen in Deutschland und denen in Baden-Württemberg beschäftigt,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

und ich habe hier vorgetragen, was das Max-Planck-Institut zu den gelösten Nachfolgeproblemen in Baden-Württemberg gesagt hat.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wer die Zukunft dieses Bildungswesens gestalten will – aber das wollen Sie ja überhaupt nicht –,

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Drexler SPD: Doch, doch!)

der muss sich mit diesen Nachfolgeproblemen beschäftigen und kann nicht einfach einen Systemwechsel empfehlen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie machen nichts gegen die Probleme! – Abg. Teßmer SPD: Sie sind ja ganz rot im Gesicht!)

Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung ist allen Fraktionen bereits gestern Morgen zur Verfügung gestellt worden.

(Abg. Drexler SPD: Gestern Mittag!)

Herr Zeller, ich hatte nicht den Eindruck, dass Sie diesen Text gelesen haben. Ich weiß nicht, wer Ihnen Ihre Rede aufgeschrieben hat.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Jemand anders jedenfalls als der, der Ihnen Ihre Rede aufgeschrieben hat!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Aber ich kann nur sagen: Diese Rede hatte mit Bildungspolitik wenig zu tun. Sie hat aber eine Antwort gegeben – das habe ich ja schon vorhergesagt, als hätte ich es geahnt –:

(Abg. Drexler SPD: Sie haben keine Antwort gegeben! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sind die Antwort schuldig geblieben! – Abg. Schmiedel SPD: Was war denn Ihre Botschaft?)

Das einzige Thema, das die SPD interessiert, ist das Thema Struktur. Ansonsten haben Sie keine Vorstellung von dem, was nach vorne gerichtete Bildungspolitik ausmacht.

(Abg. Schmiedel SPD: Was ist denn Ihre Botschaft? – Abg. Alfred Winkler SPD: Qualität!)

Die Hauptpunkte dieser nach vorne und nicht rückwärts gerichteten Bildungspolitik sind:

Erstens: Der Paradigmenwechsel bei der Steuerung des Bildungswesens – Bildungsstandards, Kerncurricula, größere Spielräume, Evaluation, Landesinstitut für Erziehung und Unterricht –, ein Riesenspaket, bei dem kein Land in Deutschland so weit ist wie Baden-Württemberg.

(Abg. Drexler SPD: Sie reden seit Jahren und machen nichts!)

SPD-regierte Länder fassen jetzt gerade Beschlüsse zu dem, was wir vor sieben und acht Jahren begonnen haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Wir sind doch hier in Baden-Württemberg! Mein Gott!)

Deshalb sind wir einen entscheidenden Schritt weiter in diesem Paradigmenwechsel.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Zweite Veränderung: flächendeckendes Angebot der Sprachförderung und Entwicklung eines Bildungs- und Erziehungsplans für unsere Kindergärten gemeinsam mit anderen Bundesländern. Dadurch erfolgt eine konsequente Weiterentwicklung dessen, was wir bislang schon versucht haben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Diskussion von gestern!)

Drittens: Die Forschungsergebnisse des interdisziplinären Instituts – auch dazu kein Wort von Ihnen – werden große Veränderungen für Lernstrategien bringen. Baden-Württemberg wird das erste Bundesland sein, das ein solches Institut einrichtet.

Zentren für Lehrerbildung: ein völlig neuer Stellenwert der Lehrerbildung,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das haben wir schon mehrfach diskutiert! Das ist uralt!)

von dem übrigens der eine oder andere Kollege von der SPD-Fraktion sehr überzeugt ist und sehr genau weiß, dass das ein wichtiger Schritt an den Universitäten ist.

(Abg. Schmiedel SPD: Das sind doch Mogelpackungen! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Schmiedel-Packungen! – Abg. Dr. Birk CDU: Schmiedel in den Schuldienst! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

– Frau Bregenzer, Ihr Hauptbeitrag in diesem Parlament sind Zwischenrufe, egal, gegenüber wem – immer Zwischenrufe.

(Abg. Fischer SPD: Nein, nein! Sie bringt auch gute Beiträge!)

Die kann ich dann im Protokoll noch einmal nachlesen. Keiner dieser Zwischenrufe hat je die Bildungspolitik vorangebracht.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Aber Ihre Reden! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber Ihre Streitereien mit Zeller auch nicht! – Große Unruhe)

Meine Damen und Herren, in den Reden aller anderen Fraktionssprecher gibt es viel Gemeinsamkeit und damit eine gute Basis für dieses große gemeinsame Reformprojekt, in dem wir mittendrin stecken, in dem wichtige Weichenstellungen erfolgt sind und wichtige neue Entwicklungen auf den Weg gebracht werden. Ich danke denjenigen, die das unterstützen, für ihre Unterstützung und bin davon überzeugt, mit der kleineren Fraktion in der Opposition werden wir manches gemeinsam machen können. Bei Ihnen von der SPD-Fraktion dagegen muss ich noch eine Weile warten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Bravo! – Abg. Wieser CDU: Jetzt kommt der Pfarrer zum Schlusswort!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Zeller.

(Oh-Rufe von der CDU – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: 47 Minuten! – Abg. Schebesta CDU: Auf Wiedersehen! – Unruhe)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Schavan, Sie scheinen schwer getroffen zu sein.

(Abg. Bebbler SPD: Sie war sehr erregt!)

Ich habe kein Problem mit Ihnen. Ich habe ein Problem mit der Politik, die Sie machen; das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ich empfehle Ihnen einfach: Lesen Sie doch mal meine Rede nach! Ich habe manchmal schon den Eindruck, Sie kennen die Schulwirklichkeit nicht.

(Abg. Drexler SPD: Eben! Praxis!)

Im Gegensatz zu Ihnen kenne ich die Schulwirklichkeit.

(Zeller)

Es ist schon vermessen, zu sagen, ich hätte zu den zentralen Punkten nichts gesagt, ich hätte mich vom bildungspolitischen Gespräch verabschiedet.

(Abg. Seimetz CDU: Stimmt!)

Dazu sage ich Ihnen nur einmal kurz:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Kurz! – Abg. Dr. Lasotta CDU: 47 Minuten!)

Was haben Sie denn zur Elementarbildung, zur Bedeutung der Elementarbildung ausgeführt?

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Anderthalb Seiten!)

Sie haben bis heute nicht erkannt, dass wir einen Schwerpunkt auf die Bildung und Erziehung vor der Schule legen müssen, dass wir dort mehr Geld investieren müssen, dass wir die Erzieherinnen besser ausbilden müssen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Sie haben das, was in der bildungspolitischen Diskussion derzeit Standard ist, überhaupt nicht kapiert, nämlich dass heterogenes Lernen Bildungschancen bedeutet. Sie hängen – wie Herr Kleinmann sozusagen an Ihrem Rockzipfel – krampfhaft an dieser Separierung von Schülern.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Lieber Schavanitis statt Zelleritis!)

Sie liegen falsch, wenn Sie weiterhin den Ausbau von Ganztagschulen blockieren. Das ist ein grandioser Fehler. Damit liegen Sie außerhalb der bildungspolitischen Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Sie ignorieren, dass 19,1 % der 15-Jährigen in Baden-Württemberg durch PISA bescheinigt wird, dass sie gerade einmal die Kompetenzstufe 1 erreichen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das ist doch kein zufrieden stellendes Ergebnis, das Sie beruhigen kann! Wissen Sie, was mich schon betroffen macht? Welchen Umgang Sie mit den Eltern pflegen. Immer dann, wenn Eltern in Ihre Argumentationslinie hineinpassen, ist deren Meinung willkommen. Wenn sie aber eine kritische Position einnehmen, dann werden sie von Ihnen heruntergeputzt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich kann jetzt nicht alles aufgreifen und will deshalb nur noch zwei Punkte ansprechen.

Zunächst zu dem, was Sie zu den Realschulen gesagt haben – ich habe Ihre Rede übrigens sehr genau gelesen –: Ihre Behauptung, PISA hätte die Realschulen bestätigt, müssen Sie mir einmal belegen. Nirgendwo wird die Aussage getroffen, dass das Realschulwesen durch PISA eine besondere Bedeutung bekomme. Das ist Ihre Interpretation – das können Sie so interpretieren –, aber dies lässt sich nicht aus PISA ableiten.

Ich will Ihnen noch ein Zweites sagen, zur Schulverwaltung. Ich bin schon erstaunt: Seit Monaten hetzen Sie Beamte Ihres Ministeriums durch das Land mit der Strategie, die Zahl der Staatlichen Schulämter in etwa zu halbieren, und jetzt kommt Herr Teufel, und von heute auf morgen soll die Zahl der Staatlichen Schulämter erhöht werden, weil plötzlich in jeden Landkreis ein Staatliches Schulamt kommen soll. Was ist denn das für eine Auffassung? Was müssen denn Ihre Leute eigentlich von Ihnen denken?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zu den Bildungsausgaben, die Sie jetzt gerade so hochgejubelt haben: Man könnte die Bildungsausgaben ja einmal daran messen, was Finnland, was Kanada und was Schweden ausgibt. Deutschland – im Übrigen auch die A-Länder – liegt weit darunter; da haben wir einiges aufzuholen. Das macht auch deutlich, dass in diesen PISA-Spitzenländern mehr für Bildung ausgegeben wird als bei uns – das ist eines der Probleme –, und zwar vor allem auch mehr im Elementarbereich und im Grundschulbereich. Wir sind zwar Spitze im gymnasialen Bereich – da geben wir sehr viel aus –, aber wir müssen zu Beginn der Lernkarriere, zu Beginn der Entwicklung eines jungen Menschen mehr investieren.

Wenn man die Bildungsausgaben jetzt im nationalen Rahmen vergleicht, wird deutlich, dass Baden-Württemberg eben nicht an der Spitze steht, sondern andere Länder vorn stehen.

Eines ist noch interessant: In Deutschland wird sehr viel neben dem offiziellen Bildungsmarkt ausgegeben. Das heißt, Eltern geben sehr viel für die Bildung ihrer Kinder aus; sie geben sehr viel für Nachhilfe aus. Aber jetzt sage ich Ihnen: Ausgaben für Nachhilfe können sich nur die Eltern leisten, die über das erforderliche Einkommen verfügen, und die Kinder, die es notwendig hätten, haben keine Chance, zusätzliche Bildung zu bekommen. Damit verschärfen Sie die Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Bebber SPD: Genau so ist es!)

Meine Damen und Herren, wir werden in dieser bildungspolitischen Diskussion noch heftige Debatten führen, und ich freue mich darauf.

(Abg. Wintruff SPD: Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!)

Wir können uns gern an unseren heutigen Aussagen messen lassen. Sie werden sehen – davon bin ich überzeugt –: In einigen Jahren, wenn Sie nicht mehr Kultusministerin sind, wird hier in Baden-Württemberg zum Beispiel ein flächendeckendes Ganztagschulwesen existieren,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

und Sie werden merken, dass Sie mit Ihrer Bildungspolitik auf dem Holzweg waren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Ja-wohl!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Gott sei Dank!)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 abgeschlossen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:49 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte die wenigen anwesenden Abgeordneten, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 13/1906

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Tourismuswerbung im Ausland

Herr Abg. Haas, Sie erhalten das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

(Beifall des Abg. Sakellariou SPD)

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

- Welche konkreten Einzelmaßnahmen zur Auslandswerbung hat der Wirtschaftsminister nach seiner entsprechenden Presseerklärung vom 26. Februar 2003 inzwischen in die Wege geleitet, um gezielt ausländisches Publikum für das Reiseziel Baden-Württemberg zu gewinnen?
- Wie hoch sind die Mittel, die nach dieser Ankündigung vom 26. Februar für diesen speziellen Zweck der touristischen Auslandswerbung zur Verfügung stehen?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister Dr. Döring, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

(Minister Dr. Repnik zu Minister Dr. Döring: Du musst nur „Titisee-Neustadt“ sagen, dann ist er zufrieden!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Haas, ich bin Ihnen dafür dankbar, dass Sie aufmerksam verfolgen, was das Wirtschaftsministerium und die Tourismus-Marketing GmbH an öffentlichen Verlautbarungen von sich geben, um für das Tourismusland Baden-Württemberg zu werben.

Wir haben aufgrund der internationalen Ereignisse, die wir zu registrieren haben, unser Auslandsmarketing deutlich verstärkt. Wir haben – ganz aktuell – in der vergangenen Woche eine sehr gut besuchte Veranstaltung in der Schweiz durchgeführt. Die Schweiz nimmt seit etwa einem Jahr be-

züglich der Zahl der Urlauber, die nach Baden-Württemberg kommen, an Bedeutung deutlich zu. Es gibt da eine völlige Veränderung. Aus den Vereinigten Staaten von Amerika, die lange Zeit bezüglich der Zahl ausländischer Gäste in Baden-Württemberg die Nummer 1 waren, kommen seit dem 11. September 2001 deutlich weniger Urlauber zu uns. Bei den Gästen aus der Schweiz hingegen sind die größten Zuwachsraten zu verzeichnen.

Um die an solchen erdgebundenen Urlaubsmöglichkeiten interessierten Gäste für unser Land zu gewinnen, fand nach der von Ihnen angesprochenen Presseerklärung dieser Präsentationsabend in der Schweiz statt, der auf große Resonanz stieß. Immerhin waren mehr als 20 Schweizer Journalisten da, die in der Schweiz unsere Werbung für das Urlaubsland Baden-Württemberg unterstützen können.

Es gibt eine ganze Reihe anderer Maßnahmen, die, wie ich meine, von noch weitaus größerem Umfang sind. Wir haben uns vorgenommen, Medienvertreter, die aus Italien, China, den USA, Japan oder Korea kommen, zu mindestens zwei Pressereisen pro Jahr nach Baden-Württemberg einzuladen. Auf den europäischen Märkten arbeiten wir gemeinsam mit der DZT. Wir haben eine Medienkooperation mit Zeitschriften und Rundfunkanstalten in China – mit dem Travel Channel Peking –, mit Radio Liechtenstein, in Österreich mit dem ORF – analog dem SWR-Ferienradio.

Dann sind Presseabende mit ausländischen Vertreterinnen und Vertretern geplant, zum Beispiel in Berlin. Wir werden die schon bisher, aber in Zukunft verstärkt stattfindenden Pressestammtische im asiatischen Raum intensivieren, zu denen jedes Mal Journalisten eingeladen werden. Deutschsprachige Medienvertreter aus der Schweiz und Österreich werden verstärkt zu unseren Gruppenpressereisen eingeladen. Wir werden den Pressedienst in den europäischen Ländern ausweiten. Wir machen Redaktionsbesuche bei Reiseverlagern in den Überseemärkten.

Wir weiten den Pressebereich im Internet aus, inklusive eines digitalen Dia-Archivs – in den wichtigsten Sprachen: Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Japanisch und Chinesisch. Dazu kommen ein regelmäßig erscheinender digitaler Newsletter in verschiedenen Sprachen für die Multiplikatoren, Presseevents mit Angeboten von regionalen Nahrungsmitteln aus Baden-Württemberg und weitere Maßnahmen mehr.

Zum zweiten Teil Ihrer Frage, Herr Kollege Haas: Erfreulicherweise ist es gelungen – da gilt der Dank den Verantwortlichen: sowohl meinen Mitarbeitern im Ministerium als auch der TMBW –, die Maßnahmen des Auslandsmarketing mit etwa 410 000 € durchzuführen.

Wir sind, wie Sie es im Ausschuss ja auch selber angemaht haben, immer mehr dazu übergegangen, uns darum zu bemühen, Werbung, Marketing ohne Geld zu machen. Das bedeutet, um es ganz offen zu sagen, ein noch viel deutlicheres, intensiveres Einschalten von Medien, von Ansprechpartnern, die im Ausland mit dem Bereich des Tourismus zu tun haben.

Wichtig ist für uns – daher kann jeder nur willkommen sein, der sich mit darum bemüht –, alles dafür zu tun, dass die 200 000 jetzt schon vorhandenen Arbeitsplätze im Gesamt-

(Minister Dr. Döring)

tourismus in Baden-Württemberg, die nicht exportierbar sind, gehalten und nach Möglichkeit ausgeweitet werden. Wichtig ist für uns in der allernächsten Zeit, dass wir aufgrund des veränderten Urlaubsverhaltens – und das wird unserer Einschätzung nach längerfristig so sein – die „erdgebundenen“ Länder mehr ansprechen, um dafür zu sorgen, dass wir als Urlaubsland eine noch größere Bedeutung gewinnen können.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass wir die Marken des Landes verkaufen. Das ist gerade im Ausland zentral wichtig. Man muss in aller Deutlichkeit einräumen: Es schmerzt jemanden, der für Baden-Württemberg Verantwortung trägt, wenn er einsehen muss: Die Marke Baden-Württemberg ist nicht verkaufbar.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ja!)

Aber einzelne Destinationen in Baden-Württemberg sind sehr gut verkaufbar. Das ist der weltbekannte Black Forest, das ist der Lake Constance, das sind die Städte Heidelberg und Stuttgart. Mir geht es aber darum, dass wir das Land noch viel offensiver mit weiteren Regionen darstellen. Ich denke dabei an die Themen „Kultur und Tourismus“, „Sport und Tourismus“, „Wellness und Tourismus“. Gerade in diesen Bereichen gehen wir im Ausland viel offensiver vor, und dies auf den Wegen, die ich geschildert habe: nicht dadurch, dass wir ungeheuer viel Geld in die Hand nehmen und selber durch die Gegend ziehen, sondern dadurch, dass wir die Vermarkter in den jeweiligen Ländern ansprechen.

Eine wichtige Rolle spielen für uns in diesem Zusammenhang auch die Länder, die wir als Gastländer zum Beispiel zur CMT einladen, wo wir mit relativ überschaubaren Mitteln zum Erfolg kommen. Bei der CMT im Jahr 2004 präsentiert sich Kuba als ein hochattraktives Land. Diese Gastländer wollen natürlich überwiegend, dass wir im Ausland Urlaub machen. Umgekehrt aber ist klar, dass alle Maßnahmen, die wir durchführen, immer auf Zweigleisigkeit beruhen und nie eine Einbahnstraße sind, sodass wir auch für uns werben. Eine deutliche Verstärkung im Ausland, insbesondere in den arabischen Räumen, wenn dort wieder die Möglichkeit dazu besteht, ist in der Pipeline, vor allem im Bereich Gesundheit. Es besteht für uns eine Riesenchance, im Ausland noch wesentlich stärker dafür zu werben, dass unsere Gesundheitsangebote, unsere medizinischen Angebote verstärkt genutzt werden. Dies tut unseren touristischen Anbietern in Bezug auf Anschlussaufenthalte nach Klinikaufenthalten natürlich ausgesprochen gut.

Das bedeutet unter dem Strich: Wir sind optimistisch, dass wir mit den Anstrengungen, die wir unternehmen, dafür sorgen können, dass wir wie im Jahr 2002 bei der insgesamt schwierigeren Situation für den Tourismus mit einem leichten Plus beim Auslandstourismus unter dem Strich doch noch erfolgreich abschneiden. Sie wissen, dass wir beim Inlandstourismus Minuszahlen zu verzeichnen hatten, dass wir aber aufgrund der Auslandsaktivitäten ein leichtes Plus wieder erreichen können. Das soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Konkret: Neben dem Beispiel Schweiz werden wir in diesem Jahr, sofern es die Möglichkeiten sinnvoll zulassen, im Oktober in den Vereinigten Staaten sein. Sofern es die

Möglichkeiten sinnvoll zulassen, werden wir noch in diesem Jahr im arabischen Raum wieder unterwegs sein. Dadurch wird der Bereich Auslandsmarketing für das Urlaubsland Baden-Württemberg deutlich intensiviert werden.

Ich bin froh, dass Sie nachgefragt haben, damit ich das darstellen konnte. Vielen Dank.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Gerne! – Abg. Fischer SPD: Es ist auch selten, dass ein Fragesteller für seine Fragen gelobt wird!)

Stellv. Präsident Birzele: Es liegen keine Wortmeldungen vor, nachdem der Minister diese Möglichkeit zur Darstellung genutzt hat.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2, die Mündliche Anfrage des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Finanzbehörden „in der Fläche“ – auf. Diese Anfrage ist im Einvernehmen mit dem Fragesteller schriftlich beantwortet worden.

*

Mündliche Anfrage des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Finanzbehörden „in der Fläche“

- a) Welchen Zielsetzungen und Konzeptionen folgt die Landesregierung bei der Versorgung der Fläche mit Dienstleistungen der Finanzbehörden „in der Fläche“?
- b) Welche konkreten Überlegungen folgen daraus, zum Beispiel für den Fortbestand des Finanzamts Crailsheim?

Schriftliche Antwort des Finanzministeriums

Zu Frage a: Als Einnahmeverwaltung ist die Steuerverwaltung der Garant für die Funktions- und Handlungsfähigkeit der Landesverwaltung insgesamt. Es ist daher nicht nur unsere Aufgabe, für einen optimalen Einsatz der vorhandenen Ressourcen zur Realisierung des Steueraufkommens zu sorgen, sondern auch, vorausschauend Strukturen zu schaffen, die den künftigen Herausforderungen gerecht werden. Wir alle wissen, dass sich die Rahmenbedingungen angesichts der Haushaltslage nicht verbessern werden. Der an das Finanzministerium gerichtete Prüfungsauftrag der Haushaltsstrukturkommission zur Untersuchung der Struktur der Finanzämter mündet deshalb in eine Konzeption, welche die Zukunftsfähigkeit der Steuerverwaltung sichern will.

Es liegt auf der Hand, dass bisher lediglich ein Grobkonzept erarbeitet worden ist, dessen feinkonzeptionelle Ausgestaltung die Aufgabe des Finanzministeriums in den nächsten Wochen und Monaten sein wird. Es gibt noch zahlreiche offene Fragen, die insbesondere im Hinblick auf die DV-technischen Details mit hohen Kosten verbunden sein können, sodass inhaltliche Aussagen über die künftige Struktur noch nicht möglich sind. Fest steht jedenfalls bereits heute, dass

- der Erhalt der Kundenfreundlichkeit oberste Priorität bekommt,
- die Neustruktur zur größtmöglichen finanzwirtschaftlichen Effizienz der Steuerverwaltung beizutragen hat,

(Schriftliche Antwort des Finanzministeriums)

- die Neustruktur den sich künftig verschlechternden Rahmenbedingungen (weniger sächliche Mittel und Personal, komplexes Steuerrecht) gerecht werden muss.

Zu Frage b: Die vom Finanzministerium ermittelte Finanzämterstruktur definiert künftig eine Mindestgröße für den wirtschaftlichen Weiterbetrieb eines Finanzamtes, die bei ca. 100 Mitarbeiterkapazitäten (MAK) liegen wird. Das Finanzamt Crailsheim liegt unter dieser Grenze und würde nach dem Grobkonzept im Finanzamt Schwäbisch Hall aufgehen. Die beabsichtigten Ämterzusammenlegungen betreffen voraussichtlich 21 zu integrierende Finanzämter im Land.

*

Stellv. Präsident Birzele: Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Christoph Bayer SPD – Verkehrsgerechter Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt

Herr Abg. Bayer, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Anfrage.

Abg. Bayer SPD: Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung:

- a) Trifft es zu, dass das Planfeststellungsverfahren für den verkehrsgerechten Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt nur schleppend bearbeitet wird, und welche Gründe sind hierfür gegebenenfalls maßgebend?
- b) Wie wird sichergestellt, dass bei der Realisierung dieses dringenden Ausbaus der L 125 der Zeitplan eingehalten wird, den der Regierungspräsident beim Vor-Ort-Besuch am 24. Juli 2002 angekündigt hat?

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatssekretär Mappus, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Staatssekretär Mappus: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Herrn Abg. Christoph Bayer wie folgt:

Zu Frage a: Das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt wurde im März 2000 eingeleitet. Das zuständige Regierungspräsidium Freiburg war von Anfang an um Konsens bemüht und hat in den betroffenen Gemeinden Pfaffenweiler und Schallstadt Bürgerversammlungen durchgeführt. Es sind daraufhin zahlreiche Anregungen und Forderungen eingegangen, die im Einzelnen geprüft werden mussten. Hierzu waren eine ganze Reihe von Aktualisierungen notwendig. So mussten zusätzliche Planungsfälle ausgearbeitet werden, wie zum Beispiel neue Varianten mit Umfahrung beim Friedhof von Pfaffenweiler. Darüber hinaus waren ein neues Verkehrsgutachten und eine Fortschreibung der Umweltverträglichkeitsstudie erforderlich und war die Anlage von Kreisverkehren, Querungsmöglichkeiten und Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen.

Regierungspräsident von Ungern-Sternberg hatte sich Mitte letzten Jahres eingeschaltet und vor Ort Rede und Antwort gestanden. Er hat die Gemeinden gebeten, offiziell eine Stellungnahme abzugeben, um das Verfahren zu beschleunigen. Die Diskussionen sind auf kommunaler Ebene jedoch weitergeführt worden. Auch das Regierungspräsidium Freiburg hat nochmals an zwei Gemeinderatssitzungen in Pfaffenweiler im Januar und im Februar 2003 teilgenommen und sich zu den Varianten geäußert.

Wie bereits in der Stellungnahme des UVM zu der Kleinen Anfrage Drucksache 13/1559 ausgeführt ist, räumt das Land den Neubauvarianten trotz des gegenteiligen Votums der Gemeinde geringere Realisierungschancen ein und erwartet, dass die sich im Verfahren befindliche Ausbautrasse realisieren lässt. Die Erörterungsverhandlung wird Mitte des Jahres und der Beschluss bis Ende des Jahres 2003 erwartet.

Angesichts der vielen zeitaufwendigen zusätzlichen Ausarbeitungen, Ergänzungen und Untersuchungen ist der Einwand, das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt würde schleppend verlaufen, unzutreffend.

Zu Frage b: Der von Regierungspräsident von Ungern-Sternberg in Aussicht gestellte Zeitplan zum Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt ist auch aus heutiger Sicht realistisch. Es bleibt das Ziel, möglichst bald nach Vorliegen der Baurechte mit dem Bau beginnen zu können. Entsprechend ist das Bauvorhaben zur Aufnahme in den nächsten Staatshaushaltsplan 2004 vorgemerkt.

Herr Regierungspräsident Dr. von Ungern-Sternberg hat im Übrigen dargelegt, dass die verfolgte Verkehrskonzeption der Straßenbauverwaltung vorsieht, zeitnah zu dem Landesstraßenvorhaben die südliche Umgehung von Schallstadt-Wolfenweiler im Zuge der B 3 zu verwirklichen, um eine ausgewogene Verkehrsverteilung zwischen der L 125 und der B 3 im Raum Freiburg/Bad Krozingen zu erreichen. Es ist nach wie vor zutreffend, dass die Bundesstraßenmaßnahme innerhalb der Zuständigkeit des Landes über den Globaltitel des Bundes finanziert werden kann.

Stellv. Präsident Birzele: Keine Zusatzfragen? – Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Maßnahmen gegen den drohenden Lehrstellenmangel in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch einmal auf die Regeln hinweisen: Gesamtredezeitdauer 40 Minuten. Auf diese 40 Minuten wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Aussprache nach der Geschäftsordnung in freier Rede zu führen ist.

Herr Abg. Hofer, Sie erhalten das Wort.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben das Thema des drohenden Lehrstellenmangels auf die Tagesordnung gesetzt und uns erlaubt, nach der heute Morgen durchgeführten Schuldebatte noch ein weiteres aktuelles Thema anzuschneiden. Wir haben das deshalb gemacht, weil uns der drohende Lehrstellenmangel in Baden-Württemberg große Sorgen bereitet. Wir wollen zweitens durch ein rechtzeitiges – und das heißt frühzeitiges – Aufgreifen des Themas einen Beitrag dazu leisten, um einer negativen Entwicklung entgegenzusteuern. Wir wollen natürlich über zusätzliche Abhilfemaßnahmen diskutieren. Frau Ministerin Schavan hat ja heute Morgen das Thema schon aufgegriffen und dazu einige Vorschläge und Maßnahmen erläutert. Ich denke aber, dass es für uns schon wichtig ist, vom federführenden Wirtschaftsminister zu hören, welche zusätzlichen Aktionen man noch im Einzelnen vorhat.

Zur derzeitigen Situation: Im vergangenen Jahr ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg um 5,8 % zurückgegangen. Das ist eine bedauerliche Zahl. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 12,8 %, da geht es uns also noch ein bisschen besser.

(Dem Redner wird die Redezeit angezeigt.)

– Es kann nicht sein, dass ich schon seit 3 Minuten und 35 Sekunden rede. Das könnten vielleicht 35 Sekunden sein.

Insgesamt muss man feststellen, dass im Bundesdurchschnitt immerhin 100 000 Stellen im neuen Ausbildungsjahr fehlen. In den neuen Bundesländern ist die Lage noch dramatischer: Auf eine Lehrstelle kommen 300 Bewerber.

Für das Jahr 2003 sieht es in Baden-Württemberg noch etwas düsterer aus. Die Zahl der gemeldeten Ausbildungsplätze ist um 14,5 % zurückgegangen. Das ist zwar in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich, aber zum Teil liegt der Rückgang sogar über dem Bundesdurchschnitt.

Die sinkende Ausbildungsbereitschaft gibt es vor allem im Bereich der IHKs, während die Zahl im Handwerksbereich eigentlich stagniert; dort gibt es sogar leichte Zuwächse. Aber man muss sehen, dass im Handwerk in den letzten Monaten und Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze sehr stark zurückgefahren wurde. Dem Handwerk geht es schlecht. Deshalb erfolgt im Moment auf einem sehr niedrigen Niveau eine Stagnation. Man profitiert natürlich auch davon, dass der IHK-Bereich relativ wenige Ausbildungsplätze abzieht, sodass die Plätze dann beim Handwerk bleiben. Die Zahl der Schulabgänger steigt, und das macht die Sache problematisch.

Trotz dieses Rückgangs beim Angebot dürfte es allerdings bei uns immer noch so sein – deshalb will ich auch noch nichts dramatisieren und keine Schreckensmeldungen verkünden –, dass das Angebot größer ist als die Nachfrage. Das liegt daran, dass wir noch ein Polster haben. Bei uns kommen rechnerisch immer noch 104,1 angebotene Ausbildungsstellen auf 100 Nachfragen. Damit sind wir Spitzenreiter in der Bundesrepublik. Dieses Polster wird aber leider doch immer mehr abgebaut.

Gerade weil wir Spitzenreiter sind, wollen wir, dass das auch so bleibt. Gerade deshalb sind wir auch außerordentlich sensibel, wenn wir merken, dass negative Veränderungen eintreten. Es ist überhaupt keine Frage: Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe sinkt.

Wie schwierig es geworden ist, einen Ausbildungsplatz zu finden, habe ich erst in den letzten Tagen bei einem meiner Kinder feststellen können. Das ist nicht nur eine Delle, wenn da laufend Absagen kommen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen: Ich habe mir überlegt, wie es anderen geht, die nicht die Einflussmöglichkeiten wie ich haben. Das ist schon ein Problem.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Es ist auch kein Fehler, wenn man das einmal am eigenen Leibe verspürt.

Der Hauptgrund für diese negative Entwicklung ist klar: Das ist die – ich würde es einmal so nennen – miserable konjunkturelle Situation. Die ist trotz aller weltweiten Entwicklungen hausgemacht; sonst hätte es ja auch keiner „Ruckrede“ des Bundeskanzlers bedurft. Frau Schavan hat heute einiges dazu ausgeführt. Ich will mich dabei nicht in weiteren Schuldzuweisungen ergehen; denn dadurch ergibt sich kein neuer Ausbildungsplatz.

Ich muss auch sagen – lassen Sie mich das zum Abschluss meines Redebeitrags in der ersten Runde sagen –: Die Bewältigung des Lehrstellenproblems ist eines der ganz wenigen Themen, bei denen wir noch weitestgehend parteiübergreifend im Einvernehmen tätig werden – im Einvernehmen mit den Kammerorganisationen, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Arbeitgebern.

Ich möchte an dieser Stelle auch Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring ausdrücklich dafür danken, dass er die gute Tradition der gemeinsamen Spitzengespräche für das Bündnis für Ausbildung so konsequent und erfolgreich fortgesetzt hat.

Lassen Sie mich einfach noch zum Abschluss sagen: Man kann den mittelständischen Betrieben, die ja 80 % der Ausbildungsplätze anbieten, keinen Vorwurf machen; denn bei 40 000 drohenden Insolvenzen im Jahr – ein Drittel der mittelständischen Unternehmen macht keinen Gewinn, sondern schreibt rote Zahlen – bedeutet ein Ausbildungsplatz im Moment eine Kostenbelastung, die an die Existenz geht. 50 000 € für drei Jahre Ausbildung können sich manche nicht leisten. Das heißt, wir müssen bei der Diskussion über Maßnahmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen immer daran denken – das hat heute Morgen schon die Frau Ministerin gesagt; das ist auch unsere Meinung und auch die Meinung des Wirtschaftsministers –, dass wir die Maßnahmen mit den Betrieben und nicht gegen die Betriebe durchführen. Deshalb werde ich nachher zum Thema Ausbildungsplatzabgabe sagen, dass sie mit Sicherheit kontraproduktiv ist und keine Möglichkeit zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze darstellt. Wir werden auf einige Maßnahmen nachher zu sprechen kommen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Stolz.

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Berufsausbildung und damit das Lehrstellenangebot ist ein zentrales Zukunftsthema. Es schließt sich logisch an die Diskussion von heute Morgen an. Es geht um die Zukunft unserer jungen Leute, und es geht um die sozialpolitische Verantwortung der Betriebe und der öffentlichen Hand. Berufsausbildung ist eine Investition in die Zukunft und entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Wir hatten bisher ja das Hauptproblem – es ist immer noch ein großes Problem –, dass auf der einen Seite die Unternehmer für ihre Stellen nicht jene Bewerber finden, die sie eigentlich wollen – das hat verschiedene Gründe –, und dass auf der anderen Seite die jungen Leute oft nicht jene Berufe wählen, die ihnen zur Verfügung stehen, dass sie das bestehende Angebot nicht wahrnehmen. Vor allem für das Handwerk ist dies ein Problem, dem es jetzt mit einer Imagekampagne entgegentreten will. Die Disparität zwischen Angebot und Nachfrage nach Lehrstellen und die Unterbringung leistungsschwächerer Jugendlicher war und ist ein Hauptproblem.

Betrachten wir die vergangenen Jahre, stellen wir fest, dass die Schaffung von Ausbildungsplätzen der Anstrengung aller bedarf. Wir begrüßen auch das gemeinsame Spitzengespräch von Politik und Wirtschaft vom April letzten Jahres. In diesem Gespräch haben Wirtschaftsministerium, Kultusministerium, Kammern, Verbände und das Landesarbeitsamt Perspektiven entwickelt, wie man mit dieser gemeinsamen Verantwortung umgeht. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Einiges ist in die Wege geleitet worden; ich will darauf im Moment nicht näher eingehen. Wir dürfen in den Bemühungen, die mit den Programmen eingeleitet wurden, nicht nachlassen und müssen die begonnenen Projekte auf den Prüfstand stellen.

Wichtiger – deswegen wurde diese Debatte ja initiiert – ist die aktuelle Situation; Herr Hofer hat schon darauf hingewiesen. Als Herr Clement sein Amt angetreten hat, hatten wir eine Jugendarbeitslosigkeit von 470 000 jungen Menschen; heute, ein halbes Jahr später, sind es 580 000. Das ist eine Steigerung um 25 %. Hinzu kommt – Herr Hofer hat es schon angedeutet –, dass uns im Herbst dieses Jahres eine Ausbildungskatastrophe – so nennt es das „Handelsblatt“ – mit 100 000 fehlenden Lehrstellen droht; eine Situation, wie wir sie in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte nicht mehr hatten. Die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft geht massiv zurück. Erstmals seit 1998 haben wir mehr Bewerber als freie Stellen. Jede zehnte Ausbildungsstelle wurde nicht mehr gemeldet. Bundesweit hat sich die Zahl der Ausbildungsstellen um 13,6 % reduziert. Aufgrund der demographischen Entwicklung erhöhen jetzt die geburtenstarken Jahrgänge die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Wir haben also eine Steigerung der Nachfrage in den Jahren 2004 und 2005, die erst ab 2009 zurückgehen wird.

In Baden-Württemberg sind wir immer noch – wie es eben so ist, auch wenn es manche nicht gerne hören – in einer ganz guten Situation. Das liegt sicher an den Rahmenbedingungen, die die baden-württembergische Politik bietet:

gute Bildungspolitik, gute Sicherheitspolitik, zukunftsorientierte Forschungspolitik. Dennoch: Auch wir müssen uns wappnen, dass die Ausbildungsbereitschaft der Firmen zurückgeht. Rechnerisch haben wir zwar noch einen Ausgleich zwischen dem Stellenangebot und der Stellennachfrage, aber die nächsten Monate werden für die Bewertung der Situation entscheidend sein. Wir haben mittlerweile also nicht nur ein Problem der Disparität von Angebot und Nachfrage, sondern auch das Problem einer sinkenden Zahl an Plätzen bei steigender Nachfrage.

Da sind Appelle sicher angebracht. Unser Wirtschaftsminister hat ja schon entsprechende Appelle an die Wirtschaft gerichtet. Die Wirtschaft darf in ihrer Ausbildungsbereitschaft nicht nachlassen. Nur 30 % der Betriebe bilden aus; 10 bis 20 % mehr wären dazu in der Lage. Es besteht also noch Potenzial, und wir müssen die Unternehmen an ihre sozialpolitische Verantwortung erinnern.

Aber zunächst einmal sind Arbeitgeber und Gewerkschaften gefordert. Da liegt einiges im Argen und ist einiges zu tun. Wir brauchen Tarifverträge mit vernünftigen Regelungen zur Ausbildungsvergütung. Übernahmeverpflichtungen schrecken eher davon ab, über den Bedarf hinaus auszubilden. Wir brauchen ferner neue und flexible Berufsbilder und vor allem auch Kurzeitausbildungen, die Jugendlichen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Die Gewerkschaften sind in dieser Hinsicht bisher nicht sonderlich kooperativ.

Wir unterstützen auch die Arbeit der Verbände, die hier sehr viel leisten. Wir unterstützen ein weiteres Spitzengespräch zwischen Politik und Wirtschaft, das ja wohl auch ansteht. Daraus werden auch Handlungen erwachsen, die uns weiterhelfen.

Wir sollten uns allerdings vor Augen halten: Erstens: Die Arbeitsplatzabgabe ist ein Unsinn.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Warum?)

Das kann nur ein Vorschlag von Leuten sein, die das Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik nicht verstanden haben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wirtschaft funktioniert nicht durch Bürokratie und Gängelung. Dabei kommt am Ende nichts heraus.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Zweitens: Betriebe, die in Konkurs gehen, können keine Ausbildungsplätze schaffen. Die Zahl der Konkurse ist um 18 % gestiegen. Davon sind rund 25 000 der Beschäftigten betroffen. Und das Wichtigste: Unternehmer bilden aus,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

wenn sie planen können und nicht belastet werden. Die derzeitigen Diskussionen in der Politik zur Unternehmensbesteuerung, zu Sozialabgaben, zum Betriebsverfassungsgesetz belasten die Firmen, und daher können sie nicht ausbilden.

(Dr. Monika Stolz)

Wir brauchen eine Liberalisierung der Arbeitsmärkte, wir brauchen eine wachstumsorientierte Steuer- und Finanzpolitik. Das würde uns manche Aktionismen und manche gut gemeinten Programme ersparen und sie überflüssig machen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Kollegin – –

Abg. Dr. Monika Stolz CDU: Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Bedeutung einer guten beruflichen Bildung brauche ich nichts mehr zu sagen. Und der Kollege Hofer hat die Situation in Baden-Württemberg treffend geschildert.

Zu beantworten ist noch die Frage: Wo sind denn diejenigen geblieben, die aufgrund der zurückgehenden Zahl der Ausbildungsverträge bei steigender Zahl der Schulabgänger keine Lehrstelle gefunden haben? Zum gleichen Zeitpunkt ist natürlich die Zahl der BVJ-Maßnahmen um 6 % gestiegen, und bei der Bundesanstalt für Arbeit befinden sich 2 000 zusätzliche Personen – insgesamt 9 000 – in einer Berufsvorbereitungsmaßnahme.

Deshalb, verehrte Frau Kollegin Dr. Stolz, ist es schon sehr vermessen, von einem Überhang an Ausbildungsplätzen zu sprechen, wenn man bei der Betrachtung 21 000 junge Menschen im Land außen vor lässt, weil sie sich in einer Warteschleife befinden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer
GRÜNE)

Deshalb besteht auch für die Landesregierung von Baden-Württemberg Handlungsbedarf.

(Abg. Fischer SPD: So ist es!)

Denn Baden-Württemberg unterscheidet sich ja von den Ländern im Osten dadurch, dass bei uns das wirtschaftliche Potenzial tatsächlich vorhanden ist, um jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Im Osten ist das sehr viel schwieriger, aber hier ist das Potenzial vorhanden.

Ich will nur einmal eine Zahl für die Region Stuttgart nennen. Die IHK Region Stuttgart geht bei ihren Aktivitäten davon aus, dass es allein im Bereich der Region Stuttgart 3 000 Betriebe gibt, die entweder ausbilden könnten oder mehr ausbilden könnten. Diese Betriebe geht sie jetzt gezielt an, auch ganz direkt in den Geschäftsführungen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist doch sinnvoll!)

Das macht nicht nur die IHK Region Stuttgart, das machen alle Kammern. Deshalb fordern wir Sie, Herr Minister, von dieser Stelle aus auf, die Kammern bei ihren Aktivitäten zu unterstützen,

(Abg. Drexler SPD: Genau! – Abg. Dr. Birk CDU:
Machen wir doch!)

und zwar nicht nur durch gute Worte und Appelle,

(Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

sondern auch durch Taten.

(Beifall des Abg. Fischer SPD – Abg. Dr. Caroli
SPD: Daran fehlt es! – Zuruf des Abg. Dr. Birk
CDU)

Jetzt kommen wir zu der Frage: Was können wir im Land Baden-Württemberg ganz gezielt tun? Es gibt natürlich einen Grund für den Rückgang der Zahl der Ausbildungsverträge. Der liegt in der zurückgehenden Konjunktur. Da hat der Finanzminister übrigens gestern den Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaft und dem ganz schlechten Platz, den Baden-Württemberg bei der Wirtschaftsentwicklung hat, dargestellt. Auf die Weltwirtschaft haben wir weniger Einfluss.

Aber es gibt auch strukturelle Gründe, weshalb Unternehmen Ausbildungsangebote zurückgenommen haben oder Ausbildungsplätze nicht besetzen können. Auch die Landesregierung räumt ein, dass von Betrieben des Landes angebotene Ausbildungsplätze nicht besetzt wurden, weil es angeblich keine geeigneten Bewerber gibt. Da sind wir bei einem Punkt, der uns schon sehr verbittert. Wenn eine Wirtschaftsorganisation wie das Handwerk, die einen unglaublich großen Beitrag zur beruflichen Bildung junger Menschen leistet, feststellt, dass ein Großteil derer, die sich bei ihr bewerben oder die sie in Ausbildung hat, Schwierigkeiten haben, die Inhalte dieser Ausbildung zu bewerten, und wenn sie dann nicht nur jammert, sondern sich überlegt, was man denn in der Schulbildung anders machen könnte, damit sich an die Schulbildung eine erfolgreiche berufliche Bildung anschließen kann, und dann

(Abg. Dr. Birk CDU: Jetzt kommt wieder der un-
taugliche Ansatz!)

ein Konzept vorlegt, ist es doch unverständlich, dass die von der Kultusministerin

(Abg. Dr. Birk CDU: Das löst nicht die Probleme!)

förmlich abgewatscht wird nach dem Motto: Ihr seid auf einem Irrweg; ein Irrglaube hat euch befallen. Heute Morgen haben wir es ja wieder gehört: Frau Schavan, eine Art Kardinal Ratzinger der Bildungspolitik,

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Abg. Drexler
SPD: „Kardinal Ratzinger der Bildungspolitik“, das
ist ja ganz neu!)

wacht als Glaubenswächterin über die Dreiteiligkeit des baden-württembergischen Schulsystems und watscht die ab.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wenn, dann Kardinalin!)

Da sage ich schon, Herr Minister: Warum übernehmen Sie in der Landesregierung nicht den Part, zu sagen: „Lasst uns doch pragmatisch darangehen, lasst uns doch ein bisschen

(Schmiedel)

in die Richtung modernisieren, in die das Handwerk denkt, um bessere Ergebnisse zu erzielen“?

Natürlich haben wir das Problem, dass das Bildungssystem noch nicht reformiert ist. Wir müssen mit den Leistungsschwächeren umgehen. Es gibt die Diskussion – und sie ist sehr ideologisch besetzt –, ob die Ausbildungsgänge verkürzt und vereinfacht werden sollen. Wir kommen, auch wenn wir uns noch fünfmal um die eigene Achse drehen, egal, was jeder dazu glaubt, nicht richtig vom Fleck.

Gott sei Dank haben wir in Baden-Württemberg Sozialpartner, die pragmatisch und ergebnisorientiert handeln. Deshalb gibt es zwischen Südwestmetall und IG Metall eine Vereinbarung und bereits folgendes Pilotprojekt: Lasst uns doch diese Leistungsschwächeren in eine Ausbildung mit dem Ziel nehmen: dreieinhalb Jahre berufliche Bildung und ordentlicher Abschluss. Lasst uns das in Angriff nehmen; lasst uns das aber auch unterstützend begleiten, auch durch sozialpädagogische Begleitung. Wenn dann jemand dieses Ziel auf diesem Weg nicht erreicht, dann macht er nach zwei Jahren eben einen Werkerabschluss.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das sind neue Töne!)

Aber das Ziel ist der große Abschluss der Lehre. Lassen Sie uns doch das unterstützen. Die Sozialpartner können die sozialpädagogische Begleitung solcher Maßnahmen nicht aus eigener Kraft schultern.

Lassen Sie uns auch mehr Ausbildungspartnerschaften unterstützen, und zwar ganz gezielt durch externe Organisation.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das war doch bisher von den Gewerkschaften blockiert!)

Zum Schluss möchte ich in dieser ersten Runde noch eine ganz negative Entwicklung aufgreifen. Herr Minister, geben Sie doch dem Handwerk das notwendige Geld, damit die überbetrieblichen Ausbildungsstätten endlich auf den modernsten Stand gebracht werden, damit sie die Ausbildungsinhalte vermitteln können, die notwendig sind.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Lage ist ernst. Sie alle haben das auch angesprochen. Es ist auch gut und wichtig, das Thema des Lehrstellenmangels in Baden-Württemberg aufzugreifen. Allerdings ist es nicht ganz so neu. Zwar ist gerade im letzten Jahr die Zahl der Ausbildungsstellen um fast 6 % zurückgegangen und ist die Entwicklung in diesem Jahr noch einmal dramatisch, aber wir haben schon seit Beginn der Neunzigerjahre einen Rückgang des Lehrstellenangebots. 1997 gab es zum Beispiel 74 000 angebotene Lehrstellen, im vergangenen Jahr waren es 83 000. Das ist ja auch der Anlass dafür gewesen, dass sich die Jugendenquetekommission ausführlich und lange mit dem Thema der Zukunftsperspektiven junger Menschen beschäftigt hat, viele Experten dazu eingeladen und auch in einem umfassenden Maßnahmenkatalog vorgeschlagen hat, was hier zu tun ist.

Zum einen ist hier die Politik auf allen Ebenen in der Pflicht, zum anderen sind aber natürlich auch die Unternehmen in der Pflicht. Sie haben das angesprochen. Das ist nicht nur eine Pflicht, sondern eigentlich auch in ihrem ureigensten Interesse eine Investition in die Zukunft. Denn es ist schon ausgeführt worden, dass es wegen der demographischen Entwicklung andernfalls über kurz oder lang einen Fachkräftemangel geben wird.

Zu guter Letzt sind wir das natürlich auch den Jugendlichen schuldig. Sie haben am eigenen Beispiel ausgeführt, Herr Kollege Hofer, was es bedeutet, wenn ich auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz und nach einer beruflichen Perspektive bin.

Vor diesem Hintergrund ist der Ruf nach einer Ausbildungsplatzabgabe verständlich, gerade wenn nur 30 % der Unternehmen ausbilden, wie Sie ausgeführt haben.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Grundsätzlich halten wir es für besser, hier mit Anreizen etwas zu schaffen. Ich denke, die Bundesregierung hat mit dem JUMP-Programm vieles getan. In den letzten Jahren sind 60 000 betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen worden, und auch die Mobilisierungsaktionen, die jetzt anstehen, sind richtig. Dennoch ist eine Ausbildungsplatzabgabe als letztes Mittel durchaus auch vertretbar.

Wir haben also zunächst das Problem, dass die Betriebe nicht ausreichend ausbilden. Das hat natürlich mit der konjunkturellen Lage zu tun. Es hat aber auch damit zu tun, dass die berufliche Bildung reformiert werden muss, dass die Berufsbilder modernisiert und dass neue Berufe geschaffen werden müssen. Da ist in den letzten Jahren vieles erreicht worden. Wir brauchen auch für die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler und Schulabgänger Angebote, zweijährige Ausbildungen und Qualifizierungsbausteine.

Zweitens wird immer wieder kritisiert, dass die Jugendlichen nicht ausbildungsfähig seien. Das konnten wir gerade in diesen Tagen wieder von der IHK Stuttgart und von der Handwerkskammer nachlesen. Hier ist auf jeden Fall das Land mit der Bildungs- und der Sozialpolitik in der Pflicht.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Der Superminister Clement ist in der Pflicht, einmal eine gute Konjunkturpolitik zu machen! – Gegenruf des Abg. Bebbler SPD: Oh, ist die gescheit!)

– Die Konjunkturpolitik ist nicht das einzig Ausschlaggebende für diese Entwicklung. Ich habe Ihnen gesagt, dass die Zahlen schon seit Anfang der Neunzigerjahre rückläufig sind. Wir brauchen auch im Bereich der Berufsbilder, im Bereich der Erleichterungen und der Anreize eine ganze Menge von Maßnahmen.

Ausschlaggebend ist aber auch, dass die Schulabgänger mit ausreichenden fachlichen, sozialen und persönlichen Kompetenzen ausgestattet sind, damit die Klagen der Betriebe über die mangelnde Ausbildungsreife und darüber, dass sie keine qualifizierten Bewerber und Bewerberinnen finden, abnehmen.

(Edith Sitzmann)

Wichtig ist auch die Förderung benachteiligter Jugendlicher. Dazu haben Sie, Frau Ministerin Schavan, heute Morgen auch gesagt, dass es in diesem Bereich noch Bedarf gibt. Denn ohne Hauptschulabschluss, mit schlechtem Hauptschulabschluss oder mit abgebrochenen Schulausbildungen sieht es ziemlich duster aus. Da sind auch die begleitenden Hilfen wichtig. Hierzu wäre die Schulsozialarbeit ein wichtiger Baustein gewesen. Trotzdem sind die Mittel hierfür jetzt gekürzt worden. Auch die Mittel für das Programm „Jugend – Arbeit – Zukunft“ sind im letzten Doppelhaushalt reduziert worden. Dies ist gerade in diesem Bereich äußerst kontraproduktiv.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Sakellariou
SPD – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer
CDU)

Diesbezüglich ist das Land ebenso in der Pflicht und muss auch im Bereich der beruflichen Schulen deutliche Zeichen setzen, und zwar auch in Bezug auf die Reform des Berufsvorbereitungsjahrs.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Döring.

(Minister Dr. Döring: Entschuldigung! Das Parlament wünscht zuerst zu sprechen!)

– Eigentlich besteht der Wunsch, dass wir eine kontroverse bzw. lebhafte Debatte führen, das heißt, dass die Abgeordneten in der zweiten Runde auch auf das eingehen können, was die Mitglieder der Landesregierung sagen.

(Beifall der Abg. Zeller und Schmiedel SPD – Abg.
Zeller SPD: Sehr gut, Herr Präsident!)

Bitte schön, Herr Minister.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Verehrter Herr Präsident, Sie haben mir das Wort gegeben. Deswegen rede ich jetzt. Vielen Dank dafür.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte ist deswegen außerordentlich wichtig, weil wir in Gefahr sind, es zum ersten Mal nach fünf Jahren nicht mehr zu schaffen, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen eine Lehrstelle zu geben.

Ich möchte einmal mit dem beginnen, was in den vergangenen fünf Jahren geleistet worden ist. Wenn wir uns zurückerinnern: In den Jahren 1996 und 1997 haben wir hier von der Opposition beantragte Debatten unter den Überschriften „Lehrstellenkatastrophe“ oder „Lehrstellenmangel in Baden-Württemberg“ geführt. Wir haben dann vonseiten des Wirtschaftsministeriums die so genannten Spitzengespräche initiiert und zu diesen Gesprächen all diejenigen eingeladen, die in irgendeiner Weise mit Ausbildung und Ausbildungsfragen zu tun haben: die zuständigen Ministerien, die Gewerkschaften, die Kammern, die Verbände. Ein ziemlich rasches Ergebnis dieser Gespräche war, dass dank

der Ausbildungsbereitschaft, vor allem von Handwerk und Mittelstand, fünf Jahre in Folge alle jungen Menschen, die eine Ausbildungsstelle in Baden-Württemberg haben wollten, diese auch gefunden haben. Das ist eine großartige Leistung der Ausbildungsbetriebe, denen Dank und Anerkennung dafür gebührt, dass sie oftmals über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet haben.

(Beifall der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Veronika
Netzhammer CDU – Abg. Wintruff SPD: Außer
denen, die im BVJ übrig geblieben sind!)

– Ich komme gleich noch darauf. Das hat auch Herr Schmiedel zu Recht angesprochen. Nur keine Aufregung.

Nun zeichnet sich im Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung, aber auch im Zusammenhang mit den ständig steigenden Anforderungen an Ausbildungsbetriebe – das darf man auch nicht vergessen – eine etwas sinkende Ausbildungsbereitschaft ab. Das lässt sich in aktuellen Zahlen nach der Ausbildungsstatistik des Landesarbeitsamts für Februar 2003 wie folgt feststellen: Wir haben im Vergleich zum Februar 2002 bezüglich der gemeldeten Ausbildungsstellen einen Rückgang um 14,5 % zu beklagen. Dies muss man ansprechen. Das kann gar nicht beschönigt werden. Man muss vielmehr deutlich machen, dass die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen innerhalb eines Jahres um 14,5 % zurückgegangen ist.

Die Zahl der Nachfrager hat um 1,6 % zugenommen. Man muss dazusagen, dass nicht alle von diesen Statistiken erfasst werden. Zum Beispiel werden diejenigen, die sich im Internet selbst um eine Ausbildungsstelle bemühen und nicht über das Landesarbeitsamt gehen, in der Statistik nicht erfasst.

Tatsache ist, dass wir, was die absoluten Zahlen angeht – ich meine, Kollege Hofer hat darauf hingewiesen –, die Situation haben, dass 59 503 gemeldeten Ausbildungsstellen etwa 54 800 Bewerber gegenüberstehen. Das bedeutet, dass wir rechnerisch noch mehr gemeldete Stellen als Bewerber haben. Dies kann uns aber überhaupt nicht beruhigen, weil wir innerhalb eines Jahres einen Rückgang der Zahl der Ausbildungsstellen um 14,5 % zu verzeichnen haben.

Es geht nicht nur darum, die Appelle, die erfreulicherweise von allen geäußert worden sind, sehr nachdrücklich zu wiederholen und die Unternehmen an ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu erinnern. Wir sind auch in der Pflicht, den jungen Menschen eine Berufs- und damit eine Lebensperspektive zu geben. Deswegen müssen die Betriebe, wenn es irgend möglich ist, ausbilden.

Die Betriebe werden auch dazu aufgefordert, in der jetzigen Situation daran zu denken: Wenn es in wenigen Jahren wieder besser läuft – wir haben ja die Hoffnung, dass wir mit verschiedenen Maßnahmen auch wieder eine bessere Situation erreichen können –, werden die Betriebe, die nicht ausbilden, den meisten Schaden haben, weil sie dann die nachgefragten Fachkräfte nicht zur Verfügung haben. Deswegen mein Appell an alle Betriebe, auch in schwierigen Zeiten auszubilden und Vorsorge zu treffen, den eigenen Facharbeiter- und Fachkräftenachwuchs auszubilden und damit den jungen Menschen eine Chance zu geben.

(Minister Dr. Döring)

Wir müssen uns vor allem auch um die kümmern, die die beiden Kollegen von der SPD in Bezug auf die so genannten Warteschleifen angesprochen haben. Meine Damen und Herren, wir warten nicht darauf, dass sie alle in die Warteschleife gehen, um sie dann dort zu vergessen. Vielmehr wollen wir mit einer Vielzahl von Bemühungen dafür sorgen, dass sie erst gar nicht in die Warteschleife kommen. Das erfordert Anstrengungen. Das kann man nun wirklich einmal sagen, auch wenn Sie vonseiten der Opposition es nicht gerne hören wollen: Es ist so. Keine Landesregierung – Kultusministerium, Wirtschaftsministerium – tut mehr für die Ausbildung und die Rahmenbedingungen, als wir das hier in Baden-Württemberg machen.

Wir haben die „Sprungbrett“-Vorkurse an den Brennpunkthauptschulen in Freiburg, Lahr, Kehl, Weil am Rhein und Müllheim trotz ausgesprochen schwieriger Haushaltssituation fortführen können. Das ist zugegebenermaßen in der ersten Sparrunde angesprochen worden, als man gefragt hat, wo man, damit man die Sparauflagen erfüllen kann, überall sparen kann. In der zweiten Runde hat man gesagt: Wir würden dort die Schwächsten der Schwachen treffen und damit genau das machen, was wir nicht wollen, nämlich sie durch nicht ausreichende Ausbildung in die Warteschleife schieben. Also wird das fortgesetzt, wird weitergemacht.

Wir haben uns wie nur wenige andere daran gemacht – und werden das in der Förderung auch fortsetzen –, den Konkurslehrlingen – ein ganz schlimmer Ausdruck, aber es heißt eben so – die Chance einer Förderung zu geben. Dieses Thema hat in der letzten Zeit natürlich auch zugenommen. Das sind die jungen Menschen, die sich in Betrieben, welche in Konkurs gegangen sind, in Ausbildung befunden haben.

(Abg. Wintruff SPD: Das ist doch nicht neu!)

– Das hat kein Mensch gesagt, Herr Wintruff. Sie haben nur an einer anderen Stelle behauptet, wir würden diese Maßnahmen streichen. Sie sind nicht gestrichen, wir führen sie 2003 in vollem Umfang fort, und ich halte das auch für eine wichtige Maßnahme, in der mehrere Hundert Jugendliche übernommen werden konnten. Das wollen wir fortführen.

Ich war ein bisschen erstaunt darüber, dass sich Kollege Schmiedel für kürzere Ausbildungszeiten ausgesprochen hat. Lieber Herr Kollege Schmiedel, fünf Jahre hintereinander

(Abg. Schmiedel SPD: Bitte?)

bemühen wir uns in Spitzengesprächen darum, davon zu überzeugen, dass wir viel mehr – nach Möglichkeit flächendeckend – das Angebot der zweijährigen Werker Ausbildung bräuchten, was vonseiten der Gewerkschaften konsequent abgelehnt wird.

(Unruhe bei der SPD)

– Warten Sie es doch einmal ab!

Wir haben ein paar Modelle, bei denen wir es machen können. Das ist ja eingeräumt. Wir haben nicht aufgrund Ihrer, sondern aufgrund unserer Anstrengungen

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

fünf Modelle, bei denen wir eine Ausbildung in modularen Bausteinen machen, mit kürzerer Ausbildungszeit. Wir bekommen mit Ach und Krach nach jahrelangem Kampf in einzelnen Modellbereichen eine Verkürzung der Ausbildungszeiten genehmigt. Wenn wir dies breiter anbieten wollen, dann wird uns unterstellt, dies wäre der Einstieg in einen Niedriglohnssektor.

Das ist nicht unsere Absicht, sondern wir haben die Absicht, die Ausbildungsanstrengungen der Firmen zu erleichtern, und zwar dadurch, dass wir sagen: Wir ermöglichen eine zweijährige Werker Ausbildung

(Abg. Schmiedel SPD: Was heißt „wir“? Sie müssen besser überzeugen!)

und geben damit vor allem den Theorieschwachen die Chance, einen regulären Ausbildungsberuf zu ergreifen. An der Stelle muss mehr getan werden, als Sie bisher zu tun bereit sind, und ich bin gespannt, wie das vonseiten der Sozialdemokraten und auch vonseiten der Gewerkschaften gemacht wird. Wir lesen in dem Programm, das der Bundeskanzler verkündet hat, die Bundesregierung wolle die Ausbildungsdauer von drei auf zwei Jahre verkürzen.

(Abg. Veronika Netzhammer CDU: Hört, hört!)

Das war noch nicht ausgesprochen, da kamen schon wieder die Proteste, dies würde auf gar keinen Fall laufen.

Wenn Sie uns zusagten, dass wir in den nächsten Jahren oder besser in den nächsten Monaten oder noch besser schon beim nächsten Spitzengespräch Ihre Unterstützung für eine flächendeckende Einführung haben, würden wir tatsächlich einen wirklich konkreten Beitrag zur Verbesserung der Chancen der Theorieschwachen und damit der Schwächsten erreichen. Ich bin gespannt, wie Sie dazu stehen, wenn es zum Schwur kommt. Wir brauchen dies dringend als Ergänzung, damit wir auch wirklich allen einen Ausbildungsplatz anbieten können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben uns vorgeworfen, es würde nichts Neues gemacht. Ich sage es Ihnen noch einmal: Sie waren diejenigen, die uns vorgeworfen haben, wir würden im Zusammenhang mit Ausbildung zu wenig machen.

(Abg. Wintruff SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

– Gern, wenn ich drei Sätze fertig habe. Ich mache das dann gern.

In außerordentlich schwieriger Haushaltssituation finanzieren wir trotz Kürzungen auch im ESF-Bereich eine Imagekampagne des Handwerks für Ausbildung mit einer landesweit breit angelegten Werbung mit 3 Millionen €. Nennen Sie mir ein anderes Land, das auch nur Vergleichbares auf den Weg gebracht hätte, wie wir es jetzt machen! 1 Million € kommt vom Handwerk selber – Anerkennung –, 1 Million € sind ESF-Mittel und 1 Million € kommen aus dem Bereich des Wirtschaftsministeriums, um diese landesweite Imagekampagne, die auf einen längeren Zeitraum angelegt ist, tatsächlich durchzuführen. Mehr ist ja gar nicht machbar. Wir unterstützen die Imagekampagne Ausbildung im

(Minister Dr. Döring)

DEHOGA-Bereich, damit diese Werbung gemacht werden kann, damit dort Chancen und Perspektiven für die jungen Leute aufgezeigt werden können. Mehr ist nicht nur aus finanziellen Gründen nicht machbar, sondern auch im Zusammenhang mit dem, was überhaupt umgesetzt werden kann, im Zusammenhang mit der Ausbildungsförderung.

Förderung der Verbundausbildung: Sie wird fortgeführt. Das steht aber – und das möchten Sie nicht so gern hören – natürlich auch ganz gewaltig im Zusammenhang mit den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ist klar!)

Wenn wir eine Rekordpleitewelle haben, wenn die Zahl der Insolvenzen so hoch ist wie noch nie zuvor, dann wirkt sich das doch natürlich auch bei der Ausbildung aus; das kann doch gar nicht anders sein. Wenn 40 000 Betriebe von der Bildfläche verschwinden, ist doch klar, dass weniger Betriebe zur Verfügung stehen, die ausbilden können. Da muss man ja wirklich nur eins und eins zusammenzählen können.

(Zurufe der Abg. Schmiedel und Alfred Winkler SPD)

Es ist einfach Unfug, zu sagen, das hätte nichts mit der gesamtwirtschaftlichen Situation zu tun. Natürlich hat es damit zu tun; aber wenn Sie noch nicht einmal bereit sind, die Realität wahrzunehmen, dann werden Sie erst recht keinerlei Beiträge dazu leisten, dass junge Menschen eine Ausbildungsstelle bekommen.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Deshalb ist das, was die Regierung macht, sinnvoller als das, was Sie hier mit Zwischenrufen provozieren wollen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Schmiedel SPD: Schaumschlägerei! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

– Herr Schmiedel, wenn ich einmal Ihren Zwischenruf nehme: Was ist denn daran „Schaumschlägerei“, wenn ich Ihnen 10 oder 15 konkrete Programme in Millionenumfang darstelle, die wir durchführen, damit die Ausbildungssituation bei uns verbessert werden kann? Da stellen Sie sich hin und sagen: „Schaumschlägerei!“

(Abg. Schmiedel SPD: Ich erkläre es Ihnen gleich!)

Sie haben nicht einen einzigen konkreten Vorschlag, wie wir die Situation verbessern könnten.

(Abg. Schmiedel SPD: Hören Sie doch zu!)

Sie können doch nicht im Zusammenhang mit allem, was die Betriebe bei uns leisten und was wir zur Verfügung stellen, von „Schaumschlägerei“ reden! Das ist Ihnen heute Morgen schon vorgeworfen worden: Ihnen fällt nichts programmatisch Sinnvolles ein, und dann polemisieren Sie durch die Lande. Das hilft den Leuten mit Abstand am wenigsten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Herr Wintruff hatte eine Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Wintruff.

Abg. Wintruff SPD: Herr Minister, ich wollte Sie gerne fragen, ob Sie sich noch daran erinnern, dass die zweijährige Werker Ausbildung bis 1998 deswegen nicht auf den Weg gekommen ist, weil – wie Sie richtig sagen – einerseits der Widerstand der Gewerkschaften vorlag, auf der anderen Seite aber sämtliche FDP-Wirtschaftsminister dies ebenfalls mit verhindert und sich öffentlich auch immer dagegen ausgesprochen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Aha!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Also, das ist schon einmal dermaßen falsch – –

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Wintruff SPD: Das kann ich Ihnen schriftlich belegen!)

– Verehrter Herr Wintruff, 1998 war der Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg von der FDP/DVP gestellt. Ich war nicht dagegen.

(Abg. Wintruff SPD: Ich rede nur von der Bundesebene!)

Auf Bundesebene haben wir – –

(Zurufe von der SPD)

– Das ist doch gar nicht wahr. Das hat eine Weile gebraucht – –

(Abg. Schmiedel SPD: Möllemann hieß der damals!)

– Das war jetzt sehr unfair.

(Lachen bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir haben bei unseren Vorschlägen in diesem Zusammenhang – da gebe ich Ihnen Recht, Herr Kollege Wintruff – eine Weile daran arbeiten müssen,

(Lachen bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

bis wir dafür eine Unterstützung bekommen haben. Aber sie war dann da. Und es gab sie in den Bereichen, in denen wir sie in der Fortsetzung haben wollten, Jahr für Jahr. Obwohl das von allen Seiten angesprochen worden ist, kam sonst keine Unterstützung. Außerdem – seien Sie so gut –: Reden wir nicht über die Vergangenheit,

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Alfred Winkler SPD: Schwamm drüber!)

sondern darüber, was jetzt gilt.

Zu zwei weiteren Punkten, die von der Kollegin von der Fraktion GRÜNE angesprochen worden sind.

Zu Ihren zwei Vorschlägen: Ich glaube nicht, dass Sie mit einer Ausbildungsplatzabgabe – auch nicht so, wie Sie es formuliert haben: als letztes Mittel – auch nur einen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz bekommen.

(Minister Dr. Döring)

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Das glaube ich überhaupt nicht. Ich befürchte vielmehr, dass Sie, wenn Sie die Betriebe in der jetzigen Situation zusätzlich belasten, nicht nur bezüglich der Ausbildungsplätze, sondern auch der Arbeitsplätze das glatte Gegenteil erreichen werden. Deswegen bitte ich Sie wirklich: Hören Sie auf, Vorstellungen im Zusammenhang mit Abgaben zu entwickeln, die dort in irgendeiner Weise etwas regeln könnten. Sie werden damit nichts regeln, sondern werden das Gegenteil erreichen. Deswegen ein klares Nein zu einer Ausbildungsplatzabgabe.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch wenn das manchmal auf einer „Gerechtigkeitsuppe“ dahergeschwommen kommt: Es ist grottenfalsch.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Umgekehrt gilt das genauso, auch wenn Sie bei Kammergesprächen das eine oder andere Mal von Anreizen im Zusammenhang mit der Finanzierung hören. Mir ist das sehr wohl bewusst. Wenn Sie jemanden fragen, ob er mehr ausbilden würde, wenn man ihm noch etwas geben würde, dann will ich den sehen, der sagt: „Nein, ich nehme nichts. Ich bilde dann nicht aus.“ Natürlich würde man dann an der einen oder anderen Stelle hören, das sei wertvoll. Aber auch das wäre falsch.

Zuerst einmal müssen Sie sehen, wie Sie solche Anreize eigentlich finanzieren wollen. Das ist der eine Punkt: Wie bezahlen Sie das? Ab wann würden Sie jemandem eine Anreizfinanzierung gewähren? Betriebe, die schon immer ausgebildet haben – weil sie in kluger Voraussicht an ihren eigenen Betrieb denken, aber auch aus einer gesellschaftlichen Verantwortung heraus –, werden sagen: „Prima, jetzt nehmen wir das mit.“

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Sie würden damit also Mitnahmeeffekte erzielen. Das ist ein weiterer Punkt.

Und noch einmal: Auch die Finanzierungsfrage ist meiner Meinung nach ein ganz gravierendes Thema, das Sie anschauen müssen. Wenn wir eine größere Bereitschaft bezüglich der Ausbildung erreichen wollen, dann müssen die Perspektiven für die Betriebe wieder besser sein, damit sie sagen: Wir bilden aus, weil wir davon ausgehen, dass wir in den nächsten Jahren eine gute Entwicklung haben werden.

Ein weiterer Punkt, der auch einmal angesprochen werden muss: Man muss auch einmal – dass das höchst unpopulär ist, ist mir schon klar – die Entwicklung der Ausbildungsvergütungen anschauen. Es ist mir schon klar, dass man darüber eigentlich nicht sprechen darf. Aber wenn Sie die Kostenrahmen anschauen, die mittlerweile im Zusammenhang mit Ausbildung anfallen, dann darf auch dieser Bereich nicht tabu sein.

Und noch ein weiterer Punkt: Wenn Sie mit zwölfmonatigen Übernahmeverpflichtungen, Tendenz steigend, weitermachen, dann wird das die Bereitschaft nicht fördern, auszubilden, weil jemand sagt: „Wenn ich heute ausbilde, dann

bin ich in drei Jahren dazu verpflichtet, den Ausgebildeten zwölf Monate oder länger zu übernehmen. Weiß ich denn, wie es in drei Jahren aussieht?“

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Dann wird seine Ausbildungsbereitschaft nicht steigen, sondern eher sehr verhalten sein. Deswegen: Diese gut gemeinten Positionen werden sich in der Realität eher gegen die jungen Menschen, nämlich gegen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe auswirken.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer? – Bitte schön.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister, wenn Sie eine Ausbildungsplatzabgabe grundsätzlich ablehnen, wie lösen Sie dann das Problem, dass es sich für einen Betrieb doch wirtschaftlich rechnet, selbst nicht auszubilden und von anderen Betrieben ausgebildete junge Menschen schlicht zu übernehmen?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Verehrter Herr Palmer, ich gebe Ihnen Recht, dass dies ein Problem darstellt. Aber können Sie mir einmal sagen, wie Sie dieses mit einer Ausbildungsplatzabgabe lösen wollen? Wie soll denn diese Situation verbessert werden?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die, die ausbilden, bekommen das, was die, die nicht ausbilden, bezahlen!)

– Das funktioniert nicht. Sie werden durch mehr Abgaben, durch zusätzliche Belastungen in der Wirtschaft keine Verbesserung erreichen, sondern das glatte Gegenteil. Es wird keine Verbesserung geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wintruff SPD: Diejenigen, die nicht ausbilden, zahlen! Wer ausbildet, muss nicht zahlen! Logisch! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das war keine Erklärung, Herr Minister!)

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, der angesprochen worden ist: ÜBAs. Sie sagen, bei den ÜBAs hätten wir uns zurückgezogen oder würden wir nichts mehr machen.

(Abg. Schmiedel SPD: Die Modernisierung!)

– Auch die Modernisierung. Das ist mir schon klar. – Ich meine, es ist keine drei Kabinettsitzungen her, dass wir nicht nur aus den regulären Haushaltsmitteln Millionenbeträge für die ÜBAs, und zwar für Modernisierung, Sanierung, teilweise auch Anbau, zur Verfügung gestellt haben. Aus der ZOFF ist auch noch einmal ein mehrfacher Millionenbetrag zur Verfügung gestellt worden. Eine Zahl weiß ich auswendig: Freiburg 2 Millionen € allein im Zusammenhang mit ÜBAs. Es ist ja auch in diesem Zusammenhang zu sehen, dass das enorme Summen sind, die geleistet werden müssen. Bei diesen ÜBAs müssen wir auch einmal mit dem Handwerk sprechen, ob man dort nicht zu einer intelligenteren Lösung bezüglich der Finanzierung kommt als

(Minister Dr. Döring)

der, die wir in den letzten Jahren kontinuierlich gehabt haben. Da ist angesichts von knappen Kassen auch ein etwas größerer Erfindungsreichtum gefordert.

Alles in allem: Vonseiten des Landes wird ein Maßnahmenbündel in einer Breite angeboten, dass wir davon ausgehen: Das, was auf Landesebene zur Verbesserung und zur Aufrechterhaltung einer guten Ausbildungssituation gemacht werden kann, wird auch tatsächlich gemacht. Unsere Anstrengungen müssen dahin laufen, dass wir es wieder schaffen – das sechste Jahr hintereinander –, dass alle jungen Menschen einen Ausbildungsplatz bekommen. Wir müssen den jungen Menschen auch sagen: Es muss natürlich auch eine gewisse Flexibilität vorhanden sein. Man darf sich nicht versteifen auf einen Ort, auf einen Betrieb, auf einen Ausbildungsberuf, sondern muss ein bisschen Flexibilität mitbringen. Dann sehe ich eine Chance, dass wir dies erreichen.

Wenn wir mit unseren Kampagnen zur Werbung für Ausbildungsberufe in den Bereichen, in denen Ausbildungsplätze noch weit über die Nachfrage hinaus zur Verfügung stehen, erreichen, dass diese Ausbildungsplätze auch nachgefragt und angenommen werden, dann werden wir eine bessere Situation haben. Wir werden keine bessere Situation haben, wenn wir mit gegenseitigen Vorwürfen operieren. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam den Betrieben und den jungen Menschen gegenüber dafür werben, dass sie die Situation aufgreifen, um die Ausbildungssituation in Baden-Württemberg zu verbessern.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber ein Wunsch hilft doch nicht! Wünsche und Appelle, sonst nichts!)

– Verehrter Herr Palmer: „Nur Appelle, sonst nichts!“ Ich lasse Ihnen einmal extra, weil Sie es wahrscheinlich schriftlich brauchen – Sie bekommen es dann auch von mir vorgelesen –,

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

sämtliche Maßnahmen, die wir haben, in Euro und Cent auflisten. Wenn Sie das gesehen haben, dann zeigen Sie mir einmal, wo da Appelle sind und sonst nichts und wo an irgendeiner Stelle auch nur annähernd so viel gemacht wird wie bei uns in Baden-Württemberg. Sie tun nichts; wir handeln und verbessern die Situation für die jungen Menschen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir heute Morgen das Schulthema in epischer Breite behandelt haben, nütze ich doch die fünf Minuten für das wichtige Thema Lehrstellen aus. Ich habe mir überlegt, ob das, was in der Diskussion bisher gesagt worden ist, genügt. Ich möchte nur einige zusätzliche Bemerkungen machen.

Zum einen gilt die allgemeine Regel, dass die Zahl der Lehrstellen auch abhängig ist von der Zahl der Arbeitsplätze.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Herr Schmiedel, ich habe vorhin ganz verbindlich gesagt, das Thema eigne sich eigentlich nicht so sehr für Schulzuweisungen und für parteipolitische Aktionen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Ich möchte an dieser Stelle bloß sagen: Es wäre gut, wenn Sie unter dem Gesichtspunkt, dass wir alle wissen, wie viel die Konjunktur – und zwar die, die auch von Berlin bestimmt wird – ausmacht, sich selber mit Schulzuweisungen sehr zurückhalten würden. Das kann ich Ihnen nur empfehlen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Wir sind in Baden-Württemberg!)

Ich darf im Übrigen sagen: Alle Aktionen, die man früher unternommen hat – die Appelle, Bündnis für Ausbildung; ich will das gar nicht im Einzelnen wiederholen –, müssen und werden fortgesetzt werden. Im Bereich der Kammern wird im Moment außerordentlich viel gemacht. Derzeit werden zum Beispiel zusätzliche Lehrstellenwerber eingesetzt, weil man weiß, dass es nichts nützt, nur einfach den Fachkräftemangel zu beklagen. Man kann auch das ganze Thema Zuwanderung, um Fachkräfte zu bekommen, vergessen, wenn man nicht die eigenen Jugendlichen zukunftsorientiert ausbildet. Das ist überhaupt keine Frage.

Ich freue mich auch, dass man trotz Finanzknappheit die bisherigen Programme – ob das die Programme für Lehrlinge aus Konkursbetrieben anbelangt oder ob es darum geht, die für das Handwerk so wichtigen überbetrieblichen Ausbildungen vorzunehmen – fortführt. Das Handwerk kann übrigens nicht hinnehmen, dass eine Kürzung der Lehrgangszuschüsse stattfindet. Sonst wird von dort die Bereitschaft noch geringer werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Ich will an dieser Stelle nur einen wichtigen Punkt anschnitten; er wurde vorhin auch schon angetippt: Wenn die Zahl der Lehrstellen knapp ist, dann kann man es sich nicht leisten, Lehrstellen unbesetzt zu lassen, dann kann man es sich nicht leisten, Lehrstellen aufgrund fehlender Qualifikation nicht zu besetzen bzw. eine Lehre abbrechen zu lassen, sondern dann muss man sich insbesondere um die benachteiligten Jugendlichen kümmern. Denn die haben es dort sehr schwer. Dass ist das eine Aufgabe, um die wir uns alle zu kümmern haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wintruff SPD: Das fordern wir seit Jahren!)

Unsere Fraktion hat erst neulich mit den Gewerkschaften ein Gespräch geführt. Dabei haben wir zur Kenntnis genommen, dass das Offenburger Modell gut ist. Dort macht man eine Grundausbildung, setzt ein optionales Praxisberufsjahr hinzu und sieht dann noch eine Aufbaustufe von eineinhalb Jahren vor, sodass die jungen Menschen wirklich einen vollen Abschluss erzielen können. Wer das nicht erzielen kann, kann vorher mit einem Zwischenabschluss beispielsweise als Teilezurichter aussteigen.

(Hofer)

Aber dort – und das hat die Gewerkschaft wieder abgelehnt –, wo wir von vornherein vom Arbeitsamt wissen, dass geringere Qualifikationen in der Theorie, aber dafür außerordentliche Fähigkeiten in Praxisorientierung vorliegen, muss additiv eine Werker Ausbildung dazukommen. Sonst ist man auf dem einen Auge blind und sieht nur auf dem anderen. Das können wir uns im Interesse der Jugendlichen nicht mehr leisten, wenn alle einen Ausbildungsplatz kriegen sollen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Letzter Punkt, zum Thema Ausbildungsplatzabgabe, damit da kein Zweifel entsteht. Wir sind strikt gegen eine Ausbildungsplatzabgabe, und zwar deshalb: Das wäre ein Freibrief für alle, sich freizukaufen. Machen wir uns doch nichts vor: Es wird kaum eine zusätzliche Ausbildungsplatzstelle geschaffen werden. Im Gegenteil wird Betrieben, die kurz vor dem Aufgeben stehen, weil sie gerade noch ein bisschen flüssige Mittel haben, durch eine Ausbildungsplatzabgabe vollends das Wasser abgegraben, sodass sie auch noch in Insolvenz gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Damit das auch klar ist – es ist ja immer gut, wenn man bei aller Verbindlichkeit noch weiß, woran man ist –: Wir sind auch dagegen, Aufträge vorrangig an Ausbildungsbetriebe zu vergeben. Das ist alles wunderbar, Gerechtigkeit usw. Aber man muss einmal sehen, wie sich so etwas auswirkt. Wir haben eine ganze Reihe von Betrieben, die selbst nicht ausbilden können. Die sind auf jeden Auftrag angewiesen, damit sie später vielleicht einmal ausbilden können. Wenn Sie denen nicht einmal einen Auftrag geben, können Sie die gleich zum Insolvenzverwalter schicken.

Das heißt: Das Herz muss sprechen, aber – Entschuldigung! – auch ein ganz klein wenig dazu der Verstand.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Und daran mangelt es manchmal bei den Vorschlägen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Wer spricht für die CDU-Fraktion? –

(Abg. Hofer FDP/DVP: Niemand! Ich war der letzte Redner!)

Herr Abg. Schmiedel.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wieso denn? Der hat doch gar keine Redezeit mehr! – Abg. Drexler SPD: Wieso? Es gibt doch zweimal fünf Minuten!)

– Herr Kollege Hofer, ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass dies eine Aktuelle Debatte ist und dass es zwei Runden mit einer Redezeit von jeweils fünf Minuten gibt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Dann komme ich noch einmal! – Widerspruch bei der SPD)

– Ich nehme an, dass alle Abgeordneten dieses Hauses auf zwei zählen können.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ich kann auf drei zählen! – Unruhe)

Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister Döring, es ist schon bezeichnend, dass Sie auf das Bildungspapier des Handwerks mit keinem Wort eingegangen sind. Auch Sie stehen nicht als Gesprächspartner zur Verfügung, wenn es um die Frage geht: Wie schaffen wir es denn, die Ausbildungsfähigkeit von jungen Leuten zu verbessern? Ich hätte schon vom Wirtschaftsminister dieses Landes erwartet, dass er das Handwerk wenigstens ernst nimmt und mit ihm redet.

Zweitens zur Ausbildungsplatzabgabe. Ich sage einmal: Das ist wie das Ungeheuer von Loch Ness.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Immer wenn die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe nachlässt, muss das auftauchen, einmal kräftig fauchen, und dann tut sich hoffentlich etwas, und dann kann es auch wieder verschwinden. Aber so verteufeln, wie Sie das tun, das ist nun wirklich völlig abwegig. Denn in einem Bereich der Wirtschaft ist das seit Jahren gang und gäbe: in der Bauwirtschaft. Da gibt es einen kompletten Ausgleich zwischen Betrieben, die ausbilden, und solchen, die nicht ausbilden. Keiner beklagt sich darüber, das ist ein eingespieltes Modell in Selbstverwaltung der Wirtschaft. So verteufeln muss man das also wirklich nicht. Aber wir hoffen ja alle, dass wir das nicht brauchen.

Sie haben gesagt, Sie wollten konkrete Vorschläge. Der Kollege Hofer hat auf das Offenburger Modell hingewiesen. Ich will einmal das Ergebnis schildern: Da haben von 19 Jugendlichen, die es schwerer haben, 16 nach dreieinhalb Jahren die Ausbildung beendet, einer nach zwei Jahren, und zwei wiederholen die Prüfung. Das ist doch ein Ergebnis, das man zur Kenntnis nehmen muss. Und das unterscheidet uns von Ihnen.

Sie sagen: „Da gibt es einen benachteiligten Jugendlichen. Dem bieten wir zwei Jahre an. Das schafft er gerade.“

Wir sagen: Bietet ihm dreieinhalb Jahre an, aber unterstützt ihn dabei, auch sozialpädagogisch. Dann schaffen ein Großteil dieser Leute die dreieinhalb Jahre, und dann haben sie den vollwertigen Abschluss.

Wenn Sie jetzt das Spitzengespräch führen, bieten Sie doch, wenn es diese Partnerschaft zwischen Südwestmetall und IG Metall in diesem Bereich gibt, an, das flächendeckend im Land einzuführen. Sie bringen die sozialpädagogische Begleitung dazu, und dann haben wir einen Riesenerfolg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das nächste konkrete Thema: In Niedersachsen gibt es Pilotregionen, in denen man kleine Unternehmen, die keine hauptamtlichen Ausbilder haben, dadurch motiviert hat, auch in die Ausbildung einzusteigen, indem man gesagt hat:

(Schmiedel)

Wir unterstützen ein externes Organisationsmanagement dieser Ausbildung, Ausbildungspartnerschaften. Lassen Sie uns doch dieses erfolgreiche Pilotmodell aufgreifen und auch durch das Wirtschaftsministerium unterstützen. Die dortigen Ergebnisse sind: plus 30 % Ausbildungsplatzangebote in diesen Regionen.

Ein Drittes: Wenn Sie daran appellieren, man sollte in diesem Bereich über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden, wäre es natürlich auch geschickt, Sie gingen mit gutem Beispiel voran. An dem Zuwachs der Zahl der Ausbildungsplätze in den letzten Jahren hatte das Land keinen großen Anteil. Aber Sie könnten ja jetzt in dieser Notsituation sagen: Gerade jetzt ist es wichtig, und dann werden wir auch über den Eigenbedarf hinaus selbst Ausbildungsplätze anbieten.

Und das Letzte, das mit der Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten – darüber haben wir ja schon öfter diskutiert –

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Sie müssen doch zugeben: Die 15 Millionen €, die über die Stiftung weitergegeben werden sollen, können erstens nur ganz schwer weitergegeben werden und landen zweitens dort, wo man sie nicht braucht; denn jedenfalls die allermeisten erfüllen nicht den Anspruch der Gemeinnützigkeit. Deshalb sitzen Sie bei der Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten wieder in der Stiftungsfalle. Sie haben theoretisch Geld und haben es dem Handwerk auch zugesagt, praktisch können Sie es aber nicht abrufen. Deshalb sagen wir: Raus mit den 15 Millionen € aus der Stiftung, rein in den Haushalt. Kämpfen Sie dafür; unsere Unterstützung haben Sie.

Dann haben Sie vier konkrete Punkte, zu denen Sie bei dem nächsten Spitzengespräch, von dem Sie jetzt so tun, als sei dies ein ganz einmaliger Vorgang – alle Ihre Vorgänger haben das auch schon gemacht –, sagen können: Lassen Sie uns das Thema gemeinsam aufgreifen; auch wir leisten einen wichtigen eigenen Beitrag, damit jeder junge Mensch in Baden-Württemberg eine Chance auf eine qualifizierte Berufsausbildung erhält.

(Beifall bei der SPD und Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ja, ich wollte

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren!)

einfach noch auf ein paar Punkte eingehen, die Sie gerade angesprochen haben.

Zum Thema kürzere Ausbildungszeiten: Ich meine, dass es durchaus Bereiche gibt, wo es sinnvoll ist, zweijährige Ausbildungen anzubieten. Als Beispiel nenne ich den Beruf des Fahrradmonteurs statt des Zweiradmechanikers, bei dem man bestimmte, dafür nicht erforderliche Lerninhalte herausnehmen kann. Auch der Beruf des Änderungs-

schneiders statt des Schneiders ist als mögliches Beispiel anzuführen. Auch bei den Postberufen und im Einzelhandel bestehen solche Möglichkeiten, ohne dass man aufgrund der Straffung eine Überforderung verursacht. Diesbezüglich gibt es Planungen. Diese sollten auch zügiger voranschreiten. Die Sozialpartner sollten sich schneller einigen, damit wir das auf den Weg bringen können.

Sicherlich ist es auch wichtig, einzelne Ausbildungsabschnitte zu zertifizieren, zum Beispiel bei den Zwischenprüfungen, und einzelne Module besser anzuerkennen, um sowohl den ausbildenden Betrieben als auch den Auszubildenden neue Chancen zu eröffnen.

Die Ausbildungsplatzabgabe ist sicherlich nicht das Allheilmittel; mit „Gerechtigkeitssuppe“ kann man sie aber auch nicht abtun, Herr Minister Döring. Ich meine, es gibt gute, verständliche Gründe für diese Forderung. Ich halte es auch für sehr viel besser, wenn alle anderen Maßnahmen greifen und man dieses Instrument nicht zur Anwendung bringen muss.

Den Ausbildungsappell am Schluss halte ich für wichtig, und ich möchte mich ihm auch anschließen. Ich meine, dass auch das Land, die Verwaltung und alle öffentlichen Einrichtungen in der Pflicht sind, Ausbildungsplätze zu schaffen. Dies muss auf jeden Fall auch in zukünftige Planungen aufgenommen werden, um mit gutem Beispiel voranzugehen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 – Aktuelle Debatte – geschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

- a) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Die Situation des privaten Fernsehsenders B.TV und seine Perspektiven im Rahmen der baden-württembergischen Medienpolitik – Drucksache 13/1244**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Staatsministeriums – Der Investor bei B.TV und seine persönlichen und sachlichen Voraussetzungen nach dem Landesmediengesetz – Drucksache 13/1850**

Ich rufe zusätzlich den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/1931, zum Antrag Drucksache 13/1850 auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Frau Abg. Kipfer, Sie haben das Wort.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich, dass dieses Thema so viel Aufmerksamkeit erregt. Inzwischen interessiert sich die ganze Republik für die Frage,

(Abg. Göschel SPD: Bloß die CDU nicht! – Abg. Drexler SPD: Nur die CDU nicht!)

(Birgit Kipfer)

wohin die Medienpolitik dieser Landesregierung treibt. Herr Palmer, das haben Sie uns zu verdanken. Sie sind ja eifrig bestrebt, irgendwann den Anschluss an die Medienmetropolen dieser Republik zu finden, und haben sich mächtig ins Zeug gelegt,

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist doch unterstützenswert!)

als Sie bemüht waren, einen Reiseverkaufssender in dieses Land zu ziehen. Das war Ihnen wichtig genug, um sich munter in der Grauzone zwischen erlaubter Standortpolitik und verbotener Einflussnahme auf die Landesmedienanstalt zu tummeln. Die Frage stellt sich, wie sehr Sie sich getummelt haben, als es um die Rettung des alten B.TV-Senders ging. Denn der Haussender des Herrn Ministerpräsidenten ist Pleite gegangen.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Aufmerksame Beobachter hatten sich schon längst gewundert, aus welcher scheinbar unerschöpflichen Finanzquelle B.TV Millionen in den Sand setzen konnte. Auffällig war, wie langmütig die Landesanstalt für Kommunikation diesem zugesehen hat. Noch auffälliger aber war, wie sehr die Landesregierung bemüht war, ihre Anstrengungen, den Sender flüssig zu halten, zu verbergen.

Unsere Fragen dazu haben Sie zunächst überhaupt nicht beantwortet. Schließlich verschanzten Sie sich hinter dem Bankgeheimnis, und erst in der Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 13/1244, der heute mit zur Debatte steht, geben Sie zu, bereits im Herbst 2001 – also ein Jahr vor der Insolvenz des Senders – den Vorstandsvorsitzenden der EnBW darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass neue Gesellschafter gesucht werden.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Da muss am Ende etwas schief gelaufen sein, Herr Palmer. Wir werden dies aufklären.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Dieses Dunkel wird noch Stoff für weitere Beratungen liefern. Ihr Schweigen jedenfalls spricht Bände.

(Abg. Drexler SPD: Wer hat wo wann wem Geld gegeben?)

Jetzt zu dem neuen Investor: Trotz allen Bemühens um den Medienstandort Baden-Württemberg und – immerhin – um das Fortbestehen von 200 Arbeitsplätzen will die Landesregierung von all dem nichts gewusst haben und mit diesem Investor nichts zu tun gehabt haben.

Entweder ist es Ihnen gleichgültig, Herr Minister, wer wie für wen und mit wem in Baden-Württemberg privates Fernsehen veranstaltet – das nimmt Ihnen niemand ab –, oder Sie treiben Ihr Spiel im Verborgenen.

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich fordere Sie auf, hier endlich einmal darzulegen, nach welchen Spielregeln und mit wem Sie in diesem Land privates Fernsehen organisieren wollen. Sie sind dies der Öff-

entlichkeit schuldig. Fernsehen in diesem Land ist nicht die private Angelegenheit eines Ministers oder gar der CDU.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Um die Unabhängigkeit der Landesmedienanstalt brauchen Sie sich dabei nicht zu sorgen. Wenn sie nämlich unabhängig ist, lässt sie sich auch nicht von Ihren öffentlichen Äußerungen im Landtag oder Ihren Äußerungen in der Öffentlichkeit beeinflussen. Wenn Sie dagegen befürchten, mit Ihren Äußerungen die LfK unzulässig zu beeinflussen, dann allerdings hat die LfK ein Problem – und damit auch Sie.

Da bewirbt sich also jemand um die Erlaubnis, einen Fernsehsender betreiben zu dürfen.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ihm haben wir mühselig genug das Eingeständnis abgerungen, und zwar erst, nachdem er dies alles abgestritten hatte, dass er ein Betreiber von Sexseiten im Internet und ein Produzent von Pornoclips gewesen ist und noch ist, der jetzt ein Programm macht, von dem sich die Kirchen mit Grausen abgewendet haben.

Damit dies klar ist: Dieser Herr kann privat machen, was er will, solange sich das im Rahmen der Gesetze hält. Aber die Öffentlichkeit und die LfK hinter das Licht zu führen, ja geradezu zu belügen, das darf er nach unserer Auffassung nicht, wenn er hierzulande einen Fernsehsender betreiben will.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD zur CDU: Da klatscht ihr nicht! Nach Auffassung der CDU darf er das!)

Denn es geht um seine Zuverlässigkeit. Da ist das Vertrauen nachhaltig gestört, übrigens nicht nur bei uns, sondern auch bei den Kirchen. Deshalb stellt sich sehr wohl die Frage, ob er bei allem, wie er sich uns dargestellt hat, die Gewähr dafür bietet – so, wie es das Gesetz erfordert –, ein Programm gemäß den gesetzlichen Vorgaben zu machen.

Weil sich die LfK schwer tut, halten wir es für notwendig, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Lizenzentscheidung zu präzisieren. Es gibt andere Landesmediengesetze, in denen dies sehr viel differenzierter drinsteht als in unserem Landesmediengesetz. Die Landesregierung muss sich fragen lassen, warum sie bei der Einbringung der Mediengesetznovelle im vergangenen Dezember – das ist noch gar nicht so lange her – nicht schon eine Präzisierung eingebaut hat, denn sie hat den Bewerber damals bereits gekannt. Auch die LfK hat schon im Oktober von dem ihn umgebenden Rotlichtmilieu Kenntnis gehabt.

Einen Fernsehsender betreiben zu dürfen ist bei aller zu wahren Meinungsfreiheit ein Privileg, das die Gesellschaft Personen verleiht, deren Integrität unantastbar erscheint. Fernsehen zu veranstalten ist etwas anderes, als eine Würstchenbude zu betreiben – das habe ich oft genug gesagt – oder Automobile oder sonst etwas herzustellen. Bewegte Bilder nehmen Einfluss auf die Köpfe der Menschen, und zwar mehr als alle anderen Medien. Das rechtfertigt eine besondere Prüfung der Zuverlässigkeit.

(Birgit Kipfer)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir beantragen ferner, Redaktionsstatute als sachliche Voraussetzung für eine Lizenzierung gesetzlich festzulegen. Wir haben das schon bei der eben erwähnten letzten Novellierung beantragt. Den Redaktionsmitarbeitern bei B.TV, meine Damen und Herren, wäre einiges an eigentümlichen Führungsmethoden des neuen Investors erspart geblieben, wenn Sie uns schon damals zugestimmt hätten. Heute wollen wir auch darüber abstimmen lassen, weil wir es für dringlich halten, dieses Gesetz entsprechend zu ändern.

Ich fordere Sie auf, Herr Minister, endlich einmal zu erklären, ob Sie befürworten, dass ein Pornohersteller – von seiner Sektennähe will ich gar nicht erst reden – in Baden-Württemberg Fernsehen machen darf. In Ihrem Bemühen um den Medienstandort Baden-Württemberg sprechen Sie immer von Wertschöpfung. Erklären Sie uns heute doch einmal, welche Werte Sie eigentlich schöpfen wollen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Ja!)

Der Lizenzbewerber hat mir gestern einen langen Brief geschrieben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Oha!)

Aber ich erkläre hier in aller Öffentlichkeit, dass ich es ablehne, diesen Brief überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, solange mir derselbe Herr in einer Strafanzeige unterstellt, mit krimineller Energie andere zu Diebstahl und Hehlerei angestiftet zu haben.

(Lachen bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Carla Bregenzer SPD: Ausgerechnet der! – Abg. Walter GRÜNE: So ein Witzbold!)

Und noch etwas: Der Lizenzbewerber kündigt an, eine Vision für ein ganz neues interaktives Programm zu haben. Was verbirgt sich dahinter? Der Sender soll sich über so genannte Call-in-Nummern finanzieren. In allen möglichen Programmflächen werden Zuschauer ermuntert, ihre Meinungen, Empfindungen und Grüße per Telefonnummer für 1,50 € kostenpflichtig zu äußern. Da kann man sich in der Tat viel vorstellen. Da sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Insider erklären mir, dass es in einer Stunde etwa 20 000 kostenpflichtige Kontakte gibt. Es lässt sich also leicht ausrechnen, dass das pro Stunde 30 000 € an Einnahmen gibt. Hochgerechnet auf ein 24-Stunden-Programm sind das, grob geschätzt, eine halbe Million Euro Einnahmen pro Tag.

(Abg. Hofer FDP/DVP: In 20 Jahren kommt da ganz schön etwas zusammen!)

Die Lizenz ist also eine Lizenz zum Gelddrucken. Das hat der Bewerber wohlweislich erkannt. Es wäre übrigens ein Vorschlag für den Herrn Finanzminister, auch einen solchen Sender für die Landesregierung zu machen. Dann könnte er seinen Haushalt mühelos finanzieren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut! Zum Verwaltungsumbau Call-Nummern! – Abg. Walter GRÜNE: Da ruft doch niemand an!)

Die Frage ist nur, was das noch mit Rundfunk zu tun hat. Während die Werbung im Rundfunk bis ins Detail geregelt ist, ist hier dem Abzocken Tür und Tor geöffnet. Herr Minister, ist das die mediale Zukunft in diesem Land? Ich bin gespannt auf Ihre Ausführungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pauli.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist aber ein schwerer Job!)

Abg. Pauli CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion hätte sich eine andere Entwicklung rund um B.TV, von der Insolvenz bis zu den aktuellen Vorgängen, gewünscht.

(Beifall bei der CDU)

Aber gerade deshalb sollten wir diese Vorfälle und die von Ihnen vorgelegten Anträge jetzt vom Boden unseres Rechtsstaates aus betrachten und gemeinsam überlegen, wie wir Schaden vom Medienstandort Baden-Württemberg abwenden können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist schon zu spät!)

Wenig hilfreich ist es dabei, dass Vertreter der SPD in der Öffentlichkeit den fälschlichen Eindruck erweckt haben, dass wir hier im Landtag in ein laufendes Zulassungsverfahren

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

zur Verbreitung eines Programms über Satelliten eingreifen könnten.

(Abg. Drexler SPD: Sie machen das Mediengesetz!)

Weder der Landtag noch unser Ministerpräsident, noch unser Medienminister Dr. Palmer oder die Landesregierung können von Rechts wegen zum jetzigen Zeitpunkt in dieses Verfahren eingreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Aber wir können ein Mediengesetz machen!)

Die Überprüfung und Entscheidung, ob einem Bewerber dieser so genannte Medienführerschein erteilt werden kann, liegt zunächst allein bei der staatsfernen Landesanstalt für Kommunikation.

(Abg. Drexler SPD: Aufgrund des Mediengesetzes, das wir erlassen!)

Es verwundert schon sehr, dass Sie, verehrte Frau Kollegin Kipfer, jahrelang auf diese Staatsferne pochten, jetzt plötzlich aber fordern, das Staatsministerium solle es wieder richten.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Nein, überhaupt nicht! Wir wollen das Mediengesetz ändern! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Wir wollen das Gesetz ändern!)

(Pauli)

– Herr Drexler, das Mediengesetz ist in großer Übereinstimmung dieses Landtags – –

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht! Sie waren doch gar nicht dabei!)

– Natürlich. Als einer, der knapp zehn Jahre lang dem Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation angehört hat, kann ich Ihnen versichern, dass der zunächst zuständige Vorstand der LfK, in der auch die SPD ausreichend vertreten ist, seine Entscheidung sorgfältig treffen wird.

(Abg. Drexler SPD: Aber aufgrund des Mediengesetzes!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung unseres Landes haben der Rundfunk- und Pressefreiheit einen hohen Stellenwert eingeräumt. Die Europäische Union hat die Rahmenbedingungen für Satellitenlizenzen festgelegt. Die Zulassungsvoraussetzungen im Landesmediengesetz von Baden-Württemberg entsprechen den Regelungen der anderen Bundesländer.

(Abg. Drexler SPD: Das kann man verschärfen!)

Frau Kipfer, hier sind allenfalls redaktionelle Unterschiede bei den norddeutschen Ländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen zu verzeichnen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Die persönlichen Zulassungsvoraussetzungen sind bei uns in § 13 des Landesmediengesetzes niedergelegt. Ein Veranstalter muss nach § 13 Abs. 2 Nr. 6 die Gewähr dafür bieten, „dass er das Programm entsprechend der Zulassung und unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften veranstalten und verbreiten wird“. Das heißt, von der LfK wird eine Prognose über die Zuverlässigkeit erwartet.

Damit die Rundfunk- und die Meinungsfreiheit aber nicht von vornherein unverhältnismäßig beeinträchtigt werden, kann eine Zulassung eben nur dann versagt werden, wenn aufgrund von konkret vorliegenden Tatsachen zu erwarten ist, dass der Betreiber bei der Programmveranstaltung Rechtsverstöße begeht.

Wir als Gesetzgeber haben jüngst bei der Novellierung des Landesmediengesetzes den Jugendschutz im Rundfunkstaatsvertrag gestärkt. Hier wurden die Bußgelder für Verstöße gegen den Jugendschutz verdoppelt.

Ich rate dazu, dass wir erstens der Kontrollfunktion der LfK einiges zutrauen. Zweitens rate ich, dass wir die Anregungen der SPD-Fraktion über eine Verschärfung der Zulassungsvoraussetzungen in unserem Medienrecht in dem für die Medienpolitik in Baden-Württemberg zuständigen Ständigen Ausschuss gründlich besprechen.

(Abg. Drexler SPD: Dann wird es zu spät sein!)

Die CDU-Landtagsfraktion ist jederzeit gesprächsbereit, wenn es darum geht, den Jugendschutz effektiv zu stärken.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Jugendschutz! Das ist kein Jugendschutzthema! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Es geht um die Zuverlässigkeit, nicht um den Jugendschutz! Es ist eine Frage der Seriosität!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Freiheit der Medien – dazu gehört auch die in Artikel 5 des Grundgesetzes niedergelegte und geschützte Rundfunkfreiheit – ist für Liberale ein hohes Gut. Dasselbe gilt auch für die unternehmerische Freiheit und auch für die Unabhängigkeit der Landesanstalt für Kommunikation.

Nach dem vom Landtag verabschiedeten Landesmediengesetz entscheidet der Vorstand dieser unabhängigen Landesanstalt für Kommunikation, ob Thomas Hornauer den beantragten „Medienführerschein“, also die Lizenz für die Ausstrahlung des Satellitenfernsehens über Astra, erhält oder nicht. Die Voraussetzungen dafür sind in erster Linie persönliche Zuverlässigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Von dem Investor und Lizenznehmer werden also lediglich ein polizeiliches Führungszeugnis und die notwendige Finanzierung verlangt. Beides scheint im konkreten Fall vorzuliegen, bzw. der Vorstand der LfK muss prüfen, ob es vorliegt.

Das heißt also: An die Zuverlässigkeit sind auch auf der Grundlage von zwei Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus den Jahren 1981 und 1991 strenge Maßstäbe angelegt worden, sodass es hier mit Sicherheit nicht um eine Entscheidung nach Willkür und schon gleich gar nicht um eine Sittenprüfung gehen kann. Im Gegenteil: Es ist engstens geregelt, dass, wenn nicht eine Vorstrafe von mindestens einem Jahr vorliegt, eine Verweigerung der Lizenz wahrscheinlich vor den Gerichten scheitern würde. Da das Bundesverfassungsgericht hier auch grundsätzliche Ausführungen gemacht hat, ist zu bezweifeln, ob durch eine Novellierung und Verschärfung des Landesmediengesetzes, wie sie die SPD-Fraktion hier gefordert hat, überhaupt eine Lizenzvergabe an Herrn Hornauer hätte verhindert werden können oder in Zukunft verhindert werden könnte.

Wenn wir jedes Mal, meine Damen und Herren, bei einer Einzelfallentscheidung der Landesmedienanstalt das Landesmediengesetz ändern, untergraben wir im Grunde genommen das von uns gewählte System einer staatsfernen Lizenzvergabe

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

und eines staatsfernen Rundfunks. Ich denke, das sind die Grundfesten, auf die wir uns geeinigt haben.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Was Herr Hornauer in seinem Schlafzimmer oder sonst wo macht und ob er das filmen lässt, geht uns alle nichts an. Das ist seine Privatangelegenheit. Uns Liberalen liegt es aber generell nicht, die moralische Keule zu schwingen. Wer sich nachts durch das Fernsehprogramm zappt, wird auf vielen sonst durchaus seriösen Sendern und Kanälen

(Theurer)

(Abg. Bebber SPD: Das ist doch überhaupt nicht das Thema! Total daneben! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Thema verfehlt! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist wieder typisch FDP!)

Ächz- und Stöhnbeiträge sehen. Das muss sich aber keiner antun, meine Damen und Herren, weil jeder Fernseher einen Knopf zum Ausschalten hat.

Wir sind der Meinung, dass wir jetzt den Vorstand der LfK entscheiden lassen sollen. Er muss seine Pflicht tun und abwägen, ob Herr Hornauer die im Landesmediengesetz vorgeschriebenen Grundsätze erfüllt oder nicht.

Was ich aber nach meinem demokratischen Empfinden schon für bemerkenswert und kritisch halte, ist, Frau Kipfer – Sie wissen, dass ich Sie sonst sehr schätze –,

(Abg. Bebber SPD: Das ist jetzt gemein, was Sie sagen!)

dass ausgerechnet Sie heute für Ihre Fraktion hier sprechen, da Sie Mitglied des Rundfunkrats des Südwestrundfunks sind und hier im Landtag über die Lizenzvergabe an einen Konkurrenzsender sprechen. Dadurch könnte der Eindruck entstehen, dass Sie in die Lizenzvergabe bei einem Wettbewerber eingreifen wollen.

(Abg. Fischer SPD: Das ist eine Unterstellung, Herr Theurer! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir sind hier Gesetzgeber!)

Außerdem finde ich es schon bemerkenswert, auf welchen wundersamen Wegen und mit welchen Mitteln Sie in die Diskussion eingreifen. Ich spreche die Vorführung des Videos an, das Sie sich irgendwie beschafft haben.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Man kann bei der Frage, wie dieses Video zu Ihnen gekommen ist –

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Völlig daneben! – Abg. Stichelberger SPD: Sie machen die Augen zu!)

Sie haben sich ja auch vor Gericht damit auseinander setzen müssen –, schon fragen, ob Sie hier nicht ein kleines Pornogate veranstalten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe – Abg. Fischer SPD: Das ist ungeheuerlich, Herr Theurer, was Sie sich hier erlauben! Das hätte ich Ihnen nicht zuge-
traut, so ein Niveau! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Haben Sie keinen besseren Auftritt? – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Meine Damen und Herren, Ihren Vorschlag an den Finanzminister, einen staatlichen Schmuddelsender einzurichten, um dadurch Einnahmen zu erzielen, kann man ja nicht anders werten, als dass Sie sagen: Schmuddel ist schon in Ordnung, wenn es staatlich ist. Das wäre Sozialismus.

(Unruhe und Widerspruch bei der SPD – Abg. Stichelberger SPD: Das haben Sie nicht kapiert! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Wer hat Sie denn bezahlt für diese Rede? – Weitere Zurufe)

Ich werte Ihre Aussage von vorhin, Frau Kipfer, aber als pure Ironie.

(Abg. Bebber SPD: Sie haben doch ein Rad ab!)

Vielleicht könnten Sie noch einmal präzisieren, was Sie mit Ihrem Ratschlag an den Finanzminister, einen staatlichen Schmuddelsender einzurichten, konkret gemeint haben.

Fazit, meine Damen und Herren – egal, wie sehr man sich darüber aufregt –: Auch Herrn Hornauers Antrag kann nur nach Recht und Gesetz beschieden werden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wohl wahr! – Abg. Stichelberger SPD: Beim Zappen kennt er sich aus!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Beste an Ihrer Rede, Herr Theurer, war, dass man gar nicht auf sie eingehen muss.

(Abg. Pauli CDU: Hast du das Band auch gesehen?)

Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen. Ich zitiere:

Genau das ist auch unsere Aufgabe, Standortpolitik zu machen, die dem Medienstandort Baden-Württemberg dient, die ihm Firmen zuführt, die Arbeitsplätze gewinnt und die die Wahrnehmbarkeit unseres Landes stärkt.

Weiter unten im Text heißt es dann:

Deshalb muss jede verantwortliche Landesregierung bereit sein, aktive Standortwerbung zu betreiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Diese Worte von Herrn Palmer – von dem stammen sie, Kollege Birk –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Christoph!)

hörten wir, als es darum ging, den Reisesender „Sonnenklar“ nach Baden-Württemberg zu holen. Nur fragen wir uns: Wo war der hohe Anspruch, als es darum ging, für B.TV eine gute Lösung zu finden? Oder: Wo war Herr Palmer überhaupt? Das ist vielleicht die Frage, die man besser stellen sollte.

(Abg. Dr. Birk CDU: Im Staatsministerium! Da gehört er hin!)

– Ja, aber die LfK hat auch über „Sonnenklar“ entschieden, und ihr habt trotzdem vorher herumgemauschelt. Also, jetzt bleibt doch mal ruhig!

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Meine Damen und Herren, die Probleme waren nicht neu. Seit Herbst 2001 waren sie bekannt. Kollegin Kipfer hat darauf hingewiesen. Jetzt lesen wir in diversen Antworten der Landesregierung, da wurde mal beim EnBW-Chef Goll angeklöpft, ob er nicht die marode Firma von Herrn Schuh-

(Walter)

macher sanieren möchte, und später heißt es dann – es heißt zumindest so –: Wir haben ein paar Gespräche geführt, und einen potenziellen Investor aus Norddeutschland haben wir auf den Insolvenzverwalter verwiesen. Ich frage Sie, Kollege Pauli: Sieht so aktive Standortpolitik aus? Wird man dem Anspruch gerecht, den Herr Palmer bei „Sonnenklar“ formuliert hat?

(Abg. Bebber SPD: Pauli hätte das besser gemacht!)

Im Gegenteil, meine Damen und Herren: Herr Palmer und die Landesregierung sind ihrer Aufgabe in dieser Frage schlicht und einfach nicht nachgekommen. Das ist das Problem.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Pauli, Sie haben gesagt: Man kann in das Verfahren nicht eingreifen; die LfK ist unabhängig. Das ist ja schön. Ich hoffe, ihr werdet es immer so handhaben.

(Abg. Pauli CDU: Das sollten Sie als Medienrat wissen!)

Aber man hätte früher aktiv werden müssen, und zwar 2001. Das ist nun anderthalb Jahre her. Es wurde nichts gemacht.

(Abg. Pauli CDU: Von Ihnen auch nicht!)

Sie haben Ihre eigenen Ansprüche nicht erfüllt. – Ich kann doch nicht durch das Land reisen und sagen: Kommt nach Baden-Württemberg! Dazu ist die Regierung da.

Spätestens als der Name Hornauer fiel, hätte man sich aktiv auf die Suche nach einer Alternative machen müssen. Es glaubt doch niemand hier im Haus, dass Herr Hirschle, der bestens darüber informiert war, was der Hornauer vorher alles getrieben hat, Herrn Palmer nicht informiert hat, welche Probleme die LfK mit dem Namen Hornauer verbindet. Das glaubt ja nun wirklich niemand. Aber trotzdem haben Sie nichts unternommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Ich glaube, das liegt daran, Herr Kollege Birk, dass weder Sie noch Herr Palmer oder ein anderer in der Landesregierung oder Ihrer Fraktion für diesen Medienstandort tatsächlich eine Vision hat. Glauben Sie denn wirklich im Ernst, dass dieser Medienstandort an Attraktivität gewinnt, wenn wir einen läppischen Reisesender hierher holen oder wenn Herr Hornauer sein „B.TV 0190“ auf Sendung bringt? Das können Sie doch nicht im Ernst glauben. Deswegen haben Sie hier versagt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Vor allem muss man sich, wenn man sich fragt, wie dieser Medienstandort entwickelt werden soll, noch einmal diese ganze Geschichte in Erinnerung rufen, die vor zwei Jahren hier den Bach hinuntergegangen ist, als es darum ging, an wen der größte Auftraggeber im Medienbereich, nämlich der SWR, seine Aufträge vergibt. Dabei hat sich herausgestellt, dass dieser Auftraggeber drei Viertel des Kuchens,

den man zu verteilen hat, am eigenen Tisch vervespert. Das ist die Ausstrahlung, die unser Medienstandort hat.

Weil Sie keine Vision und nicht einmal ein richtiges Konzept haben, wirkt diese Medienpolitik schlichtweg beliebig, und deswegen ist es auch möglich, dass man sich um einen Reisesender streiten muss, und deswegen ist es auch möglich, dass ein Herr Hornauer kommt, bevor Sie etwas dagegen unternommen haben.

Heute habe ich gelesen, dass gestern der IHK-Hauptgeschäftsführer Andreas Richter auf die Frage, wer die Aufträge bekommt, vor Journalisten wörtlich gesagt hat: Hier muss endlich etwas getan werden. Das ist genau der Punkt. Deswegen hat unser Medienstandort keine Ausstrahlung, und darin liegt auch Ihr Versagen.

Aber selbst dann, wenn man kein Konzept hat, von einer Vision ganz zu schweigen, hätte die Debatte um Hornauer schlichtweg aufschrecken müssen. Sie hätte dazu führen müssen, dass ernsthafte Gespräche mit anderen Investoren geführt werden. Aber was erleben wir? Herr Palmer taucht ab, und der Ministerpräsident fühlt sich nicht zuständig. Vielleicht ist es ihm schlichtweg unangenehm, dass sein ehemaliger Haussender – man hat ja immer etwas spöttisch von „Erwin-TV“ gesprochen – mit der eingebetteten Staatsministeriumsberichterstattung so negativ in die Schlagzeilen kommt. Ich glaube wirklich, es ist ihm peinlich.

Trotzdem kann man es sich nicht so einfach machen, sich nur hinzustellen und zu sagen, es gebe einen engen gesetzlichen Rahmen. Dem widerspricht ja keiner. Es gibt ein Bundesverfassungsgerichtsurteil. Aber man kann sich hier nicht aus der Verantwortung stellen. Wenn die ganze Welt – zumindest die baden-württembergische – darüber diskutiert, was das eigentlich für ein Mensch ist, der sich hier um eine Lizenz bemüht, dann kann man nicht sagen: Das macht die LfK; das geht uns nichts an. Ein Ministerpräsident mit so hohen moralischen Ansprüchen – zumindest trägt er sie immer vor sich her – muss in einer solchen Frage, die die Menschen in diesem Land wirklich bewegt, Stellung beziehen, so wie es auch Herr Palmer hätte machen müssen. Da geht es nicht darum, auf die LfK Einfluss zu nehmen, sondern es geht einfach darum, zu sagen, wie wir dieses Problem sehen, das in der Öffentlichkeit diskutiert wird. So verlieren Sie Ihre Glaubwürdigkeit.

Lassen Sie mich, Herr Präsident, noch einen letzten Punkt anfügen: Herr Hornauer hat seine Glaubwürdigkeit – falls er jemals eine hatte – längst verloren. Die Wahrheit kommt stets scheinbar auf den Tisch: Zunächst erfährt man etwas, was die Beziehung zu der umstrittenen Wankmiller-Sekte anbelangt, dann stellt sich heraus, dass er die LfK in einem Schreiben belogen hat, und schließlich stellt sich auch noch heraus, dass er diese Pornoclips nicht nur – in seinem eigenen Haus; was er in diesem Brief bestritten hat – machen ließ, sondern dass er auch noch irgendwie selbst daran teilgenommen hat. Ich finde, da hat er mehrfach die Unwahrheit gesagt. Deswegen fehlen ihm die Glaubwürdigkeit und die Zuverlässigkeit, einen solchen Sender zu führen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Pauli CDU: Das haben doch nicht wir zu entscheiden!)

(Walter)

Deswegen, meine Damen und Herren, kann ich nur hoffen, dass die LfK im Sinne unseres Medienstandorts entscheidet, damit wir nicht zum Gespött der ganzen Republik werden. Ich hoffe, dass das, was Herr Hornauer über sich selbst gesagt hat – ich zitiere, Herr Präsident –, . . .

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Ende kommen.

Abg. Walter GRÜNE: . . . dass er „die rosarote 0190er-Laterne am Arsch hängen“ habe, auch weiterhin so sein wird und wir ihm diese Laterne nicht abnehmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Gegensatz zu dem Zerrbild, das der Kollege Walter hier entwickelt hat, kommt unser Medienstandort gut voran. Ich möchte Sie einmal bitten, in der überregionalen Presse von den Schwierigkeiten in Nordrhein-Westfalen zu lesen, wo der neue Ministerpräsident Steinbrück den Medienfirlefanz ausgekehrt hat, den Clement in Düsseldorf hinterlassen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Sehr richtig! – Abg. Schmiedel SPD: Mein Gott, immer Nordrhein-Westfalen! Wann fällt der Regierung mal was anderes ein? – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist eine billige Argumentation! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie sollten nicht ablenken, Sie sollten zum Thema kommen!)

Ich empfehle Ihnen, einmal nachzulesen, wie die Arbeitsmarktsituation in Oberbayern aussieht, damit ich nicht immer nur ein SPD-regiertes Land nenne. Lesen Sie nach, wie viele IT-Firmen in Oberbayern, in München in den vergangenen Monaten zusammengebrochen sind und wie sich dort die Arbeitsplatzbilanz und die Wertschöpfung, von der ich – Herr Kollege Walter oder Frau Kipfer – in der Tat immer spreche, entwickelt hat.

Wir kommen in der Ausbildung voran. Wir sprechen heute über die Popakademie. Wir werden das erste Land sein, das eine musikwirtschaftliche Ausbildung unternimmt.

Wir waren gerade zum wiederholten Mal mit einem Film der Filmakademie Ludwigsburg für den Oscar nominiert. Welche Filmhochschule in der Bundesrepublik Deutschland schafft denn das außer Ludwigsburg?

(Beifall bei der CDU)

Ich habe den Eindruck, Herr Kollege Walter, dass wir die Pressekonferenz der IHK, der Handwerkskammer bezüglich der Wirtschaftsförderung der Städte Stuttgart und Ludwigsburg gestern anders verstanden haben. Da steht nämlich in

der gestrigen Pressemitteilung: „Standort gewinnt an Profil.“ Baden-Württemberg wird als Standort für Medienwirtschaft innerhalb der Bundesrepublik Deutschland besser.

(Beifall bei der CDU – Abg. Stickelberger SPD: Aber nicht mit Hornauer! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Nicht ablenken!)

Die Überschriften heute: „In Berlin ist der Hype – in Stuttgart das Geschäft“. Eine bayerische Zeitung schreibt über Baden-Württemberg: „Die neue Oscar-Schmiede“. Wir lassen uns doch diese Erfolge des Medienstandorts Baden-Württemberg durch Ihre kleinkarierte Aufrechnerei nicht kaputtmachen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss ich hier in aller Deutlichkeit einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfisterer CDU: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Was mich wirklich – –

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Rede hat Sie so getroffen, dass Sie sogar zittern!)

– Ach was. Wissen Sie, wenn man hier einmal mit Temperament diskutiert, dann ist man nicht betroffen, sondern setzt sich mit Ihren Argumenten auseinander.

(Abg. Bebber SPD: Sie sind nur laut, aber nicht temperamentvoll!)

Ich werde auf jedes der Argumente von Frau Kipfer eingehen – auf ausnahmslos jedes.

Zunächst einmal zu B.TV alt: Über das Scheitern des Ballungsraumfernsehens in Deutschland kann man ganz lange reden. Wir sind nicht nur in Stuttgart oder in Karlsruhe gescheitert, sondern auch in Berlin und in München sind Ballungsraumsender eingegangen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Sehr richtig!)

Es wird doch kein ernsthaft denkender Mensch darüber diskutieren, dass es schwierig ist, zwischen nationalen Programmen an Werbung heranzukommen, und dass es darüber hinaus schwierig ist, ein Profil zu entwickeln, Ballungsraumsender oder Landessender zu sein. Im Übrigen haben mit dem Rückgang der Werbeeinnahmen auch Qualitätszeitungen wie die „Frankfurter Rundschau“ zu kämpfen. Sie konnten lesen, dass sie sich in diesen Tagen in Hessen um eine Landesbürgerschaft bemüht. Was am Werbemarkt los ist, brauche ich Ihnen, glaube ich, nicht zu sagen. Das spüren alle Tageszeitungen genauso.

Aber was mich maßlos ärgert, ist diese Einordnung von B.TV alt mit der Aussage, von Anfang an hätte man erkannt, dass das zum Scheitern verurteilt gewesen wäre, dass das ein Staatsfernsehen oder sonst was gewesen wäre. Immer, wenn ich dort war, bin ich einem Sozialdemokraten oder einem Grünen in den Sendungen begegnet, und den Kollegen geht es nicht anders.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Bei jeder Diskussion bin ich einem von ihnen begegnet, egal ob es der sehr geehrte Herr Präsident war, der Herr Drexler oder der Herr Schmiedel.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Nie habe ich allein diskutiert. Ich bin eigentlich über diese Scheinheiligkeit – –

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Abg. Bebber SPD:
Und das spricht jetzt alles für Hornauer?)

– Ich komme zu Hornauer. Ich habe ja Redezeit.

(Zurufe – Abg. Pfister FDP/DVP: So schlecht war das gar nicht! Lustige Runde! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wenn Sie ausgetauscht haben, wer alles schon bei B.TV war, dann kann der Herr Minister seine Rede fortsetzen. – Bitte schön.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer hat denn seinen Geburtstag zelebriert?)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Vielen Dank. – Diese Scheinheiligkeit mögen Sie fortgesetzt sehen in der Veröffentlichung des Rechenschaftsberichts. Die Ersten, die ihn veröffentlicht haben, waren die Grünen. Pecunia non olet. „Welt“, 13. März: „Lokalsender strahlte Wahlspots im Wert von 400 000 DM gratis aus“. Das sei die größte Spende in der Geschichte der Grünen, veröffentlicht im Rechenschaftsbericht der Grünen jetzt vor wenigen Tagen. Scheinheiligkeit ist das!

(Beifall bei der CDU)

Ich habe hier noch eine andere Aufstellung: Vor der Landtagswahl 2001 hat B.TV alle Kandidaten eingeladen, sich zu präsentieren, einen Wahlspot zu machen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben sie alle gemacht!)

dort aufgenommen zu werden. Dafür gab es dann die Spendenquittungen. Ich sage, das ist in Ordnung. Alle Parteien haben das auch in Anspruch genommen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Zum Thema, Herr Minister! – Abg. Bebber SPD: Und das rechtfertigt jetzt Hornauer?)

– Sie haben über B.TV alt gesprochen, und deshalb spreche ich zunächst auch über B.TV alt.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Könnte es sein, dass Sie ablenken?)

Zu Hornauer komme ich nachher noch. Auf jedes Argument gehe ich ein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Auf in den Kampf!)

Ich habe hier eine Teilnehmerliste.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie, bevor Sie zu Ihrer Liste kommen, noch eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Den sehr geschätzten Herrn Abg. Moser muss ich kurz vertrösten. Zuerst will ich hier einmal die Liste – das passt zur Scheinheiligkeit – entwickeln. Unmittelbar danach selbstverständlich.

Ich habe hier die Liste der Wahlspotteilnehmer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, von den im Landtag vertretenen Parteien hat keine mehr Wahlspots in Anspruch genommen als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. So viel zum Thema Scheinheiligkeit bezüglich B.TV alt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebber SPD: Was soll das?)

Dann wird gesagt, wir hätten neue Informationen vorgetragen, Frau Kipfer. Ich glaube, Sie bringen die Daten durcheinander. Sie haben aus dem Ladenhüter, Ihrer alten Anfrage vom 6. August 2002 und unserer Stellungnahme dazu, die am 10. September 2002 als Drucksache ausgegeben worden sind, zitiert. Da ist das alles niedergelegt. Es wurde halt bisher nicht zu den Ausschussberatungen aufgerufen. Das ist überhaupt keine neue Information. Wenn Sie im Dunkeln forschen wollen, dann forschen Sie im Dunkeln. Wir haben nichts zu verbergen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Unsere Medienpolitik braucht nicht das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Carla Bregenzer SPD: Warum erregen Sie sich dann?)

Jetzt, bitte schön, Herr Kollege Moser.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Moser.

Abg. Moser SPD: Herr Staatsminister, würden Sie bitte sagen, wer außer mir dieses Angebot nicht in Anspruch genommen hat?

(Heiterkeit)

Es soll ja noch ein paar unabhängige Abgeordnete hier im Landtag geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Vielen Dank, Herr Kollege Moser, für diese Vorlage. Von 70 Kandidaten der SPD haben 50 das Angebot wahrgenommen, also die allermeisten. Sie haben gefragt, wer es nicht wahrgenommen hat. Ich zum Beispiel habe dieses Angebot von B.TV alt auch nicht wahrgenommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Und Erwin Teufel! – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wieso haben Sie das nicht wahrgenommen? Sie ahnten schon etwas!)

Nun zum Thema 0190er-Nummern. Was für ein Eigentor sich Frau Kipfer da geleistet hat, ist unglaublich. Das ist, wie wenn sie mir den Ball auf den Elfmeterpunkt gelegt hätte.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie treffen trotzdem das Tor nicht!)

Für die 0190er-Nummern ist der Bundesgesetzgeber zuständig. Telekommunikationsrecht, Regulierungsbehörde, Post und Telekommunikation: Bundesrepublik Deutschland. Reden Sie mit Herrn Clement. Der kann es verändern, nicht der Landesgesetzgeber, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie dazu eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

(Abg. Herrmann CDU: Jetzt kündigt sie an, dass sie mit Clement spricht!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Auch die mit Freude.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Minister, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass ich nicht die Tatsache, dass es 0190er-Nummern gibt, kritisiert habe, sondern infrage gestellt habe, ob dieses die Grundlage eines Landessenders sein kann, ob das noch Rundfunk ist? Ich glaube, Sie haben nicht richtig zugehört.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pauli CDU: Keine Kommentierung!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Frau Kipfer, ich komme ja noch dazu. Mit Verlaub, das ist dummes Zeug. Es geht hier gar nicht um einen Landessender,

(Widerspruch und Unruhe bei der SPD)

es geht um eine Satellitenlizenz. Das ist ein himmelweiter Unterschied zu einem Landessender. Man muss schon die rechtlichen Grundlagen zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

Dann wurde gesagt, der Palmer habe in einem Fall bei „Sonnenklar“ aktive Standortpolitik gemacht und in einem anderen Fall, bei B.TV, habe er sich nicht gekümmert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie vergleichen Äpfel mit Birnen. Im einen Fall haben wir den Sender ins Land geholt. Die Leute von „Sonnenklar“ haben gefragt: Wie sind die Standortbedingungen, die Ausbildung, die Arbeitsplatzsituation? Und wir haben gefragt: Wollt ihr nach Stuttgart oder nach Ludwigsburg? Wir waren in Konkurrenz zu Niedersachsen, zum Verbleib in Bayern, zu Nordrhein-Westfalen, und wir haben uns durchgesetzt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Großer Erfolg!)

– Das ist ein großer Erfolg. Vielen Dank, Herr Birk. Wir haben im Augenblick 50 Arbeitsplätze in Ludwigsburg geschaffen, was der Ludwigsburger Abgeordnete Walter als läppisch bezeichnet hat –

(Abg. Herrmann CDU: Er kennt sich nicht aus im Wahlkreis! – Abg. Walter GRÜNE: Der Sender ist läppisch!)

50 Arbeitsplätze direkt beim Sender und 30 bei einer Tochter. – Ich gratuliere Ludwigsburg zu einem solchen Wahlkreisabgeordneten. Ganz großartig. Das sollte man auch in der „Ludwigsburger Kreiszeitung“ schreiben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Lieber „Sonnenklar“ als weiterhin rot! – Abg. Walter GRÜNE: Es geht um den ästhetischen Anspruch und den kulturellen Anspruch!)

Der Unterschied zu B.TV ist eben, dass dieses Unternehmen einer Insolvenz anheim gefallen ist und wir rechtlich überhaupt keine Handhabe hatten einzugreifen, weil Herr des Verfahrens der Insolvenzverwalter in Achern, Baden, war. Unsere Handlungsmöglichkeiten bei einer Insolvenz sind nach deutschem Recht eingeschränkt. Das muss man zur Kenntnis nehmen, weil es einfach so ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/DVP)

Was mich wirklich überrascht, ist die Kaltschnäuzigkeit, mit der in der Presse, aber auch heute in der Debatte die LfK unter Druck gesetzt wird.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie bitte? Sie ist unabhängig, habe ich gesagt!)

– Die Kaltschnäuzigkeit von Ihnen, Frau Kipfer. Sie haben gesagt: „Die LfK muss so und so entscheiden.“ Wofür haben wir denn eine unabhängige Institution? Sie muss nach Recht und Gesetz prüfen und muss nach ihrer eigenen Auffassung entscheiden, wie die Grundlagen sind. Ich weise diesen Pressionsversuch gegenüber der LfK mit Überzeugung zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Herrmann CDU: Die SPD will Einfluss nehmen! Staatsrundfunk wollt ihr! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Was haben Sie denn getrunken, Herr Palmer? – Abg. Bebbler SPD: Das ist Demagogie!)

Im Übrigen, Ihre Appelle richten sich an die eigene Adresse. Sie sind doppelt im Vorstand der LfK vertreten. Der von mir geschätzte frühere Kollege Hans Beerstecher und der Freiburger Rechtsanwalt Götz von Olenhusen sind für die Sozialdemokratische Partei dort Mitglied. Sie entscheiden mit. Bitte sprechen Sie mit diesen beiden Kollegen, wie sie den Fall Hornauer und die beantragte Satellitenfrequenz rechtlich bewerten. Das ist die richtige Reihenfolge, während Sie zuerst in der Öffentlichkeit Druck machen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, Frau Abg. Kipfer möchte eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie diese?

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Auch die wieder mit Freude.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie mir raten, mit den Kollegen im Vorstand der LfK

(Birgit Kipfer)

zu reden, um deren Meinung zu beeinflussen? Ist das wirklich Ihre Meinung?

(Zuruf von der CDU: Damit Sie sich rechtskundig machen! – Gegenruf des Abg. Stickelberger: Machen Sie das!)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Ich würde es für sachgerechter halten, wenn Sie Ihre Argumente zur Rechtsfindung Ihren Parteikollegen vermitteln würden und nicht in der Öffentlichkeit Pressure auf die LfK ausübten. Das wäre der richtige Weg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pauli CDU: Sie sollten sich rechtskundig machen! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Jetzt komme ich gerne zum Thema „Thomas Hornauer“. Damit auch das klar ist: Ich habe eine sehr prononcierte Auffassung von dem, was ich gelesen habe, was uns da geboten wird. Aber ich bin nicht Abgeordneter der Opposition, sondern ich bin in der Regierung. Ich muss mich deshalb an die Vorgaben halten, die nach Recht und Gesetz zu beachten sind.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das machen wir auch!)

Ich gehe nachher noch auf Ihren Popanz mit der Gesetzesänderung ein. Lassen Sie mich das einfach kurz entwickeln.

Mir ist auch völlig bewusst,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie haben ein tolles Demokratieverständnis!)

dass, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Fall Hornauer geeignet ist, alles auszulösen, was man sich an negativen Diskussionen vorstellen kann. Sie haben alle Bestandteile, die die Boulevardpresse erfreuen: Sex, schrille Persönlichkeiten, Sekten.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Dafür können wir doch nichts! Jetzt sind wir schuld, oder?)

Dass das eine unglaubliche öffentliche Aufmerksamkeit auslösen muss, ist völlig klar. Aber ich muss mich trotzdem an Recht und Gesetz halten. Dafür bin ich berufen, und darauf habe ich im Übrigen einen Eid geleistet.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Deshalb will ich Ihnen jetzt hier gerne die Rechtsgrundlagen nennen.

(Beifall bei der CDU)

Es geht darum, dass ein „Satellitenführerschein“ vergeben wird, nicht ein Kabelplatz. Es geht nicht um den Kabelplatz Baden. Der ist gerade an die neue Gesellschaft „Fernsehen in Baden“ erteilt worden. Der Kabelplatz Württemberg ist noch gar nicht ausgeschrieben.

(Abg. Walter GRÜNE: Das wissen wir doch alles!)

Die Möglichkeit eines landesweiten Fernsehens steht im Augenblick überhaupt nicht in Rede.

Warum können wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Mediengesetz nicht einfach ändern? Das war die Frage, die die Kollegin Kipfer aufgeworfen hat. Sie sind übrigens gegenüber Ihrer Ankündigung in der Presseerklärung heute zum Antrag schon vorsichtiger geworden. Sie haben schon eine salvatorische Klausel aufgenommen und sprechen davon, was verfassungsrechtlich möglich ist.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist ja wohl selbstverständlich, oder?)

Ich will Ihnen jetzt gerne sagen, warum wir gehindert sind, durchgreifende Veränderungen vorzunehmen.

Zunächst einmal infolge Europarecht: Herr Hornauer hat sich um eine Satellitenlizenz beworben. Damit ist das Programm nicht nur national, sondern auch europaweit empfangbar. Für ihn gilt wie für jeden Inhaber einer Satellitenlizenz uneingeschränkt die EU-Fernsehrichtlinie. Nach Artikel 2 a der Richtlinie haben die Mitgliedsstaaten den freien Empfang von Fernsehsendungen zu gewähren und dürfen nicht deren Weiterverbreitung behindern. Nach Artikel 22 sind insoweit durch den Staat nur Maßnahmen zulässig, die gewährleisten – unsere Formulierung aus dem Landesmediengesetz –, dass Sendungen von Fernsehveranstaltern keine Programme enthalten, die die körperliche, geistige, sittliche Entwicklung von Minderjährigen ernsthaft beeinträchtigen können, insbesondere solche, die Pornographie und grundlose schwere Gewalttätigkeiten darstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Lizenzierungsentscheidung der LfK muss sich an dieser europarechtlichen Vorgabe orientieren. Deshalb ist der Spielraum allein schon von der europäischen Ebene her relativ gering.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Europarecht ist das eine, unsere Verfassung ist das andere.

(Unruhe)

Wir haben Artikel 5 des Grundgesetzes mit der Freiheit von Wort, aber auch mit der Freiheit von Bild.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dieser Artikel 5 ist in einem Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts, das Kollege Pauli und Kollege Theurer völlig zu Recht zitiert haben, zu Beginn des privaten Rundfunks 1981 gründlich ausgelegt worden. Das Urteil vom 16. Juni 1981 hat Folgendes formuliert:

Das Lizenzierungsverfahren für private TV-Veranstalter darf neben der Überprüfung allgemeiner Voraussetzungen wie etwa Geschäftsfähigkeit oder Zuverlässigkeit des Antragstellers nur der Gewährleistung der Rundfunkfreiheit dienen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Zuverlässigkeit! – Abg. Stickelberger SPD: Zuverlässigkeit! – Abg. Bebbler SPD: Das ist doch der Punkt! – Unruhe)

Das Ganze ist 1991 bestätigt worden. – Zur Zuverlässigkeit komme ich gleich.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Wir haben das dann auch umgesetzt. In Baden-Württemberg setzt die Zulassung voraus, dass der Antragsteller die Gewähr dafür bietet, dass er das Programm entsprechend der Zulassung unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften veranstalten und verbreiten wird. Diese Regelung entspricht exakt der Regelung in sechs anderen Bundesländern. Andere Länder, insbesondere norddeutsche, heben auf die Zuverlässigkeit ab.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Eben!)

Aber in der Sache gehen alle Länder bei der Gesetzesauslegung in dieselbe Richtung: Es müssen erhebliche Gesetzesverstöße vorliegen, etwa gegen Strafrecht oder Jugendschutzbestimmungen, die erwarten lassen – also Prognoseentscheidung –, dass der Lizenzinhaber auch in Zukunft – das muss auch etwas voraussetzen; auch in Zukunft – Rechtsverstöße bei seinen Fernsehprogrammen begehen wird.

Damit ich Ihnen sagen darf, dass zwischen Gewähr und Zuverlässigkeit überhaupt kein Unterschied besteht, zitiere ich aus dem viel genannten „Hesse“ – einem führenden Lehrbuch für Rundfunkrecht; zweite Auflage, München 1999 – zur Parallelisierung dieser Regelungen. Da schreibt Hesse Folgendes:

Im Erlaubnisverfahren der Länder muss gewährleistet sein, dass der Antragsteller zuverlässig in dem Sinne sein muss, dass von ihm die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an die Veranstaltung von Rundfunksendungen erwartet werden kann.

In der Fußnote zitiert der Autor ausdrücklich als Beleg die gleichen Bestimmungen in den Mediengesetzen der Länder, auch die von Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein.

Es gibt gar keinen Unterschied zwischen unseren Regelungen – wir haben nur andere Formulierungen gewählt. Deshalb ist der Spielraum – ob uns das passt oder nicht – verdammt gering – ich bedauere dies –, zu einer Änderung des Landesmediengesetzes zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber es gibt einen Spielraum!)

Deshalb bitte ich Sie, in dieser Frage zwischen Wollen und Können der Regierung des Landes Baden-Württemberg zu unterscheiden. Sie haben das im Übrigen nicht anders gesehen; denn Sie haben anlässlich der Verabschiedung des Landesmediengesetzes im Dezember auch keinen Änderungsantrag gestellt. Deshalb habe ich in der Öffentlichkeit davon gesprochen, dass Sie von Änderungen des Landesmediengesetzes schwadroniert haben, die uns eben verwehrt sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Übrigen sind in Deutschland leider auch schon reine Sex-TV-Angebote lizenziert worden, etwa die Sender Beate Uhse TV und Playboy TV durch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Ich bedauere das, aber der Spielraum ist nun einmal gering, und er wird – ob man das will oder nicht – in Zukunft im Hinblick auf die zu erwartende Digitalisierung erst recht gering bleiben.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, was können wir tun?

(Zuruf von der FDP/DVP: Nichts!)

Die LfK hat nach dem Landesmediengesetz die Möglichkeit, durch Auflagen die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen und der notwendigen redaktionellen Freiheit im Programmangebot sicherzustellen, und sie kann die Lizenz entschädigungslos widerrufen, wenn Anordnungen in diesem Bereich nicht befolgt werden. Mit der letzten Mediengesetznovelle hat die Landesregierung den Bußgeldrahmen bei Jugendschutzverstößen auf 500 000 € verdoppelt, sodass entsprechende Ordnungswidrigkeiten hart bestraft werden können.

Die LfK muss aber ihre Lizenzierungsentscheidung, ob positiv oder negativ, sehr sorgfältig und mit gerichtsfesten Tatsachen begründen. Sie muss etwas Habhaftes in der Hand haben, damit sie mit ihrer Entscheidung vor Gericht bestehen kann. Deshalb ist, glaube ich, die überhaupt einzige Einfallspforte die Glaubwürdigkeit des Antragstellers, das heißt die Frage, ob man aus den unterschiedlichen Angaben von Herrn Hornauer einen gerichtsfesten Verstoß gegen die Zuverlässigkeit ableiten kann. Dies zu begründen, lieber Kollege Bebber, der Sie davon etwas verstehen, ist besonders schwierig.

(Abg. Bebber SPD: Dass es schwierig ist, ist doch klar!)

Deshalb wird die LfK in eine sehr komplizierte Abwägung eintreten müssen.

Ich sage heute zu, dass ich mir die Entscheidung der LfK in Sachen Hornauer vorlegen lasse – das steht mir als Vertreter der Rechtsaufsicht zu – und daraufhin überprüfen werde, ob sie den gesetzlichen Bestimmungen entspricht. Insoweit werde ich also von der verbürgten Rechtsaufsicht Gebrauch machen. Ich kündige aber auch gleich an: Ich darf nicht inhaltlich prüfen. Dieses inhaltliche Prüfungsrecht steht dem Staatsministerium und dem Minister nicht zu; ich kann nur das formale Zustandekommen und den Abwägungsprozess der LfK überprüfen. Das werde ich nach der Entscheidung des Vorstands am 7. April 2003 auch tun.

Ich fasse zusammen: Erstens: Das Staatsministerium und der zuständige Minister müssen stets die rechtlichen Vorgaben der EU-Fernsehrichtlinie, unserer Verfassung, des Bundesverfassungsgerichts, des Rundfunkstaatsvertrages und des Landesmediengesetzes berücksichtigen.

Zweitens: Herr Hornauer hat wie jeder Bürger Anspruch auf eine Entscheidung nach Recht und Gesetz. Persönliche Sympathie oder Antipathie darf dabei kein Maßstab sein.

Drittens: Ich vertraue auf die Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Sachkunde des Vorstandes der LfK bei seiner Entscheidung und bin der Überzeugung, dass verantwortungsbewusst abgewogen wird und entsprechend eine Entscheidung ergeht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, für die Fraktionen waren als Redezeit jeweils fünf Minuten festgelegt. Der Herr Minister hat 22 Minuten und 52 Sekunden gesprochen. Ich verlängere deshalb die Redezeit der Fraktionen gemäß § 83 a Abs. 1 letzter Satz der Geschäftsordnung um fünf Minuten, wobei die Restredezeiten hinzugerechnet werden. Das heißt, die CDU hat sechs Minuten, die SPD hat sechs Minuten, und die beiden anderen Fraktionen haben jeweils fünf Minuten.

Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Frau Kipfer, voll ausnützen!)

Abg. Birgit Kipfer SPD: Ich habe mir einige Notizen gemacht, worauf ich antworten muss.

Wo sitzt Herr Theurer? – Dort. Herr Theurer, ich sage Ihnen: Der SWR wäre heilfroh, wenn Herr Hornauer eine Lizenz erhielte. Denn nach Aussage der Landesregierung war die ganze Operation – auch B.TV – als Konkurrenz des privaten Rundfunks gegenüber dem SWR-3-Programm gedacht. Da kann der SWR in aller Ruhe die Zeit abwarten. So jedenfalls ist das für ihn keine Konkurrenz.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Da haben Sie Recht, was das Programm angeht!)

Zweitens, Herr Theurer: Ich bitte Sie doch, sich nicht irgendwelche Argumente von Herrn Hornauer selbst zu Eigen zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Uns wurde gerichtlich bestätigt, dass das Zeigen des Videos durch uns zu ganz großen Teilen rechtmäßig war. So viel dazu.

Sie haben meine Ironie bezüglich eines staatlichen „Schmuddelsenders“ offenbar überhaupt nicht verstanden.

(Beifall des Abg. Haller SPD)

Denn es geht nicht um einen „Schmuddelsender“. Sie können sich als Veranstalter künftig in jeder Art von Programmfläche dieser Telefonnummern bedienen. Das kann auch ganz seriös sein, das kann auch kirchlich sein,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Was ist dagegen einzuwenden?)

und Sie können ständig kassieren. Das könnte man sich auch vorstellen. Es war also Ironie.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Deswegen habe ich Sie ja gefragt, ob es Ironie war! – Gegenruf des Abg. Stichelberger SPD: Lange Leitung! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Drittens: die Frage der Zuverlässigkeit. Ich möchte nur einmal zitieren. Herr Palmer, ich möchte mich jetzt nicht auf rechtliche Debatten einlassen.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Schade, das ist der entscheidende Punkt!)

Es ist für mich überhaupt keine Frage, dass die LfK unabhängig entscheiden wird,

(Abg. Drexler SPD: Hat niemand bestritten!)

und dies sicherlich auf der Grundlage der bestehenden Gesetze, auch der Rahmengesetze und des Grundgesetzes. Das überlasse ich ihr. Nur ergibt sich durchaus ein Unterschied, wenn man folgende Bestimmung aus dem schleswig-holsteinischen Rundfunkgesetz liest. Darin heißt es:

Die Zulassung darf nicht erteilt werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragstellende die erforderliche Zuverlässigkeit für die Erfüllung der einem Rundfunkveranstalter nach dem Rundfunkstaatsvertrag und den ergänzenden landesrechtlichen Regelungen obliegenden Verpflichtungen nicht besitzt.

(Abg. Pauli CDU: Sinngemäß dasselbe! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Das ist nicht wahr! – Abg. Drexler SPD: Da gibt es ein Gutachten! Das ist nicht dasselbe!)

Oder noch viel einfacher – Rundfunkgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen –:

Die Zulassung setzt voraus, dass der Antragsteller nicht aufgrund von Tatsachen Anlass zu Bedenken gegen die zuverlässige Erfüllung seiner Pflichten nach diesem Gesetz gibt.

Also, ich denke, es ist in der Vergangenheit hinreichend deutlich geworden, dass es durchaus Anlass zu Bedenken gibt.

Dann zu dem Punkt, Herr Palmer, dass es hier gar nicht um ein landesweites Fernsehen geht. Ich habe natürlich verkürzt, weil ich nicht so wie Sie unbeschränkt über Redezeit verfüge. Jedenfalls bleibt es Herrn Hornauer nach allem, was ich weiß, unbenommen, wenn er denn diese Lizenz hat, sich in jedwedes Kabelnetz einzukaufen, so, wie das ja auch Herr Schuhmacher gemacht hat. Dann ergibt sich daraus ein landesweites Fernsehen. Ob Sie das nun als regierungsnahes Fernsehen einschätzen würden, mag ich nicht beurteilen. Aber Tatsache ist, dass er sich überall in die Kabelnetze einkaufen und sein Programm dort verbreiten kann. Dann ergibt sich ein landesweites Fernsehen.

Sie wollten alle Fragen beantworten, Herr Palmer. Auf eines sind Sie gar nicht eingegangen,

(Abg. Bebber SPD: Die Zeit hat nicht gereicht! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

nämlich die Frage, ob ein Sender, der sich über Call-Nummern finanziert – man kann sich ja vorstellen, dass das künftig notwendig ist, weil der Werbekuchen tatsächlich nur endlich groß ist und sich daraus nicht immer weitere Veranstalter finanzieren können –, in dieser Form noch ein Rundfunkveranstalter ist, wie wir ihn uns vorstellen. Denn Rundfunk hat nach dem Bundesverfassungsgericht eine dienende Funktion. Rundfunk setzt ein journalistisch hergestelltes Programm voraus, und es umfasst – jedenfalls nach unserem Verständnis – nicht die Möglichkeit, sich auf diese Art und Weise über Nummern zu finanzieren.

(Birgit Kipfer)

Es mag sein, dass es künftig ein Mediendienst ist. Aber dann lässt das Landesmediengesetz die Möglichkeit zu, dies als Versuch zu lizenzieren und auch zeitlich zu befristen. Vielleicht ist das auch eine Möglichkeit, einmal mit dieser Art Instrument der Programmfinanzierung umzugehen. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Im Übrigen sind wir zuversichtlich, dass die Landesanstalt hier eine ordentliche Entscheidung trifft. Wir wollen Sie allerdings beauftragen, nach Möglichkeiten zu suchen, unser Landesmediengesetz zu verschärfen.

Was das Redaktionsstatut betrifft, sind Sie überhaupt nicht gehindert, dieses Redaktionsstatut gesetzlich vorzuschreiben.

(Abg. Drexler SPD: Eben!)

Das wollen nicht nur wir, sondern auch Journalistenverbände schon ganz lange. Ich habe übrigens gehört, dass Herr Hornauer, wenn er denn eine Lizenz erhielte, von sich aus ein Redaktionsstatut machen wollte. Dann soll er das machen. Aber dann ist es vielleicht noch hilfreicher, wenn wir ihm das gesetzlich vorschreiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Pauli.

Abg. Pauli CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann die Verlängerung der Redezeit nicht ganz nachvollziehen, weil der Landtag in diesem konkreten Fall zunächst einmal überhaupt nichts zu melden hat.

(Abg. Drexler SPD: Mediengesetz! Wir kritisieren auch nicht den Präsidenten! – Weitere Zurufe, u. a.
Abg. Bebber SPD: Man kann doch das Mediengesetz ändern! – Unruhe)

– Lassen Sie doch erst einmal die LfK entscheiden. Es nützt überhaupt nichts, wenn wir hier emotional mit hohen moralischen Ansprüchen weiter debattieren. Das ist bloß Zeitverschwendung. Wir sollten uns im zuständigen Ausschuss, im Ständigen Ausschuss, sachlich darüber Gedanken machen. Wir sind gesprächsbereit, Frau Kipfer. Das habe ich Ihnen vorhin gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Verweisen Sie dann den Antrag?)

Zu den Redaktionsstatuten nur so viel: Ich halte überhaupt nichts davon. Auch als ehemaliger Journalist halte ich überhaupt nichts davon,

(Abg. Bebber SPD: Dann haben Sie eine andere Meinung!)

immer mehr Vorschriften zu machen, sondern es ist sinnvoll, hier lieber entsprechenden Maßnahmen auf freiwilliger Basis nicht im Weg zu stehen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Frau Kollegin Kipfer: Ich denke, wir kennen uns und schätzen uns an sich ja auch. Ich habe Ihre Ironie in der Tat nicht gleich verstanden. Deshalb habe ich auch noch einmal nachgefragt. Ich füge hinzu, dass auch die eine oder andere Anmerkung von mir durchaus mit einem ironischen Unterton gemeint war.

Ich möchte hier auch nicht der Zuverlässigkeit von Herrn Hornauer das Wort reden, weil ich diese Frage gar nicht entscheiden kann. Wir haben hier nur rudimentäre Informationen. Wir sind für diese Entscheidung gar nicht zuständig. Dafür ist der nach dem Landesmediengesetz eingesetzte Vorstand der LfK zuständig. Das möchte ich hier noch einmal herausstreichen. Nach den Informationen, die uns zugänglich sind, kann man zumindest an der politischen Bildung von Herrn Hornauer zweifeln. In einem Schreiben, das heute bei mir eingegangen ist,

(Abg. Drexler SPD: Oh! – Abg. Pfister FDP/DVP:
Das habe ich auch gelesen!)

schreibt Herr Hornauer beispielsweise, dass er, anders als Herr Schuhmacher bei B.TV, alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen ausgewogen und angemessen berücksichtigen möchte. Dann schreibt Herr Hornauer – ich zitiere –:

Bei B.TV 4 werden Regierung, SPD, FDP und GRÜNE, Arbeitgeber und Arbeitnehmer etc. in gleichem Maße Raum finden . . .

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Carla Brengener SPD: Die CDU nicht? – Abg. Pfister FDP/DVP: Die CDU hat er überhaupt nicht erwähnt!)

Damit hat er ja gezeigt, dass er vielleicht gar nicht weiß, welche Parteien es überhaupt gibt, vielleicht auch nicht weiß, wer die Regierung darstellt, oder er hat sich vielleicht gesagt: Regierung ist gleich CDU. Darüber möchte ich jetzt nicht spekulieren.

(Abg. Drexler SPD: Das war doch okay! Er geht davon aus: Wie bei der Verwaltungsreform hat die CDU-Fraktion nichts zu sagen!)

Er hat hier gezeigt, dass er eben bei der politischen Bildung vielleicht noch Nachholbedarf hat.

Eines möchte ich für die FDP/DVP-Fraktion erklären. Wir werden natürlich darauf achten, dass die Anforderungen, die das Landesmediengesetz an das Programm stellt, wenn es ausgestrahlt wird, auch eingehalten werden, wobei darüber auch die LfK wacht und das Staatsministerium als Rechtsaufsichtsbehörde nur im Zweifelsfall auf die LfK einwirken kann, wenn es beim Programm Verstöße gibt. Ich denke, dass es entscheidend ist, egal, wer der Lizenznehmer ist, egal, wer das Kapital zur Verfügung stellt,

(Abg. Stickelberger SPD: Es geht auch um die Zuverlässigkeit!)

(Theurer)

dass das redaktionelle Programm, das dann über Satellit ausgestrahlt wird, den hohen Anforderungen gerecht wird und dass die im Landesmediengesetz gestellten Anforderungen an die Qualität des Programms erfüllt werden. Dafür wird sich die FDP/DVP-Fraktion einsetzen, wobei die Zuständigkeit hierfür bei der LfK liegt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Theurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Abg. Theurer FDP/DVP: Gerne.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Frau Kipfer.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Herr Kollege Teufel – –

(Heiterkeit – Zurufe: Theurer!)

– Theurer, Entschuldigung. Das kann ja noch werden.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Birk CDU: So weit sind wir noch nicht! Wir werden auch nie dorthin kommen!)

Herr Theurer, haben auch Sie, so wie ich, der Presse entnommen, dass der Herr Kollege Oettinger sich sehr wohl eine Verschärfung des Gesetzes vorstellen kann? Und wie stehen Sie im Übrigen zum Redaktionsstatut? Ich habe dazu eigentlich noch nichts vernommen.

(Abg. Drexler SPD: Das weiß er nicht!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Die Aussage des Kollegen Oettinger – aber da müsste der Kollege Oettinger für die CDU-Fraktion eine verbindliche Erklärung abgeben – hat ja angedeutet, dass er sich eine Verschärfung des Landesmediengesetzes vorstellen kann. Ähnlich hat sich auch der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP geäußert, der Kollege Pfister.

(Abg. Drexler SPD: Ja, eben!)

Ich könnte mir vorstellen, dass wir die Voraussetzung eines Redaktionsstatuts tatsächlich in das Gesetz hineinschreiben. Dabei ist aber die Frage, ob man das gesetzlich regelt oder ob man das auch – Sie sind ja auch ein großer Anhänger der Tarifautonomie – beispielsweise analog zu Tarifverträgen regeln könnte.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist schon versucht worden, Herr Theurer! Vergeblich!)

Damit wäre ich am Ende meiner Ausführungen, Frau Kollegin Kipfer.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist sehr gut so! – Abg. Bebbler SPD: Wir hätten es nicht gemerkt, wenn Sie sich wortlos hingesetzt hätten!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

(Abg. Bebbler SPD: Jetzt mach sie nass!)

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist kein Wunder, dass der Herr Staatsminister so

lange geredet hat: So viele Nebelkerzen kann man in fünf Minuten schlichtweg nicht zünden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Da wird so getan, als ob alles, was am Medienstandort passiert, nur der Landesregierung zu verdanken sei. Wenn es beispielsweise einen Herrn Ade nicht gegeben hätte, der jahrelang beharrlich für die Filmakademie gekämpft hat, dann würde es dieses Projekt gar nicht geben. Das ist doch einfach einmal Fakt.

(Abg. Herrmann CDU: Aber das waren nicht die Grünen! Das war Herr Henke, der das in Ludwigsburg etabliert hat! Welche Partei hat Herr Henke?)

– Ja, ist ja okay. Ganz ruhig bleiben! Zu Ihnen komme ich gleich noch.

Letztendlich ging es hier doch nicht um die Frage, was irgendwann einmal gemacht wurde. Bevor Sie, Herr Palmer, etwas sagen, zitieren oder aus dem Zusammenhang reißen wollen, was ich zum Reisesender gesagt habe, müssen Sie sich vornehmen, korrekt zu zitieren. Denn eines ist doch klar: Natürlich ist es für diejenigen, die diese Arbeitsplätze angeboten haben, und auch für den Standort gut und richtig, dass dieser Reisesender kommt. Aber die Ausstrahlung dieses Reisesenders führt noch nicht dazu, dass ihm möglichst viele Firmen nachfolgten. Darum geht es doch. Das war meine Aussage. Es ging nicht darum, zu sagen: „50 Arbeitsplätze interessieren uns nicht.“

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

– Ja, ja. So viele sind es nun nicht. Ich habe da mehr Kontakt als du.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Das Nächste ist: Sie sagen, es sei kleinkariert, wenn man kritisiert, dass der SWR, wobei Sie einfach eine schlechte Rolle gespielt haben, zu wenig Aufträge nach außen vergebte. Für die Medienschaffenden in Ludwigsburg und an Orten, zu denen ich komme, ist das ein Thema, das sie umtreibt und das sie weiterhin als sehr negativ für den Standort ansehen. Das kann man einfach nicht klein reden.

(Abg. Drexler SPD: Der Minister redet noch einmal zehn Minuten!)

Zu dem anderen, um das es geht, haben Sie überhaupt nichts gesagt. Das ist das Entscheidende. Ich habe ja eingangs zitiert, wie wichtig Sie es finden, dass man aktiv Medienstandortpolitik betreiben muss. Sie sind in keiner Weise auf die Frage eingegangen, was Sie eigentlich dazu beigetragen haben, dass B.TV einen würdigen Nachfolger bekommt. Das ist doch das Problem. Das ist das, was wir kritisieren. Das können Sie hier nicht wegreden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In einem gebe ich Ihnen ja völlig Recht: Es ist sehr schwierig, in dem Rahmen, den das Mediengesetz bisher darstellt und der auch durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts

(Walter)

gegeben ist, etwas zu tun. Das räumen wir ein. Das hat auch niemand bestritten. Deswegen hat ja die LfK den schwarzen Peter. Darüber, dass diese Entscheidung niemandem in der LfK leicht fällt und dass jeder froh wäre, er hätte diese Entscheidung nicht zu treffen, sind wir uns einig. Darüber müssen wir nicht streiten. Es geht wirklich um die Frage: Sind diese hehren Ansprüche, die Sie auch heute wieder vorgebracht haben,

(Abg. Drexler SPD: Gebetsmühlenhaft!)

im Zusammenhang mit B.TV eingelöst worden? Unsere Antwort lautet eindeutig: Nein. Das ist das Problem, und das muss hier angesprochen werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Pauli CDU: Dann gibt es eine dritte Runde, oder? – Abg. Bebbler SPD: Dann werden die Redezeiten noch einmal verlängert! – Abg. Dr. Birk CDU: Er muss das doch klarstellen! Er wurde ja angegriffen! – Unruhe)

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Entschuldigung! Ich habe die Redezeiten nicht verlängert.

(Abg. Bebbler SPD: Doch!)

Wenn Sie wirklich erwarten, dass ich hier irgendeinem Argument aus dem Weg gehe, dann dürfen Sie mich nicht mit so einer Debatte fordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will auf jedes Argument eingehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Zuerst zu Ihnen, Herr Kollege Walter: Natürlich gehört ein Ideengeber, ein Motor, ein Chef wie Albrecht Ade dazu, sonst wäre die Filmakademie nicht so weit, wie sie ist. Aber es gehören auch die politischen Beschlüsse dazu, die wir seit 1991 für den Ausbau dieser Filmakademie getroffen haben, zum Beispiel zur Finanzierung des erst vor kurzem begonnenen dritten Bauabschnitts aus Mitteln der Zukunftsoffensive III, die Sie in das allgemeine Steueraufkommen und den Länderfinanzausgleich hätten geben wollen, wenn wir diese nicht dem Land zugeführt hätten. Deshalb können wir jetzt in Ludwigsburg mit Mitteln aus der Landesstiftung und aus der Zukunftsoffensive III die Serienproduktion ausbauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zweiter Punkt – zu der Aussage, das Land habe bei Maran eine schlechte Rolle gespielt –: Ich bin bis an die Grenzen gegangen, um den SWR dazu zu bringen, Auftragsproduktionen nach außen zu geben. Frau Kipfer könnte mich in diesem Fall sicher mit einiger Berechtigung fragen: Ist da

die Autonomie des SWR noch akzeptiert gewesen? Ich habe mit Herrn Voß darüber verhandelt. Es gibt ein gemeinsames Dokument zur Auslagerung von Produktionen auf freie Auftragnehmer, Herr Walter, das die Unterschriften von Herrn Voß und mir trägt. Wir haben x Gesprächsrunden mit dem SWR gehabt. Der SWR hat aber halt einen Kompromiss eingehen müssen zwischen einem Abbau der in Jahrzehnten gewachsenen Eigenproduktionsstrukturen und dem Willen von uns, gleich möglichst viel nach außen zu geben. Für mich war es nicht genug, aber es war die Entscheidung der Gremien. Wir haben als Landesregierung von Baden-Württemberg dem SWR über diesen Weg immerhin einiges abgerungen.

(Beifall bei der CDU)

Dritter Punkt: Reisesender – 50 Arbeitsplätze und sonst nichts bei Firmen. Bereits jetzt sind in Tochterfirmen in der Stadt Ludwigsburg – vor wenigen Tagen habe ich mich bei der gemeinsamen Tochter von „Sonnenklar“ mit AV Communications und Euroarts erkundigt – ca. 30 weitere Arbeitsplätze entstanden. Nur wenn Sie etwas generieren, nur wenn Sie Sender in das Land holen, tut sich etwas, auch bei den Dienstleistern, bei den Cuttern, bei den Synchronisierern, bei den Schauspielagenturen. Und Sie sehen ja, dass sich am Standort Ludwigsburg etwas tut: 30 weitere Arbeitsplätze! Bitte sagen Sie deshalb so etwas nicht.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Argumenten von Frau Kipfer: Herr Hornauer hat sich um den „Satellitenführerschein“ für ein Vollprogramm beworben. Die LfK muss die Einordnung treffen: Ist es ein Mediendienst, oder ist es ein Fernsehprogramm? Diese Einschätzung können wir nicht treffen. Er kann aber mit seinen 0190er-Nummern beispielsweise im Werbebereich des Vollprogramms durchaus auftreten

(Abg. Drexler SPD: Nein! Er tritt überall auf! Er macht nur Werbung!)

im Rahmen des Rundfunkstaatsvertrags und des Werbezeitkontingents.

Zweiter Punkt: Redaktionsstatut. Darauf bin ich vorhin leider nicht eingegangen. Sie fordern seit Jahr und Tag Redaktionsstatuten für die Zeitungen und im privaten Rundfunk. Wir – FDP/DVP und CDU – lehnen dies seit Jahr und Tag ab, weil wir sagen: Das ist ein Eingriff in die Vertragsfreiheit.

(Abg. Drexler SPD: Herr Theurer hat doch gerade etwas anderes gesagt! Er hat gesagt, er könnte es sich vorstellen!)

Wir wollen, dass Unternehmer und Arbeitnehmer zusammen zu einer Entscheidungsfindung kommen. Deshalb wollen wir in Baden-Württemberg keine Redaktionsstatuten. Wir werden sie jetzt nicht über die Hintertür der B.TV-Debatte einführen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das wäre ein Fehler.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Die LfK kann allerdings Auflagen machen. Es gibt erste Andeutungen in der Öffentlichkeit darüber. Die LfK könnte

(Minister Dr. Christoph Palmer)

als eine der Auflagen für die Erteilung des „Satellitenführerscheins“ beispielsweise einen Redaktionsbeirat, einen Programmbeirat, eine Trennung der Geschäftsführung von der programmlichen Verantwortung vorgeben. Das wäre dann aber auch eine LfK-Entscheidung.

Letzter Punkt – damit ich ein für allemal aufräume mit dem Thema, es gebe unterschiedliches Rundfunkrecht in Deutschland –: Ich will Ihnen abschließend Folgendes, wirklich mit der Bitte, dass Sie wenigstens die Rechtsgrundlagen zur Kenntnis nehmen, vortragen. Kommentierung Hesse:

Der Antragsteller muss seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik haben, gerichtlich unbeschränkt verfolgbar und zuverlässig in dem Sinne sein, dass von ihm die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an die Veranstaltung von Rundfunksendungen erwartet werden kann.

Die Zuverlässigkeit bezieht sich eben nicht auf seine allgemeine Persönlichkeitsstruktur. In der Fußnote dieser führenden Rundfunk-Komentierung von Hesse heißt es dann weiter: „So Landesmediengesetz Baden-Württemberg, Bayerisches Mediengesetz, Mediengesetz von Mecklenburg-Vorpommern . . .“ – die Mediengesetze aller 16 Bundesländer sind aufgeführt, an vorletzter Stelle das Landesmedienrecht von Schleswig-Holstein, das Sie immer zitieren.

Wir haben – meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist schmerzhaft für die Politik –

(Abg. Drexler SPD: Wieso?)

manchmal in rechtlichen Fragen verdammt geringe Spielräume.

(Abg. Drexler SPD: Neuland!)

Dann müssen wir uns darüber auch klar werden und dürfen nicht hier im Parlament und in der Öffentlichkeit gegenüber der Landesregierung einen Popanz aufbauen, der der Wirklichkeit und dem Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland nicht entspricht.

(Abg. Drexler SPD: Wir könnten Neuland betreten!)

Deshalb können wir den Antrag der SPD, glaube ich, heute auch nur ablehnen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Neuland betreten! Ängstlichkeit! Das ist wie beim Krieg! Keine Werte! Wie beim Krieg!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der vorliegenden Anträge.

Die Anträge Drucksachen 13/1244 und 13/1850 sind Berichtsanhänge. Sie sind mit der heutigen – –

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Bitte an den Ständigen Ausschuss überweisen!)

– Sie wollen, dass beide Anträge an den Ständigen Ausschuss überwiesen werden?

(Unruhe – Abg. Birgit Kipfer SPD: Ja!)

Das Haus stimmt der Überweisung zu.

Dann kommen wir zum Antrag Drucksache 13/1931. Wollen Sie für diesen Antrag Überweisung oder Abstimmung?

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Heute abstimmen!)

– Sie begehren Abstimmung.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Bitte getrennt nach den Ziffern 1 und 2!)

– Ich lasse über den Antrag Drucksache 13/1931 getrennt nach Ziffern abstimmen.

Wer der Ziffer 1 dieses Antrags der Fraktion der SPD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer der Ziffer 2 des Antrags Drucksache 13/1931 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist auch die Ziffer 2 dieses Antrags mehrheitlich abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 13/1883

Für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung hat das Präsidium als Redezeit zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Herr Minister Dr. Döring, Sie erhalten das Wort.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Wenn Sie gestatten, würde ich die Begrüßung in wenigen Sekunden wiederholen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, soweit Sie den Saal verlassen wollen, machen Sie dies bitte zügig, damit der Herr Minister möglichst bald beginnen kann.

(Heiterkeit)

Bitte schön, Herr Minister.

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Ich bedanke mich für das zügige Verlassen des Saales und komme zum eigentlichen Thema.

(Abg. Fischer SPD: Das würde mir zu denken geben, Herr Minister!)

(Minister Dr. Döring)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesplanungsgesetzes und anderer Gesetze erfüllt die Landesregierung ihren Beitrag zur abschließenden Anpassung des Landesrechts an das Raumordnungsgesetz des Bundes. Es werden aber auch landespolitische Akzente gesetzt. Der Gesetzentwurf bringt eine lange und zum Teil sehr stürmische Diskussion zu einem vorläufigen Ende, nämlich die Diskussion um die Standortplanung für Windkraftanlagen.

Der Gesetzentwurf sieht eine Schwarz-Weiß-Lösung vor.

(Abg. Capezzuto SPD: Schwarz-Gelb!)

– Schwarz-Gelb wäre mir lieber; eine Schwarz-Weiß-Lösung ist vorgesehen. – Regionsweit flächendeckend sollen in den Regionalplänen als Ziele der Raumordnung Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen festgelegt werden. Gleichzeitig sind die übrigen Gebiete der Region als Ausschlussgebiete festzulegen, in denen regionalbedeutsame Windkraftanlagen unzulässig sind. Für die Träger der Regionalplanung besteht eine Planungspflicht. Sie werden ausdrücklich dazu verpflichtet, derartige planerische Ausweisungen vorzunehmen, soweit dies bisher noch nicht geschehen ist.

Der Gesetzentwurf enthält keine Legaldefinition der Regionalbedeutsamkeit einer Windkraftanlage oder einer Gruppe von Windkraftanlagen. Die Gesetzesbegründung verweist ausdrücklich auf die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte. Danach kommt es auf den Einzelfall an, nämlich auf die Beurteilung der Anlage in ihrem jeweiligen Standortumfeld.

Was erreichen wir mit unserem Regelungsvorschlag? Wir schaffen, Kolleginnen und Kollegen, zum einen Planungssicherheit für Investoren. Zum anderen stellen wir sicher, dass der Ausgleich zwischen positiver und negativer Standortaussage für die regionalbedeutsamen Anlagen dort erfolgt, wo er hingehört, nämlich auf der Regionalebene.

Wenn wir die Regionalplanung in die Verantwortung nehmen, verhindern wir, dass alle Konflikte ganz auf die Gemeinden abgewälzt werden. Auf diese Weise vermeiden wir zusätzlich einen planerischen Flickenteppich von Ort zu Ort. Wir vermeiden die berühmte und beklagte Verspargelung der Landschaft.

Auch wir – das ist gar keine Frage – wollen die zunehmende Nutzung regenerativer Energien. Wir wollen einen steigenden Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung, aber nicht um jeden Preis. Die bundesweite Privilegierung von raumbedeutsamen Windkraftanlagen im Außenbereich ist ein Beitrag zur Energiewende. Die Feinsteuerung bei der Festlegung von Standorten durch Regionalplaner macht die Energiewende landschaftsverträglich.

Der Gesetzentwurf leistet darüber hinaus auch einen wichtigen Beitrag zur Deregulierung und auch zur Kostenminimierung. Dazu gehören folgende Regelungen des Gesetzentwurfs:

Bisher ist das zweistufige Regionalplanverfahren die Regel; künftig soll es durchgehend nur das einstufige Regionalplanverfahren geben.

Der Gesetzentwurf enthält unter dem Eindruck des Anhörungsverfahrens keine Kompetenz der Genehmigungsbehörde, einen Regionalplan unter bestimmten Voraussetzungen selbst zu ändern. Nunmehr wird an der strengen Trennlinie zwischen Planungs- und Genehmigungskompetenz festgehalten.

Der Gesetzentwurf bringt ferner eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Bekanntmachung dieses Plans.

Der Gesetzentwurf sieht eine Delegation der Zielabweichungsverfahren auf die Regierungspräsidien, auch für Ziele des Landesentwicklungsplans, vor.

Einen Beitrag zur Deregulierung bringt auch die Aufwertung des Planungsausschusses von einem beratenden zu einem beschließenden Ausschuss. Dem Planungsausschuss können die entscheidungsvorbereitenden Beschlüsse übertragen werden. Außerdem kann dem Planungsausschuss bei Teilfortschreibungen und sonstigen Änderungen des Regionalplans der Satzungsbeschluss übertragen werden. Es liegt an den Verbänden, die Reformansätze wirksam in die Planungspraxis zu integrieren.

Der Gesetzentwurf sieht auch eine Beteiligung der Öffentlichkeit in den Regionalplanverfahren vor. Die Beteiligung der Öffentlichkeit bietet zum einen die Chance für eine wachsende Akzeptanz der Regionalplanung und ermöglicht zum anderen die Einbeziehung privater Belange in die Standortentscheidung für oder gegen Windkraftanlagen.

Der Gesetzentwurf enthält zwei Regelungen nicht:

Der Gesetzentwurf enthält zum einen keine Änderung des Waldgesetzes. Der Entwurf für das Anhörungsverfahren enthielt unter anderem einen Artikel zur Änderung des Landeswaldgesetzes, mit dem das Reiten und Radfahren im Wald neu geregelt werden sollte.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Die Gesamtproblematik soll nunmehr ohne Zeitdruck von dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum vertieft untersucht und in einem eigenständigen Gesetzentwurf gelöst werden.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja, wunderbar!)

Die Novelle des Landesplanungsgesetzes bringt zum anderen keine Erhöhung des Landeszuschusses für die Regionalplanung. Über die Zuschussfrage kann nicht isoliert entschieden werden. Diese Frage gehört in die Haushaltsberatungen.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einige grundsätzliche Überlegungen zu den Regionalverbänden.

Was die Organisation der Regionalverbände angeht, sieht die rechtliche Lage Folgendes vor: Da sind zum einen die Regionalverbände in ihrer bewährten Organisationsstruktur, also die kommunal verfasste Regionalplanung. Dazu kommen die speziellen Formen länderübergreifender Regionalplanung, wie wir sie mit dem Regionalverband Donau-Iller im Süden unseres Landes und mit dem Raumordnungsver-

(Minister Dr. Döring)

band Rhein-Neckar im Norden bereits kennen. Ihre Weiterentwicklung steht an. Sie wird mit unseren Nachbarländern Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz eng abgestimmt. Dazu kommt die besondere Regelung für den Verband Region Stuttgart, Herr Kollege Hofer. Und schließlich gibt es die Möglichkeit von Zweckverbandslösungen. Diese Option sieht das Landesplanungsgesetz bereits seit zwei Jahren vor. Sie ist in der Praxis bisher nicht aufgenommen worden.

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zu möglichen Kosteneinsparungen. Andere Zuordnungen der Regionalplanung als die bisherige sind für das Land nicht kostengünstiger. Auch der Rechnungshof sieht dies in seinem Bericht über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Regionalverbände in den Haushaltsjahren 1999 bis 2001 so.

Die Regionalplanung durch die Regionalverbände mobilisiert im Übrigen in optimaler Weise ehrenamtlichen und kommunalen Sachverstand. Kommunale und regionale Entwicklung sind wechselseitig auf das Engste miteinander verflochten.

Durch Gesetz und durch die Wahl in die Verbandsversammlung ist gewährleistet, dass im Wesentlichen alle in den Kreistagen und Gemeinderäten vertretenen Parteien und Gruppierungen – also auch die so genannten kleinen und die Freien Wähler – in der Verbandsversammlung vertreten sind. Andere Zuordnungen der Regionalplanung müssten sich an dieser demokratischen Qualität und pluralistischen Repräsentanz messen lassen.

Wir bitten Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

Abg. Dr. Birk CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Landesplanungsgesetzes liegt ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor, der eine stimmige, durchgängige Planung vom Land über die Regionen bis in die Kommunen hinein ermöglicht. Wir haben damit nicht nur eine Vorgabe des Raumordnungsgesetzes erfüllt, sondern wir kommen auch dem uns selber gesteckten Ziel nach, Dinge zu deregulieren und mehr Rechtssicherheit und Planungssicherheit zu geben.

Lassen Sie mich das an einem Thema, das ja auch im Vorfeld dieses Gesetzentwurfs sehr strittig und kontrovers diskutiert wurde, aufzeigen: am Thema Schwarz-Weiß-Lösung für Windkraftanlagen.

(Abg. Schmiedel SPD: Das soll rechtssicher sein?
– Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Deregulierung?)

Ich denke, wir haben es uns mit dieser Diskussion und auch mit den möglichen Wegen nicht einfach gemacht. Aber für uns ist eines wichtig: Wir wollen die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg ausbauen. Es steckt erhebliches Ausbaupotenzial in Baden-Württemberg. Aber es ist auch

immer eine Abwägungsfrage, wo man es notwendigerweise machen kann und wo auch bestimmte andere Belange, zum Beispiel der Landschaftsschutz, berührt sind. Deswegen haben wir eine kluge Entscheidung getroffen, indem wir eine Einheitlichkeit der Planung für das gesamte Land wollen, indem die Regionalverbände verpflichtet werden zu planen. Damit nehmen wir auch ein Stück weit den Druck von den Kommunen weg.

Das Zweite ist, dass die Regionalverbände Ausschlussgebiete und Vorranggebiete mit einer außergebietlichen Ausschlusswirkung ausweisen müssen. Das hat den Vorteil, dass man anhand klar vorgegebener Kriterien entscheiden kann, wo Windkraftanlagen gebündelt hinsollen und wo nicht. Ich sage dies auch deshalb, weil wir auch eine Verantwortung für unser Landschaftsbild haben, weil wir keine Verspargelung in Baden-Württemberg haben wollen. Ich sage auch ausdrücklich: Wir wollen in Baden-Württemberg keine Verhinderungsplanung in Bezug auf Windkraftanlagen,

(Abg. Schmiedel SPD: Na! Ehrlich bleiben! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Der Gesetzentwurf spricht eine andere Sprache!)

sondern wir wollen, dass die Ausbaupotenziale, die wir haben, genutzt werden. Ich denke, Herr Kollege Schmiedel und Herr Kollege Witzel, es hat sich auch gestern beim Abend des VDEW, des Verbands der Elektrizitätswirtschaft, eindrucksvoll gezeigt, dass die Ausbaupotenziale im Bereich der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg bei der großen Wasserkraft liegen.

(Abg. Schmiedel SPD: Na und?)

Allein der Neubau des Kraftwerks Rheinfelden bietet adäquaten Ersatz für 300 Windkraftanlagen. Auf 300 Windkraftanlagen könnte mit dem Neubau von Rheinfelden verzichtet werden. Ich denke, es wäre ein ganz hervorragendes Ziel, wenn wir es gemeinsam schaffen würden, dass die große Wasserkraft mit positiven Impulsen für neue Anlagen in Baden-Württemberg in das Erneuerbare-Energien-Gesetz aufgenommen werden könnte.

Wir leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Landschaftsbildes. Ich sage dies auch deshalb, weil Baden-Württemberg eines der führenden Tourismusländer ist. Wir bekommen derzeit schon die kritischen Diskussionen vor allem der nördlichen Küstenländer mit bei der Frage der künftigen Ansiedlung, bei der Frage, wo konkret künftig Standorte für Windkraftanlagen ausgewiesen werden. Auch dort werden aus vielerlei Gründen zunehmend Vorbehalte und Protest angemeldet,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Aber auch Begeisterung, Freude und Ähnliches! – Abg. Schmiedel SPD: Und Leidenschaft!)

nicht zuletzt unter dem touristischen Aspekt, dass die Windkraftanlagen dort aufgrund der Verspargelung der Landschaft zunehmend einen negativen Einfluss auf die Landschaft, auf das Landschaftsbild haben.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Seien Sie doch kein Schwarzmalerei!)

(Dr. Birk)

Deswegen sagen wir ganz bewusst: Baden-Württemberg hat den Schwarzwald, Baden-Württemberg hat die Schwäbische Alb, wo die Erhaltung der Kulturlandschaft für uns in der Abwägung wichtiger ist als die Zupflasterung dieser Landstriche mit Windkraftanlagen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Überlegen Sie: in Baden-Württemberg 200 Anlagen!)

Deshalb muss die Konzentration vernünftigerweise unter dem Aspekt der Windhöflichkeit und aufgrund von Abwägungskriterien vorgenommen werden. Wir brauchen hier eine Planung aus einem Guss für das ganze Land. Die CDU steht hinter dem Konzept des Landesplanungsgesetzes.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP)

Dieses Landesplanungsgesetz – der Herr Minister hat es bereits ausgeführt – ist auch ein wichtiger Beitrag zur weiteren Deregulierung. Die Delegation des Zielabweichungsverfahrens beim Landesentwicklungsplan vom Wirtschaftsministerium auf die Regierungspräsidien ist wichtig, weil es nicht immer so bedeutsame Zielabweichungen gibt, bei denen man sagen kann, das Regierungspräsidium sei die richtige Behörde, um eine Abwägung und Federführung für die weitere Planung vorzunehmen. Im Übrigen ist dies auch im Sinne des Bündelungscharakters dieser Mittelbehörde und im Sinne der von der Landesregierung angestrebten Verwaltungsreform.

Ein weiterer Punkt ist die fakultative Aufwertung des Planungsausschusses zum Beschlussorgan. Es gibt nämlich in Zukunft vor allem für periphere Planänderungen die Möglichkeit, dass der Planungsausschuss als Beschlussorgan hierüber entscheidet und dafür nicht in jedem Fall die übergeordneten Gremien, wie auch die Regionalversammlungen, notwendig sind. Das ist ein Beitrag zur Flexibilisierung, zur Gestaltung des Verfahrens nach der örtlichen Notwendigkeit und damit zweifelsohne für die Regionalplanung ein Gewinn.

Die generelle Einführung des einstufigen Beteiligungsverfahrens ist ebenso sinnvoll. Das haben wir auch schon beim Landesentwicklungsplan gesehen. Es soll jetzt auch auf die Regionalpläne erweitert werden und sieht vor, dass man in einem einstufigen Verfahren bei der Ausarbeitung und nach der Ausarbeitung – bislang war es so, dass die Träger öffentlicher Belange mehrfach angehört wurden und die entsprechenden Belange einbezogen wurden – die Einbeziehung künftig in einem Schritt bündelt. Dies ist ein Beitrag zur Beschleunigung und zur Deregulierung von Verfahren.

Lassen Sie mich abschließend noch die Einbeziehung der Öffentlichkeit sowie von den Verbänden in das Regionalplanverfahren aufzeigen. Auch dies ist sinnvoll und erwünscht, dass viele Verbände aus ganz unterschiedlichen Bereichen – sei es aus dem Bereich der Wirtschaft, sei es aus dem Bereich der Kommunen, sei es aus dem Bereich des Landschafts- und Naturschutzes – einbezogen werden können, damit wir dort auch zu einer ausgewogenen und möglichst vielen Interessen gerecht werdenden Landes- und Regionalplanung kommen.

Summa summarum: Dieser Gesetzentwurf der Landesregierung ist richtig angelegt in allen Belangen. Wenn man sich die Anhörungsergebnisse mit einigen Ausnahmen anschaut, dann wird insbesondere von den Regionalverbänden und von den kommunalen Landesverbänden Zustimmung signalisiert. Dass die Umweltverbände manches anders sehen, liegt in der Natur der Sache. Ich habe vorhin das Thema Windkraft angeführt. Dass die Regelungen, die jetzt vorgesehen sind, aus der Sicht der Naturschutzverbände und der Umweltschutzverbände sowie der Interessenverbände, die die Windkraft befördern wollen, nicht weit genug gehen, ist legitim und einleuchtend, darf uns aber bei unserer Absicht, das Gesetzesvorhaben so auf den Weg zu bringen und in dieser Form darüber abzustimmen, nicht hindern.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die CDU-Fraktion steht weiterhin hinter der regionalen Idee. Der Herr Wirtschaftsminister hat dies auch ausgeführt, was den Verband Region Stuttgart angeht. Wir benötigen hier eine Weiterentwicklungsperspektive. Wir sagen aber auch: Eine regionale Idee, die in Stuttgart sinnvoll ist und greift, kann nicht dem ganzen Land übergestülpt werden. Dort, wo die regionale Zusammenarbeit vertieft werden soll, wo sie im Interesse der jeweiligen Region im Land ist, soll dies durchaus auch aus den Regionen heraus erwachsen können, gerade auch was die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Richtung Bayern, Hessen oder Rheinland-Pfalz angeht, im Übrigen auch in Richtung Frankreich, siehe Oberrhein. Aber wir möchten das nicht aufdrängen. Wir möchten, dass hier freiwillige Lösungen zustande kommen. Das war nicht zuletzt gestern in der Debatte interessant: Hier unterscheiden wir uns ganz klar vom Regionalkreiskonzept der SPD.

(Abg. Schmiedel SPD: Noch!)

Ich denke, sowohl mit dem Landesplanungsgesetz als auch mit der Regionalplanung, auch in den Fragen der Zusammengehörigkeit von entsprechenden Verflechtungsräumen, der Zusammenschlussmöglichkeiten zu Regionalverbänden und auch der politischen Weiterentwicklung von Regionalverbänden, liegen wir damit auf dem richtigen Weg. Deshalb besteht, auch was die Frage von möglichen Zweckverbänden angeht, weiterhin die Möglichkeit, diese regionale Zusammenarbeit auszubauen.

Insofern handelt es sich um einen guten Gesetzentwurf, den wir gern zur weiteren Beratung dem Wirtschaftsausschuss überweisen. Ich hoffe, dass wir ihn dort schnellstmöglich verabschieden können, um in vielen Bereichen die notwendige Planungs- und Rechtssicherheit zu bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, die beabsichtigte Änderung des Landesplanungsgesetzes ist eines der wenigen Gesetzesvorhaben der Landesregierung, das nicht von Grund auf falsch und in allen Punkten verfehlt ist.

(Heiterkeit)

(Schmiedel)

Richtig ist zum Beispiel, dass Sie sich mit diesem Landesplanungsgesetz an das Raumordnungsgesetz des Bundes anpassen

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und die Landesregierung endlich einmal Bundestreue zeigt, wie sich das eigentlich gehört.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Aber verspätet!)

– Ziemlich spät. Aber der Herr liebt auch diejenigen, die sich verbessern.

(Heiterkeit – Abg. Marianne Wonnay SPD: Das war jetzt eine freie Interpretation! Das war der verlorene Sohn! – Abg. Hofer FDP/DVP: Das steht in keiner Bibel, wie er das zitiert hat!)

Das Zweite: Eine stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung wird von uns natürlich begrüßt.

(Unruhe)

Wir finden auch die beabsichtigte Beschleunigung der Verfahren und auch eine größere Flexibilität richtig.

Gravierende Mängel weist das Gesetz da auf, wo Sie es mit der Bundestreue nicht mehr so ernst nehmen. Das ist die Regelung bezüglich der regionalbedeutsamen Windkraft.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist keine Bundestreue!)

Sie instrumentalisieren dieses Gesetz und missbrauchen damit das Landesplanungsrecht, um eine politische Zielsetzung des Bundes zu unterlaufen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist falsch, Herr Kollege!
– Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Geben Sie es wenigstens zu, Herr Birk!)

Übrigens waren es ja noch Ihre politischen Freunde im Bund, die die Privilegierung der Windkraft geschaffen haben.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ja, Dörflinger!)

Privilegierung heißt, dass dann eine Genehmigung zu erteilen ist, wenn dem keine anderen Rechte zwingend entgegenstehen. Das ist der politische Wille des Bundes.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Oder planerisch!)

Und Sie kehren diesen politischen Willen des Bundes jetzt durch planerische Vorgaben ins glatte Gegenteil um.

(Abg. Dr. Birk CDU: Wir konkretisieren das mit dem Landesplanungsgesetz! – Abg. Hofer FDP/DVP: Dann wäre es ja nicht zulässig!)

Denn – und das, Herr Minister, ist für eine liberale Partei schon ein bedeutsamer und bemerkenswerter Vorgang – mit der von Ihnen beabsichtigten Schwarz-Weiß-Malerei,

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

wonach das Land eingeteilt wird in Flächen, auf denen Windkraftnutzung erfolgen kann und sonst nichts, Vorrang-

gebiete, und Flächen, auf denen keine Windkraftnutzung möglich ist, greifen Sie erheblich in das Grundrecht auf Eigentum ein.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das ist ein ganz erheblicher Eingriff.

(Zuruf des Abg. Hillebrand CDU)

Deshalb folgt daraus zwingend, dass die Flächen, die als Vorranggebiete ausgewiesen werden, auf denen ein Eigentümer also nichts anderes als eine Windkraftanlage errichten darf, auf denen keine andere Nutzung erfolgen darf, sehr gering gehalten werden.

(Abg. Dr. Birk CDU: Beim Hornauer wollte er auch eingreifen! – Gegenruf der Abg. Marianne Wonnay SPD: Da haben Sie schon intelligentere Zwischenrufe gemacht!)

Nach dem, was bisher stattfindet, sind das weit unter 1 %.

Wenn Sie im Umkehrschluss dann als „schwarze Nummer“ alle anderen Gebiete für die Windkraftnutzung ausschließen, dann heißt das: Sie reduzieren die Windkraftpotenziale im Land auf Gebiete weit unterhalb der Möglichkeiten

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

und schränken damit die Nutzung der regenerativen Energien ein.

Damit produzieren Sie beileibe nicht mehr Rechtssicherheit, sondern sie provozieren eine Fülle von Teiländerungen der Regionalpläne, um die Regionalplanung an von Kommunen zusammen mit Investoren gewünschte Standorte anzupassen. Sie provozieren Zielabweichungsverfahren,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

um dann konkrete Standorte zu ermöglichen.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass diese Regelung am Ende keinen Bestand haben wird. Aber dass Sie sich von Ihrem schwarzen Koalitionspartner eine solche unliberale Gesetzesinitiative haben aufdrängen lassen, zeigt schon die Kräfteverhältnisse in dieser Koalition.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Das ist ein dicker Hund!)

Ein zweiter Punkt: Die Lebensqualität in unserem Land

(Zuruf von der CDU: Ist gut!)

hängt zunehmend auch davon ab, wie die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung gewährleistet wird. Deshalb gilt es in der Regionalplanung einen vernünftigen Ausgleich zu finden zwischen dem vorhandenen Interesse nach großflächigem Einzelhandel und dem notwendigen Erhalt von wohnungsnaher Kaufkraft in den Städten. Sie weichen nun die regionalen Steuerungsmöglichkeiten auf, indem Sie die Möglichkeit der gebietsscharfen Ausweisung von Vorrangstandorten für großflächigen Einzelhandel abschaffen. Das heißt, Sie öffnen in den zentralen Orten am Rande der Siedlungen im Einzugsbereich von Nachbarstädten viele weitere

(Schmiedel)

Potenziale, großflächigen Einzelhandel anzusiedeln, und leisten dadurch ungunstigen Entwicklungen Vorschub.

Wir lehnen dies ab, weil wir glauben, dass der Weg richtig ist, den zum Beispiel die Region Stuttgart beschritten hat, nämlich durch eine Teiländerung des Regionalplans in Kooperation mit den zentralen Orten Vorrangflächen für großflächige Einzelhandelsstandorte gebietsscharf auszuweisen. Ob dies noch Bestand hat, wenn Ihr Vorhaben Gesetzeskraft erlangt, ist sehr zweifelhaft. Wir erwarten diesbezüglich Ihre offene Diskussion auch im Ausschuss, da ich annehme, dass wir uns wenigstens in der Zielsetzung einig sind.

(Zuruf von der CDU: Das ist geklärt!)

Dann muss man fragen, ob die Instrumente, die Sie in das Landesplanungsgesetz einbringen wollen, tatsächlich geeignet sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Ein dritter Punkt, den wir kritisieren und ablehnen, ist, dass Sie die regionale Steuerung der Siedlungsentwicklung schwächen. Sie wollen quantifizierte Vorgaben für die Siedlungsstruktur herausnehmen. Alle Fachleute sagen uns: Ohne quantifizierbare Vorgaben lassen sich Siedlungsschwerpunkte nicht mehr richtig definieren und lässt sich vor allem Eigenentwicklung nicht steuern. Deshalb leisten Sie mit dieser Vorgabe der Entwicklung eines Siedlungsbereichs Vorschub und stören im Grunde genommen gute regionale Ansätze, die es in unseren Regionalverbänden gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein Viertes: Sie wollen Zielabweichungsverfahren auf die Regierungspräsidien delegieren. Wir sind der Meinung: Wenn Regionalplanung richtigerweise demokratisch legitimiert und formuliert wird, dann soll im Einzelfall auch die Abweichung von der Generalzielsetzung von dem demokratisch legitimierten Gremium erlaubt werden, nämlich dem Regionalverband. Dies ist die richtige Systematik. Wir wollen kein weiteres Auseinanderfallen von Planung und Genehmigung.

Mit diesen Vorschlägen werden wir also in die Ausschussberatung gehen. Wir hoffen, Sie sind nicht auf Ihre Holzhammersteuerung bei der Windkraft festgelegt. Sie haben gesagt, Sie wollen die Feinsteuerung. Wenn Sie schon sagen, dass Sie die kommunalen Gremien stärken wollen, dann überlassen Sie doch die Feinsteuerung in vielen Bereichen –

(Abg. Dr. Birk CDU: Statt Holzhammer Holzhack-schnitzel!)

Vorranggebiete, Ausschlussgebiete und alles, was dazwischen liegt – den kommunalen Gremien und der Entscheidung im Einzelfall. Das wäre ein liberaler Ansatz.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Jawohl!)

Setzen Sie sich gemeinsam mit uns gegen Ihren schwarzen Koalitionspartner durch, dann wird die Sache gut.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will bei meinen Ausführungen nicht zu sehr in die Tiefe gehen, soweit es um die zahlreichen Neuregelungen geht, die unstreitig und unproblematisch sind – unstreitig weil unproblematisch und unproblematisch weil unstreitig. Ich will mich nachher im zweiten Teil, der etwas umfangreicher sein wird, auf die Veränderungen konzentrieren, die in der Vergangenheit und wohl auch noch in der Gegenwart den Gegenstand der Auseinandersetzungen bilden, die zum Teil ja einigermaßen erregt geführt werden.

Unproblematisch ist sicherlich der eigentliche Schwerpunkt des Gesetzes, nämlich die überfällige Angleichung und Anpassung an das Raumordnungsgesetz des Bundes. Dass dies schon bis Ende 2001 hätte geschehen sollen, ist richtig. Die Verspätung ist entschuldbar, Herr Schmiedel, mit oder ohne unrichtig zitierte Bibelstellen.

Die Anpassung an die Begriffsbildung und die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes sind im Interesse einer einheitlichen raumordnerischen Ausweisung natürlich absolut sinnvoll. Die Leitlinie der Nachhaltigkeit, das heißt der Blick auf künftige Generationen, darf auch bei der Ordnung und Entwicklung des Raumes nicht fehlen. Da wird noch manches gefordert, was man auch noch in die Stellungnahmen schreiben könnte. Aber vieles ist hier Lyrik. Es kommt weit mehr auf die Umsetzung an als auf das, was in den einzelnen Regionalplänen tatsächlich ausgewiesen wird.

Mehr Flexibilität wird überall gewünscht. Warum also nicht auch bei der Regionalplanung? Deshalb genügt es, wenn man die Träger öffentlicher Belange einmal anhört. Aufgrund der Zusammenarbeit kennt man ja in etwa die Vorstellungen. Einmal anhören genügt.

Richtwerte – das haben Sie angesprochen – in der Regionalplanung und in der Siedlungsstruktur haben sich in der Vergangenheit häufig als falsch, hemmend und geradezu kontraproduktiv erwiesen. Also sage ich: Weg damit!

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Herr Schmiedel, wir haben sie in der Regionalplanung mit den Wohneinheiten selbst aufgehoben, und die Anpassungen, wie viele Einwohner pro Hektar es sein dürfen, haben hinten und vorn nicht gestimmt.

Das so genannte Gegenstromprinzip bei der Regionalplanung passt hervorragend in unser Bundesland. Das heißt, das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile, und die Teile haben sich einzufügen und unterzuordnen. Aber das Ganze wiederum ist auch durch die Entwicklung der Teilräume bestimmt. Einheit und Vielfalt zugleich durch regionale Planung – wunderbar! Wer wollte widersprechen?

Zum Thema Planerhaltung: Dass ein unter vielen Mühen und großem Zeitaufwand erstellter Plan nicht wegen kleinster Formfehler nichtig wird, wenn solche Fehler überhaupt keinen Einfluss auf die Abwägung hatten oder korrigierbar sind, und dass nach einem Jahr Rügefrist auch endlich einmal Ruhe im Karton sein muss, zeigt in wohlthuender Weise, dass inzwischen offenbar auch Gesetzgeber in der Lage sind, sich unbürokratischen Gedankenwelten zu öffnen.

(Hofer)

Die nun generell vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit passt nicht nur gut in die demokratische Landschaft. Sie ist, Herr Schmiedel, eben auch genau dort notwendig, wo über einen Regionalplan Verbindlichkeit gegenüber Außenbereichsvorhaben nach § 35 durchgesetzt wird. Das ist rechtlich möglich und eben nicht bedenklich – jedenfalls nicht rechtlich bedenklich, wie Sie sagten.

All das findet unsere Zustimmung.

Bevor ich zum Hauptpunkt, der Nutzung der Windkraft, komme, noch einige wenige Bemerkungen zu einigen Wünschen der kommunalen Landesverbände.

Da ist zum einen die Forderung, das Abweichungsverfahren – Sie haben das ja auch selbst eingebracht – den Regionalverbänden selbst und nicht den Regierungspräsidien zu übertragen. Das fordert auch der Industrie- und Handelskammertag. Dabei schwingt die generelle Überlegung mit, Zuständigkeiten von den Regierungspräsidien auf die Regionalverbände zu übertragen. Genau das wollen wir nicht. Wir wollen, dass Regionalverbände weiterhin Planungsverbände bleiben und keine Behörden werden – eindeutig: grundsätzlich nicht.

(Abg. Fischer SPD: Das ist ein Fehler, Herr Hofer!)

– Es ist eine unterschiedliche Meinung.

Einigen anderen Forderungen der kommunalen Landesverbände konnten wir nachkommen. Allerdings verstehe ich einen Punkt nicht. Großflächiger Einzelhandel ist mit den Planungsinstrumenten Vorrang-, Vorbehalts- und Ausschlussgebiete begriffsnotwendig verbunden. Es freut mich, dass der Gesetzgeber dort, wo beschließende Ausschüsse, also der Planungsausschuss, tätig werden können, keine Vorgabe macht, sondern sagt: Das können Regionalverbände aufgrund ihrer Erfahrung auch selbst festlegen.

Nun noch zum wichtigsten Thema, der Windkraft. Wir sind nicht nur für die Nutzung der Windkraft. Wir sagen nicht „Windkraft ja und Landschaftsschutz nein“ und auch nicht umgekehrt.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das sagen wir auch nicht!)

Wir sind für beides, und zwar gleichermaßen.

(Abg. Schmiedel SPD: Na!)

Wir sind auch der Meinung, dass genau die aufgrund dieser Abwägung vorgesehene Regelung dem Landesplanungsgesetz entspricht und ihm dient, indem dort flächendeckend eine Planungspflicht für die Regionalverbände im Hinblick auf Windkraftanlagen vorgesehen ist.

Die Belange des Landschaftsschutzes sind gleichrangig mit anderen Vorhaben abzuwägen. Ich glaube, das sehen wir doch alle. Das ist uns auch durchaus geläufig, auch wenn es uns früher nicht überall geschmeckt hat, mir früher im Amt auch nicht. Wir sind solche gleichrangigen Abwägungen bei Straßenbauvorhaben, beim Setzen von Masten für Hochspannungsleitungen, bei Sportanlagen bis hinunter zu Ge-

schirrhütten und Einfriedungen gewohnt. Neu ist eigentlich nur, dass sich dieser Interessenkonflikt erstmals

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber es gibt auch Vorranggebiete!)

in der gleichen ökologischen Familie abspielt, und wie so häufig bei Familienkonflikten geht es dann immer besonders kräftig zu.

Natürlich bedeutet eine gesetzlich festgelegte Planungspflicht durch die Regionalverbände einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit. Da hat der Gemeindetag absolut Recht. Nach dem Rechtsgutachten des Innenministeriums ist es sogar ein erheblicher Eingriff in die Planungshoheit. Die verbindliche Standortplanung von Windkraftanlagen auf der Ebene der Regionalpläne ist aber eindeutig aus überörtlichen Gesichtspunkten erforderlich und auch von dort her begründet. Nur auf diese Weise ist letztendlich ein Flickenteppich kommunaler Planungsentscheidungen zu vermeiden, der sich aus örtlichen Befürwortern und aus örtlichen Ablehnern, und das beinahe noch nach dem Zufallsprinzip, ergibt. Die Standortentscheidungen für Windkraftanlagen hängen im Wesentlichen – das wissen wir alle – von klimatischen und topographischen Gegebenheiten, Windhöflichkeit, ab, und diese können nun einmal besser regionalplanerisch beurteilt werden als kleinräumig durch einzelne Kommunen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Im Übrigen sind diese in die Aufstellung des Regionalplans voll eingebunden.

Ich verstehe auch nicht, warum der Bundesverband Windenergie das so heftig angeht. Er spricht da von einer sozialistischen Planwirtschaft, vielleicht deshalb, weil er befürchtet, dass die politischen Proportionen in den Regionalverbänden so sind, dass die Windkraftnutzung vielleicht doch bei einer Minderheit von Kommunen bessere Möglichkeiten hat. Nur, davon kann ich ein Gesetz nicht abhängig machen. Für den Verband Region Stuttgart, in dem wir ja von Anfang an Mitglied sind, kann ich nur sagen: Solche Dinge spielen beim Verband überhaupt keine Rolle. Dort wird sehr selbstbewusst entschieden, was man für richtig hält und was nicht. Herr Noll, ich glaube, Sie sehen das genauso.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Beate Fauser FDP/DVP)

Vonseiten Rot-Grün wird im Übrigen immer wieder die Forderung erhoben, den Regionalverbänden mehr Zuständigkeiten zu geben. Bei der Abfallwirtschaft kann man das nicht örtlich machen; das muss man regional machen. Beim ÖPNV kann man es nicht örtlich machen; das muss man regional im größeren Rahmen machen. Bei Landschaftsparks soll man es im größeren Rahmen machen. Die Sicherung von Grünzügen und von Grünzäsuren, Natur- und Landschaftsschutz, alles in einem größeren Rahmen. Warum in aller Welt will man bei der Nutzung der Windenergie wieder sagen: „Das muss aber örtlich von jeder einzelnen Kommune gemacht werden“? Das ist doch ein Widerspruch

(Hofer)

in sich. Das geschieht doch nur, weil man glaubt, man komme nur auf diese Art und Weise zum Zug.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Kaufmann SPD: Das ist doch Quatsch! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

Abg. Hofer FDP/DVP: Gerne, natürlich.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Kollege Hofer, nachdem Sie sich jetzt so ganz grundsätzlich für eine Schwarz-Weiß-Zeichnung bei der Einteilung der Gebiete für oder gegen Windkraft aussprechen, können Sie dann erklären, weshalb Sie im Verband Region Stuttgart, als diese Schwarz-Weiß-Zeichnung vom Ministerium noch nicht präferiert wurde, einer Einteilung mit Vorranggebieten, Ausschlussgebieten und Vorbehaltsflächen zugestimmt haben, die eben im Einzelfall in den Vorbehaltsgebieten noch den Spielraum lässt, zu genehmigen oder nicht zu genehmigen?

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Schmiedel, Sie sind nicht immer, aber diesmal Ihrer Zeit voraus. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie bemerkt, dass ich bisher lediglich grundsätzlich Ausführungen gemacht habe, warum das nicht örtlich entschieden werden muss, sondern auf regionalplanerischer Ebene. Jetzt komme ich zu dem nächsten Punkt – so weit war ich noch nicht; Sie sind ein bisschen schneller als der Schall –, nämlich zu der Frage, ob man eine Schwarz-Weiß-Regelung, das heißt Vorranggebiete auf der einen Seite und flächendeckende Ausschlussgebiete auf der anderen Seite, befürwortet oder ob man noch Eignungsgebiete dazwischenstellt. Das haben wir in der FDP/DVP-Fraktion sehr intensiv diskutiert. Da kann man auch sehr geteilter Meinung sein.

(Abg. Schmiedel SPD: Das hat doch Teufel vorgegeben!)

– Moment, Sie wollten doch eine Antwort. Eigentlich wollen Sie gar keine,

(Abg. Schmiedel SPD: Eine ehrliche!)

sondern Sie wollten nur eine rhetorische Frage stellen.

Die jetzige Regelung erscheint uns zunächst einmal rechtlich einwandfrei. Das Gutachten des Justizministeriums liegt vor. Und wir sind bei der Abwägung auch der Meinung, dass es letztlich zielführender und richtiger ist. Natürlich wären bei einer Hinzunahme von Eignungsgebieten wohl mehr Standortvorschläge zu erwarten. Das ist unzweifelhaft. Aber wir sind der Meinung, dass wir mit der Schwarz-Weiß-Regelung eine besondere Planungssicherheit für Investoren schaffen. Ich denke, dass dies auch im Hinblick auf die angestrebte Verdopplung der Anteile der erneuerbaren Energien eine wichtige Sache ist. Planungssicherheit verbessert die rasche Durchführung von Genehmigungsverfahren. Außerdem gibt es in Vorranggebieten das erforderliche Windaufkommen, sonst würden diese Gebiete

gar nicht ausgewiesen werden. Das ist nicht unwichtig, denn wir alle sind ja nicht dafür, fehlenden Wind durch Subventionen zu ersetzen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Moser SPD – Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Ich komme zum Schluss. Stillgelegte Abschreibungsobjekte sind sicherlich nicht im richtig verstandenen Sinne des Verdopplungsziels.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Döpfer CDU: So ist es!)

Gerade deshalb erscheint es uns wichtig, die Windenergieanlagen an ausgesuchten Standorten zu bündeln und zu sichern und dadurch zugleich dem Anliegen eines regionalweiten Landschaftsschutzes zu entsprechen. Das war das Endergebnis unserer Abwägung und die Beantwortung Ihrer Frage.

Lassen Sie mich abschließen: Der überörtliche Regelungsbedarf besteht natürlich nur für regionalbedeutsame Anlagen.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Deshalb halte ich es auch für richtig, dass keine gesetzliche Legaldefinition für regionalbedeutsame Anlagen in das Gesetz aufgenommen wird, sondern dass das, wie es sich gehört, im Einzelfall entschieden wird. Dies betrifft insbesondere die Fragen: Ist eine unmittelbare Wirkung auf den Nahbereich gegeben oder nicht? Geht die Wirkung darüber hinaus? Oder die Fragen: Wie ist die Dimension der Anlage? Wie ist der Standort? Wie sind die Sichtverhältnisse usw.?

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Hofer FDP/DVP: Jawohl. – Letzter Satz: Ich halte es auch für sehr wichtig und wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Regelung nicht über die Hintertür einer Verwaltungsvorschrift doch wieder hineinkommt. In der Begründung ist sie nicht enthalten.

Insgesamt, denke ich, haben wir eine abgewogene gesetzliche Vorlage. Wir stimmen dieser seitens unserer Fraktion jedenfalls zu.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Hofer, Sie waren sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Das Bundesraumordnungsgesetz gibt als Leitvorstellung die nachhaltige Raumentwicklung vor. An diesem Anspruch ist daher auch das vorliegende Landesplanungsgesetz zu messen. Das heißt, es ist zu klären, ob

(Dr. Witzel)

hier wirklich die Belange der Ökonomie, der Ökologie und des Sozialen in Einklang gebracht wurden.

Wenn man den Text dieses Gesetzentwurfs liest, sieht man, dass dieser Entwurf diesen Anspruch nicht einlöst. Die Belange der Ökonomie, also der Siedlungsentwicklung und der Ausweisung von Gewerbegebieten, werden eindeutig gegenüber den Belangen der Ökologie, zum Beispiel der Ausweisung von Windkraftanlagen, bevorzugt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Von wegen Vorrang der Umwelt! – Gegenruf des Abg. Zimmermann CDU: Das ist doch ein Rückschritt! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Im Bereich Siedlungsentwicklung usw. wird dereguliert, und auf der anderen Seite werden im Bereich der Ökologie den erneuerbaren Energien Fesseln angelegt.

Das, was ich schlagwortartig sagte, möchte ich jetzt belegen.

Zunächst: Im Bereich der Siedlungsentwicklung werden Anforderungen gelockert. Planänderungen sollen in einem einstufigen Verfahren möglich werden. Zielabweichungsverfahren werden erleichtert, und die Richtwerte für die Siedlungsentwicklung werden gestrichen.

Meine Damen und Herren, ich möchte klarstellen: Wir wenden uns nicht gegen Verfahrensvereinfachungen, aber es muss gesichert sein, dass die Qualität der Planung nicht darunter leidet. Das heißt zum Beispiel: Zielabweichungsverfahren vom Land an die RPs zu verlagern ist okay. Aber wenn die Vereinfachungen dazu führen, dass die Vorgaben der Landesplanung in der Praxis verwässert werden, dann sagen wir ein klares Nein.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: No, Döring!)

Von zentraler Bedeutung ist dabei das Thema Flächenverbrauch. Wir wissen: Derzeit werden in Baden-Württemberg pro Tag ca. 11 Hektar Fläche verbraucht. Das ist das Problem der zunehmenden Versiegelung. Dieser Flächenverbrauch ist eines der drängendsten Umweltprobleme, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Die Verpflichtung zur sparsamen Flächennutzung ist daher im Umweltplan des Landes festgelegt. Wenn man das praktisch umsetzen will, dann sind regionalplanerische Steuerungsinstrumente erforderlich. Es muss den Regionalverbänden daher möglich sein, konkrete Richtwerte für die anzustrebende Siedlungsstruktur festzulegen. Nur so lässt sich eine ungehemmte Siedlungsentwicklung begrenzen, und nur so kann die Forderung des Umweltplans nach einem sparsamen Flächenverbrauch umgesetzt werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wo ist der Umweltminister? Er ist gar nicht da!)

Wir kritisieren daher, dass die Regionalplanung für die langfristig anzustrebenden Siedlungsstrukturen keine Richtwerte mehr vorgeben darf und dass damit der Landesentwicklungsplan keine quantitativen Vorgaben mehr machen kann. Aber nicht nur das. In § 37 kommt es ganz dick. Da-

rin steht: Alle bisher geltenden Richtwerte sollen ihre Gültigkeit verlieren. Meine Damen und Herren, wenn das wahr wird, können wir das ganze Gerede vom sparsamen Flächenverbrauch schlicht und einfach den Hasen geben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Skandalös! Ein Skandal! Betonköpfe!)

Ich komme zu einem ersten Fazit: Dort, wo die Landesplanung einer ungehemmten Siedlungsentwicklung und dem fortschreitenden Flächenverbrauch Grenzen setzen könnte, werden ihr die Zähne gezogen. Die Landesplanung droht zu verkommen zu einer schönen Sonntagsrede, deren Versprechungen in der Praxis nicht umgesetzt werden können. Hier fordern wir Änderungen ein. Die Beibehaltung von Richtwerten für die Siedlungsentwicklung und strengere Anforderungen an das Zielabweichungsverfahren sind dabei für uns von besonderer Bedeutung.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum zweiten Bereich, der Frage der Ökologie und der Nutzung der erneuerbaren Energien. Vorab: Es ist schon erstaunlich, welchen Schwenk die Landesregierung da vollzieht. Während bei der Siedlungsentwicklung die Zeichen auf Liberalisierung und Deregulierung stehen, verfällt die Landesregierung bei der Windkraftnutzung genau ins Gegenteil. Hier will sie erneuerbare Energien in einer Weise knebeln, wie es kaum schlimmer kommen könnte.

Ich möchte hier klar und deutlich feststellen: Auch wir Grünen sind für die Planung von Windkraftanlagen. Auch wir fordern den geordneten Ausbau.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ja! Da haben wir doch einen Konsens!)

Das heißt, wir wollen nicht die flächendeckende Verspargelung der Landschaft. Aber, Herr Birk, wenn Sie schon jetzt, wo in ganz Baden-Württemberg 200 Windkraftanlagen stehen, dabei sind, das Horrorgemälde „jeder Schwarzwälder Hügel ist mit Windkraftanlagen überdeckt“ an die Wand zu malen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Machen wir doch gar nicht!)

muss man sagen: Da arbeiten Sie mit Horrorvorstellungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hofer FDP/DVP: Nein! Wir wollen Vorranggebiete!)

Das heißt: Wir Grünen sind eindeutig für die Steuerung beim Bau von Windkraftanlagen. Wie muss das gehen?

(Abg. Dr. Birk CDU: Schwarz-weiß! Vorrang und Ausschluss!)

Sicherlich nicht so, wie es die Landesregierung will, nämlich mit dieser Schwarz-Weiß-Regelung.

Dagegen sprechen drei Gründe. Der erste Grund ist das, was Herr Schmiedel schon sagte: Vorranggebiete bedeuten, dass all diejenigen Nutzungen in diesen Gebieten auszuschließen sind, die mit der Windkraftnutzung nicht verein-

(Dr. Witzel)

bar sind. Wenn wir uns anschauen, wie viele Nutzungsansprüche wir an unsere Landschaft haben, dann werden bei einer sachgerechten Abwägung nur sehr, sehr kleine Flächen übrig bleiben, vielleicht 2 % oder 1 % oder noch weniger.

(Abg. Schmiedel SPD: Weniger!)

Es sind nur winzig kleine Flächen, und diese bieten dem Ausbau der Windkraft keine Perspektive.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Kaufmann SPD:
0,6 % in der Region!)

– Mir wird zugerufen: 0,6 % der Fläche in der Region Stuttgart sind Vorranggebiete. Solche kleinen Flächen engen die Windkraft ein, nehmen ihr die Entwicklungsperspektive. Damit widerspricht das Ganze dem Ziel der Landesregierung, den Anteil der erneuerbaren Energien zu verdoppeln. Es widerspricht auch der EU-Richtlinie zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Danach sind nämlich die Mitgliedsstaaten gehalten, für den Abbau von Hemmnissen, die die erneuerbaren Energien behindern, zu sorgen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Steuerungsinstrumente, aber kein Hemmnis! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Als Weiteres hebt die Schwarz-Weiß-Regelung auch die vom Bundesgesetzgeber gewollte Privilegierung auf. Der Bundesgesetzgeber hat in der Begründung zu dem Baugesetzbuch geschrieben, dass er einen Ausbau der Windkraft will. Dem würde dadurch auch entgegengewirkt werden.

Zuletzt ist es auch ein Eingriff in die kommunale Planungshoheit.

(Abg. Kaufmann SPD: Da hat er Recht!)

Dazu ist ja auch schon einiges gesagt worden.

Ein zweiter Punkt – da würde ich Sie wirklich mal bitten, Herr Birk, mich aufzuklären –: Ein Gesetz sollte auch eine gewisse Systematik haben, damit man es besser verstehen kann. Aber das, was Sie mit der Regelung zur Windkraft machen, ist ein absoluter Systembruch. Wenn man sich einmal anschaut, was bundesweit in den Landesplanungsgesetzen drinsteht, stellt man fest: Solch eine Sonderregelung für Windkraft, wie Sie sie wollen, gibt es bundesweit noch nirgends.

(Abg. Schmiedel SPD: Sonderweg!)

Das heißt, Sie schaffen hier praktisch eine Lex Windkraft, einen speziellen Sonderfall, und schon allein unter dem Aspekt, dass ein Gesetz klar gegliedert und eindeutig sein sollte, sollte man diese Regelung ablehnen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE zur CDU: Von wegen Bürokratieabbau! – Gegenrufe von der CDU, u. a. der Abg. Ursula Lazarus – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Lazarus, sind Sie auch gegen die Strommasten zu Felde gezogen? – Gegenruf des Ministers Dr. Döring: Was erzählen Sie denn jetzt? – Vereinzelt Heiterkeit)

Jetzt ein dritter Punkt: Wir sprechen uns gegen die Schwarz-Weiß-Regelung aus. Aber wie muss dann die Alternative aussehen?

(Zuruf von der CDU: Schwarz-Gelb!)

Ich sage: Wir brauchen neben den Vorranggebieten und den Ausschlussgebieten eine dritte Kategorie. Da muss ich Ihnen, Herr Birk, widersprechen. Sie sagten, die Regionalverbände hätten in großer Zahl im Wesentlichen zugestimmt. Gerade in diesem zentralen, strittigen Punkt fordert die Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände in Baden-Württemberg, fordern also die Fachleute auf diesem Gebiet, Eignungsgebiete aufzunehmen.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es! Drei Kategorien!)

Ich darf aus diesem Brief zitieren:

Das Eignungsgebiet ist aber eine notwendige planerische Steuerungsoption für die Regelung der Windkraftnutzung.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die kommunalen Landesverbände sehen das anders!)

– Ich sprach von der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände; das sind die Fachleute. Diese sprechen von einer notwendigen planerischen Steuerungsoption, und sie fassen auch die Vorteile dieser Option zusammen. Denn Eignungsgebiete lassen gebietsintern alle privilegierten Nutzungen im Außenbereich weiter zu. Die Grundstückseigentümer werden weniger belastet als bei Vorranggebieten, und den Gemeinden wird mehr Ausformungsspielraum gegeben. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite ist, wenn Sie Ausschlussregelungen haben wollen, nach dem Bundesraumordnungsgesetz schlicht und einfach das Eignungsgebiet das Mittel der Wahl, um diese Ausschlussgebiete umzusetzen, wenn wir eine dreistufige Planung haben wollen. Dafür sprechen wir uns aus.

Zusätzlich ist es so: Diese Eignungsgebiete brauchen wir nicht nur aus Gründen der Windkraft. Vorhin sind ja schon Siedlungsentwicklung und großflächiger Einzelhandel angesprochen worden. Wir sagen: Die Regionalplanung soll die Möglichkeit haben, großflächigen Einzelhandel gebiets-scharf auszuweisen. Aber wenn das kommen soll, dann müssen wir auch die Kategorie der Eignungsgebiete mit in das Landesplanungsgesetz aufnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Aus all diesen Gründen – ich darf zusammenfassen – sprechen wir Grünen uns gegen die Schwarz-Weiß-Regelung bei der Windkraft aus,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl!)

weil es ein Systembruch ist, der nicht begründet wird und auch nicht begründbar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir brauchen ein Landesplanungsgesetz, das der Windkraft Wachstum ermöglicht. Deshalb brauchen wir bei der Aus-

(Dr. Witzel)

weisung von Windkraftflächen auch die Kategorie der Eignungsgebiete, und diese Eignungsgebiete haben nicht nur bei der Windkraft, sondern auch anderswo ihre Vorteile.

Wir werden entsprechende Änderungsanträge in das Gesetzgebungsverfahren einbringen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. – Sie sind damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes (KomWG) und des Gesetzes über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS) – Drucksache 13/1803

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns hier im Haus einig, dass der Anteil von Frauen in den Gemeinderäten viel zu gering ist. Auf eine Anfrage der Frau Kollegin Dr. Gräßle hat das Sozialministerium, Frau Staatssekretärin Lichy, mitgeteilt, dass es in 72 Gemeinden überhaupt keine Frauen im Gemeinderat gibt.

Wenn man den Gesamtanteil nimmt, sieht man, dass bei der letzten Kommunalwahl 1999 im Durchschnitt lediglich 18,93 % Frauen in die Gemeinderäte gewählt wurden. Das bedeutet einen Fortschritt, eine Verbesserung des Anteils gegenüber der vorhergehenden Kommunalwahl um lediglich 1,5 %. Wenn Sie diese Linie fortschreiben – ungeachtet der Tatsache, dass die Zuwächse geringer geworden sind – und eine fünfjährige Wahlperiode unterstellen, dann würden wir in 100 Jahren einen Frauenanteil von 50 % in den Gemeinderäten haben.

(Unruhe – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Wenn Sie den Durchschnitt der letzten 15 Jahre nehmen, dann würden wir immer noch 50 Jahre brauchen.

Bei den Kreistagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht es noch schlechter aus: Dort lag der Anteil 1999 lediglich bei 13,97 %, und die Zuwachsraten sind geringer.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir meinen, Frauen haben einen Anspruch darauf, dass die Politik diesen Tatbestand nicht nur bedauernd zur Kenntnis nimmt, sondern handelt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb freut mich, dass Frau Staatssekretärin Lichy ausdrücklich erklärt hat – ich zitiere aus einer Pressemitteilung des Sozialministeriums vom 4. März 2003 –:

Es muss ein wichtiges Ziel aller Demokraten sein, sich auf allen Ebenen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik einzusetzen.

Ich kann das nur unterstreichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Diese richtige Aufforderung, Frau Lichy, betrifft nicht nur die Parteien und Wählervereinigungen. SPD und Grüne haben gehandelt; sie haben Quotierungen. Dies betrifft auch den Landtag. Er ist gefordert, gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen.

(Zurufe der Abg. Hauk und Zimmermann CDU)

Bei der Debatte im Rahmen der 33. Plenarsitzung, dem Frauenplenartag, hatte ich auf die positiven rechtlichen, gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Grundgesetzbestimmung des Artikels 3 Abs. 2 – „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – und der Ergänzung anlässlich der letzten Novellierung durch den Satz 2 hingewiesen und dabei festgestellt, dass für viele Bereiche gilt: „Gesetze ändern nicht alles, aber ohne Gesetze ändert sich nichts.“ Dieser Befund gilt auch für diesen Bereich des Kommunalwahlrechts. Der Landtag ist zuständig für die Regelung der Voraussetzungen bei der Listenaufstellung. Hier kann und muss gehandelt werden. Wir schlagen eine entsprechende Quotierung vor.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Auf zwei Punkte im Gesetzentwurf will ich ausdrücklich hinweisen.

Selbstverständlich können Bewerberinnen und Bewerber nur insoweit und so lange quotiert werden, wie es Bewerberinnen bzw. Bewerber gibt.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Sehr gut!)

Zum Zweiten: Wenn eine mitgliederschaftlich organisierte Wählervereinigung beschließt, nur eigene Mitglieder aufzustellen – was ihr nicht verwehrt werden kann –, und sie mitgliederschaftlich nur von Frauen organisiert ist, dann sind rechtlich gesehen selbstverständlich auch reine Frauenlisten möglich, wie umgekehrt auch reine Männerlisten möglich wären. Allerdings gibt es nur sehr wenige solcher geschlechtsspezifischen, mitgliederschaftlich organisierten Wählervereinigungen.

Im Innenausschuss ist schon vorab beraten worden, ob eine Anhörung durchgeführt werden soll. Dabei hat ein Kollege von der CDU-Fraktion – bemerkenswerterweise auch noch ein Jurist – die Frage gestellt, ob diese Regelung verfassungskonform wäre. Eine solche Frage erstaunt mich kolossal. Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes sieht seit der Novellierung durch das Gesetz von 1994 vor:

Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Deshalb ist die Verfassungsmäßigkeit gegeben.

(Birzele)

Ich möchte den Appell von Frau Staatssekretärin Lichy an alle Mitglieder dieses Hauses – Frauen und Männer – richten. Frau Lichy hat gesagt, sie fordere alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, Regelungen und Konzepte zu entwickeln, um den Frauenanteil in der Kommunalpolitik zu erhöhen. Denkbar sei eine Listenaufstellung in Form des Reißverschlussverfahrens: Auf den Listenplätzen sollen im Wechsel Männer und Frauen aufgestellt werden.

Genau dies wollen wir. Meine Damen und Herren insbesondere von den Regierungsfractionen: Folgen Sie den Vorschlägen der Staatssekretärin!

(Beifall bei der SPD – Abg. Fischer SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Gräßle.

Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Birzele, willkommen im Klub des frauenpolitischen Fortschritts!

(Abg. Fischer SPD: Da ist Herr Birzele schon lang!
– Abg. Heike Dederer GRÜNE: Gucken Sie doch Ihre Fraktion an! – Gegenruf des Abg. Herrmann CDU: Die ist besser und größer als Ihre, Frau Dederer!)

Ich freue mich sehr, dass Sie sich dieses Themas angenommen haben. Ich freue mich vor allem deshalb darüber, weil ich angesichts Ihres Appells am Schluss darauf hoffe, dass sich auch die Zahl der Gemeinderätinnen in Göppingen, in Ihrem Wahlkreis, steigert. Denn da sind Sie auf Landesebene ziemlich weit am Schluss.

(Abg. Birzele SPD: Aber nicht wegen der SPD!)

Ich kann Ihnen gerne die genaue Statistik noch nachliefern.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Aber in Heidenheim gäbe es auch noch etwas mehr zu tun!)

Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben allen Grund, uns des Themas anzunehmen. Im Schnitt sind nur 19 % aller Gemeinderäte Frauen. Das ist immerhin ein Plus von 1,1 % gegenüber der Wahl 1994. In den Kreistagen haben wir gegenüber der Wahl 1994 mit 14 % ein Plus von 0,8 % zu verzeichnen. Man sieht, dass der Fortschritt auf diesem Gebiet eine Schnecke ist.

Mit den bisherigen Ergebnissen können wir nicht zufrieden sein und sind es auch nicht. Deswegen möchte ich – Herr Birzele, da haben Sie wirklich meine Rede gehalten – schon jetzt auf das Jahr 2004 hinweisen. Das ist für uns eine große Chance, den Frauenanteil zu erhöhen. Das ist die Aufgabe der Parteien, denen wir angehören, und das ist die Aufgabe eines jeden und einer jeden von uns. Wir streiten nur über den richtigen Weg zur Erreichung dieses Ziels.

Ich möchte auf das Bundeswahlgesetz hinweisen und auf die überragende Rolle, die das Bundeswahlgesetz den Parteien bei der Rekrutierung ihrer Kandidaten zuweist. Dort ist festgelegt, dass die Parteien und eben nicht der Gesetzgeber das weitere Verfahren über ihre Satzungen regeln.

Dieser Passus ist in allen Bundesländern übernommen worden. Ich meine, dass wir als Parlamentarier die Herausforderung und die Chance, die diese Formulierung bietet, nicht an den Gesetzgeber, an uns selber, zurückdelegieren sollten, sondern sie in unseren Parteisatzungen umsetzen und annehmen sollten. In den Parteisatzungen ist das im Übrigen auch geregelt. Jetzt geht es darum, diese Satzungen – bei der CDU das Drittelquorum, bei der SPD 40 %, bei den Grünen alle Frauen auf die ungeraden Plätze – weiterhin mit Leben zu erfüllen. Wir wollen und werden Ihren Gesetzentwurf nicht mittragen,

(Zuruf von der SPD: Erstaunlich!)

weil wir die Entscheidung über die Listenplätze den Parteilgliederungen vor Ort überlassen wollen. Übrigens: Wenn wir uns ansehen, wer gewählt wurde, dann haben wir eines zu verzeichnen: Bei der letzten Gemeinderatswahl waren 27 % aller Kandidaten Frauen. Gewählt wurden aber nur 18 % Frauen. Das heißt, die Frage des Listenplatzes spielt überhaupt keine Rolle.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist schlichtweg nicht wahr! Das stimmt schlichtweg nicht! Es gibt eine Untersuchung dazu!)

– Es stimmt nur eingeschränkt für die großen Städte.

(Abg. Herrmann CDU: Das hängt von der Einwohnerzahl ab!)

In großen Städten haben wir teilweise eine andere Situation. Aber die Mehrzahl der über 1 000 Gemeinden in Baden-Württemberg sind kleine Gemeinden; das wissen Sie. Für diese Gemeinden – und das ist der Löwenanteil der Gemeinden – trifft das, was ich gesagt habe, sehr wohl zu.

(Abg. Rech CDU: Ganz genau!)

Wir müssen unsere Parteistatuten mit Leben erfüllen.

Ich möchte gar nicht auf die Zweifel eingehen, ob eine solche Regelung verfassungskonform wäre. Da hat der Herr Innenminister sicherlich die viel besseren Karten, dieses zu tun.

(Abg. Gall SPD: Das wird die Frau Lichy schon geprüft haben!)

Einige Rechtswissenschaftler halten es sehr wohl für möglich, dass die Regelung verfassungskonform wäre. Herr Birzele, da gebe ich Ihnen durchaus Recht. Aber die Frage ist doch: Wenn wir Gefahr laufen, mit einem solchen Wahlverfahren in einen langwierigen Rechtsstreit um die Gültigkeit von Kommunalwahlen einzubiegen, dann werden wir, glaube ich, ein großes Problem damit haben. Schon allein deswegen müssen wir den Gesetzentwurf ablehnen; dabei sind wir uns auch mit dem Gemeindetag, dem Städtetag und dem Landkreistag einig. Ich meine, dass wir die vorliegende Frage politisch lösen müssen. Dies sollten wir auch auf politischem Wege tun.

Wie schaffen es zum Beispiel Kommunen wie Schömberg im Zollernalbkreis mit fast 5 000 Einwohnern, Neulußheim im Rhein-Neckar-Kreis mit über 6 000 Einwohnern, Umkirch im Breisgau-Hochschwarzwald mit über 4 000

(Dr. Inge Gräßle)

Einwohnern oder die Landeshauptstadt Stuttgart, einen Frauenanteil von fast 50 % zu erreichen, und zwar ganz ohne gesetzliche Instrumente?

(Abg. Rech CDU: Da muss man die Frauen angucken! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Durch die Grünen!)

Wir sehen anhand der unterschiedlichen Wahlergebnisse, dass das Wahlrecht nicht die Ursache für die mangelnde Vertretung von Frauen ist.

Wenn ich einige Erfahrungssätze einbringen darf, dann möchte ich zuallererst sagen: Ohne Unterstützung durch Männer wird es nicht gehen, und ohne Unterstützung durch Männer ist das Unternehmen, mehr Frauen in die Kommunalparlamente zu bringen, von vornherein vergebens. Deswegen, liebe Kollegen, unterstützen Sie dieses Anliegen vor Ort. Sonst wird es nicht gehen.

Wir müssen auch mehr Frauen für ein Engagement gewinnen. Herr Birzele, es ist ja unser gemeinsames Problem, dass wir zum Teil auch keine Kandidatinnen finden, die bereit sind. Deswegen brauchen wir natürlich auch Mentorinnen und Mentoren, die Frauen an diese Aufgabe heranzuführen und sich für sie einsetzen.

Und wir brauchen – das ist mein dritter Erfahrungssatz – eine Gestaltung von Entschädigungen. Es hilft, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Kinderbetreuung separat vergütet wird. Hier hat das Innenministerium eine entsprechende Empfehlung herausgegeben. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Empfehlung in allen Kommunen umgesetzt wird. Dann tun sich Frauen erheblich leichter, die Vereinbarkeit von Politik und Familie zu sichern, und dann tun wir uns leichter, Kandidatinnen zu sagen: Wir sorgen dafür, dass ihr das Mandat auch ausüben könnt.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Es gibt bereits entsprechende Regelungen. In der Landeshauptstadt zum Beispiel gibt es bei Kinderbetreuung doppeltes Sitzungsgeld. In Backnang, Pforzheim und Fellbach gibt es zwischen 5 und 21 € zusätzlich. Das sind Regelungen, die wir für vorbildlich halten und die wir massiv unter die Leute und auch in die Kommunen bringen wollen.

Die CDU will und wird ihre Frauenbilanz bei der nächsten Kommunalwahl verbessern. Das ist unser Ziel, ein Ziel, das wir ohne solche Vorschriften, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, erreichen. Wir sind bereits jetzt dabei, das Erreichen dieses Zieles zu sichern.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wir sind gespannt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ganz klar, dass auch ich für mehr Frauen in Gemeinderäten, Regionalverbänden und ähnlichen Gremien bin. Schließlich war ich maßgeblich

che Mitbegründerin der Frauenliste in unserem Ort, die inzwischen den Frauenanteil in allen Gruppierungen im Gemeinderat wesentlich nach oben gebracht hat. Seit ich von dieser Gesetzesinitiative gehört habe, überlege ich mir allerdings immer wieder: Was treibt eigentlich die SPD zu dieser Aktivität?

(Abg. Gall SPD: Die Sorge um Sie!)

Denn wenn man die Analyse der letzten Bundestagswahl ansieht, stellt man doch vor allem fest: Die Frauen haben SPD gewählt, weil sie sich dort besser vertreten fühlen. Wenn Sie jetzt mit dieser Initiative erfolgreich sind und überall viele Frauen drin sind, dann haben Sie ein absolutes Prä verspielt.

(Abg. Birzele SPD: So uneigennützig sind wir! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Wir wollen Ihnen dieses Erfolgserlebnis auch bescheren!)

Das können Sie nur beantragen, weil Sie davon ausgehen, dass es abgelehnt wird. Die Grünen müssen das aus dem gleichen Grund erst recht ablehnen.

Aber etwas ganz anderes: Dort, wo es, wie bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, Listen gibt, die von Wählerinnen und Wählern gestaltet werden können, da liegt das in dieser Hinsicht durchaus lobenswerte Ergebnis von Rot-Grün eben nicht an der Quote, sondern vor allem an der Wählerschaft, die halt bei diesem politischen Spektrum in dieser Thematik eine aufgeschlossener Haltung zeigt und die ich dafür durchaus lobe.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen und der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Danke!)

Hoffen jetzt also die Initiatoren des Gesetzentwurfs, dass, wenn man eine solche Quotierung vorschreibt, konservative Gruppen dann halt pflegeleichte Frauen aufstellen, die weniger Stimmen kriegen?

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Aber da können Sie sich auch gewaltig täuschen. Die Kollegin Gräßle hat es schon angesprochen: In allen politischen Bereichen sind im Moment Frauen auf dem Vormarsch. Da tut sich etwas.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Besonders „gelingen“ finde ich im Übrigen Ihre Formulierung zum jeweils fünften Platz. Der kann nämlich laut Ihrem Vorschlag – ich zitiere – „entweder mit einer Frau oder einem Mann“ besetzt werden.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Da fragt man sich doch: Gäbe es eigentlich noch eine andere Möglichkeit?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Sie wollen mit dem Gesetzentwurf zu einem Anteil von mindestens 40 % je Geschlecht kommen. Das wird, solange

(Heiderose Berroth)

wir das Kumulieren und Panaschieren erlauben, einfach nicht möglich sein. Am allerwenigsten werden Sie das im ländlichen Raum erreichen, denn da kennt man sich doch noch. Da wählt man nicht danach, auf welchem Platz der Liste jemand steht, sondern danach, was man ihm zutraut. Hilfreich ist in diesem Fall wirklich nur, sich dafür einzusetzen, dass kompetente Frauen auf die Listen kommen.

(Abg. Schmiedel SPD: Aha, aha!)

Der Gesetzentwurf ist schlicht und einfach untauglich. Jetzt wollen wir aber nicht Wählerinnen schelten, wie das so oft passiert und wie ich das auch in Zwischenrufen vorhin gehört habe, sondern wir sollten eine Best-Practice-Analyse machen. Die Kollegin Gräßle hat es schon angesprochen. Es gibt Gemeindegremien mit besonders hohen Frauenanteilen. Vielleicht schauen wir da einmal nach: Wie ist es dazu gekommen, dass es dort besonders gut ist? Danach müssen wir sehen, wie wir vom Landtag und von den Parteien aus diese Entwicklung stützen können. Ich stehe dabei jederzeit dahinter und mache mit.

Wir sind auf jeden Fall gegen neue Vorschriften, die Bürgerinnen und Bürger immer mehr gängeln, die uns immer mehr zur „Versicherungsgesellschaft“ werden lassen,

(Abg. Döpfer CDU: Sind wir schon! Sind wir doch schon!)

in der wir uns gegen alle möglichen Entwicklungen absichern. Da müssen wir deregulieren. Nein, wir stehen für die Grundregeln der Demokratie: Parteien und Wählerinnen- oder Wählervereinigungen stellen Kandidatinnen und Kandidaten auf, die sie für geeignet halten, und die Wählerinnen und Wähler bestimmen bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg ganz gezielt, wen sie in diesem Amt haben wollen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Männer!)

Diese Regelung ist gut, und das sollten wir auch weiterhin so halten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rede der Kollegin Berroth war einfach neben dem Thema, sodass ich darauf gar nicht eingehen werde.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Bitte.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Kollegin Lösch, Sie gestatten eine Zwischenfrage? – Bitte sehr, Frau Abg. Berroth.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Die Frauen sind immer so giftig! – Abg. Döpfer CDU: Jetzt geht es aber rund! – Unruhe)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Kollegin Lösch, kennen Sie nicht das Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg?

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bitte?

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Kennen Sie nicht das Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg, . . .

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das hat jetzt aber mit Ihrer Frage gar nichts zu tun.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: . . . wo man kumulieren und panaschieren kann

(Abg. Zeller SPD: Doch, aber trotzdem lagen Sie daneben!)

und wo deshalb der Platz auf der Liste wirklich wenig aussagt?

(Abg. Fischer SPD: Die hat doch noch gar nichts gesagt! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie kennen die Untersuchung offensichtlich nicht, die es zum Kommunalwahlrecht gibt!)

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Frau Kollegin Berroth, es gibt zwei Bestandteile in der Diskussion. Der eine Bestandteil ist, wie viele Frauen aufgestellt werden, und der andere Bestandteil ist, wie viele Frauen gewählt werden. Genau auf diese zwei Punkte werde ich in meiner Rede jetzt eingehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion bezieht sich natürlich auf das Ziel, mehr Frauen auf die Listen zu bekommen, das heißt mehr Frauen aufzustellen. Das andere, wie man es hinbekommt, dass mehr Frauen gewählt werden, ist eine zweite Diskussion.

Ich beziehe mich jetzt erst einmal auf den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der das Ziel hat, mehr Frauen in die Kommunalparlamente zu bekommen. Das ist anhand des Frauenanteils von knapp 19 % in den Gemeinderäten und von knapp 14 % in den Kreistagen tatsächlich dringend notwendig.

Frau Dr. Gräßle hat ja auf ihre Anfrage an die Landesregierung die Antwort bekommen, dass bei 72 Kommunen in Baden-Württemberg noch immer keine Frauen im Gemeinderat vertreten sind.

Jetzt gibt es dazu Unterlagen. So hat die Landesregierung bei der vorletzten Kommunalwahl eine Studie zum Thema „Erfolg von Frauen bei der Kommunalwahl“ in Auftrag gegeben. Diese Studie empfehle ich Ihnen allen dringend zur Lektüre. Vom Prinzip her kann man daraus viele Ergebnisse noch auf heute übertragen: Es gibt strukturelle Bedingungen – das haben Sie vorhin ja auch angesprochen – wie zum Beispiel die Gemeindegröße. Aber in dieser Studie ist auch ganz klar belegt, dass der Listenplatz natürlich eine wichtige Rolle spielt, weil er auch etwas über die Wertigkeit aussagt.

(Beifall bei den Grünen)

(Brigitte Lösch)

Es ist schon etwas anderes, ob man auf Platz 1, Platz 3 oder Platz 29 kandidiert.

Ausschlaggebend sind aber vor allem die politischen Bedingungen bei der Kommunalwahl. Der Wahlerfolg von Frauen bei Kommunalwahlen ist stark davon abhängig, bei welcher Gruppierung oder welcher Partei sie antreten. Am höchsten mit fast 50 % ist der Frauenanteil bei den Grünen. Deshalb sind wir die Partei, die tatsächlich dazu beiträgt, dass der Frauenanteil in den Kommunalvertretungen nicht noch niedriger ist.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Döpfer
CDU)

Gute Frauenpolitik heißt vom Prinzip her: von den Grünen lernen.

(Unruhe)

Am höchsten ist der Frauenanteil mit fast 50 % bei den Grünen, gefolgt von der SPD. Sehr geringe Frauenanteile gibt es dagegen bei der CDU, und die allergeringsten Anteile gibt es bei den Freien Wählergemeinschaften. Das heißt, wir brauchen diesen Gesetzentwurf,

(Unruhe)

weil die anderen Parteien im Gegensatz zu den Grünen in ihrer Satzung keine Quotierung verankert haben. Bei den Freien Wählervereinigungen, die bei uns ja fast 40 % aller Kommunalmandate innehaben, vor allem in ländlichen Bereichen, ist es natürlich schwierig, das in der Satzung zu verankern. Deshalb finde ich den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion sehr sinnvoll.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Vor allem in den CDU-Hochburgen besteht der größte Handlungsbedarf. Deshalb nützt es nichts, Frau Dr. Gräßle, nur eine Anfrage an die Landesregierung zu richten und zu fragen, was sie unternahme, um den Frauenanteil in Kommunalparlamenten zu erhöhen.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Da müssen Sie schon bei Ihrer Partei dafür sorgen, dass mehr Frauen aufgestellt und vor allem auch mehr Frauen gewählt werden.

Das ist nämlich das Zweite: Was kann man tun, damit mehr Frauen gewählt werden? Auch da zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. Die Wählerschaft der Grünen wählt genauso viele Frauen, wie die Grünen aufgestellt haben, nämlich 50 %. Die Wählerschaft der CDU und der Freien Wählervereinigungen ist in diesem Punkt noch konservativer als ihre Parteien; denn dem relativ geringen Anteil an Bewerberinnen steht ein noch geringerer Anteil an gewählten Gemeinderätinnen gegenüber. Das heißt: Die wenigen, die aufgestellt werden, werden nicht einmal gewählt. Dies kann man natürlich nicht per Gesetz regeln. Hierzu ist eine gesellschaftspolitische Diskussion erforderlich. Diese müssen Sie in Ihren Parteien führen, und diese muss auch die Landesregierung führen.

Als Letztes, weil meine Redezeit zu Ende ist und ich mich daran halte,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hoffentlich!)

wollte ich die Landesregierung fragen, was sie tut, um den Frauenanteil in den kommunalen Gremien zu erhöhen. Bei der letzten Kommunalwahl gab es eine Kampagne „Mehr Frauen in die Kommunalpolitik“. Was ist für die Kommunalwahl im nächsten Jahr geplant? Ich hoffe, Frau Lichy, dass Sie mir mehr erzählen, als in der Handreichung „Mentoring für Frauen in der Kommunalpolitik“ steht, die, wie ich der Antwort auf eine Anfrage entnehmen konnte, von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben wurde. Ich bin gespannt, was Sie da zu bieten haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der
SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Minister Dr. Schäuble.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Thomas, was wirst du
jetzt erzählen?)

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bitte ich um Entschuldigung, wenn ich Sie enttäusche, dass ich das Wort ergreife.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt habe ich immer die Frau Lichy angesprochen! Das ist aber nichts Persönliches! – Abg. Birzele SPD: Herr Minister, lassen Sie Frau Lichy reden! Ihr fällt es leichter!)

– Ich glaube, Herr Kollege Birzele, wir können das Anliegen, das ja unstrittig ist, nicht mit einem gesetzlichen Befehl voranbringen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Es ist sehr gefährlich, mit Herrn Birzele über juristische Fragen zu sprechen, weil er ein absolut hochkompetenter Jurist und Verfassungsjurist ist; ich erlaube mir aber, in der gebotenen Demut doch zu sagen: Im Unterschied zu Ihnen habe ich erhebliche verfassungsrechtliche Zweifel an Ihrem Gesetzentwurf. Sie haben gesagt, der Gesetzgeber habe Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 bei der Novellierung des Grundgesetzes 1994 eingefügt. Ich darf daran erinnern, dass wir damals beide in der Verfassungskommission waren. Diese Zeit war eine staatsbürgerliche Bereicherung. Ich darf daran erinnern, dass man sich damals doch immer einig war, dass Chancengleichheit, aber nicht Ergebnisgleichheit hergestellt werden muss. Das ist das erste große Problem.

Das zweite Problem scheint mir zu sein, dass der Staat einen Auftrag hat, aber diesen Auftrag meines Erachtens nicht in verfassungsrechtlich zulässiger Weise umsetzen können wird, indem er, wie gesagt, Befehle an Parteien und Wählervereinigungen erteilt. Ich glaube also, dass das verfassungsrechtlich schwierig ist. Dies sei aber dahingestellt.

Nachdem Kollegin Gräßle, unter deren strenger Anleitung ich im Laufe der Jahre die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in einem völlig neuen Lichte sehe,

(Heiterkeit)

selbst gesagt hat, dass dieser Gesetzentwurf rechtspolitisch nicht das Gelbe vom Ei sei, meine ich, dass ich auch als

(Minister Dr. Schäuble)

Vertreter der Landesregierung unabhängig von den verfassungsrechtlichen Bedenken, die ich habe, raten darf, diesen Weg nicht zu gehen. Offensichtlich muss einfach mehr Überzeugungsarbeit geleistet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Beides!)

– Den Beifall der Kollegin Gräßle habe ich sicherlich zu einem Gutteil auch meinem Verdienst um die Landesliste bei der letzten Bundestagswahl zu verdanken.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Johanna Lichy CDU)

Diese Überzeugungsarbeit – das klang auch an – muss sich wie immer – Herr Kollege Pfister, wenn ich Sie ansprechen darf – an die Adresse von uns Männern richten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wieso sprechen Sie jetzt gerade mich an? – Heiterkeit)

– Ich dachte, ich bringe damit den Grad Ihrer Aufmerksamkeit auf das höchste Maß.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt ist es klar; ich habe verstanden!)

Die Überzeugungsarbeit muss sich aber – das sei mir als Mann gestattet zu bemerken, und das klang auch bei Frau Kollegin Gräßle an – zu einem abgeminderten Teil, wie ich schuld bewusst eingestehe, auch an die Adresse der Frauen richten.

Ich darf Ihnen sagen – vielen von Ihnen wird das auch schon widerfahren sein –: Ich habe in meiner früheren Eigenschaft als Kreisvorsitzender der CDU in vielen Fällen vergeblich versucht, Frauen, die absolut kompetent und eine Bereicherung gewesen wären, zu einer Kandidatur zu überreden. Diese Überzeugungsarbeit ist also von allen zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Bei uns klappt es! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

– Frau Lösch, ich würde die Überzeugungsarbeit bei Ihnen leisten, aber Sie sind bereits gewählt. Es ist zu spät.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Aber Scherz beiseite: Ich glaube, wir liegen richtig, wenn wir sagen: Wir sind hinsichtlich der Überzeugungsarbeit weitergekommen. Auf diesem Weg muss aber noch einiges geleistet werden. Aber wer glaubt, man könne durch gesetzliche Vorschriften gegenüber Parteien und Wählervereinigungen das Problem verringern, befindet sich meines Erachtens auf einem Holzweg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Haller-Haid.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor wenigen Wochen die Presseerklärung des Sozialministeriums auf den Tisch bekam, habe ich mich wirklich gefreut und gedacht: Es kommt nicht sehr häufig vor, dass sich Regierung und Opposition einmal einig sind, sieht man einmal von der Olympiabewerbung Stuttgarts ab. Ich habe auch gedacht: Willkommen im Klub, Frau Lichy!

Aber jetzt zeigt sich wieder einmal – dass jetzt der Herr Minister gesprochen hat und nicht Sie, zeigt mir das natürlich auch –, dass es bei der Äußerung eines Wunsches bleibt, ohne dass etwas dafür getan wird, dass dieser Wunsch auch in Erfüllung geht.

(Abg. Hillebrand CDU: Der Wunsch muss realistisch sein!)

Es bleibt wieder einmal nur bei einer scheinbaren Übereinstimmung und bei bloßen Lippenbekenntnissen, ohne dass entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

Lassen Sie uns doch endlich einen Zustand beenden, mit dem Sie angeblich genauso unzufrieden sind wie wir. Ich unterstelle Ihnen, dass Sie unsere Landesverfassung ernst nehmen. Deshalb unterstelle ich auch, dass Sie es ernst damit meinen, dass die kommunalen Gremien das Volk vertreten. So steht es nämlich in Artikel 72 der Landesverfassung.

(Abg. Hillebrand CDU: Aber nicht mit 50 % Frauen! Davon steht nichts in der Verfassung!)

– Aber das Volk, Herr Hillebrand, besteht eben nicht nur aus Männern, sondern auch aus Frauen.

(Zurufe von der CDU)

Unsere Aufgabe als Parlament ist es eben auch, dafür zu sorgen, dass sich der Bevölkerungsanteil von Männern und Frauen auch in den kommunalen Gremien entsprechend widerspiegelt. Der Bevölkerungsanteil von Frauen beträgt 51 %. Wir sind da ganz bescheiden und fordern fifty-fifty. Wir wollen gleich viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Dass wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind, brauche ich nicht zu wiederholen. Es dauert 100 Jahre, bis wir so weit sind, dass der Frauenanteil in den kommunalen Gremien 50 % beträgt. Ganz offensichtlich wollen Sie noch 100 Jahre warten. Wir wollen das nicht, übrigens genauso wenig wie die Frauen, die sich vor Ort für das Wohl ihrer Gemeinde einsetzen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Während der Anteil der Frauen im Stuttgarter Gemeinderat 36 % beträgt, finden sich in den Gremien kleiner Gemeinden sehr häufig gar keine Frauen und beträgt der durchschnittliche Anteil der Frauen in kommunalen Gremien höchstens 8 %. Wir können uns eben nicht auf der Quote der Landeshauptstadt Stuttgart ausruhen

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Rita Haller-Haid)

und sie als gutes Beispiel darstellen, wenn es auf dem flachen Land anders aussieht. Baden-Württemberg ist nun einmal ein Flächenstaat. Deshalb gilt es, Konsequenzen zu ziehen. Es gilt, jetzt das in die Tat umzusetzen, was Sie, Frau Lichy, vor sechs Wochen verkündet haben. Sie haben die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft aufgefordert, Regelungen und Konzepte zu entwickeln, um den Frauenanteil in der Kommunalpolitik zu erhöhen. Ich frage Sie jetzt: Was haben Sie damals mit „Regelungen und Konzepten“ gemeint? Haben Sie damit Überzeugungsarbeit gemeint, wie das heute anklingt? Wohl kaum.

(Abg. Marianne Wonney SPD: Nur Appelle!)

Aber so weit wie Sie bei Ihrer Ankündigung geht unsere Fraktion ja noch nicht einmal. Wir wollen nach unserem Vorschlag, dass jeder fünfte Platz frei besetzt wird, was immer noch 40 % Frauen garantiert oder, je nach Sichtweise, meine Herren, mehr als 40 % Frauen verhindert. Von daher könnten Sie also heute ganz beruhigt unserem Gesetzesvorschlag zustimmen, wenn Sie schon keine Konsequenzen aus Ihren eigenen Ankündigungen ziehen und nicht in der Lage sind, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wenn wir etwas für nicht sinnvoll halten, stimmen wir auch nicht zu!)

Stattdessen wollen Sie wieder einmal – und ich frage mich: wie lange eigentlich noch? – durch Überzeugung mehr Frauen dazu bringen, zu kandidieren. Dabei wissen Sie so gut wie ich, dass das wesentlich einfacher ist, wenn Frauen überhaupt eine Chance auf einen aussichtsreichen Platz haben. Das ist nämlich das Wesentliche.

(Abg. Staiger SPD: Die überzeugen Sie halt nicht mehr!)

Natürlich haben es die Wählerinnen selbst in der Hand, durch Kumulieren und Panaschieren Bewerberinnen und Bewerber unabhängig vom Listenplatz zu wählen. Aber von daher zählt das Argument, dass durch quotierte Listen der Wähler beeinflusst wird, wie das in Ihrer Partei auch immer wieder gesagt wird, bei Kommunalwahlen noch weniger als bei sonstigen Wahlen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Warum soll man es dann überhaupt machen? – Abg. Bebbler SPD: Der Minister legt einen jährlichen Überzeugungsbericht vor!)

Vor allem Sie, meine Herren von der CDU – und da meine ich natürlich auch den Herrn Minister –, müssten wissen, dass die Platzierung der Bewerberinnen auf den Kommunalwahllisten erhebliche Auswirkungen auf die Wahl der Frauen hat. Schauen Sie sich doch einmal Ihre eigenen Listen von 1999 an. Da wurden die Frauen nämlich sehr häufig auf hintere Plätze gesetzt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Katastrophal! – Abg. Seimetz CDU: Nein, nein! Bei uns nach dem Alphabet! – Abg. Mappus CDU: Bei Ihnen, bei uns nicht!)

Und wen wundert es, dass sie dann nicht gewählt wurden? Der Frauenanteil in der CDU-Fraktion ist doch nicht von ungefähr so niedrig wie in keiner anderen Partei.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Seimetz CDU: Nur, die Frauen wählen keine Frauen! Das ist das Problem!)

Bei der SPD und den Grünen sieht es anders aus, weil – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Kollegin Haller-Haid, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Sie diesen Gesetzentwurf eingebracht haben, um den Frauenanteil bei der CDU zu erhöhen?

(Beifall des Abg. Schmid SPD – Heiterkeit – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja! – Abg. Seimetz CDU: Das war eine sehr gute Frage! – Abg. Bebbler SPD: Wir haben uns das lange überlegt!)

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Genau. Frau Berroth, Sie haben die Logik begriffen. Auch die CDU hat es dringend nötig, und auch die Frauen in der CDU erwarten, dass endlich von dieser Fraktion im Landtag ein klares Signal ausgeht, dass mehr Frauen aufgestellt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Angesichts Ihrer Reaktion habe ich immer noch den Eindruck, dass Sie glauben, Frauen wären in der Kommunalpolitik letzten Endes verzichtbar. Aber die Kommunalpolitiker betonen immer wieder – auch die in Ihrer Partei –, wie wichtig der Blickwinkel von Frauen ist. Frauen haben durch ihren Stand in der Familie bei Themen wie Pflege, Kindergarten usw. – das brauche ich gar nicht alles aufzuzählen – einen anderen Blickwinkel auf die Kommunalpolitik, und dies hat sich zwar in der Kommunalpolitik, aber leider noch nicht hier in diesem hohen Haus herumgesprochen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit um eine Minute überzogen.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Ich bin auch unterbrochen worden.

Frau Lichy, deshalb appelliere ich in erster Linie an Sie, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Ich erinnere Sie an Ihr Versprechen, auch den kommunalen Frauenbeauftragten gegenüber, hier wirklich tätig zu werden. Leider hat es ja der Innenausschuss abgelehnt, eine Anhörung der Frauenorganisationen durchzuführen. Jetzt veranstaltet der Landesfrauenrat eine eigene Anhörung. Ich bin wirklich sehr gespannt, was Sie dabei den Frauen alles erzählen wollen.

(Beifall bei der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, darf ich Sie nochmals bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben jetzt zwei Minuten überzogen.

Abg. Rita Haller-Haid SPD: Einen Satz noch. – Ich appelliere aber auch an Sie, meine Damen und Herren von der CDU: Lassen Sie doch bitte Ihre eigene Frauenbeauftragte nicht im Regen stehen. Und Ihnen, Frau Gräßle und Frau Berroth, sage ich: Die Frauen im Land werden sich das merken und werden das auch bis zur Kommunalwahl nicht vergessen haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Bebber SPD: Der Minister sagt einen jährlichen Überzeugungsbericht zu!)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 13/1803 an den Innenausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung der Amtszeit der Gemeinderäte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart – Drucksache 13/1894

Die Fraktionen sind übereingekommen, den Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Innenausschuss zu überweisen. –

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Filmakademiegesetzes – Drucksache 13/1893

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Reden zu Protokoll zu geben. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.)

(Zuruf: Überweisung an den Ständigen Ausschuss!)

Damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt. – Ja. Der Gesetzentwurf wird an den Ständigen Ausschuss überwiesen.

*

Erklärungen zu Protokoll gemäß § 102 Abs. 3 Gescho

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ein-

bringung des Änderungsgesetzes zum Filmakademiegesetz, durch das die Popakademie Baden-Württemberg errichtet werden soll, gingen längere Planungen voraus.

Eine vom Staatsministerium eingesetzte Arbeitsgruppe Populärmusik hat zusammen mit einer großen Zahl von Sachverständigen ein Konzept entwickelt, dessen Kernstück die Errichtung der Popakademie Baden-Württemberg ist, einer Einrichtung, wie es sie bisher in keinem anderen Bundesland gibt. Zwar plant auch Niedersachsen im Verbund mit der Musikhochschule Hannover ein Fortbildungsstudium im Bereich der Popmusik, jedoch ist man dort noch mittendrin in der Suche nach einer Finanzierung auf verschiedenen Schultern.

Die Argumentation der Arbeitsgruppe für eine Popakademie nennt zunächst wirtschaftspolitische Gründe: Die Musikwirtschaft ist arbeitsplatzintensiv. Der deutsche Tonträgermarkt mit 2,37 Milliarden € Umsatz im Jahr 2001 beschäftigt rund 12 000 Personen in der Tonträgerindustrie, rund 22 000 im Groß- und Einzelhandel, rund 10 000 bei Musikverlagen und rund 100 000 als Musiker, Komponisten und Texter. Nach den USA mit 40 %, Japan mit 15,6 % und Großbritannien mit 8,3 % hat Deutschland mit 6,3 % den viertgrößten Umsatzanteil am Weltmarkt.

Warum fühlt sich gerade Baden-Württemberg berufen, als erstes Bundesland eine umfassende Konzeption auf dem Feld der Popmusik zu beschließen und umzusetzen?

Die Zahl der Rock- und Popbands in Baden-Württemberg wird auf rund 5 000 geschätzt. Popmusiker aus Baden-Württemberg gehören zu den Tops in Deutschland. Ich verweise unter anderem auf Xavier Naidoo, die Phantastischen Vier, Pur, die Söhne Mannheims, Fools Garden. Schließlich ist unser Bundesland mit einem hohen Anteil an Aktivitäten im Bereich der neuen Medien – ich verweise auch auf die Filmakademie und ihre Zentralkompetenz in den Visual Effects – geradezu dazu prädestiniert, die stark medientechnologisch orientierte Popmusik zu einem Politikfeld zu machen. Mit Mannheim und Stuttgart hat das Land zwei wichtige Popmusikstandorte.

Die Bedeutung der Popmusik als gesellschaftlicher und kultureller Faktor ist eminent. Kennzeichen einer modernen Landespolitik ist es, die Aufgeschlossenheit für eine neue gesellschaftliche Öffentlichkeit zu fördern und dabei Brücken zwischen Tradition und Moderne zu schlagen. Die Popmusik schlägt Brücken der Jugend zu Kirchen, Laienmusik und Musikschulen. Die integrative Wirkung der Popakademie zwischen Deutschen und Zuwanderern wird nur durch den Sport übertroffen.

Dies hat auch die Laienmusik erkannt, die eine programmatische Verbindung der traditionellen Volksmusik mit Elementen des Pop sucht und hierdurch die Laienmusikbewegung attraktiv für moderne Menschen gestaltet. Baden-Württemberg ist das Mutterland der Musikvereine mit 57 000 Vereinen, in denen 11 000 Ensembles und 63 000 aktive Ensemblemitglieder wirken. Die gleiche Entwicklung ist an den Musikschulen zu beobachten. Die 237 Musikschulen des Landes werden von 200 000 Schülern besucht. In 3 800 Musikschulensembles musizieren 63 700 Ensemblemitglieder.

(Minister Dr. Christoph Palmer)

Meine Damen und Herren, es war eine Riesenaufgabe, die Planung der Popakademie und vor allem ihre Finanzierung bis hierher zu bringen, und ich danke noch einmal ausdrücklich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die intensive, über alle Fraktionen hinweggehende Unterstützung der Landesregierung bei dieser Arbeit. Den Grund für diese allgemeine politische Zustimmung sehe ich darin, dass wir alle erkannt haben, dass das Land in einer wichtigen Umbruchsituation unseres auf Globalisierung gründenden Medienzeitalters an der Spitze der Entwicklung stehen muss. Es geht um Alleinstellungsmerkmale in der Medienpolitik wie Popakademie, Visual Effects im Film, Deutsch-Französische Filmakademie, neue Privatsender mit neuen Werbe Konzepten und Stärkung des Dienstleistungssektors neben dem industriellen Sektor. Wir beanspruchen, an der Spitze der jetzigen Phase moderner Entwicklungen zu stehen, wir beanspruchen Phasendominanz.

Phasendominanz und Up-to-date-Sein in der jetzigen Situation heißt aber auch Partnerschaft mit der Wirtschaft und allen gesellschaftlichen Kräften. In der jetzigen Situation der öffentlichen Haushalte war eine Popakademie nur finanzierbar, weil sich alle – Stadt, Land, Sender, die Landesanstalt für Kommunikation und der größte Musikkonzern in Deutschland, Universal Music – an dem Projekt beteiligten. Auch hier meinen großen Dank an die Stadt Mannheim, besonders Herrn Oberbürgermeister Widder, Herrn Intendant Voß, Herrn Schunk von Radio Regenbogen, Herrn Präsident Renner von Universal Music und Herrn Professor Hirschle von der LfK. Ebenso danke ich für die in Aussicht gestellten Projektförderungen durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, die IHK Rhein-Neckar und den Sender MTV.

Public Private Partnership bei der Errichtung der Popakademie wäre aber verkannt, wenn sie nur auf den Finanzierungsaspekt begrenzt wäre. Vielmehr ist sie die Voraussetzung für die Realisierung der Qualifizierungsmethode des Learning by Doing, wie wir sie am Erfolgsmodell der Filmakademie praktizieren. Auch die Popakademie orientiert sich nahtlos an der Filmakademie Ludwigsburg. Dieser Akademiegedanke hat sich für Berufe des Medienbereichs auch zu der Darstellung der medialen Öffentlichkeit bewährt.

Ich nenne die Grundsätze des Praxis- und Projektbezugs und der Drittmittellorientierung, das duale System nach dem Vorbild der Berufsakademien und den starken Businessbezug, die wir in der Ausbildung verfolgen.

Die Praxisorientierung ist in Mannheim hervorragend gegeben, weil dort gleichzeitig mit der Errichtung der Popakademie mit dem Musikpark Mannheim ein Gründercenter für Popmusiker entsteht, sodass sofort Spin-off-Effekte möglich werden. Dieser Vorteil unterscheidet die Errichtung der Popakademie von der damaligen Gründung der Filmakademie, die erst nach und nach Gründerzentren in Ludwigsburg und in Stuttgart nachziehen musste.

Die Stadt Mannheim verfügt überdies über den Vorteil, dass sie als Ziel-2-Gebiet Fördermittel der EU im investiven Teil der Popakademie und des Musikparks einsetzen kann.

Mannheim ist die Mutter zahlreicher Künstler. Xavier Naidoo hat sich von vornherein zu einer beispielhaften Unterstützung und Hilfe für die Popakademie entschlossen. Er gibt für die Popakademie und die Stadt ein jährliches Benefizkonzert.

Lassen Sie mich zum Inhalt der Ihnen vorliegenden Gesetzesinitiative kommen.

Die Popakademie bietet grundständige berufsqualifizierende Studiengänge mit einem staatlichen Abschluss an. Die Popakademie ist insoweit ein durch Gesetz mit öffentlichen Aufgaben beliehenes Unternehmen. Sie verbindet – wie die Filmakademie – eine privatrechtliche Gesellschaftsstruktur mit gesetzlichen Vorgaben für die übertragenen öffentlichen Aufgaben. Nach dieser Doppelstruktur werden privatrechtlich geregelt: die Einrichtung der Gesellschaft durch Gesellschaftsvertrag, die gesamte Gesellschafts- und Leitungsstruktur, der Studienbetrieb, die Verträge des Lehrkörpers, die Rechteverwertung und die Ausleih- und Nutzungsordnung.

Eine gesetzliche Grundlage ist erforderlich für Studiengang, Qualitätssicherung des Lehrkörpers, Studium, Prüfung und Abschluss, staatliche Aufsicht und Erhebung von Studiengebühren. Die gesetzliche Grundlage soll durch die Erweiterung und Ergänzung des Filmakademiegesetzes zu einem Akademiengesetz geschaffen werden.

Das Gesetz enthält im Wesentlichen vier Elemente:

Erstens werden die Regelungen des bisherigen Filmakademiegesetzes über Zugang, Lehrkörper, Studium, Prüfung und Abschluss auf die Popakademie „umgeklappt“. Im Gegensatz zur Filmakademie mit ihrem Diplomabschluss bietet die Popakademie einen in drei Jahren zu erreichenden Bachelor-Abschluss an.

Zweitens sollen bei der Änderung des Filmakademiegesetzes einige neue Regelungen eingeführt werden, die sich aus der Fortentwicklung der baden-württembergischen Hochschulgesetzgebung oder aus der Praxis der Filmakademie als notwendig erwiesen haben. Hierzu gehört die Eröffnung der Möglichkeit einer verbesserten Studienlenkung innerhalb der vorhandenen Studiengänge.

Drittens: Im Gegensatz zur Filmakademie kann im künstlerischen Studiengang der Popakademie die Hochschulreife als Zugangsvoraussetzung durch den Nachweis einer besonderen Begabung und einer hinreichenden Allgemeinbildung ersetzt werden.

Schließlich wird erstmals eine Regelung über die Erhebung einer Studiengebühr eingeführt.

Zum Anhörungsverfahren ist zu berichten, dass die Errichtung der Popakademie und damit die Gesetzesinitiative nahezu einhellig begrüßt wurde. Einige konkrete Anregungen wurden berücksichtigt. Allerdings konnte dem Einwand von Gewerkschaftsseite gegen die Erhebung von Studiengebühren nicht gefolgt werden, weil das Land die neue Akademie nicht finanzieren könnte, ohne dass sich die Studierenden in einem angemessenen Verhältnis an den relativ hohen Studienkosten beteiligen. Durch eine entsprechende soziale Abfederung wirkt diese Studiengebühr nicht abschreckend

(Minister Dr. Christoph Palmer)

oder gar prohibitiv. Weder die Hochschulen in der Anhörung noch Studieninteressierte bei dem großen Informationstag der Popakademie in Mannheim mit 500 Teilnehmern haben auch nur mit einem Wort die Erhebung einer angemessenen Studiengebühr kritisiert.

Meine Damen und Herren, mit dieser Erweiterung des Filmakademiegesetzes zum Akademiengesetz errichten wir nicht nur die Popakademie, sondern schaffen auch die Grundlage für die Erweiterung des Akademiengedankens für weitere Ausbildungsfelder im Bereich der Medien und medienstützender Berufe, die in einer Berufswelt der öffentlichen medialen Darstellung möglicherweise auch auf weitere Ausbildungsfelder ausgreifen könnte.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung zu dem Gesetz.

Abg. Reichardt CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern wurde in Mannheim der tatsächliche Grundstein für ein neues Existenzgründerzentrum gelegt. Dieses Zentrum mit dem Namen „Musikpark“ wird 5,3 Millionen € kosten. Bau und Innenleben einschließlich eines hoch technisierten Tonstudio-komplexes sind in dieser Summe zusammengenommen. Die Europäische Union übernimmt die Hälfte dieser Kosten, weil der Bau in einem so genannten Ziel-2-Gebiet entsteht. Gemeint sind damit strukturschwache Gebiete wie in diesem Fall das Gebiet „Jungbusch“ in Mannheim. 940 000 € der 5,3 Millionen € hat das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Wirtschaftsministerium, übernommen. Sie sehen: Unser Bundesland ist unverändert ein Innovationsmotor in Deutschland. Es fördert Zukunftsprojekte, und es steuert die Gestaltung von Zukunftsprojekten. Denn heute setzen wir im Landtag von Baden-Württemberg unseren Grundstein, wenn Sie so wollen. Wir leiten den Gesetzgebungsprozess für den Aufbau der bundesweit allerersten Popakademie ein.

Diese Popakademie wird im wirtschaftlichen und im musikalischen Bereich Ausbildungsstätte für Populärmusik. Aus dieser qualifizierten Ausbildung entstehen dann hoffentlich sehr viele neue, leistungsfähige, marktfähige Firmen in Mannheim und in unserem Bundesland, Firmen wie etwa Musikverlage, Gründungen in Feldern wie Ton- und Werbetechnik, fachlich ausgerichteter Finanzberatung oder Management von Konzerten und Veranstaltungen insgesamt.

Ich will Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, somit das Ziel der Popakademie und des Musikparks in wenigen Sätzen deutlich machen. Es geht nicht darum, dass hier ein paar Leute in einem schummrigen Stadtteil Mannheims auf einer E-Gitarre herumklampfen und sich gleich auch noch Studenten nennen dürfen. Es geht darum, in der sich mehr und mehr diversifizierenden Sparte „Musik und Populärmusik“ Talente auf wirtschaftlichem und musikalischem Gebiet zu fördern, nach strenger Vorauswahl die Begabtesten herauszufiltern und Personen und Produkte marktreif zu machen.

Ich habe verschiedene Fachleute gefragt: Ist es nicht so, dass in dieser Branche die großen Labels, die großen Namen alles zudecken? Meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird immer vielfältiger, immer heterogener. Und genau deshalb fächert sich auch der Musikgeschmack der

Menschen mehr und mehr auf. Das ist die große Chance der bisher Kleinen.

Nun habe ich mich gefragt: Ist die neue Popakademie ein Medium, um abgetakelten Künstlern neue Aufgaben für horrenden Gehälter zu besorgen? Und ich habe mit Christoph Palmer, dem Architekten unserer neuen Popakademie, ausführlich auch diese Fragen besprochen. Ich kann Ihnen versichern: Weit gefehlt. Wir werden erstklassige Dozenten gewinnen, und dies zu sehr günstigen Honoraren. Und alle, die ich in diesem Zusammenhang kennen gelernt habe, sind hoch motiviert.

Der Leiter der Akademie, Herr Professor Udo Dahmen, zieht dieser Tage nach Mannheim. Er hat einen erstklassigen Namen in der Branche, und er versteht sich dennoch nicht als ein Star, der auf ein paar Tage vorbeikommt, um neben tausend anderen Dingen auch einmal eine Hochschule zu leiten. Herr Professor Dahmen, den ich persönlich kennen gelernt habe, wird sich mit seinem Team voll und ganz in Mannheim engagieren.

Meine Damen und Herren, um den Standort für die neue Landeseinrichtung gab es parteipolitische Diskussionen. Ich erinnere an die Behauptung des Kollegen Nagel von vor etwa zwei Jahren, die Akademie komme sicher nach Stuttgart anstatt nach Mannheim. Diese Behauptung fand Niederschlag in einem großen Artikel des „Mannheimer Morgens“. Herr Kollege Nagel wollte wieder einmal in Mannheim gegen die Schwarzen in Stuttgart schüren. Er hat sich mit seinen damaligen Behauptungen gründlich vergaloppiert und „vernagelt“. Auch dies bitte vergessen wir heute nicht, wenn wir dieses Thema diskutieren.

Zur Perspektive der Akademie: Ich meine, am Standort Mannheim können alle Strömungen aufgefangen werden, die in der Populärmusik als Wachstumsbranche zukunftsfähig sind. Schon in der allerersten Phase zeichnet sich ein riesengroßer Erfolg für die Akademie ab.

Mittlerweile höre ich sogar schon von Wünschen, Außenstellen einzurichten, etwa in Stuttgart. Hier ist die Linie klar: Diese Landeseinrichtung in Mannheim, der zweitgrößten Stadt Baden-Württembergs, ist eine Einrichtung für unser gesamtes Bundesland. Wir versprechen, daraus das Beste für unser ganzes Bundesland zu machen. Der Gesetzgebungsweg, den wir heute einleiten, gibt die rechtliche Grundlage.

Die Vorlage der Landesregierung überzeugt, und ich danke insbesondere Herrn Minister Dr. Palmer und dem Vorsitzenden meiner Fraktion sowie Georg Wacker und Werner Pfisterer für zahlreiche konstruktive Gespräche. Sie haben mit vielen anderen, auch in der Stadt Mannheim, hart am Thema gearbeitet. Genau das, Kollege Nagel, ist der Unterschied zwischen Stimmungsmache gegen Stuttgart und harter Arbeit für ein erstklassiges Zukunftsprojekt. Die einen polemisieren derart unqualifiziert, dass sie hier eigentlich sogar als Opposition abgewählt werden müssten, andere arbeiten hart und mit Erfolg am Erfolg.

Abg. Inge Utzt SPD: Wir alle haben die Popakademie gewollt und begrüßen daher jeden Schritt auf dem Weg, der sie uns näher bringt. Wir begrüßen übrigens auch, dass mit der Änderung des Filmakademiegesetzes anerkannt wird,

(Inge Utz)

dass es auch an baden-württembergischen Hochschulen weibliche Lehrkräfte und Studierende gibt – war das alte Gesetz doch durchgehend in der männlichen Form abgefasst.

Mit der Entscheidung für Mannheim als Standort einer Popakademie ist Klarheit geschaffen worden, die man begrüßen oder bedauern kann – auf jeden Fall sind damit alle Spekulationen beendet. Unberücksichtigt dabei ist allerdings die Empfehlung der Arbeitsgruppe zur Förderung der Popkultur, die vorgeschlagen hatte, eine Außenstelle bei der Jazz- und Rockscheule in Freiburg einzurichten. Während der Plenarsitzung in Freiburg hatte ich darüber hinaus vorgeschlagen, im Sinne der Vernetzung an weiteren Standorten im Land Dependancen einzurichten, die jeweils mit einem speziellen Angebot das Gesamtkonzept zum Tragen bringen sollen. Diesen Gedanken bringe ich hiermit nochmals ein.

Ich komme jetzt zur Finanzierung: Sie wollen von den Studierenden Gebühren erheben – die Gewerkschaften haben übrigens dagegen Bedenken erhoben, die ich teile –, weil das Studium an der Popakademie besonders teuer sei. Können Sie erklären, warum es teurer als zum Beispiel an der Filmakademie oder an Musikhochschulen sein soll? Und können Sie bitte darlegen, wie hoch der Anteil der Studiengebühren an der Gesamtfinanzierung sein wird. Die bisher gewährten Landesmittel für die Popmusikförderung, die ja nicht sehr üppig waren, sollen zur Grundfinanzierung herangezogen werden. Bleibt dann noch etwas für die Popmusikförderung außerhalb der neuen Akademie? Es sollen unter anderem in Aussicht gestellte Projektmittel von knapp 400 000 € dazukommen. Was sind das für Projektmittel? Werden auch in diesem Fall wieder Mittel der Landesstiftung herangezogen?

Nächstes Thema – von mir auch in Freiburg angesprochen –, der Abschluss: Was heißt es für die Absolventen, Bachelor der Popakademie Baden-Württemberg zu sein? Bedeutet es auch die Möglichkeit eines Einstiegs in den öffentlichen Dienst? Dabei denke ich gezielt an den Musikunterricht in Schulen. Ich hatte die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer für den Bereich Popmusik angemahnt. Ist vorgesehen, dass die künftigen Bachelors der Popakademie im Musikunterricht eingesetzt werden, oder ist an eine Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Musiklehrerinnen und -lehrern gedacht, und wie sieht es in einem solchen Fall mit der Studiengebühr aus?

Es sind also noch eine Reihe von Fragen offen, die im Interesse der von uns allen gewünschten Popakademie bis zur Verabschiedung des Änderungsgesetzes geklärt werden müssen. Ich fasse sie noch einmal zusammen: die Vernetzung, die Finanzierung, die Frage, was der Abschluss „Bachelor“ in diesem Fall außer einem Wandschmuck bedeutet, und die Musiklehrerausbildung.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Neben der Filmakademie wird die neu gegründete Popakademie in Mannheim im Gesetz verankert. Die Gründung der Popakademie ist ein wichtiges Projekt der Landesregierung. Es stärkt den Wirtschaftsstandort in einem wichtigen Bereich der Medienindustrie. Der große Zulauf, den die Popakademie erfährt, zeigt, wie nötig die Gründung war. Der Erfolg war nur möglich, weil die Rock-

stiftung Baden-Württemberg, das Land und die Stadt Mannheim gemeinsam mit privaten Sponsoren eng zusammengearbeitet haben. Die Popakademie ist Teil der IT- und Medienoffensive des Landes.

Besonders erfreulich ist das Lob von der Opposition. Der SPD-Bundestagsabgeordnete – ein Sohn der Stadt, wenn auch nicht einer der „Söhne Mannheims“ – und frühere Mannheimer Kulturbürgermeister Lothar Mark stellt fest: „Die Landesregierung hat damit den besonderen Charakter Mannheims als historische und aktuelle Musikstadt anerkannt.“

Auf der Homepage der Popakademie heißt es: „Zwei Studiengänge bilden das Herz der Popakademie Baden-Württemberg, die zum Wintersemester 2003/04 ihre Pforten in Mannheim eröffnet: Popmusikdesign und Musikbusiness.“ Damit wird es erstmals in Deutschland eine grundständige Ausbildung für diesen Bereich geben, die mit dem Bachelor der Popakademie abgeschlossen werden kann.

Nach dem Nationaltheater und dem Landesmuseum für Technik gibt es nun eine weitere Infrastruktureinrichtung für die zweitgrößte Stadt des Landes.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Förderung der Popular- und Jugendmusik in Baden-Württemberg“ haben wir bereits diskutiert. Wir sind uns mit der Arbeitsgruppe im Ziel einig, dass die Popmusik entsprechend ihrer kulturellen Bedeutung und ihrer Bedeutung für Jugendliche stärker berücksichtigt werden muss. Wir unterstützen deshalb mit Nachdruck die Förderung, den Ausbau und die Vernetzung bestehender Einrichtungen und Strukturen sowie eine Verbesserung des regionalen Angebots. Auch die verstärkte Einbindung in den Schulunterricht leistet zur Förderung der Popmusik einen wichtigen Beitrag.

Wir haben – zu einem Zeitpunkt, als zumindest offiziell noch keine Entscheidungen gefallen waren – deutlich gemacht, dass es wichtiger ist, sich in der Nachwuchs- und Breitenförderung zu engagieren als in der Spitzenförderung. Deshalb kritisieren wir, dass die Landesregierung die falschen Konsequenzen aus diesem Bericht zieht, nämlich eine Popakademie für jährlich 55 Studierende an einem zentralen Standort zur Spitzenförderung zu gründen. Denn bei der Konzeption der Popakademie stellt sich nach wie vor die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines Studiengangs Popmusikdesign.

Beim Studiengang Musikbusiness sehen wir zwar den Bedarf; allerdings bestätigen hier auch Insider und Experten, dass für die Vermittlung der vorgesehenen Studieninhalte keine Akademie gegründet werden muss. Dieses Angebot hätte durchaus an bereits existierenden Einrichtungen unterbreitet werden können.

An unserer differenzierten Kritik hat sich nichts geändert, denn bei der Breiten- und Nachwuchsförderung in der Popmusik – Schwerpunkt des Kommissionsberichts und unser Hauptanliegen – haben wir bislang leider keine Erfolgsmeldungen vernommen.

*

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu den Anträgen der Landesregierung vom 17. und 18. März 2003 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 13/1891, 13/1892, 13/1912

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Sie nehmen Kenntnis von der Beschlussempfehlung.

(Abg. Birzele SPD: Nein, wir stimmen zu! – Abg. Bebbler SPD: Wir stimmen zu, Frau Präsidentin!)

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Birzele SPD zur CDU: Was? Das betrifft doch Mitglieder der Landesregierung! Ihr pennt! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Enthaltungen? – Diese Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

(Abg. Birzele SPD: Bei Gegenstimmen der CDU! – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Wir haben doch alle zugestimmt! – Anhaltende Unruhe)

Punkt 9 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 5. März 2003 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Mitteilung der EU-Kommission „Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens“ – Drucksachen 13/1861, 13/1865

Berichterstatterin: Abg. Dr. Monika Stolz

Die Beschlussempfehlung lautet, von der Mitteilung des Ministeriums Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Damit ist Punkt 10 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 24. Februar 2003 – Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 33. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG) – Drucksachen 13/1837, 13/1876

Berichterstatterin: Abg. Margot Queitsch

Die Beschlussempfehlung lautet, von der Mitteilung des Ministeriums Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Damit ist Punkt 11 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/1864, 13/1899, 13/1900, 13/1901, 13/1902

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. –

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Es ist so beschlossen.

Punkt 12 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/1855

Gemäß § 96 Abs. 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 7. Mai 2003, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:59 Uhr